

CLAUDE BACK

**Grenzänderungen in der Großregion SaarLorLux
vom Wiener Kongress bis heute**

GR-Atlas

PAPER SERIES

Paper 26-2010

ISBN 978-99959-52-25-9

ISSN 2418-4616

Permalink: <http://hdl.handle.net/10993/27719>

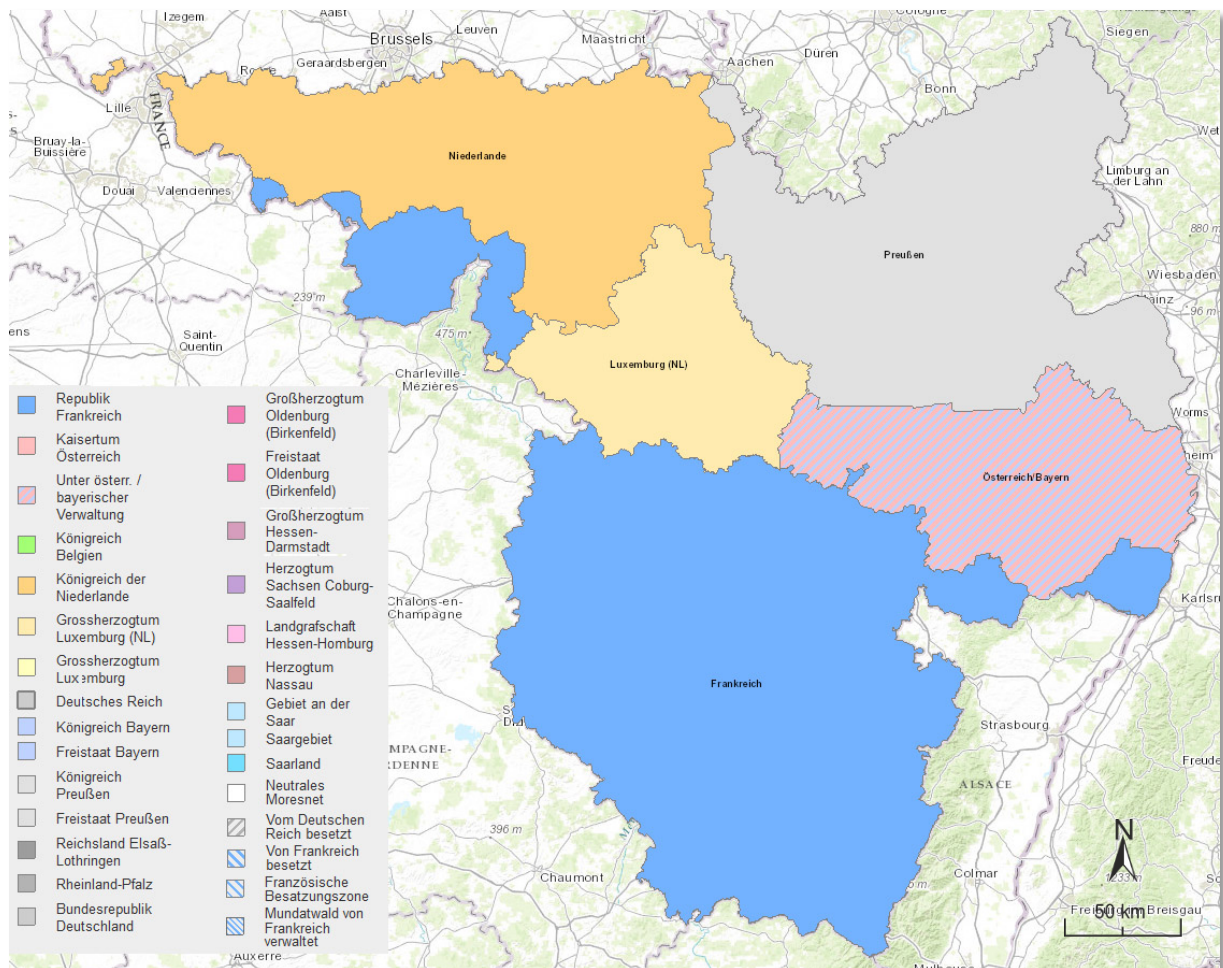
www.gr-atlas.uni.lu

Grenzänderungen in der Großregion SaarLorLux vom Wiener Kongress bis heute

Claude Back

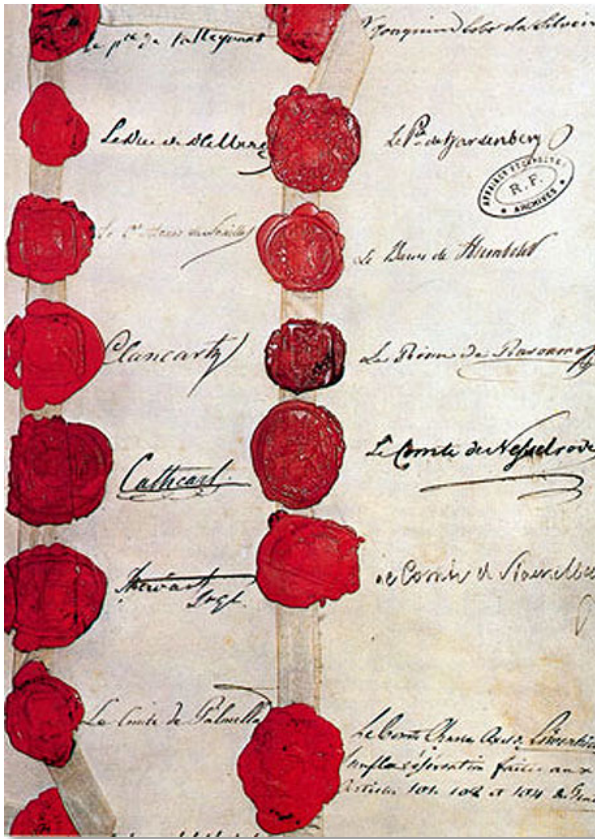
Einführung

Zu den Grenzänderungen in der Großregion seit 1815 wurden insgesamt 10 Karten erstellt. Die Zeitkarte zeigt die jeweilige territoriale Situation in den einzelnen Jahren von 1815 bis heute. An der Zeitleiste kann ein bestimmtes Jahr eingestellt werden. Es ist ferner möglich, die Karte wie ein Video automatisch über die Zeit ablaufen zu lassen. Dabei kann bei Bedarf auch in die Karte hineingezoomt und Information zu den einzelnen Territorien abgerufen werden.



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1814. Quelle: GR-Atlas

Die neun anderen Karten, die in der Rubrik "Territorien" nach dem Öffnen der Legende ausgewählt werden können, zeigen gegliedert in neun Zeitphasen, zu allen Grenzänderungen in der Großregion seit 1815 die jeweils betroffenen Territorien und berücksichtigen dabei auch kleinste Änderungen, die auf der Zeitkarte nicht darstellbar sind. Mit dem Info-Tool können Informationen zu den Territorien abgerufen werden.



Schlussakte des Wiener Kongresses, 9. Juni 1815. Quelle: G. Großkurth

Untersucht werden die Grenzänderungen, die in der Großregion im Verlauf der letzten beinahe 200 Jahre stattgefunden haben. Als Anfangsdatum wurde der Wiener Kongress, der die Neuordnung in Europa zum Ziel hatte, genommen. Als vorläufiges Ende wurde das Jahr 2006 herangezogen. Die Geschichte dieser Region, die sich aus unterschiedlichen Ländern zusammensetzt, soll anhand der Entwicklung der Grenzen beschrieben werden.

Auf 9 Karten werden die Grenzänderungen, die zwischen 1815 und 2006 in der Großregion stattgefunden haben, sichtbar gemacht. Diese Karten sind chronologisch angelegt und nach den großen Ereignissen eingeteilt. Die erste Karte zeigt die Situation der Großregion am Tag der Schlussakte des Wiener Kongresses

(09.06.1815). Die zweite Karte zeigt die auf den Wiener Kongress folgenden Grenzänderungen im Zeitraum von (1815-1830). Die dritte Karte behandelt den Zeitraum von der belgischen Revolution bis hin zu den Krisen der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts (1831-1870).

In der vierten Karte wird die Grenzsituation vom deutsch-französischen Krieg bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges veranschaulicht. Dann folgen auf der fünften Karte die Grenzänderungen vom Ersten Weltkrieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Auf der sechsten Karte ist die Großregion während des zweiten Weltkrieges abgebildet, während Karte sieben die Situation gegen Ende des Zweiten Weltkrieges sowie der Besetzung Deutschlands anzeigt. Karte acht bildet die friedliche Festlegung der Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg ab. Schließlich zeigt die neunte Karte noch die Grenzänderungen, die seit 1960 in der Großregion vollzogen wurden.

Überblick

Die Großregion, die sich aus unterschiedlichen Ländern und Regionen zusammensetzt, hat bis zu ihrer heutigen Form eine bedeutende Anzahl von Wandlungen erfahren. Ihre Geschichte soll anhand der Entwicklung der Grenzen im Verlauf der letzten zwei Jahrhunderte beschrieben werden. Als Anfangsdatum wurde der Wiener Kongress angesetzt, der die Neuordnung in Europa zum Ziel hatte. Als vorläufiges Ende wurde das Jahr 2006 gewählt, in dem die bisher letzte Grenzänderung in der Großregion stattgefunden hat. Mit dem Wiener Kongress war die Zeit der kleinen territorialen Besitztümer des 18. Jahrhunderts endgültig vorbei, und Staaten als zusammenhängende Gebilde entstanden. Seitdem hat die Großregion eine große Zahl unterschiedlich bedeutsamer Grenzveränderungen erfahren. Es stellt sich die Frage: "Was waren das für Veränderungen?" und "Wieso kamen diese Änderungen überhaupt zu Stande?"

Doch auch die Größenordnungen der Grenz- und Gebietsänderungen sind vielfältig: So wurden einerseits ganze Regionen auf der Landkarte verschoben, während andererseits winzige Gebiete von wenigen Quadratmetern durch Grenzänderungen getauscht wurden. Hinzu kommt, dass auch die Ursachen der hier zu analysierenden Grenzänderungen vielfältig sind. Sie reichen von Kriegen und den anschließenden Friedensverträgen bis hin zum Austausch von Kleinstgebieten im Einverständnis der jeweiligen Verhandlungspartner. Somit zieht sich das Band der Ereignisse von Krieg und Frieden über Revolutionen bis zu rationalen Planungen hin. Der erste Hauptpunkt beschäftigt sich mit dem Wiener Kongress, durch den die Gebiete der heutigen Großregion neu geordnet wurden. Hier werden auch die neuen Grenzen beschrieben, die durch diesen Kongress gebildet wurden. Etwa zeitgleich wurden durch den zweiten Pariser Frieden die Grenzen Frankreichs neu definiert. Es schließen sich die auf den Wiener Kongress folgenden Grenzänderungen an, wobei die Festlegung der preußisch-niederländischen Grenze anhand der verschiedenen preußisch-niederländischen Verträge veranschaulicht wird.

Es handelt sich hierbei um den Vertrag von Aachen, den Vertrag von Kleve und um das Protokoll von Emmerich. Das Westrheinische Gebiet wurde sehr stark durch den Wiener Kongress und die im Anschluss folgenden Verträge verändert. In diesem Kontext sind die preußischen Rheinlande, Rheinbayern, Nassau und Rheinhessen zu erwähnen. Doch es entstanden in der heutigen Großregion auch kleine Gebilde wie zum Beispiel das Gebiet um Meisenheim für Hessen-Homburg, das Fürstentum Lichtenberg sowie das Fürstentum Birkenfeld.

Im Vertrag von Courtrai wurde die Grenze zwischen dem Machtbereich des Königs der Niederlande und Frankreich festgelegt. In diesem Kontext wurde auch die Südgrenze des Großherzogtums Luxemburg festgelegt. Bereits im Jahre 1818 erlebte das Großherzogtum Luxemburg eine bedeutende Veränderung seiner Westgrenze.



Szene aus den Septembertagen von 1830, Gemälde von G. Wappers, 1835. Musées royaux d'art et d'histoire, Brüssel

Die belgische Revolution brachte eine grundlegende Änderung mit sich, in deren Folge ein neuer Staat entstand. Die Folgen dieser Revolution werden auch das Großherzogtum Luxemburg erfassen. Der Londoner Vertrag von 1839 wird

die Situation zwischen dem neuen Staat Belgien und dem König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg endgültig lösen. Im Grenzvertrag von Maastricht vom 7. August 1843 wurde die Grenze zwischen dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg festgehalten. In den 1860er Jahren gab es viele Krisen und Annexionsgelüste bezüglich der Gebiete der heutigen Großregion. Ein bedeutendes Ereignis war der deutsche Bruderkrieg im Jahre 1866. Dabei wurde ganz Nassau von Preußen annektiert. Auch das Gebiet um Meisenheim, das noch kurz zuvor von Hessen-Homburg an Hessen-Darmstadt übergegangen war, fiel an Preußen. Die "Luxemburger Krise" führte im Jahre 1867 beinahe zu einem Krieg zwischen Preußen und Frankreich. Im Londoner Vertrag von 1867 entstand als

Lösung der neutrale und unabhängige Staat Luxemburg. Im Jahre 1870 sollte es dann doch zu einem Krieg zwischen Frankreich und Preußen kommen, in dem die deutschen Staaten sich zu einer Macht gegen Frankreich vereinten.



Die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, 28. Juni 1919. Gemälde von W. Orpen, 1919, Imperial War Museum London

Nach dem deutsch-französischen Krieg wurde die Grenze des neu gegründeten Deutschen Kaiserreiches auf Kosten Frankreichs nach Westen verschoben. Somit gelangte neben dem Elsass auch die Hälfte Lothringens an das Deutsche Reich. Während der Friedensverhandlungen wurden noch geringe Änderungen am Grenzverlauf vollzogen. In der Zeitspanne zwischen dem deutsch-französischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg fanden keine großen Grenzänderungen in der Großregion mehr statt. Doch wurden einige Grenzverträge auf bilateraler Ebene geschlossen. In diesem Kontext seien die französisch-belgischen Grenzänderungen und Grenzverträge sowie die belgisch-deutschen Grenzfragen erwähnt.

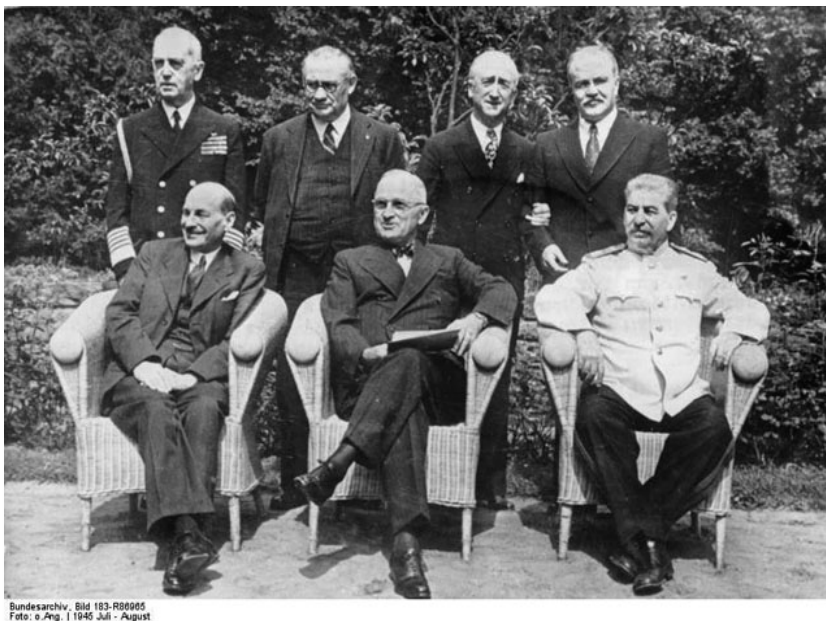
Am 28. Juli 1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Dieser Krieg wird schwerwiegende Folgen für Europa mit sich bringen. Während des Kriegsverlaufs gab es weitreichende Annexionspläne auf allen Seiten der Kriegsgegner. Im Herbst des Jahres 1918 brach der Widerstand der Mittelmächte endgültig zusammen. Verluste an Mensch und Material waren auf beiden Seiten der Kriegsgegner gewaltig. Besonders der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau wollte, dass Deutschland für den angerichteten Schaden aufkommen solle. Im Frieden von Versailles wurde so eine sehr harte Gangart gegenüber Deutschland gefahren. Lothringen war bereits durch den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 an Frankreich zurückgegeben worden.



Historische Postkarte: Neutrales Moresnet (1905)

Im Vertrag von Versailles wurden dann neben weiteren deutschen Gebietsverlusten auch einige Gebiete an Belgien abgetreten. Hierbei handelt es sich um die Kreise Eupen und Malmedy sowie um das Gebiet von Moresnet. Des Weiteren wurde das Saargebiet von Deutschland gelöst und dem Völkerbund für eine Zeitspanne von 15 Jahren unterstellt. Nach den bedeutenden Änderungen in der Großregion, die durch den ersten Weltkrieg vollzogen worden waren, wurden weitere Verträge geschlossen, die die Grenzen, welche durch den Vertrag von Versailles angelegt worden waren, veränderten. Hierbei handelt es sich um den Grenzverlauf zwischen Frankreich und Deutschland sowie um den Grenzverlauf zwischen Belgien und Deutschland. Schließlich wurden auch Verträge über den Grenzverlauf des Saargebiets zu seinen beiden Nachbarn Deutschland und Frankreich geschlossen. Außerdem wurden Bemühungen unternommen, die gegenseitige Akzeptanz der Grenzen zu unterstützen. In diesem Kontext seien die Verträge von Locarno erwähnt. 1935 wurde das Saargebiet nach 15jähriger Verwaltung durch den Völkerbund im Anschluss an ein Referendum wieder an Deutschland zurückgegeben. Im nationalsozialistischen Deutschland wurden innerdeutsche Grenzänderungen vollzogen. In diesem Kontext sei der oldenburgische Landesteil Birkenfeld erwähnt, der an Preußen angeschlossen wurde.

Am 1. September 1939 griff das nationalsozialistische Deutschland Polen an. Dies war der Beginn des Krieges, der als der Zweite Weltkrieg in die Geschichte einging. Das nationalsozialistische Deutschland überfiel am 10. Mai 1940 die neutralen Benelux-Staaten und fiel in Frankreich ein. Nach dem schnellen Sieg über Frankreich wurden in Luxemburg und in der Osthälfte Lothringens Zivilverwaltungen eingerichtet, die zum Ziel hatten, diese Gebiete wieder dauerhaft an Deutschland zu binden. In Belgien wurden neben den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Malmedy weitere Gebiete abgespalten und an das "Dritte Reich" angeschlossen.



*Potsdamer Konferenz 1945.
Quelle: Dt. Bundesarchiv*

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das nationalsozialistische Deutschland vor der Übermacht der Alliierten. Schon im September 1944 waren die deutschen Zivilverwaltungen aus Luxemburg und Lothringen geflohen. Auch die Gebiete von Eupen und Malmedy waren in diesem Zeitraum von den Alliierten befreit worden. Nach der endgültigen Niederwerfung

Deutschlands drängten die westlichen Alliierten auf Gebietsgewinne auf Kosten Deutschlands. Doch diese Wünsche wurden von den "Großen Drei" USA, Großbritannien und der Sowjetunion nicht geteilt. Stattdessen wurden von den USA und Großbritannien kleine Gebiete an den Grenzen Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs zu Deutschland unter die vorläufige Verwaltung der Grenznachbarn gestellt. So kam der Kammerwald unter luxemburgische Verwaltung, während Frankreich die Verwaltung über einen Teil des Mundatwaldes bekam.

Nach dem Krieg war Deutschland in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilt worden. Ein Resultat dieser Zonenbildung und der damit verbundenen Entscheidungen führte im Jahre 1945 zur Teilung der Rheinprovinz. 1946 entstand Rheinland-Pfalz in einem Teil der ehemaligen Rheinprovinz in der französischen Besatzungszone. Eine Frage, die nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Frankreich und den Deutschen sehr präsent war, ist die Saarfrage. Frankreich wollte sich das Saargebiet einverleiben und änderte in der zweiten Hälfte der 40er Jahre mehrfach dessen Grenzen.

Nach dem zweiten Weltkrieg ging es um die friedliche Festlegung und Annahme der Grenzen. Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. In der Folgezeit sollten alle Grenzfragen zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn friedlich und im Einvernehmen aller Parteien geregelt werden. Belgien und Deutschland trafen in diesem Kontext eine friedliche Vereinbarung über die belgisch-deutsche Grenze, wobei Belgien den größten Teil der unter seine Verwaltung gestellten Gebiete an Deutschland zurückgab. Die Grenze wurde endgültig anerkannt. Auch bezüglich der deutsch-luxemburgischen Grenze wurde Einvernehmen zwischen den Staaten hergestellt. Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland schließlich Teil der Bundesrepublik Deutschland. Die letzte offene Grenzfrage in der Großregion, die schließlich noch zwischen Deutschland und Frankreich gelöst werden musste, blieb der Mundatwald. Dann waren alle Grenzfragen im Kontext des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen endgültig erledigt.



Postkarte zum Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland 1957.
Quelle: bdph.de

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Grenzänderungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Großregion stattgefunden haben, im Kontext der europäischen Konstruktion standen. Deutschland und seine westlichen Nachbarstaaten haben sich mit dem Wunsch einer Zusammenarbeit auf die Grenzlinien verständigt.

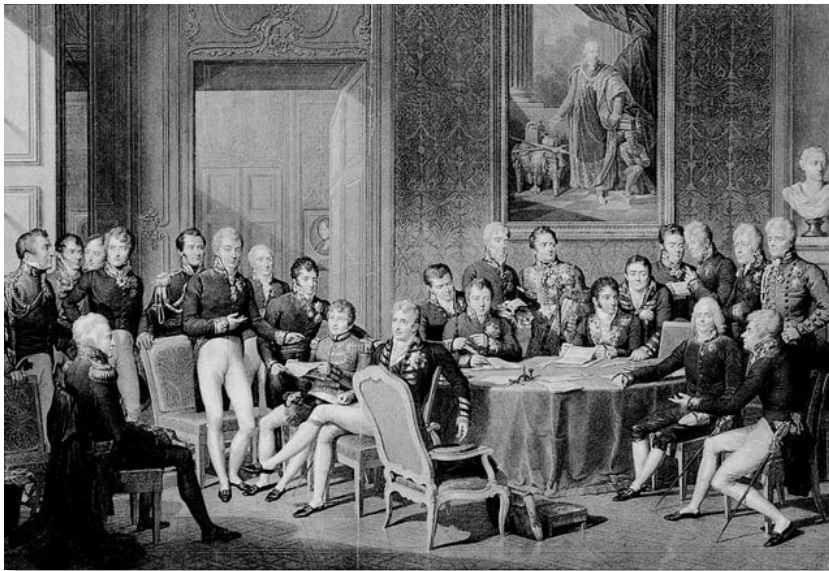
In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kamen weitere, einvernehmliche Grenzänderungen in der Großregion zustande. Hierbei seien die Änderung der französisch-luxemburgischen Grenze von 1965, die Änderung an der deutsch-belgischen Grenze von 1982 und die Änderung der französisch-luxemburgischen Grenze

von 1989 erwähnt. Darüber hinaus wurde noch eine Grenzänderung an der französisch-luxemburgischen Grenze im Jahre 2000 vollzogen sowie ein Gebietsaustausch im Jahre 2006, der ebenfalls an der luxemburgisch-französischen Grenze vorgenommen wurde.

Im Kartenteil werden die Grenzänderungen, die in dem zu analysierenden Zeitraum in der Großregion stattgefunden haben, auf neun Karten sichtbar gemacht. Die Karten sind chronologisch angelegt und nach den großen Ereignissen eingeteilt. Diese Arbeit soll mit der Zeit fortgesetzt werden, um auch die künftigen Grenzänderungen in der Großregion zu behandeln.

I. Die Großregion nach dem Wiener Kongress (09.06.1815)

Nach dem Niedergang des napoleonischen Europas galt es den europäischen Kontinent neu zu organisieren. Die Hauptdirigenten dieser Neuordnung, oder besser gesagt, der Wiederherstellung des alten Europas, waren der österreichische Kaiser, der russische Zar, der preußische König sowie der König von England. Alle jene Fürsten, die sich im Verlauf der napoleonischen Kriege zu den Alliierten bekannt hatten, waren ebenfalls nach Wien eingeladen worden. Der Pariser Friedensvertrag vom 30. Mai 1814 hatte bereits die neuen Grenzen Frankreichs festgelegt. Der Wiener Kongress behandelte also die Frage, was mit den durch Napoleon gebildeten Staaten und Grenzänderungen passieren sollte. Die Abgesandten der Großmächte führten das Hauptwort in der Frage der Neuordnung. Es waren dies Robert Stewart Viscount Castlereagh für Großbritannien, Klemens Fürst von Metternich für Österreich, Karl August Reichsfreiherr von Hardenberg für Preußen sowie Karl Robert Graf von Nesselrode für das russische Zarenreich. Alles in allem nahmen 216 Delegierte von Königreichen, Herzog- und Fürstentümern sowie von freien Städten am Kongress teil.



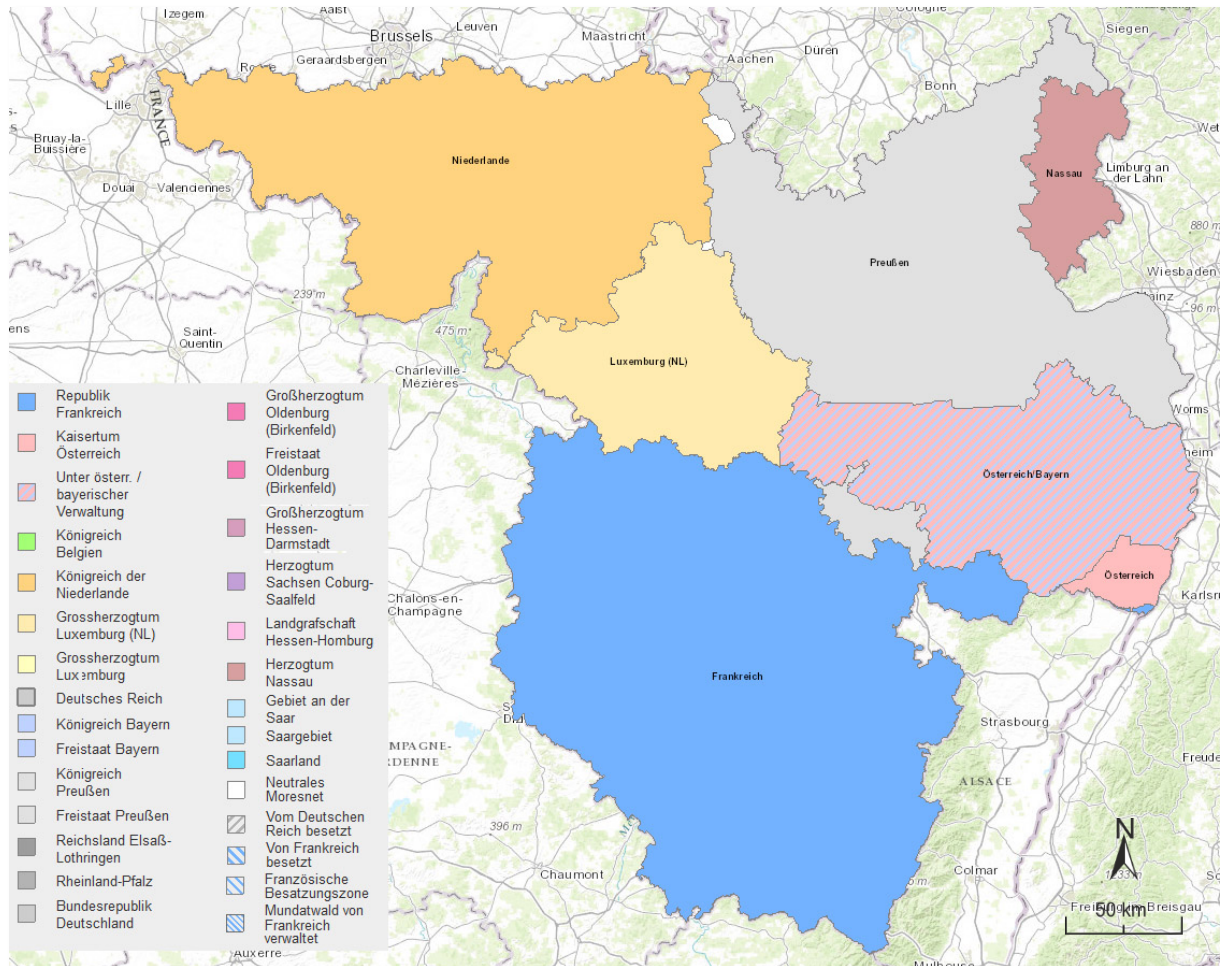
Der Wiener Kongreß von 1814/15: Sitzung der Bevollmächtigten der unterzeichnenden acht Großmächte. Quelle: Kupferstich von Jean Godefroy, 1819; Westfälisches Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Münster

Der Wiener Kongress steht für die Neuordnung Europas nach der turbulenten Zeit der französischen Revolution und besonders der

napoleonischen Kriege. Doch steht dieser Kongress auch für die Aufteilung Europas unter den alten Herrschern. Bestes Beispiel bildet Frankreich selbst, wo mit Ludwig XVIII. die Bourbonen wieder eingesetzt wurden. Für die Neuordnung Europas durch die Fürsten galt das Prinzip des Völkerrechts, in dessen Namen in der Koalition gegen Napoleon gekämpft worden war. Dieses Völkerrecht wurde jedoch nicht auf die Völker selbst bezogen, sondern auf die Legitimität der Herrscher.

Es waren schließlich die Franzosen, die beim Wiener Kongress auf das Völkerrecht pochten. Dies war aber nur der Fall, da es im Sinne der Außenpolitik des französischen Außenministers Talleyrand war. Talleyrand wollte Frankreich aus der Isolation führen und dafür sorgen, dass es bei der Neuordnung Europas mitbestimmen konnte. Neben der politischen Neuordnung des Kontinents war für die Alliierten der Schutz vor Frankreich ein wichtiges Ziel des Kongresses. Es sollte keine Gefahr mehr von der bevölkerungsreichsten und revolutionsträchtigen Macht ausgehen. Aus diesem Grund wurden bereits am Tag nach dem ersten Pariser Frieden die Departements vom Rhein bis zur Saar militärisch besetzt. Preußen besetzte die Gebiete nördlich der Mosel, während Österreich und Bayern die Gebiete südlich der Mosel besetzten. Später teilte eine strikt festgelegte Grenze von Konz bis Medard die Besatzungsbereiche der Militärmächte. Diese Gebiete wurden auch von der jeweiligen Macht verwaltet.

In der Schlussakte des Wiener Kongresses wurden die neuen Grenzen in Europa aufgeführt. Bevor auf die neuen Grenzen eingegangen werden kann, müssen noch einige Informationen aufgelistet werden: Nach der Eroberung der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten wurden diese in Generalgouvernements zusammengefasst. Am 2. Februar 1814 war das Generalgouvernement Mittelrhein aus den Departements Rhein-Mosel, Saar und Donnersberg gebildet worden und am 14. Februar 1814 das Generalgouvernement Niederrhein, bestehend aus den ehemaligen Departements der Rur (Roer), der Ourthe und der Nieder-Maas.



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux unmittelbar nach dem Wiener Kongress im Jahr 1815. Quelle: GR-Atlas

Am 31. Mai 1814 wurde entschieden, dass die Gouvernementsverwaltungen am 15. Juni desselben Jahres den jeweiligen Mächten übertragen werden sollten. Das nördlich gelegene Generalgouvernement Niederrhein wurde jetzt von Preußen verwaltet, während das Generalgouvernement Mittelrhein von Österreich und Bayern verwaltet wurde. Am 15. Juni 1814 fasste Preußen dann die unter seiner Verwaltung stehenden Gebiete zusammen. Die Festlegung der neuen Grenzen in Europa in der Wiener Schlussakte betrifft für das Gebiet der Großregion die neuen Grenzen Preußens, des Königreiches der Niederlande sowie des Großherzogtums Luxemburg. Des Weiteren steht das Gebiet des Herzogtums Nassau zu diesem Zeitpunkt zum größten Teil bereits fest. Was das Generalgouvernement Mittelrhein betrifft, so wurde dieses weiterhin von Österreich und Bayern vorläufig verwaltet. Die Schlussakte des



Wiener Kongresses wurde am 9. Juni 1815 von Österreich, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Preußen, Russland, Schweden und Norwegen unterzeichnet. Die neuen Grenzverläufe waren jedoch noch nicht definitiv, da weitere Grenzänderungen in den darauf folgenden Monaten und Jahren folgen sollten.

Der Wiener Kongreß von 1814/15, Quelle: Zeitgenössische Karikatur

Quellen

Burg, P. 1984: Der Wiener Kongreß. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem, München

De Bruyne, A. & De Bruyne, J. 1995 : A propos de frontières et de bornes, In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191 (1995), S. 39-67

v. Ilseman, A. 1996: Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongreß. Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen Erster und Zweiter Restauration, Hamburg

Lafontaine, La création du Grand-Duché de Luxembourg par le congrès de Vienne

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Marburg, Bd. 7: Rheinland

Wey, P. 1966: 150 Jahre Kreis Saarburg, In: Heimatbuch des Kreises Saarburg, Hrsg. von der Kreisverwaltung Saarburg, Saarburg, 1966, S. 15-22

Grenzänderung 01 - 1815: Königreich der Niederlande

Während des Wiener Kongresses wurde das Königreich der Niederlande aus den früheren Vereinigten Provinzen und den ehemaligen österreichischen Niederlanden gebildet. Dies wurde in Artikel 65 der Schlussakte des Kongresses festgehalten. Der aus dem Hause Oranien-Nassau stammende Wilhelm Friedrich wurde zum König Wilhelm I. dieses neuen Königreiches ernannt. Die Zusammenlegung der besagten Gebiete zu einem neuen Königreich hatte den Zweck, einen Pufferstaat zwischen Frankreich und dem Deutschen Bund zu errichten. Österreich verzichtete auf seine ehemaligen Gebiete der früheren österreichischen Niederlande, die aus dem Großteil des heutigen Belgiens sowie des Herzogtums Luxemburg bestanden, und trat diese an das neue Königreich ab.



Herzogtum Limburg 1635. Hist. Karte

Des Weiteren wurden dem neuen Königreich noch die Gebiete des ehemaligen Bistums Lüttich sowie die Gebiete der Abtei Stablo und des alten Herzogtum Limburgs einverleibt. Das Königreich der Niederlande war somit eine Konstruktion des Wiener Kongresses. Die Grenzen des neuen Königreiches der Niederlande zu Preußen und Frankreich wurden in Artikel 66 festgelegt. Was die Grenze zwischen dem Königreich der Niederlande und Preußen betrifft, so wird hier lediglich jener Abschnitt behandelt, der die Großregion betrifft. Dieser Grenzabschnitt zieht sich von Deiffelt bis zur Grenze des Kantons Malmedy und von hier aus bis zu dem Punkt, an dem die ehemaligen Departements Ourthe und Rur aufeinander treffen. Die Grenze verläuft westlich von Aachen und schneidet vom Limburger Gebiet den Kanton Eupen sowie einen kleinen Teil des Kantons Aubel ab, die an Preußen fallen.

Besonders der englische Abgesandte Castlereagh verfolgte die Idee, dass ein starkes holländisches Königreich mit Preußen zusammen den Rhein und somit den Deutschen Bund vor Frankreich schützen sollte.

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995 : A propos de frontières et de bornes, In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191 (1995), S. 40

De Sédouy, J.-A. 2003: Le congrès de Vienne. L'Europe contre la France 1812-1815, Perrin, Paris, S. 225

Dollar, J.: Le Luxembourg à la merci des Grands au Congrès de Vienne (1814-15), in: Korspronk, Périodique des Amis de l'Histoire, Differdange, S. 27-38

Hauptvertrag des zu Wien versammelten Congresses der europäischen Mächte, S. 122

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. von B. Poll, Aachen, S. 184-210

Lafontaine, P. 1989 : Description des nouvelles frontières du Grand-duché de Luxembourg et de la France à l'exemple de Belvaux (1820-1823), In : D'Commemoratiounsfeierlechkeeten 1989 aus deer Siicht vun der Gemeng Suessem, Festbroschür, Sanem, S. 19-24.

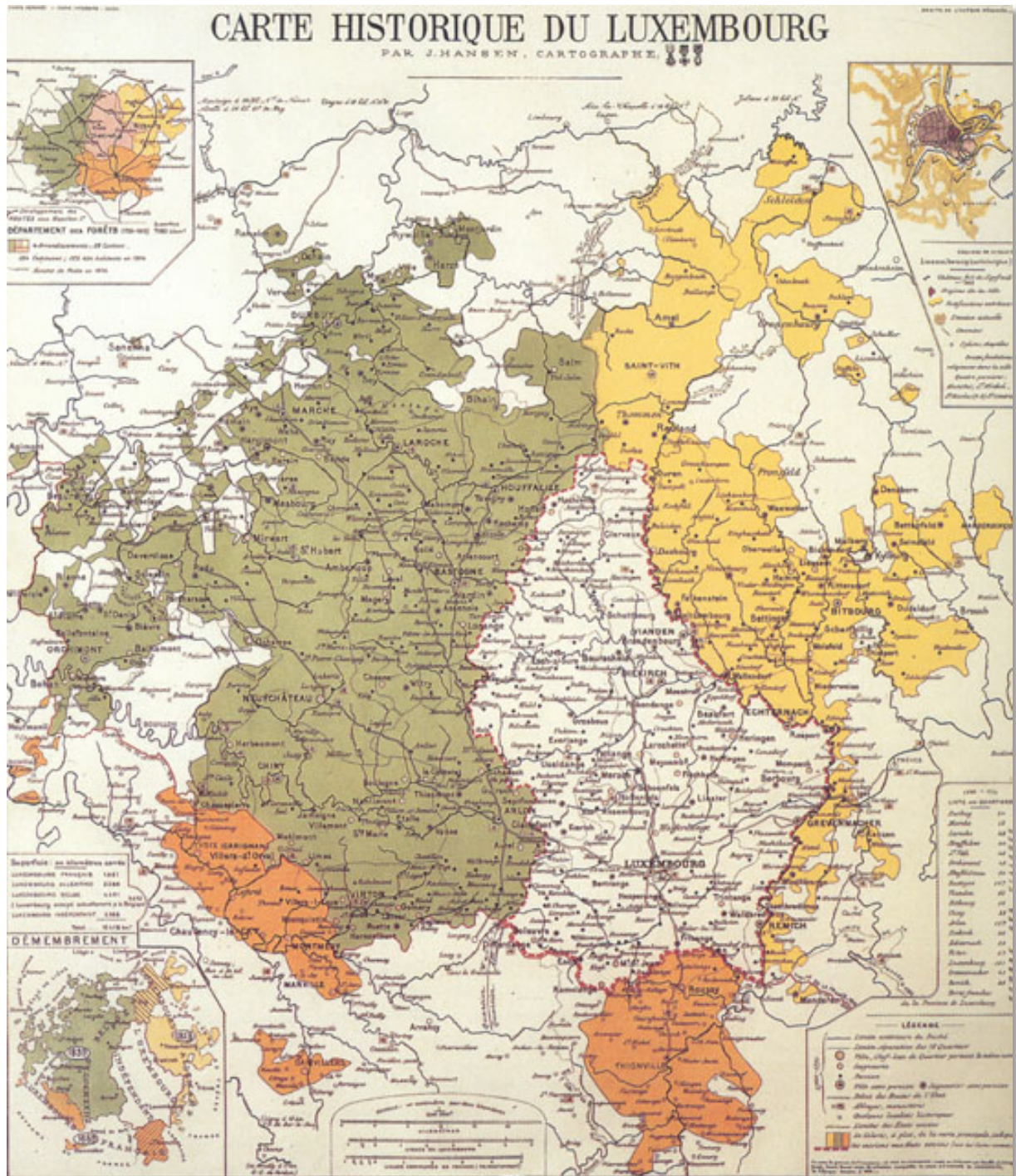
Grenzänderung 02 - 1815: Die Entstehung des Großherzogtums Luxemburg

Artikel 67 der Schlussakte des Wiener Kongresses beschreibt das Los Luxemburgs. Das Gebiet des ehemaligen Herzogtums, das nicht an Preußen fällt, wird an den Fürsten von Oranien-Nassau, den König der Niederlande, und seine Nachfolger als persönlicher Besitz übertragen. Das Herzogtum wird zum Großherzogtum erhoben und wird Teil des Deutschen Bundes. Hinzu kommt, dass die Festungsstadt Luxemburg zur Bundesfestung erklärt wird. Wichtig ist, dass in der Schlussakte des Kongresses festgehalten wird, dass die Mitglieder des Bundes die gleichen Rechte haben: "Die Mitglieder des Bundes



sind als solche einander gleich an Rechten." Der König der Niederlande hat durch den Besitz Luxemburgs eine Stimme in der Bundesversammlung und kann somit über sein Großherzogtum auch im Deutschen Bund mitbestimmen. Darüber hinaus verfügt Luxemburg über drei Stimmen in der Ratsversammlung. Preußen waren die Gebiete Nassau-Dillenburg, Hadamar, Dietz und Siegen, die Wilhelm von Oranien-Nassau gehörten, übergeben worden. Obwohl diese Gebiete nicht in der Großregion liegen, ist dies hier insofern von Bedeutung, als es Luxemburg direkt betrifft.

Wilhelm I. von Oranien-Nassau (1772-1843), König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg. Gemälde von Joseph Paelinck, Rijksmuseum Amsterdam



Historische Karte von Luxemburg. Quelle: J. Hansen 1930. Das 1815 gegründete Großherzogtum umfasst den weißen (Luxemburg heute) und den grünen (1839 an Belgien) Bereich. Die gelben Teile gingen an Preussen.

Der König der Niederlande erklärte in Artikel 70 der Wiener Schlussakte seinen Verzicht auf die Gebiete des Hauses Oranien-Nassau in Deutschland und erhielt als Ausgleich das Herzogtum Luxemburg als seinen persönlichen Besitz. Das ehemalige Herzogtum Luxemburg wurde also als Großherzogtum neu gegründet, um dem Fürsten von Oranien-Nassau, dem König der Niederlande Wilhelm I., als persönlichen Besitz übertragen zu werden. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die in Artikel 66 vereinbarten Grenzen des Königreiches der Niederlande strikt von denen des Großherzogtums Luxemburg getrennt sind. Dies ist ein Beweis, dass Luxemburg rechtlich nicht Teil des Königreiches der Niederlande war. In Artikel 68 wird die Grenze zwischen dem Großherzogtum und Preußen beschrieben. Schließlich wurde noch entschieden, dass der Teil des Herzogtums Bouillon, der im Pariser Vertrag nicht bei Frankreich verblieben ist, mit dem Großherzogtum Luxemburg vereinigt wird.

Quellen

Hauptvertrag des zu Wien versammelten Kongresses der europäischen Mächte, Fürsten und freien Städte. Herausgegeben von Dr. Schmid, Hildburghausen, 1815

Lafontaine, P. 1989 : La création du Grand-Duché de Luxembourg par le congrès de Vienne, in: D'Commémorationsfeierlichkeiten 1989 aus der Sicht von der Gemeng Suessem, Luxemburg, S. 11-17.

Grenzänderung 03 - 1815: Gebiete westlich des Rheins

Artikel 25 der Wiener Schlussakte vom 9. Juni 1815 legt fest, dass Preußen die Gebiete westlich des Rheins erhalten soll. Dort ist auch eine ausführliche Beschreibung des preußischen Gebiets enthalten. Die Grenze erstreckt sich von Bingen am Rhein und folgt der Nahe bis zum Zusammenfluss mit der Glan. Von hier aus verläuft die Grenze bis zum Dorf Medard, das sich südlich Lauterecken befindet. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Städte Kreuznach und Meisenheim zu Preußen zählen. Die Grenze verläuft von Medard über Merzweiler, Langweiler, Nieder- und Ober-Feckenbach, Ellenbach, Creuchenborn, Aurweiler (Ahrweiler), Cronweiler, Niederbambach, Burbach, Boschweiler, Heubweiler, Hambach und Rinzenberg bis zur Grenze des Kantons Hermeskeil. Alle diese Ortschaften werden demnach dem Königreich Preußen einverleibt. Von Rinzenberg aus, das noch zu Preußen gehört, soll die Grenze bis zur Saar an den Kantonsgrenzen entlang verlaufen. Doch die Gebiete des Kantons Konz, die auf der linken Flussseite liegen, sollen nicht zu Preußen gehören. Die Kantone Wadern, Merzig und Saarburg werden ebenfalls nicht preußisch.

Durch den Besitz dieser Gebiete hätte Preußen nämlich eine gemeinsame Grenze mit Frankreich besessen, die weder von Preußen, noch von dessen Außenminister Hardenberg gewollt war. Hardenbergs Begründung war, dass Preußen am Rhein zu schwach wäre, um Frankreich im Falle eines Angriffs aufzuhalten. Das preußische Kernland und somit auch dessen militärische Macht befänden sich weit weg vom Rhein, somit wäre eine direkte Grenze zu Frankreich für Preußen äußerst schwierig zu verteidigen gewesen. Preußen beanspruchte stattdessen eine gewisse Quantität an Ländereien in den Rheinlanden, was diesem auf dem Kongress auch zugestanden wurde. So entstand das Großherzogtum Niederrhein aus dem ehemaligen Departement Rheinmosel sowie Teilen der Departements der Saar, der Wälder, der Ourthe, der Nieder-Maas und der Rur. Dieses neue Großherzogtum wurde mit der preußischen Monarchie verbunden.

Die Südgrenze des preußischen Gebiets wird dann an der Grenze des Kantons Konz, entlang der Saar bis zu ihrer Einmündung in die Mosel folgen. Der weitere Grenzverlauf führt von der Mosel bis zu ihrem Zusammentreffen mit der Sauer und von hier aus bis zu ihrem Zusammentreffen mit der Our entlang. Die Grenze verläuft also der Our nach bis zu der Grenze des ehemaligen Departements der Ourthe. Interessant ist, dass die Dörfer, die durch die grenzbildenden Flüsse getrennt wurden, nicht geteilt werden sollten, sondern jeweils zu dem Staatsgebiet gehören, auf dem sich der größte Teil der Ortschaft befindet.



Der preußische Außenminister Hardenberg. Gemälde von François Kinson

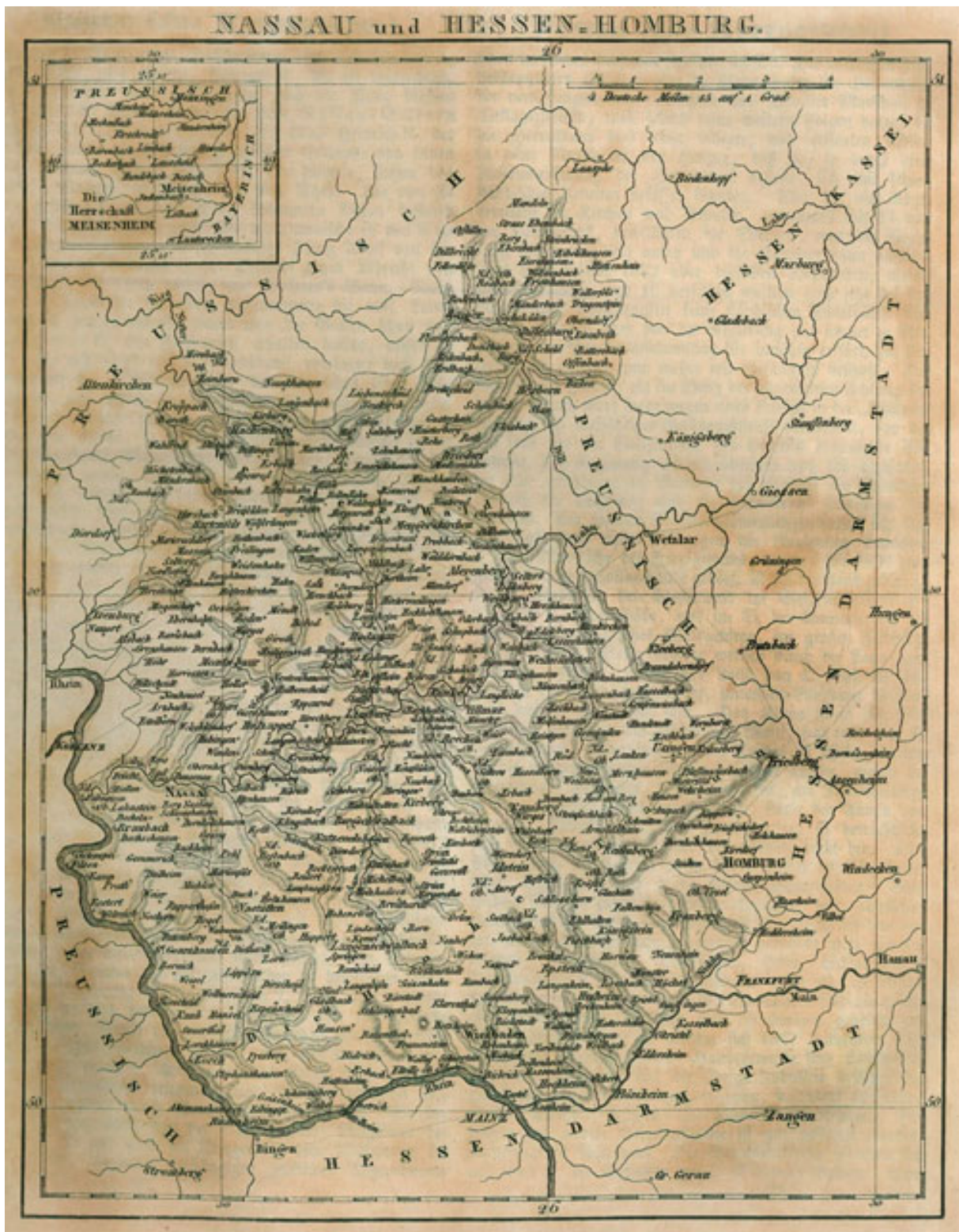
Die grenzbildenden Flüsse unterstehen den beiden Mächten, dem König der Niederlande in seiner Funktion als Großherzog von Luxemburg einerseits und dem Königreich Preußen andererseits. Nördlich und nordöstlich der Our gelangten die Kantone St. Vith, Malmedy, Kronenburg, Schleiden und Eupen sowie ein Teil des Kantons Aubel an Preußen. Die Grenzlinie trifft dort auf den Punkt, an dem sich die drei früheren Departements der Ourthe, der Nieder-Maas sowie der Rur trafen. Von hier aus folgt die neue Grenze jener der Departements bis zum Fluss Worm, der in die Rur fließt. Die Grenze folgt der Rur bis zur Grenze der bereits erwähnten Departements und von hier aus verläuft sie bis südlich der Ortschaft Hillensberg, die an Preußen fällt. Preußen hatte somit große Gebiete westlich des Rheins erhalten.

Quellen

Hauptvertrag des zu Wien versammelten Kongresses der europäischen Mächte, Fürsten und freien Städte. Herausgegeben von Dr. Schmid, Hildburghausen, 1815.

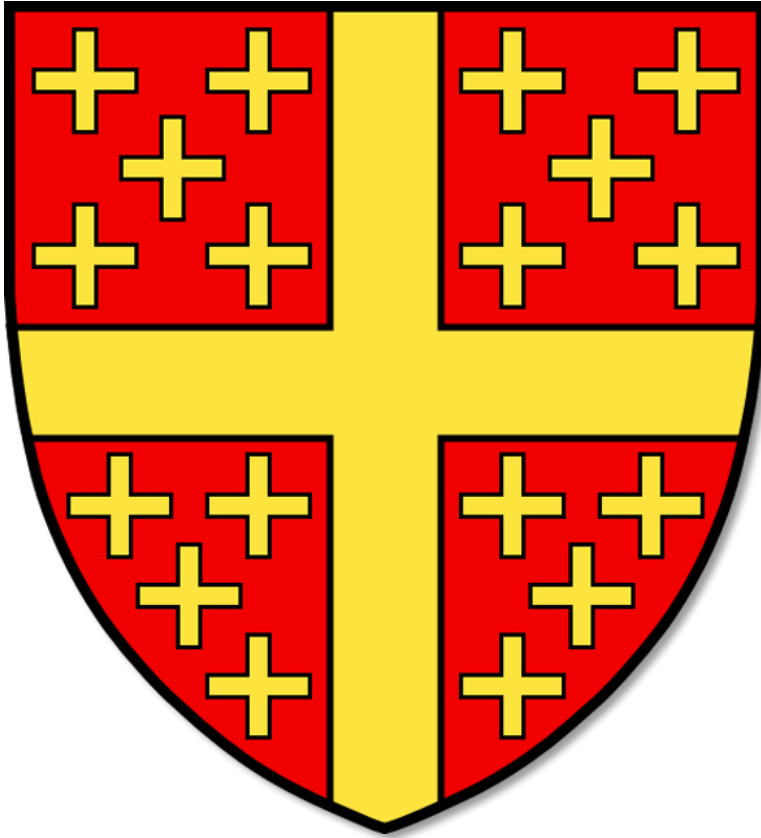
Wey, P. 1966: 150 Jahre Kreis Saarburg, In : Heimatbuch des Kreises Saarburg, Hrsg. von der Kreisverwaltung Saarburg, Saarburg, S. 15-22.

Grenzänderung 04 - 1815: Teilgebiete von Oranien-Nassau



Herzogtum Nassau. Hist. Karte

Am 23. November 1813 hatte das Herzogtum Nassau, das vorher auf der Seite Napoleons gestanden hatte, auf die Seite der Alliierten gewechselt. Die Gestalt des Herzogtums wurde auf dem Wiener Kongress neu festgelegt. In diesem Kontext waren Nassau am 31. Mai 1815 Gebiete von Preußen zugeschlagen worden, wie zum Beispiel die Herrschaft Westerburg und ein Teil der Grafschaft "Wied-Runkel".



Wappen der Herren von Westerburg. Quelle: B. Peter

Darüber hinaus waren dem Herzogtum Nassau der Großteil der Gebiete, die Preußen vom Hause Oranien-Nassau übertragen worden waren, zugeschlagen worden. Dies ist umso interessanter, als Preußen erst am 31. Mai 1815 die Stammlande des Fürsten von Oranien-Nassau bekommen hatte und diese nun schon wieder abtrat. Dies war bereits vor der Wiener Schlussakte festgehalten worden. Am 17. November 1816 bekam Nassau dann noch die alte hessen-kasselsche Niedergrafschaft von Katzenelnbogen verliehen. Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Herzogtum Nassau durch die Neuordnung Europas

verkleinert wurde. Es wurde dabei aber arrondiert, wodurch ein festes und zusammenhängendes Gebilde entstand. Ein Teil des Herzogtums Nassau erstreckt sich auf das Gebiet, das wir heute als Großregion bezeichnen.

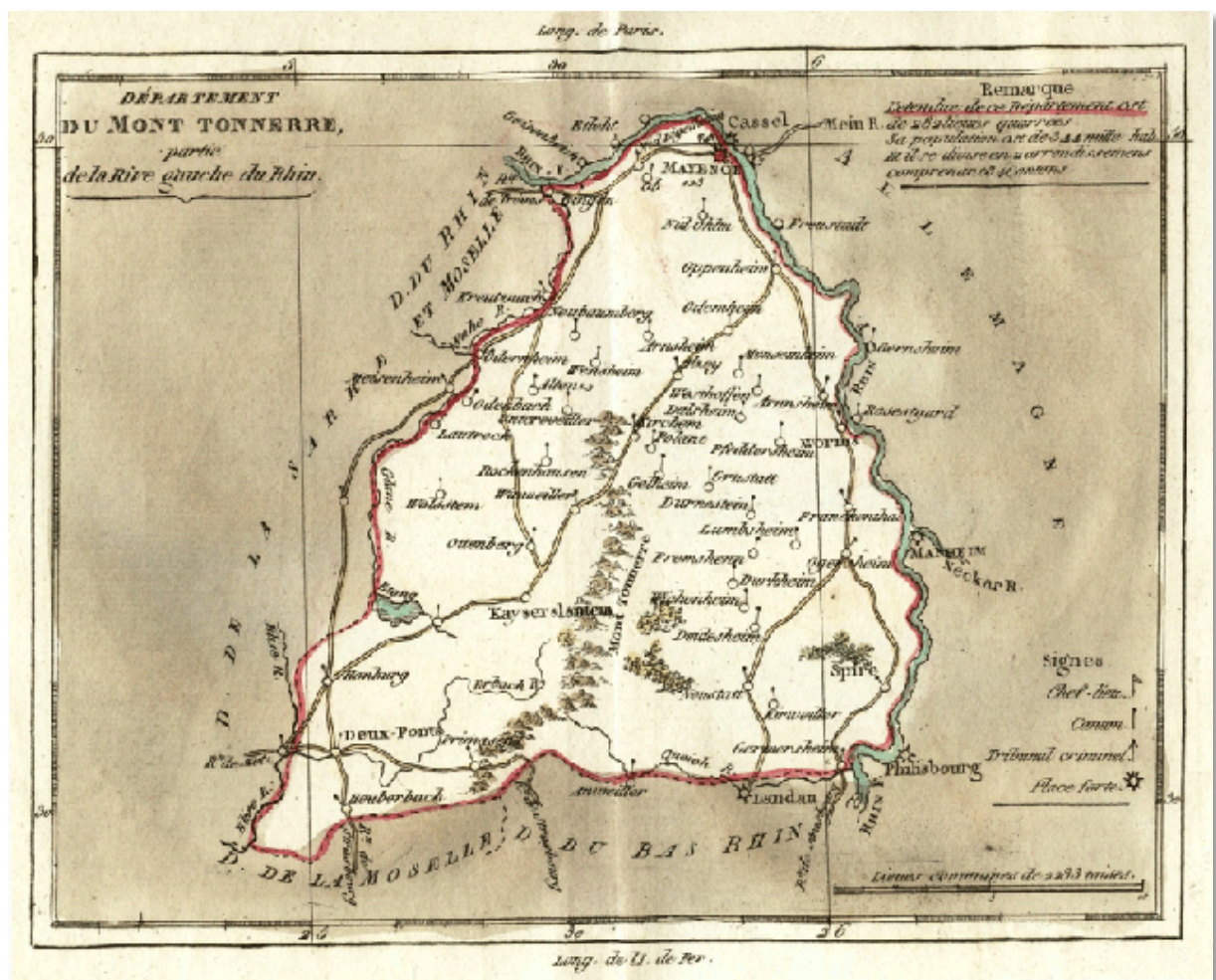
Quellen

Struck, W.-H. 1981: Die Gründung des Herzogtums Nassau, In: Herzogtum Nassau 1806-1866, Politik / Wirtschaft / Kultur, Historische Kommission für Nassau, Wiesbaden, S. 1-18.

Grenzänderung 05 - 1815: Gebiete südlich der Linie Medard-Konz

Unter österreichischer und bayrischer Verwaltung

Nach der Eroberung der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten wurden diese in Generalgouvernements zusammengefasst. Am 2. Februar 1814 war das Generalgouvernement Mittelrhein aus den Departements Rhein-Mosel, Saar und Donnersberg gebildet worden. Am 31. Mai 1814 wurde entschieden, dass die Gouvernementsverwaltungen am 15. Juni desselben Jahres den jeweiligen Mächten übertragen werden sollten. In diesem Kontext wurde das Generalgouvernement Mittelrhein von Österreich und Bayern verwaltet. Es handelt sich hierbei um die Gebiete südlich der Linie, die sich von Medard bis hin nach Konz zieht. Diese Abgrenzung zwischen dem von Österreich und Bayern auf der einen Seite und von Preußen auf der anderen Seite verwalteten Gebiet war sehr spärlich beschrieben und festgehalten worden. Vollständigkeitshalber muss erwähnt werden, dass es sich hierbei lediglich um eine Übergangsphase handelte.



Departement Donnersberg. Hist. Karte

Quellen

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Marburg, Band 7: Rheinland, S. 10.

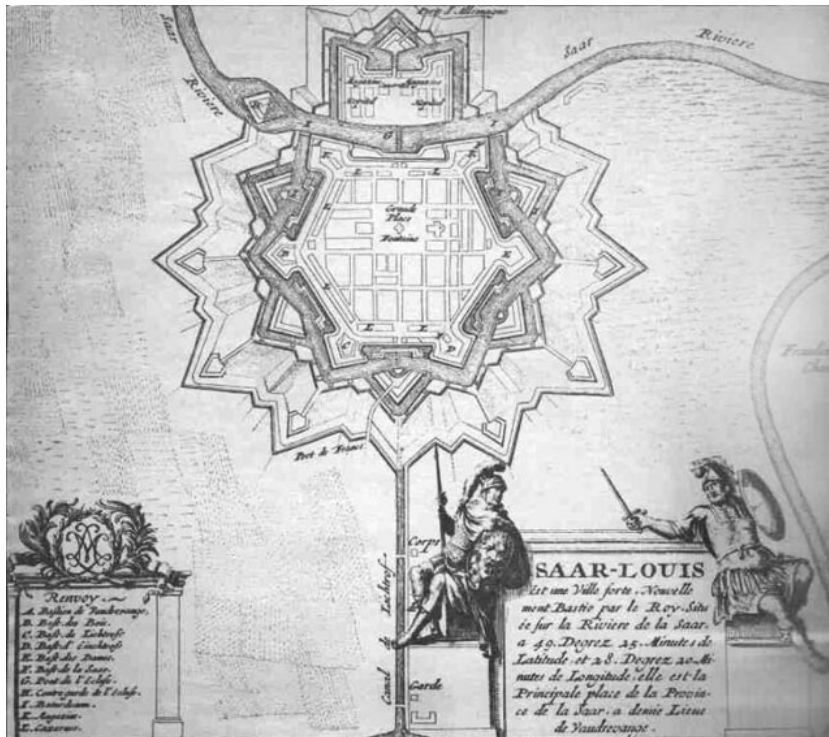
Grenzänderung 06 - 1815: Die Festungen Saarbrücken und Saarlouis fallen an Preußen

Der Erste Pariser Frieden

Artikel 3 des ersten Pariser Friedensvertrags vom 30. Mai 1814 hatte Frankreich in die Grenzen von 1792 zurückgewiesen. Dabei waren die 8 Kantone von Dour, Merbes-le-Château, Beaumont, Chimay, Walcourt, Florennes, Beauraing und Gedinne bei Frankreich verblieben. Es handelte sich hierbei um Gebiete aus den Departements, die sich auf dem Gebiet der ehemaligen österreichischen Niederlande befunden hatten. Das französische Territorium erstreckte sich über das südliche Borinage und über den Großteil des Gebietes zwischen der Sambre und der Maas sowie den "doigt de Givet" hin. Der Vertrag hatte außerdem das Los der Kantone Philippeville, Mariembourg, Couvin und des Herzogtums Bouillon noch nicht festgelegt.

Der Zweite Pariser Frieden

Während auf dem Wiener Kongress gefeiert, gestritten und verhandelt wurde, kehrte Napoleon aus seinem Exil auf der Insel Elba auf die europäische Bildfläche zurück. Es gelang ihm in kürzester Zeit, seine Macht in Frankreich wieder zu erlangen und so zog er bereits am 20. März 1815 in Paris ein, ohne dass ein Kampf stattgefunden hatte.



Die von Vauban zur Festung ausgebaut Stadt Saarlouis

Die Neuordnung Europas und das Gleichgewicht der Kräfte waren nun wieder in Gefahr. Keine Großmacht wollte Napoleon an der Spitze Frankreichs sehen, deshalb sahen die Alliierten über ihre Streitigkeiten hinweg und erklärten Frankreich den Krieg.

Diesmal dauerte die Herrschaft Napoleons gerade einmal 109 Tage, denn am 18. Juni 1815 wurde er bei

Waterloo durch eine zusammen gewürfelte Armee unter Wellington und Blücher endgültig besiegt. Der wiederholte Waffengang veranlasste die Alliierten, Frankreich einen härteren Friedensvertrag zu diktieren, als jenen vom 30. Mai 1814. Nachdem Preußen nach Napoleons Niederlage bei Waterloo große Gebiete von Frankreich eingefordert hatte, schlug der englische Abgesandte Castlereagh vor, dass Frankreich in die Grenzen von 1790 zurückgestutzt werden solle. Am 20. September 1815 überreichten die Alliierten ihre Forderungen an die französische Regierung.

Hierbei handelte es sich um ein regelrechtes Ultimatum. Zu diesem Zeitpunkt war Ludwig XVIII. wieder in Frankreich an der Macht. Am 20. November 1815 wurde schließlich der zweite Pariser Friedensvertrag unterzeichnet. Diesmal waren die Friedensbedingungen für Frankreich viel härter als beim ersten Frieden. Hier sollen lediglich die Bestimmungen, welche die Großregion betreffen, erwähnt werden. Die französischen Festungen entlang der Ostgrenze sollten entweder geschleift werden oder an die Nachbarn übergehen.

Saarlouis und Saarbrücken fallen an Preußen

In diesem Zusammenhang fielen die Festungen von Saarlouis und Saarbrücken an Preußen. Im gleichen Kontext wurden die Festungen Philippeville und Mariembourg den Niederlanden zugesprochen, das Gebiet mit der Festung Landau fiel an Österreich. Dies war für Frankreich äußerst schmerzlich, denn diese Festungen waren seit Jahrhunderten in französischem Besitz. Hinzu kommt, dass Frankreich nun durch den Verlust seines Festungsringes angreifbar und Paris seines Schutzes beraubt war. Diesen Vertrag zu unterzeichnen, war für einen Franzosen ein äußerst schmerzhafter Akt, dem sich Talleyrand entzog. Nachdem er am 19. September 1815 sein Amt als Außenminister abgegeben hatte, musste der neue Außenminister, der Herzog von Richelieu, diese Bürde auf sich nehmen. Doch obwohl dies nun erledigt war, war die Festlegung der Grenzen noch immer nicht abgeschlossen.

Quellen

De Sédouy, J.-A. 2003: Le congrès de Vienne. L'Europe contre la France 1812-1815, Perrin, Paris

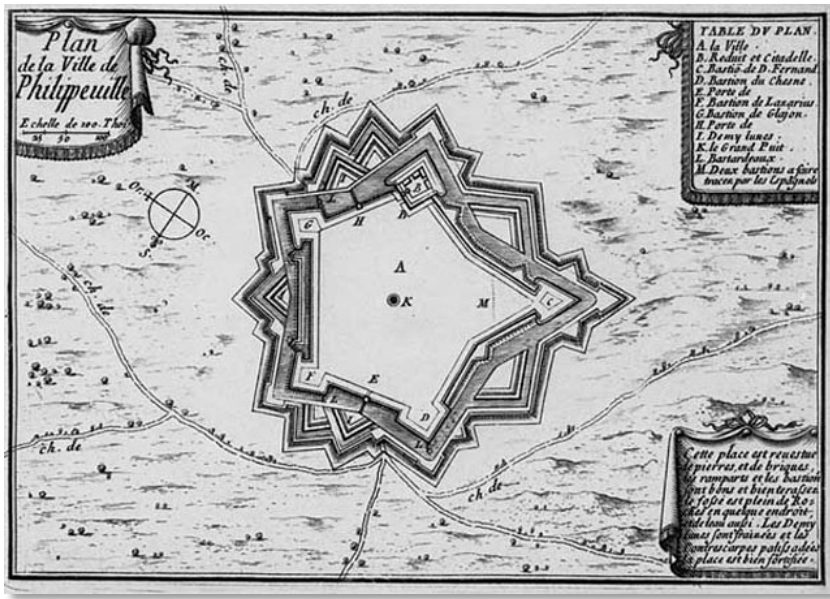
v. Ilseman, A. 1996: Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongreß. Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen Erster und Zweiter Restauration, Hamburg

Lentacker, F. 1974: La frontière franco-belge, Etude géographique des effets d'une frontière internationale sur la vie de relations, Lille

Grenzänderung 07 - 1815: Die Festungen Philippeville und Mariembourg fallen an die Niederlande

Der Erste Pariser Frieden

Artikel 3 des ersten Pariser Friedensvertrags vom 30. Mai 1814 hatte Frankreich in die Grenzen von 1792 zurückgewiesen. Dabei waren die 8 Kantone von Dour, Merbes-le-Château, Beaumont, Chimay, Walcourt, Florennes, Beauraing und Gedinne bei Frankreich verblieben. Es handelte sich hierbei um Gebiete aus den Departements, die sich auf dem Gebiet der ehemaligen österreichischen Niederlande befunden hatten. Das französische Territorium erstreckte sich über das südliche Borinage und über den Großteil des Gebietes zwischen der Sambre und der Maas sowie den "doigt de Givet" hin. Der Vertrag hatte außerdem das Los der Kantone Philippeville, Mariembourg, Couvin und des Herzogtums Bouillon noch nicht festgelegt.



Festung Philippeville, angelegt von Vauban. Hist. Plan

Der Zweite Pariser Frieden

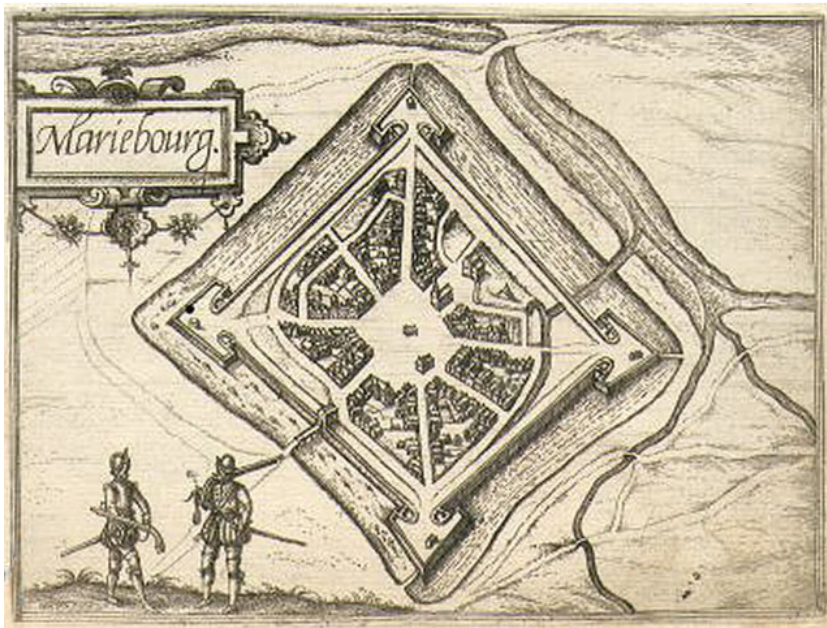
Während auf dem Wiener Kongress gefeiert, gestritten und verhandelt wurde, kehrte Napoleon aus seinem Exil auf der Insel Elba auf die europäische Bildfläche zurück. Es gelang ihm in kürzester Zeit, seine Macht in Frankreich wieder zu erlangen und so zog er bereits

am 20. März 1815 in Paris ein, ohne dass ein Kampf stattgefunden hatte. Die Neuordnung Europas und das Gleichgewicht der Kräfte waren nun wieder in Gefahr. Keine Großmacht wollte Napoleon an der Spitze Frankreichs sehen, deshalb sahen die Alliierten über ihre Streitigkeiten hinweg und erklärten Frankreich den Krieg.

Diesmal dauerte die Herrschaft Napoleons gerade einmal 109 Tage, denn am 18. Juni 1815 wurde er bei Waterloo durch eine zusammen gewürfelte Armee unter Wellington und Blücher endgültig besiegt. Der wiederholte Waffengang veranlasste die Alliierten, Frankreich einen härteren Friedensvertrag zu diktieren, als jener vom 30. Mai 1814. Nachdem Preußen nach Napoleons Niederlage bei Waterloo große Gebiete von Frankreich eingefordert hatte, schlug der englische Abgesandte Castlereagh vor, dass Frankreich in die Grenzen von 1790 zurückgestutzt werden solle. Am 20. September 1815 überreichten die Alliierten ihre Forderungen an die französische Regierung. Hierbei handelte es sich um ein regelrechtes Ultimatum. Zu diesem Zeitpunkt war Ludwig XVIII. wieder in Frankreich an der Macht. Am 20. November 1815 wurde schließlich der zweite Pariser Friedensvertrag unterzeichnet. Diesmal waren die Friedensbedingungen für Frankreich viel härter als beim ersten Frieden. Hier sollen lediglich die Bestimmungen, welche die Großregion betreffen, erwähnt werden. Die französischen Festungen entlang der Ostgrenze sollten entweder geschleift werden oder an die Nachbarn übergehen.

Philippeville und Mariembourg fallen an die Niederlande

In diesem Zusammenhang wurden die Festungen Philippeville und Mariembourg den Niederlanden zugesprochen. Aus Enttäuschung, weder Condé noch Charlemont von Frankreich bekommen zu haben, nahm der König der Niederlande Wilhelm I. die acht oben besagten Kantone sowie die fünf Gemeinden von der Enklave Barbençon in seinen Besitz. Der königliche Erlass vom 14. Januar 1816 fügte diese Gebiete offiziell in das Königreich der Niederlande ein. Im gleichen Kontext fielen die Festungen von Saarlouis und Saarbrücken an Preußen, das Gebiet mit der Festung Landau fiel an Österreich. Dies war für Frankreich äußerst schmerzlich, denn diese Festungen waren seit Jahrhunderten in französischem Besitz. Hinzu kommt, dass Frankreich nun durch den Verlust seines Festungsringes angreifbar und Paris seines Schutzes beraubt war.



*Festung Mariembourg
(1582), später von Vauban
weiter ausgebaut*

Diesen Vertrag zu unterzeichnen, war für einen Franzosen ein äußerst schmerzhafter Akt, dem sich Talleyrand entzog. Nachdem er am 19. September 1815 sein Amt als Außenminister abgegeben hatte, musste der neue Außenminister, der Herzog von Richelieu, diese Bürde

auf sich nehmen. Doch obwohl dies nun erledigt war, war die Festlegung der Grenzen noch immer nicht abgeschlossen.

Quellen

De Sédouy, J.-A. 2003: Le congrès de Vienne. L'Europe contre la France 1812-1815, Perrin, Paris

v. Ilseman, A. 1996: Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongreß. Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen Erster und Zweiter Restauration, Hamburg

Lentacker, F. 1974: La frontière franco-belge, Etude géographique des effets d'une frontière internationale sur la vie de relations, Lille

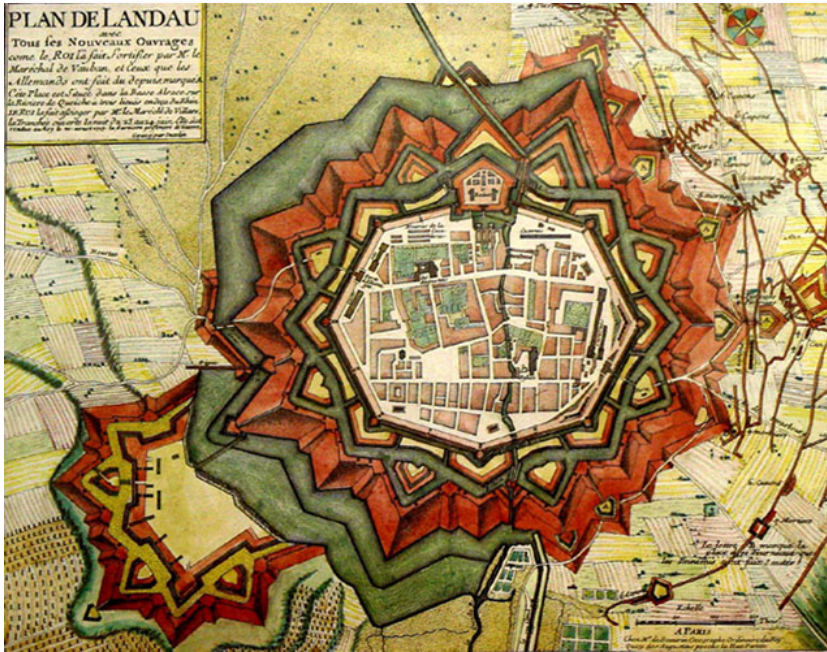
Grenzänderung 08 – 1815: Festung Landau fällt an Österreich

Der Erste Pariser Frieden

Artikel 3 des ersten Pariser Friedensvertrags vom 30. Mai 1814 hatte Frankreich in die Grenzen von 1792 zurückgewiesen. Dabei waren die 8 Kantone von Dour, Merbes-le-Château, Beaumont, Chimay, Walcourt, Florennes, Beauraing und Gedinne bei Frankreich verblieben. Es handelte sich hierbei um Gebiete aus den Departements, die sich auf dem Gebiet der ehemaligen österreichischen Niederlanden befunden hatten. Das französische Territorium erstreckte sich über das südliche Borinage und über den Großteil des Gebietes zwischen der Sambre und der Maas sowie den "doigt de Givet" hin. Der Vertrag hatte außerdem das Los der Kantone Philippeville, Mariembourg, Couvin und des Herzogtums Bouillon noch nicht festgelegt.

Der Zweite Pariser Frieden

Während auf dem Wiener Kongress gefeiert, gestritten und verhandelt wurde, kehrte Napoleon aus seinem Exil auf der Insel Elba auf die europäische Bildfläche zurück. Es gelang ihm in kürzester Zeit, seine Macht in Frankreich wieder zu erlangen und so zog er bereits am 20. März 1815 in Paris ein, ohne dass ein Kampf stattgefunden hatte.



Landau, 1688-91 von Vauban zur Festung ausgebaut. Quelle: Stadt Landau

Die Neuordnung Europas und das Gleichgewicht der Kräfte waren nun wieder in Gefahr. Keine Großmacht wollte Napoleon an der Spitze Frankreichs sehen, deshalb sahen die Alliierten über ihre Streitigkeiten hinweg und erklärten Frankreich den Krieg. Diesmal dauerte die Herrschaft Napoleons gerade einmal 109 Tage, denn am 18. Juni

1815 wurde er bei Waterloo durch eine zusammen gewürfelte Armee unter Wellington und Blücher endgültig besiegt. Der wiederholte Waffengang veranlasste die Alliierten, Frankreich einen härteren Friedensvertrag zu diktieren, als jener vom 30. Mai 1814.

Nachdem Preußen nach Napoleons Niederlage bei Waterloo große Gebiete von Frankreich eingefordert hatte, schlug der englische Abgesandte Castlereagh vor, dass Frankreich in die Grenzen von 1790 zurückgestutzt werden solle. Am 20. September 1815 überreichten die Alliierten die Forderungen an die französische Regierung. Hierbei handelte es sich um ein regelrechtes Ultimatum. Zu diesem Zeitpunkt war Ludwig XVIII. wieder in Frankreich an der Macht. Am 20. November 1815 wurde schließlich der zweite Pariser Friedensvertrag unterzeichnet. Diesmal waren die Friedensbedingungen für Frankreich viel härter als beim ersten Frieden. Hier sollen lediglich die Bestimmungen, welche die Großregion betreffen, erwähnt werden. Die französischen Festungen entlang der Ostgrenze sollten entweder geschleift werden oder an die Nachbarn übergehen.

Festung Landau fällt an Österreich

Das Gebiet mit der Festung Landau fiel an Österreich. Dies war für Frankreich äußerst schmerzlich, denn diese Festungen waren seit Jahrhunderten in französischem Besitz. Hinzu kommt, dass Frankreich nun durch den Verlust seines Festungsringes angreifbar und Paris seines Schutzes beraubt war. Im gleichen Kontext wurden die Festungen Philippeville und Mariembourg den Niederlanden zugesprochen, die Festungen von Saarlouis und Saarbrücken fielen an Preußen.

Diesen Vertrag zu unterzeichnen, war für einen Franzosen ein äußerst schmerzhafter Akt, dem sich Talleyrand entzog. Nachdem er am 19. September 1815 sein Amt als Außenminister abgegeben hatte, musste der neue Außenminister, der Herzog von Richelieu, diese Bürde auf sich nehmen. Doch obwohl dies nun erledigt war, war die Festlegung der Grenzen noch immer nicht abgeschlossen.



Landau, Zeughaus und Magazin. Quelle: T. Philipp

Quellen

De Sédouy, J.-A. 2003: Le congrès de Vienne. L'Europe contre la France 1812-1815, Perrin, Paris

v. Ilseman, A. 1996: Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongreß. Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen Erster und Zweiter Restauration, Hamburg

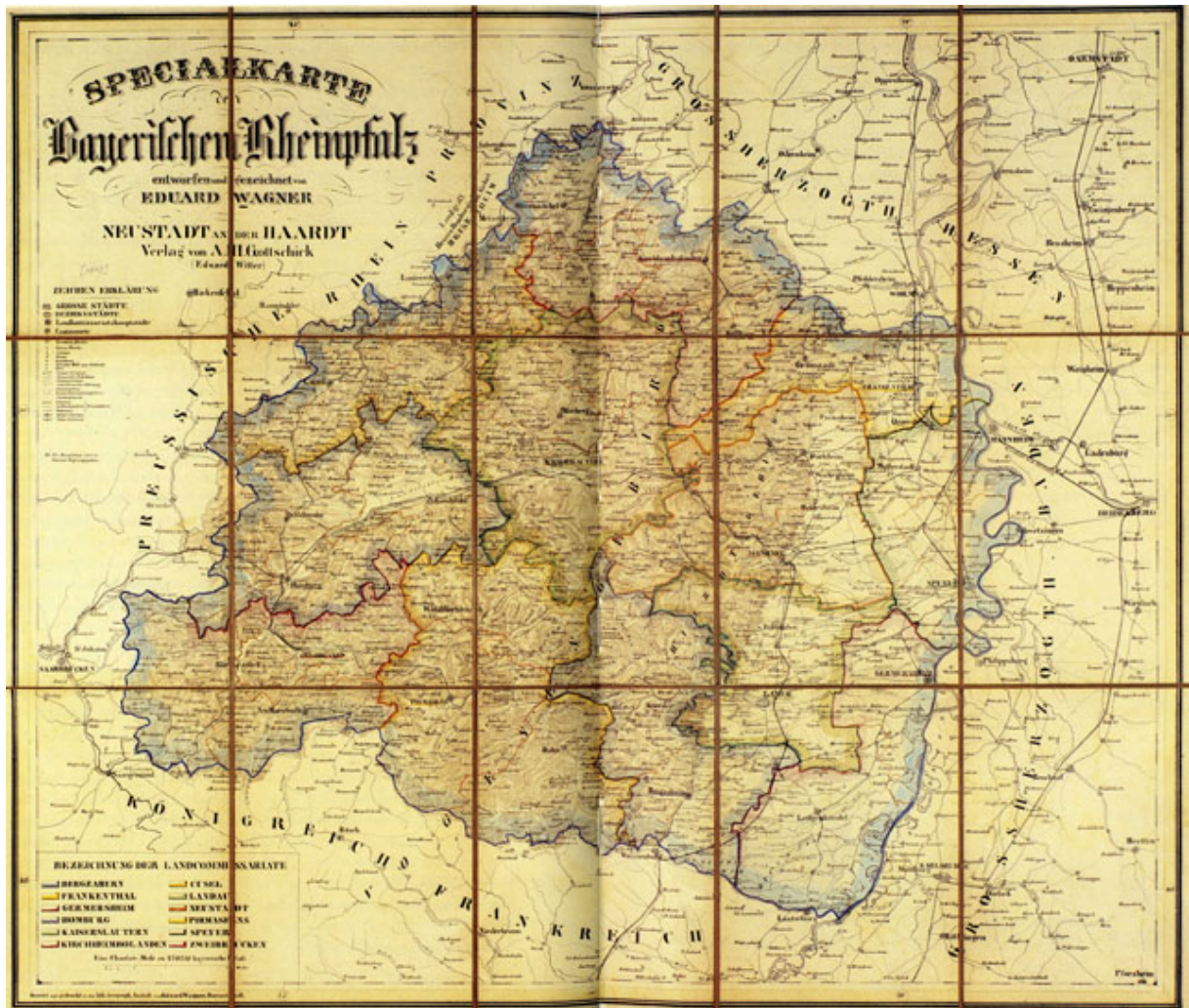
Lentacker, F. 1974: La frontière franco-belge, Etude géographique des effets d'une frontière internationale sur la vie de relations, Lille

Grenzänderung 09 - 1816: Landau und Rheinpfalz

Rheinbayern

Die Pfalz und die Festungsstadt Landau waren durch die Neuordnung Europas ebenfalls betroffen. Die Pfalz war am 2. Februar 1814 unter bayrisch-österreichische Administration gestellt und somit Teil des Generalgouvernements Mittelrhein geworden. Metternich hatte erreicht, dass in der Wiener Schlussakte diese Gebiete, sowie die durch den zweiten Pariser Frieden von Frankreich abgespaltene Festungsstadt Landau Österreich zugesprochen wurden. So konnte er diese Gebiete als Ausgleich für österreichische Gebiete, die während der napoleonischen Kriege an Bayern gefallen waren, verwenden. Österreich, das während der napoleonischen Kriege an Bayern, den einstigen Verbündeten Napoleons, Territorien hatte abgeben müssen, verlangte von diesem die Rückgabe von Salzburg sowie das Inn- und Hausrückviertel. Im Gegensatz zu diesen Gebieten sollte das Königreich Bayern Mainz, die Rheinpfalz sowie weitere bedeutende Gebiete am linken Rheinufer erhalten.

Von den bayrischen Vorstellungen mussten jedoch immer mehr Abstriche gemacht werden. Am Ende bekam Bayern im Münchener Vertrag vom 14. April 1816 nur noch einen Teil seiner Wünsche zugesprochen. Mit Blick auf die Großregion ist hier nur die Rheinpfalz zu nennen. Das Königreich Bayern hatte in München sogar noch vergeblich für den Erwerb der Stadt Mainz und deren Umlandes plädiert, doch auch dies blieb Bayern verwehrt. Am 30. April 1816 hatte das Königreich Bayern durch Patent Besitz des besagten Gebiets ergriffen. Somit hatte das Königreich Bayern ein zusammenhängendes Gebiet gewissen Ausmaßes westlich des Rheins erhalten und verfügte nun über eine gemeinsame Grenze mit Frankreich.



Karte der Bayerischen Rheinpfalz. Quelle und größere Version: demokratiegeschichte.eu

Quellen

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Bd. 2: Neuzeit, Hrsg. von F. Petri und G. Droege, Düsseldorf

Spindler, M. 1969: Bayerischer Geschichtsatlas, München

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald, Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Frankfurt am Main

Grenzänderung 10 - 1816: Teile der südlichen Rheinlande

1816: Übergabe der von Österreich verwalteten Gebiete an Preußen

Österreich zog sich militärisch ganz aus der westrheinischen Region zurück und überließ Preußen und Bayern die Kontrolle. Am 3. November 1815 wurde in Artikel 6 des Pariser Protokolls zwischen Österreich und Preußen vereinbart, dass Preußen die Kantone Saarburg, Baumholder, Birkenfeld und Grumbach erhalten solle. Doch erst am 1. Juli 1816 wurde in Worms die genaue Grenze festgelegt. Genauso ist es auch dem Gebiet südlich der Linie Konz-Medard-Bingen bis zur französischen Grenze ergangen, das im Artikel 51 des Wiener Kongresses noch Österreich und Bayern als Besatzungsgebiet zugewiesen worden war. Diese standen nun also unter preußischer Kontrolle. Durch den Erlass vom 27. Juni 1822 wurde die Provinz Jülich-Kleve-Berg dem Oberpräsidium Koblenz des Großherzogtums Niederrhein unterstellt und dementsprechend wurde das gesamte Gebiet von Koblenz aus verwaltet. In der Folgezeit entstand der Begriff der "Rheinprovinz".



Die Rheinprovinz (1822-1946) vor dem Hintergrund der heutigen Bundesgrenzen

Quellen

Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16, sowie ihre Vermessung und Dokumentation in den Jahren 1980-1984, Hrsg. Ministère des Finances, Service central des imprimés et des fournitures de bureau de l'État, Luxemburg, 1984, S. 19

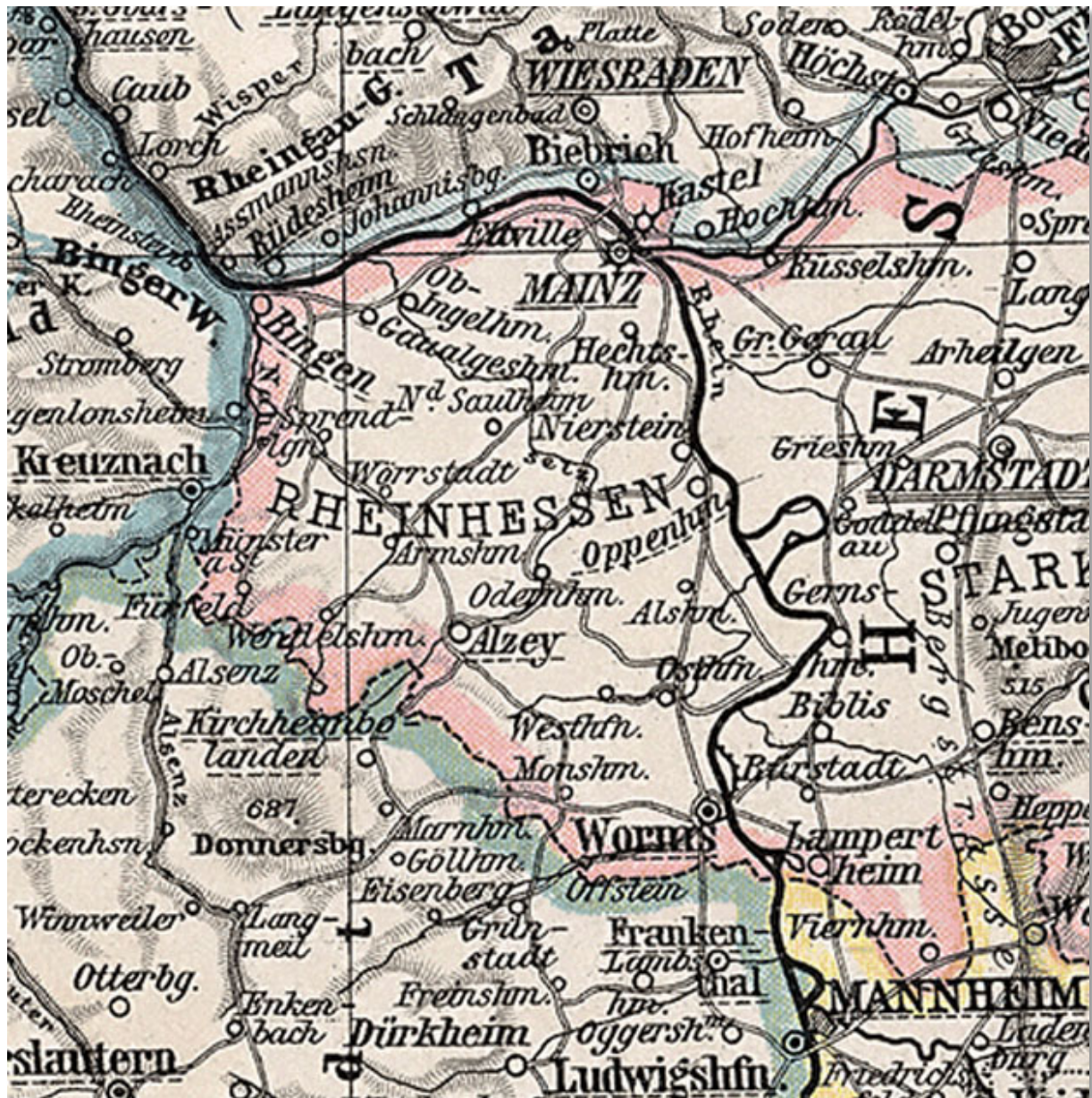
Rothenberger, K.-H. 1974: Zur Territorialgeschichte des Regierungsbezirks Trier 1814-1970, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-71

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg, Bd. 7: Rheinland, S. 12.

Grenzänderung 11 - 1816: Mainz, Worms, Bingen, Alzey

Hessen-Darmstadt (Rheinhessen)

Der Großherzog von Hessen-Darmstadt bekam durch den Wiener Kongress ebenfalls Gebiete links des Rheins zugesprochen. Großherzog Ludwig I. war nicht sonderlich darüber erfreut, lediglich das Gebiet um Mainz zu bekommen. Trotzdem willigte er im Vertrag vom 30. Juni 1816 ein. Am 3. Juli 1816 fand die Inbesitznahme der Gebiete von Mainz und Worms durch das Großherzogtum Hessen-Darmstadt statt. Dieser Teil des Großherzogtums bekam die Bezeichnung Rheinhessen verliehen. Mit 16,3 Prozent der Gesamtfläche stellte Rheinhessen einen bedeutenden Bestandteil des Großherzogtums dar.



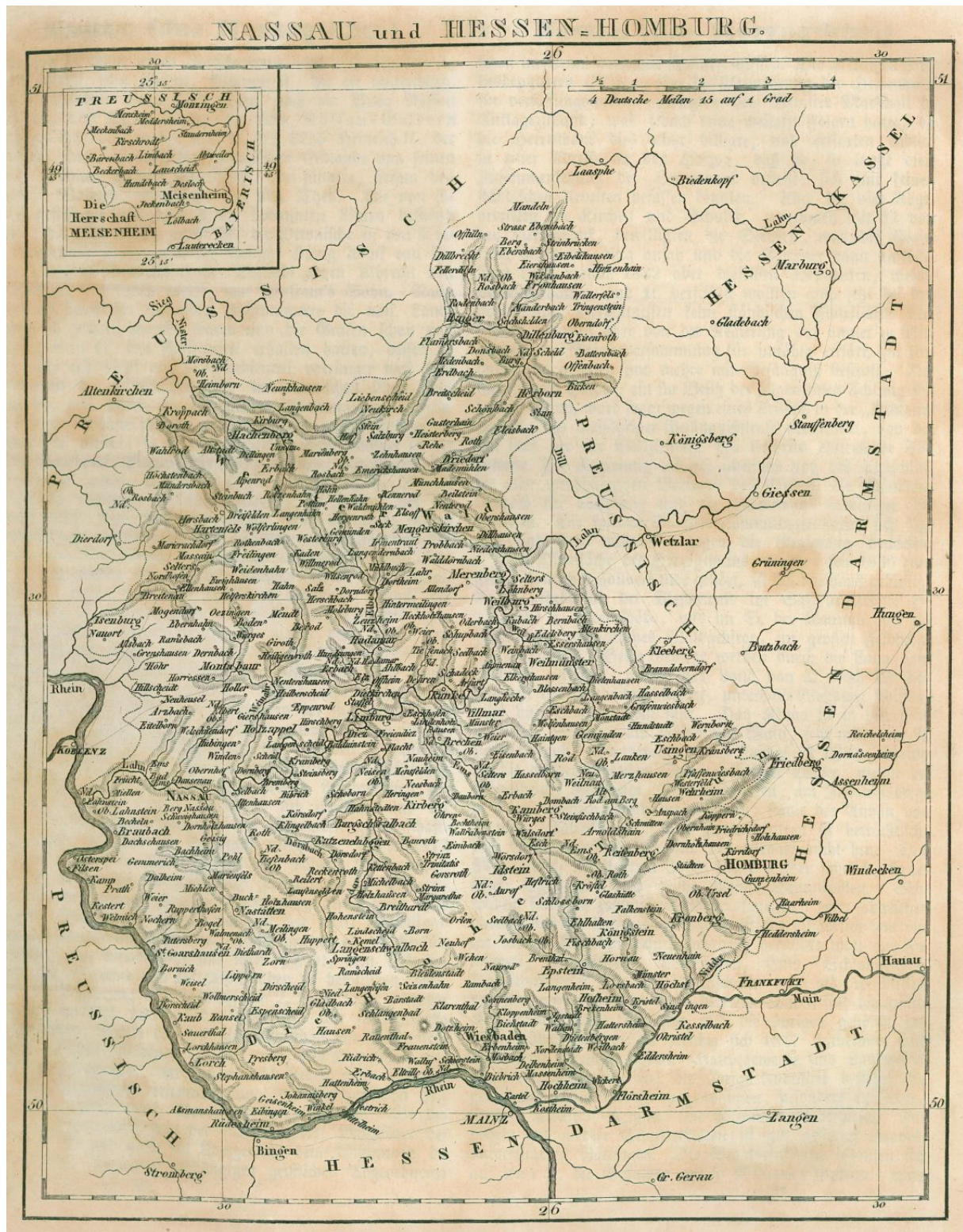
Rheinhessen (1905). Hist. Karte

Quellen

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droege, Düsseldorf, S. 367-474.

Grenzänderung 12 - 1816: Meisenheim, Grumbach

1816: Hessen-Homburg



Hessen-Homburg. Hist. Karte



Friedrich VI. von Hessen-Homburg

Die Landgrafschaft Hessen war durch den Artikel 48 der Schlussakte des Wiener Kongresses wiederhergestellt worden. Nach Artikel 49 sollte ein links des Rheins gelegenes Gebiet an den Landgrafen fallen. Der Landgraf von Hessen-Homburg bekam im Kontext der Entschädigung für das durch die napoleonischen Kriege verlorene Gebiet ein Territorium von 10 000 Seelen zugesprochen. Es handelt sich um das Gebiet um Meisenheim, bestehend aus dem Kanton Meisenheim und einem Teil des Kantons Grumbach. Dieses Gebiet umfasste alles in allem lediglich eine kleine Stadt sowie 24 Ortschaften. Das Gebiet um Meisenheim liegt weit vom Kernterritorium der Landgrafschaft Hessen-Homburg entfernt. Die Übergabe an den Landgrafen von Hessen-Homburg erfolgte im September des Jahres 1816.

Quellen

Caelius, W. 1959: Meisenheim am Glan. Gedanken der Gebiets- und Verwaltungsreform an der Nahtstelle des Landes Rheinland-Pfalz, Allgemeiner Anzeiger, Meisenheim

Klein, T. 1979: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A, Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Marburg/Lahn, Bd. 11: Hessen-Nassau, S. 222.

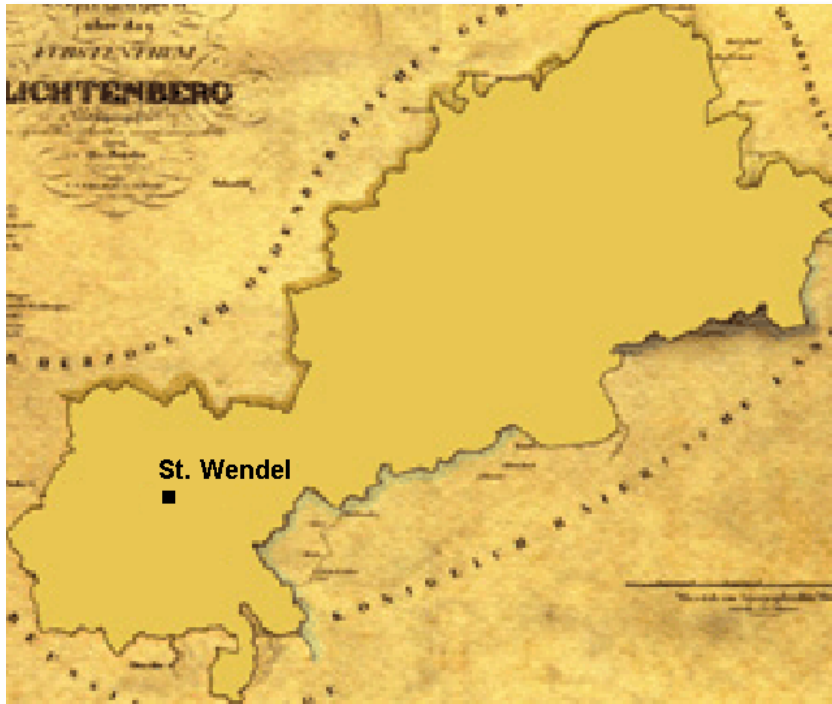
Grenzänderung 13 - 1816: Grumbach, Baumholder, St. Wendel...

Fürstentum Lichtenberg

Der Herzog von Sachsen Coburg-Saalfeld hatte am 9. September 1816 Teile der Kantone Grumbach, Baumholder und St. Wendel sowie Teile der Kantone Kusel, Ottweiler und Tholey als Entschädigung für die durch die Kriege und die Neuordnung verloren gegangenen Besitztümer erhalten, wobei erwähnt werden muss, dass aus dem Kanton Grumbach die Gemeinden St. Julian und Erchenau an Bayern fielen, während die Gemeinden Baerenbach, Becherbach, Atzweiler und Hopstaedten an den Landgrafen von Hessen-Homburg gingen.

Dieses zusammenhängende Gebiet wurde, wie in Artikel 49 der Wiener Schlussakte vorgesehen, zum "übrerrheinischen Fürstentum St. Wendel" zusammengefasst. Es handelt sich hierbei um ein kleines

Gebiet, das nicht mit dem Herrschaftsgebiet des Herzogtums verbunden war. Es war eingeklemmt zwischen Birkenfeld im Westen und der bayrischen Pfalz im Osten. Zudem befand sich im Norden angrenzend der Besitz des Landgrafen von Hessen-Homburg.



Territorium des Fürstentums Lichtenberg, 1819.

Quelle: Stadt St. Wendel

Herzog Ernst III. von Sachsen-Coburg-Saalfeld (ab 1826 Ernst I. von Sachsen-Coburg-Gotha) erhob am 6. März 1819 das "üerrheinische Fürstentum St. Wendel" zum Fürstentum Lichtenberg. Im Jahre 1821 bekam es ein eigenes Wappen und eine Verfassung. Doch der Herzog war nicht sonderlich an diesem Gebilde interessiert, er sah es als Provisorium an und wollte

es mit Bayern tauschen, was allerdings scheiterte. Preußen hatte großes Interesse an der Einverleibung dieser kleinen Gebilde, die durch den Wiener Kongress entstanden waren. Aus diesem Grund stand das Fürstentum Lichtenberg von Anfang an unter dessen Schutz.



Quellen

Dreesen, J. 2008: Das Fürstentum Lichtenberg (1816-1834) im Vormärz. Ein Provisorium, Neuerburg, S. 8f

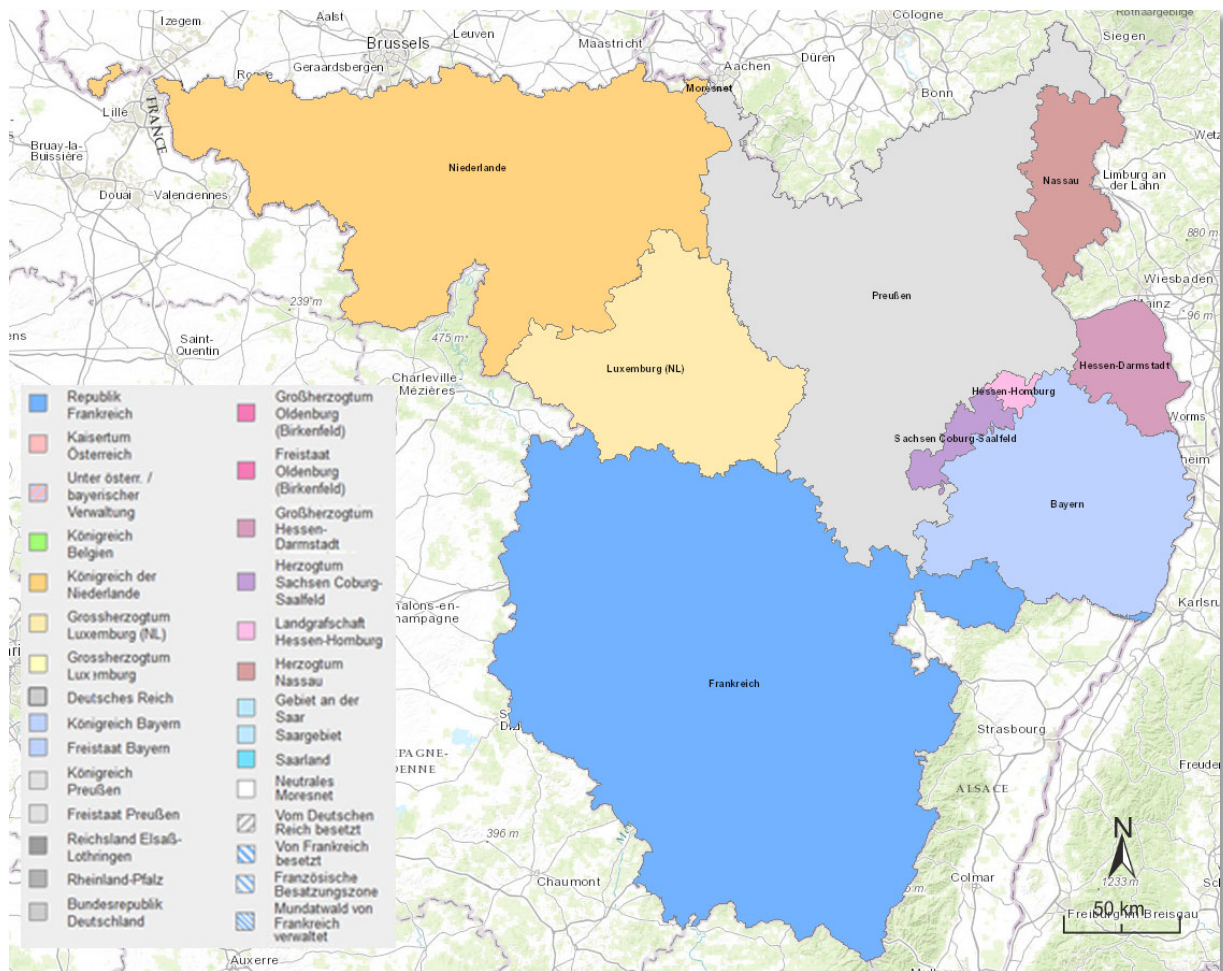
Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg, Bd. 7: Rheinland, S. 12

Herzog Ernst III. von Sachsen-Coburg-Saalfeld (1784-1844). Gemälde von F. Hanfstengl 1841

II - 1815-1830

II. Die auf den Wiener Kongress folgenden Grenzänderungen 1815-1830

Die Grenzen, die während des Wiener Kongresses festgelegt wurden, waren nicht endgültig. Die verschiedenen Staaten verhandelten weiter und es kam somit zu weiteren Kongressen und Verträgen, bei denen verschiedene Grenzverläufe verändert wurden. Dies erklärt sich dadurch, dass auf dem Wiener Kongress die Grenzen theoretisch und willkürlich gezogen wurden, was die Grenzlandschaften schwer in Mitleidenschaft zog. Wegen der langwierigen Grenzfestlegungen zwischen den verschiedenen Parteien ist dieser Abschnitt nach den großen Grenzlinien unterteilt. Die Karte veranschaulicht die Fülle der Grenzänderungen, die nach dem Wiener Kongress noch in der Großregion durchgeführt wurden. Neben Änderungen, die große Gebiete umfassen, wurden auch kleine und Kleinstgebiete zwischen den Nachbarn verschoben. Hier wurden auch die für lange Zeit fast unveränderten Grenzzüge festgelegt, darunter auch die Grenze zwischen Preußen und Luxemburg.



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1816. Quelle: GR-Atlas

Bereits am 20. November 1815 wurde durch den Zweiten Pariser Frieden die Grenze zwischen dem Königreich der Niederlande und Frankreich verändert. In diesem Kontext wurde die französische Grenze auch an der Saar und bei Landau zum Vorteil für Preußen und Österreich verändert. Die endgültige Grenzfestlegung zwischen dem Machtgebiet des Königs der Niederlande und Preußen zog sich lange hin. In diesem Zusammenhang ist auch die Ostgrenze des Großherzogtums Luxemburg von Bedeutung, da auch seine Grenze hier festgelegt wurde. Es bedurfte der Verträge von Aachen und Kleve sowie des Protokolls von Emmerich, um diese Grenze endgültig festzuhalten. Hier entstand auch das Provisorium "Neutrales Moresnet", das bis zum Ersten Weltkrieg bestehen sollte.

Bayern bekam die Pfalz mit der Festung Landau zugeschlagen, während Österreich seine zu verwaltenden Gebiete Preußen überließ. Preußen hatte in Folge des Wiener Kongresses große Gebiete westlich des Rheins erhalten, doch sollten noch viele Änderungen in dieser Region stattfinden. Aber das westrheinische Gebiet blieb nicht nur unter Preußen und Bayern aufgeteilt. Grund hierfür war Artikel 49 der Schlussakte des Wiener Kongresses, welcher vorsah, dass ein Gebiet von 69 000 Einwohnern, das sich im ehemaligen französischen Saardepartement an der Grenze zur Pfalz befand, fünf deutschen Fürsten zuzuteilen sei.

Preußen hatte die Pflicht, die Adelshäuser, die im Zuge der napoleonischen Kriege Gebiete verloren hatten, mit Gebieten aus seinem Machtbereich zu entschädigen. Die Einteilung sollte nach Einwohnerzahlen oder - wie es im Jargon jener Zeit hieß - nach "Seelen" erfolgen. Demnach sollten der Herzog von Oldenburg sowie der Herzog von Sachsen Coburg-Saalfeld jeweils ein Gebiet mit 20 000 Einwohnern erhalten. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz sowie der Landgraf von Hessen-Homburg sollten ihrerseits ein Gebiet mit 10 000 "Seelen" erhalten. Schließlich stand dem Graf von Papenheim noch ein Gebiet von 9 000 Einwohnern zu. Fünf kleine Gebiete sollten also auf dem von Preußen verwalteten Gebiet entstehen. Bis zum 30. April 1816, als Preußen diese Gebiete übernommen hatte, hatten diese unter bayrisch-österreichischer Verwaltung gestanden.

Aus diesem Grund kam im Jahre 1816 eine Territorialkommission zusammen, um die Gebietsfragen zu klären. Auch wenn es sich lediglich um relativ unbedeutende Gebiete handelte, so wurde doch hart verhandelt. Schließlich bekam der Herzog von Sachsen Coburg-Saalfeld ein Gebiet um St. Wendel zugeteilt. Aus diesem bildete sich das Fürstentum Lichtenberg. Der Herzog von Oldenburg bekam ein Gebiet um Birkenfeld zugesprochen, der Landgraf von Hessen-Homburg erhielt seinerseits ein Gebiet bei Meisenheim, während der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz und der Graf von Papenheim gegen Geldentschädigungen auf die ihnen zustehenden Gebiete verzichteten.

Die Grenzen zwischen Frankreich auf der einen Seite und Bayern sowie Preußen auf der anderen Seite sollten noch weitere Änderungen erfahren. Äußerst interessant ist auch die Gestaltung der neuen Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg, die sich über Jahre hinweg zog. Insgesamt fanden in diesem Zeitabschnitt viele bemerkenswerte Änderungen an den Grenzen statt.

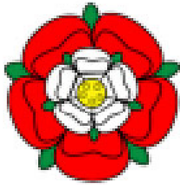
Quellen

Becker, B. & E. Schaaf 1980: Geschichte des Fürstentums Birkenfeld von 1817 bis 1848/49, Koblenz, S. 54

Dreesen, J. 2008: Das Fürstentum Lichtenberg (1816-1834) im Vormärz. Ein Provisorium, Neuerburg, S. 7.

Grenzänderung 14 - 1816: Baelen, Welkenraedt...

Vertrag von Aachen 1816: Teile der Gebiete der Gemeinden Baelen, Welkenraedt, Henri-Chapelle und Monzen fallen an Preußen



Gemeindeflagge von Baelen. Quelle: A. Leroy

Die beiden neuen Nachbarn, die Königreiche der Niederlande und Preußen, trafen sich bereits am 9. Januar 1816 in Aachen, um eine definitive Grenze zwischen beiden Territorien zu ziehen. Der Aachener Vertrag steht in direktem Zusammenhang mit dem Wiener Kongress und zeigt,

wie undeutlich und willkürlich die Grenzen auf dem Kongress gezogen worden waren.

Die Verhandlungen, die am 9. Januar 1816 begonnen hatten, endeten erst am 26. Juni desselben Jahres, als der Vertrag von Aachen unterzeichnet wurde. Im Laufe des Aachener Kongresses war es zu vielen Streitigkeiten zwischen den beiden Verhandlungspartnern gekommen. Im Grenzvertrag von Aachen wurden viele "kleine" Grenzänderungen vorgenommen. Preußen wollte im Raum Aachen die Straßen, die für die Wirtschaft dieses Raumes äußerst wichtig waren, unter seiner Kontrolle haben. Dieses Problem wurde gelöst, indem ein Teil der Gebiete der Gemeinden Baelen, Welkenraedt, Henri-Chapelle und Monzen an Preußen abgegeben wurde, so dass die Straße zwischen Eupen und Aachen nicht über holländisches Gebiet führte.

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In : Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg von Bernhard Poll, Verlag des Aachener Geschichtsvereins, Aachen, S. 184-210

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique. Etude de géographie humaine, In : Revue belge de Géographie, Bruxelles, S. 38.

Grenzänderung 15 - 1816: Deiffelt, Urth, Watermal...

Vertrag von Aachen 1816: Deyfelt, Urth, Watermal, Herzogenwald und Kohlegruben bei Herzogenrath zum Königreich der Niederlande bestätigt

Die beiden neuen Nachbarn, die Königreiche der Niederlande und Preußen, trafen sich bereits am 9. Januar 1816 in Aachen, um eine definitive Grenze zwischen beiden Territorien zu ziehen. Der Aachener Vertrag steht in direktem Zusammenhang mit dem Wiener Kongress und zeigt, wie undeutlich und willkürlich die Grenzen auf dem Kongress gezogen worden waren. Die Verhandlungen, die am 9. Januar 1816 begonnen hatten, endeten erst am 26. Juni desselben Jahres, als der Vertrag von Aachen unterzeichnet wurde. Im Laufe des Aachener Kongresses war es zu vielen Streitigkeiten zwischen den beiden Verhandlungspartnern gekommen. Im Gegenzug zur Abgabe eines Teils der Gebiete der Gemeinden Baelen, Welkenraedt, Henri-Chapelle und Monzen an Preußen bekamen die Niederlande die umstrittenen Orte Deyfelt (Deiffelt), Urth und Watermal aus dem Kanton St. Vith sowie den Großteil des Herzogenwaldes bei Eupen und die Kohlegruben im Westen von Herzogenrath. Dies zeigt, dass es beiden um wirtschaftliche Interessen ging, nicht um das Zugehörigkeitsgefühl der dort lebenden Menschen. Der Aachener Vertrag sollte die definitive Grenze zwischen den Niederlanden und Preußen festlegen.

Darüber hinaus wurden auch die Grenzen des Großherzogtums Luxemburg zu Preußen festgelegt. So wurde bereits in diesem Vertrag deutlich, dass der König der Niederlande das Großherzogtum als Teil seines Reiches betrachtete, da es nicht getrennt behandelt wurde. In diesem Vertrag wurde auch die Souveränität über die drei Grenzflüsse Mosel, Sauer und Our festgelegt.

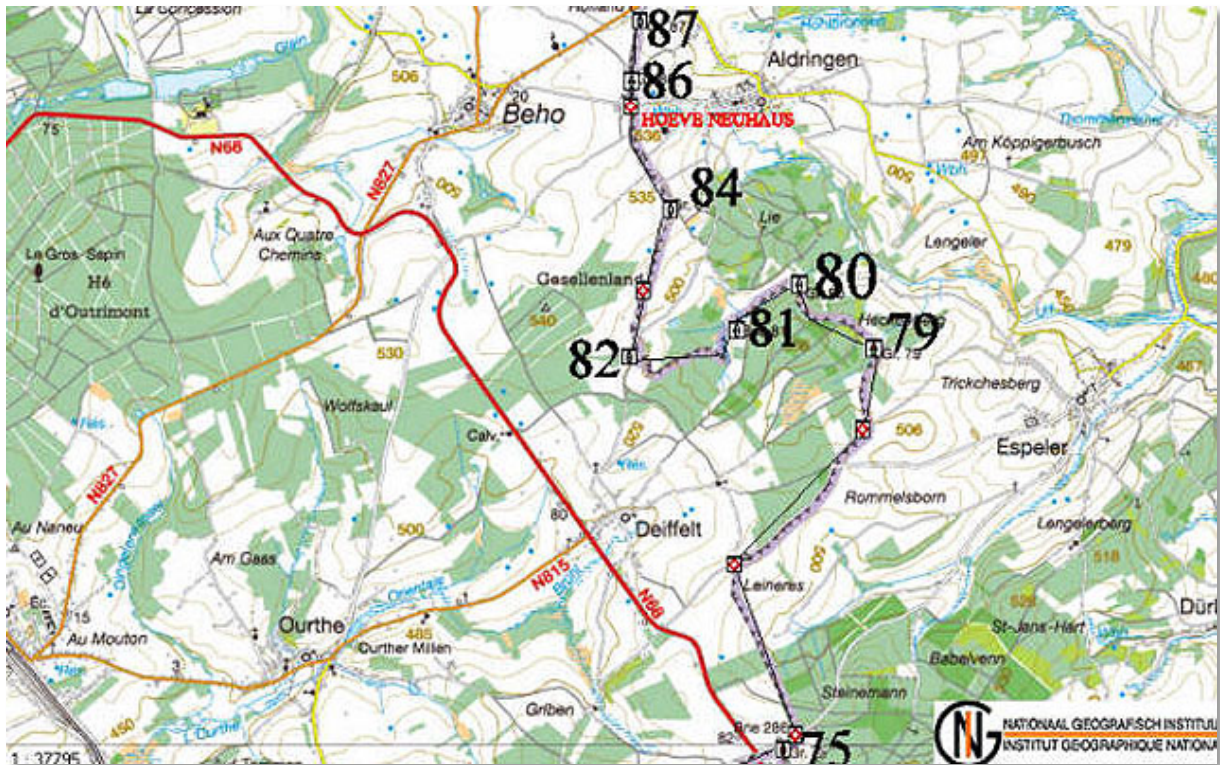
Grenzverlauf

Die Artikel 1 bis 5 des Vertrags beschreiben den Grenzverlauf zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und Preußen. Fast die gesamte Grenze wird von Flussläufen bestimmt. Sie beginnt an der Mosel am Dreiländereck zwischen den Ortschaften Schengen, dem preußischen Perl und dem französischen Apach, wo auf jeder Flusssseite ein Grenzstein mit der Nummer 1 aufgestellt wurde. Die Grenze verläuft von hier aus bis zur Mündung der Sauer in die Mosel, dann an der Sauer entlang bis zur Mündung der Our in die Sauer.

Von hier aus verläuft die Grenze bis nach Vianden, wo der Teil der Ortschaft östlich der Our noch dem Großherzogtum angehört, anschließend weiter an der Our entlang, bis diese auf den Ribbach trifft. Von den 81 Grenzmarkierungen befinden sich 20 an der Mosel, 17 an der Sauer, 19 an der Our und 25 bilden die Landgrenze bei Vianden.

Der weitere Grenzverlauf zwischen dem Königreich der Niederlande und Preußen wurde in den Artikeln 6 und 7 festgehalten. Diese folgte vom Zusammenfluss von Our und Ribbach der Kantonalgrenze von St. Vith bis zum Grenzstein 75. Vom Grenzstein 76 aus bildete die alte Straße, die von Luxemburg nach Stablo führte, die Grenze bis zum Grenzpfosten Nr. 103. Die Straße selbst und die anliegenden Gebäude zählen noch zum Königreich der Niederlande.

Der weitere Grenzverlauf ist in den Artikeln 8 und 9 erläutert. Die Grenze folgt jener des früheren Fürstentums Stavelot, dann dem Verlauf des "Bennevis" bis zum Bach "Recht", welchem sie dann bis zum Zusammenfluss mit der Amel (Amblève) folgt. Der Amel folgt sie bis zum Grenzstein Nr. 120 westlich von Warche, dann in nördlicher Richtung nach Wavremont, Meiz, Francorchamps, um schließlich den Bach "l'Eau Rouge" zu erreichen. Daraufhin folgt sie dem Bach Targnon bis zu seinem Ursprung.



Grenzverlauf 1816 mit eingezeichneten Grenzsteinen bei Deiffelt. Quelle: IGN Belgique, <http://www.grensmarkeringen.be>

Anschließend verläuft sie nach Norden, wo sie die Weser (Vesdre) erreicht, folgt dieser bis zur alten Baracke "Michel" und dann 800 Meter weiter zum Grenzstein Nr. 157 am Bach Hill (Helle), welcher die weitere Grenze bildet. In den Artikeln 10, 11, 15 und 17 wird die Grenze um den Bereich von Eupen festgelegt. Sie verläuft entlang dem Bach Hill bis in die Nähe Eupens, dann folgt sie dem Waldrand von Herzogenwald bis zur Weser. Von hier aus folgt sie der 1686 festgelegten Grenze zwischen Baelen und Eupen bis zu der Straße, die Eupen mit Henri-Chapelle verbindet, dieser folgt sie dann bis zum Grenzstein Nummer 187. Ein Teil der Straße, die Lüttich mit Aachen verbindet, bildet anschließend die Grenze und gehört beiden Staaten. Was die durch Flussläufe getrennten Grenzdörfer betrifft, so waren die Verhandlungen auch nicht gerade einfach. Nach Völkerrecht sollte die Ortschaft an die Seite fallen, auf der sich der Dorfkern befand.

Im Aachener Kongress war der Fall um Vianden geklärt worden. Der Ortskern von Vianden lag auf der linken Flussseite und gehörte somit zum niederländischen Machtgebiet. Im Mai 1816 wurde über den Scheuerhof und den Kammerwald diskutiert. Der Kammerwald gehörte zur Ortschaft Roth und gelangte in der 48. Sitzung an Preußen. Eine Einigung wurde getroffen und im Protokoll festgehalten:

"Es wurden dann die Erörterungen über das Gut Scheuerhof und den Kammerwald fortgesetzt und es ist beschlossen worden, dass der Erstere (der Scheuerhof), ein Teil der Gemarkung Viandens ausmachend, zum Königreich der Niederlande gehören muß und dass der Wald der im Kadaster der Bürgermeisterei Roth einbegriffen ist, unter der Regierung Preußens bleiben soll."

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In : Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67.

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Verlag des Aachener Geschichtsvereins, Aachen, S. 184-210

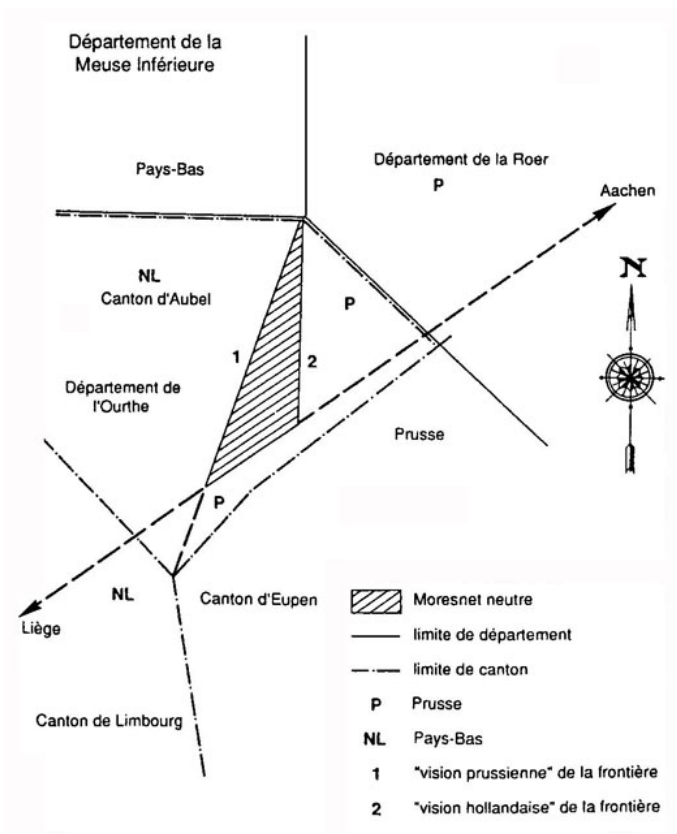
Summa, C. 1980: Wie die heutige deutsch-luxemburgische Grenze im Bereich der Sauer und Our entstand, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-81

Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16, sowie ihre Vermessung und Dokumentation in den Jahren 1980-1984, Hrsg, Ministère des Finances, Service central des imprimés et des fournitures de bureau de l'État, Luxemburg, 1984.

Grenzänderung 16 - 1816: Moresnet

Vertrag von Aachen 1816: Neutrales Moresnet

Die beiden neuen Nachbarn, die Königreiche der Niederlande und Preußen, trafen sich bereits am 9. Januar 1816 in Aachen, um eine definitive Grenze zwischen beiden Territorien zu ziehen. Der Aachener Vertrag steht in direktem Zusammenhang mit dem Wiener Kongress und zeigt, wie undeutlich und willkürlich die Grenzen auf dem Kongress gezogen worden waren. Die Verhandlungen, die am 9. Januar 1816 begonnen hatten, endeten erst am 26. Juni desselben Jahres, als der Vertrag von Aachen unterzeichnet wurde. Im Laufe des Aachener Kongresses war es zu vielen Streitigkeiten zwischen den beiden Verhandlungspartnern gekommen.



Neutrales Moresnet (1816-1915)

Quelle: De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, S. 61

Zinklagerstätte Moresnet

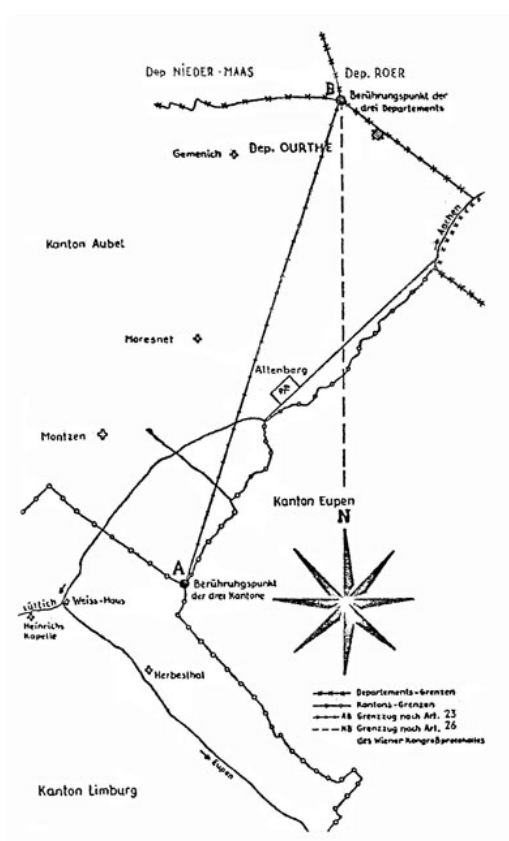
Ein bezüglich der Grenzfestlegung sehr interessantes Gebiet bildet die Gegend um Moresnet. Diese zinkreiche Region wurde nach dem Wiener Kongreß von beiden Seiten für sich beansprucht. Die Niederlande und Preußen interpretierten die Grenzlinie, die auf dem Wiener Kongress gezogen wurde jeweils so, dass dieses kleine Gebiet noch in ihrem Machtbereich lag. Hierfür wurden die Artikel 25 einerseits und 66 andererseits der Wiener Schlussakte aufgeboten. Warum waren beide Königreiche so auf dieses 344 Hektar große Gebiet erpicht?



Postkarte aus dem Neutralen Moresnet (1905)

Der Altenberg enthielt ein bedeutendes Lager an Zink, ein zu dieser Zeit äußerst wichtiger Bodenschatz. Im Aachener Vertrag wurden beide Parteien sich nicht einig, also wurde im Artikel 17 des Aachener Vertrags lediglich eine "provisorische" Lösung festgehalten. Moresnet wurde zum neut-

ralen Gebiet erklärt. Das Gebiet beginnt im Norden am Ausgangspunkt der drei früheren französischen Departements der Niederen Maas, der Ourthe und der Rur. Die westliche Grenze bildet die preußische Wunschgrenze, während die Ostgrenze des winzigen Gebildes die holländische Wunschgrenze darstellt. Dabei handelt es sich um Linien, die regelrecht mit dem Lineal auf der Karte gezogen wurden. Das strittige Gebiet erhielt somit die Form eines Dreiecks.



Neutrales Moresnet. Quelle: Pabst, K. 1966

Die Gemeinde Moresnet selbst wurde somit in drei Teile geteilt. Ein Teil wurde preussisch, ein Teil holländisch und der umstrittene Teil mit den Zinkgruben wurde zum neutralen Gebiet. Das neutrale Moresnet war politisch gesehen keineswegs neutral, da es von einer gemeinsamen Verwaltung beider Staaten verwaltet wurde. Es war weder ein unabhängiges Gebiet, noch sollte es beständig sein, da seine Existenz dann enden sollte, wenn ein endgültiger Vertrag über die Grenzlinie zustande käme.

Dieses Gebilde war also nur temporär gedacht. Es hatte das Statut eines neutralen Staates und so konnte es militärisch nicht von einer dieser beiden Mächte besetzt werden. Dies wurde in Artikel 17 des Grenzvertrags festgehalten, der in Aachen am 26. Juni 1816 unterzeichnet wurde.



Im Oktober 1886 für die Zustellung innerhalb des neutralen Gebiets herausgegebene, kurz darauf verbotene Briefmarken. Quelle: [Neutral-Moresnet 1816-1919](#)

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique. Etude de géographie humaine, In: Revue belge de Géographie, Bruxelles

Wehrstedt, F. W. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Walther Hubatsch, Marburg/Lahn, 1978, Bd. 12: Preußische Zentralbehörden

Links

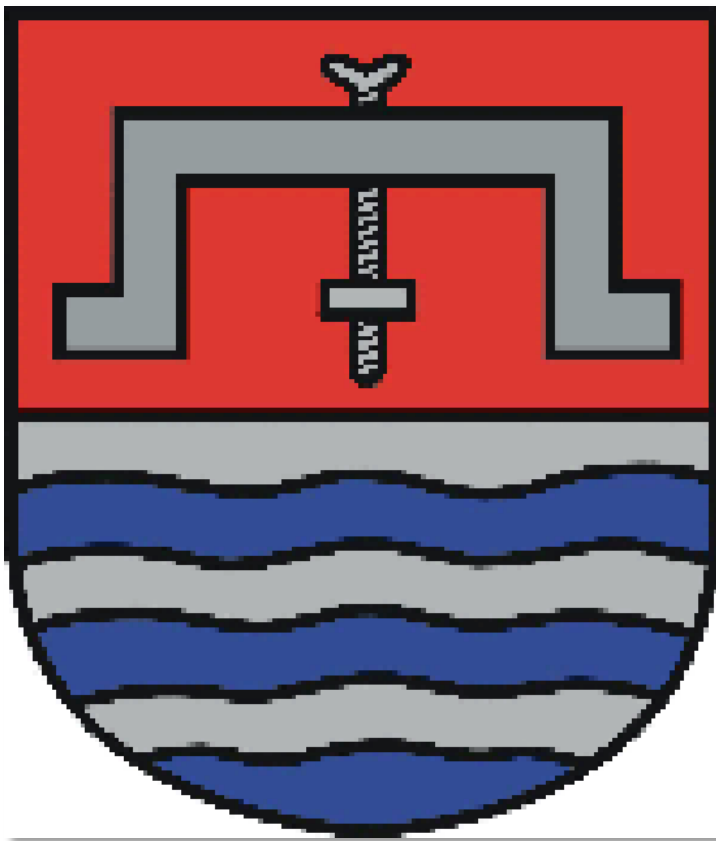
[Grenzrouten: Neutrales Moresnet](#)

[Neutral-Moresnet 1816-1919](#)

Grenzänderung 17 - 1816: Oberbillig

Vertrag von Kleve: Oberbillig geht an Preußen

Im Vertrag von Aachen war bereits über die Zugehörigkeit der Ortschaft Oberbillig verhandelt worden. Obwohl sie seit jeher Teil von Wasserbillig war, das sich auf der linken Flussseite befand, wurde über ihren Verbleib gestritten. In der 48. Sitzung, die am 16. Mai 1816 stattfand, wurde über Wasserbillig und Oberbillig diskutiert. Experten wurden auf beide Seiten des Flusses geschickt, um zu überprüfen, ob Oberbillig mit Wasserbillig verbunden sei, oder ob es sich hierbei um eine eigenständige Ortschaft handele. Nach den Berichten der Experten erkannte Preußen an, dass Oberbillig ein Teil von Wasserbillig war und deshalb zu den Niederlanden gehören sollte. Doch Preußen wollte eine einfachere Grenze und gestand den Niederlanden eine territoriale Entschädigung zu, falls es die Ortschaft Oberbillig bekäme. In der 62. Sitzung, die am 3. Juni 1816 stattfand, wurde einmal mehr über Oberbillig verhandelt. Doch auch diesmal wurde keine Lösung erzielt, und so kam Oberbillig vorläufig zum Königreich der Niederlande. Am 26. Juni 1816 wurde schließlich der Grenzvertrag von Aachen unterzeichnet, doch das letzte Wort, Oberbillig betreffend, war noch nicht gesprochen.



Wappen von Oberbillig. Quelle: Gemeinde Oberbillig

Der Vertrag von Kleve ist hier interessant, da in die Verhandlungen über die Grenze zwischen dem Königreich der Niederlande und Preußen die Grenze zwischen Luxemburg und Preußen mit hinein gezogen wurde. So trat Preußen ein Gebiet in der Größe von 663 Hektar in der Region des Niederrheines an die Niederlande ab und erhielt als Gegenleistung Gebiete von einer Fläche von 671 Hektar, darunter auch die 150 Hektar des Gebietes von Oberbillig. Die restlichen Gebietsgewinne Preußens sind hier nicht von Bedeutung, da sie sich in der Rheinregion befinden. In Artikel 10 des Vertrags von Kleve wurde festgehalten: *"Oberbillig avec le territoire situé sur la rive*

droite de la Moselle devant, d'après le traité d'Aix-la-Chapelle du 26 juin dernier, appartenir au Royaume des Pays-Bas, restera au Royaume de Prusse". Die Delegationen Preußens und der Niederlande hatten also eine Einigung erzielt. Am 7. Oktober 1816 wurde der Vertrag zwischen den Niederlanden und Preußen schließlich bei Kleve unterzeichnet. Somit stand unter anderem fest, dass Oberbillig Teil Preußens sein solle und Vianden blieb demnach die einzige luxemburgische "niederländische" Ortschaft, die sich auf beiden Seiten des Flusses erstreckte.

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In : Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67.

Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16, sowie ihre Vermessung und Dokumentation in den Jahren 1980-1984, Hrsg, Ministère des Finances, Service central des imprimés et des fournitures de bureau de l'État, Luxemburg, 1984.

Lafontaine, P. 1989: La création du Grand-Duché de Luxembourg par le congrès de Vienne, in: D'Com-mémorationsfeierlechkeeten 1989 aus der Siicht vun der Gemeng Suessem, Editpress, Luxemburg, S. 11-17.

Grenzänderung 18 - 1817: Birkenfeld, Herrstein...

Birkenfeld an Oldenburg



Fürstenthum Birkenfeld, 1817-1918. Quelle: R. Andree 1881

Der Herzog von Oldenburg, dem auf dem Wiener Kongress der Titel eines Großherzogs verliehen worden war, bekam im Vertrag vom 9. April 1817 offiziell den Großteil der Kantone Herrstein und Birkenfeld übertragen. Darüber hinaus wurden ihm Territorien der Kantone Hermeskeil, Wadern, St. Wendel, Baumholder und Rhaunen zugesprochen. Dieses zusammenhängende Gebilde besaß eine Fläche von 502,83 km². Am 16. April 1817 verlieh der Herzog dem Gebiet die Bezeichnung "Fürstentum Birkenfeld". Dies war nach Artikel 49 der Wiener Schlussakte erfolgt, womit das Fürstentum Birkenfeld ebenso wie das benachbarte Lichtenberg eine Konstruktion des Wiener Kongresses war. Was den Herzog von Oldenburg betrifft, so war dieser nicht sonderlich begeistert von diesem kleinen unbedeutenden Gebiet, das weit von seinem Herrschaftsgebiet entfernt lag. Er nahm das Gebiet nur widerwillig an und wollte es so schnell wie möglich gegen ein näher bei Oldenburg liegendes Territorium eintauschen.

Was die Verwaltung dieses neuen Fürstentums angeht, so muss erwähnt werden, dass sie ganz auf den Herzog zugeschnitten war, mit anderen Worten, das Fürstentum wurde absolutistisch geführt. Es war in drei Ämter unterteilt: das Amt Birkenfeld, das Amt Oberstein und schließlich noch das Amt Nohfelden. Des Weiteren war Birkenfeld bis zur Verwaltungsreform von 1879 in die Bürgermeistereien Birkenfeld, Nohfelden, Fischbach, Herrstein, Oberstein, Leisel, Niederbrombach, Achtelsbach und Neunkirchen unterteilt. Wie Lichtenberg und die gesamte Rheinregion wurde das Fürstentum Birkenfeld ebenfalls durch die revolutionären Ideen aus Frankreich beeinflusst.

Quellen

Becker, B. & E. Schaaf 1980: Geschichte des Fürstentums Birkenfeld von 1817 bis 1848/49, Koblenz, S. 56

Eckhardt, A. 1983: Birkenfelds Weg vom oldenburgischen Landesteil zum preussischen Landkreis, Heinz Holzberg Verlag, Oldenburg

Hartmann, S. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B, Herausgegeben von Thomas Klein, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg/Lahn, Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, S. 136-249

Rothenberger, K.-H. 1974: Zur Territorialgeschichte des Regierungsbezirks Trier 1814-1970, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-71.

Grenzänderung 19 - 1818: Königreich Niederlande / Preußen

Das Protokoll von Emmerich

Auch nach den in Aachen und Kleve geschlossenen Verträgen stand die Grenze zwischen dem Königreich der Niederlande und Preußen immer noch nicht definitiv fest. Es galt, die Grenze auf den Karten noch in die Realität umzusetzen. Aus diesem Grund wurde eine Grenzkommission geschaffen, die das gesamte Jahr 1817 über aktiv war. Die Grenzziehung wurde in einem Protokoll festgehalten, das am 23. September 1818 in Emmerich unterzeichnet wurde. Dieses Protokoll beschreibt ausführlich den Grenzverlauf zwischen Preußen und den Niederlanden. Der erste Grenzstein der Grenzlinie zwischen beiden Königreichen steht bei Schengen an der Mosel. Dies ist ein weiteres Indiz, dass Luxemburg als Teil des niederländischen Königreiches angesehen wurde. In diesem Grenzprotokoll wird des Weiteren bestätigt, dass die Flussläufe der Mosel, der Sauer und der Our die Grenze bilden.

Alles in allem hat die genaue Festlegung der Grenze zwischen dem Königreich der Niederlande und Preußen seit dem Wiener Kongress mehr als drei Jahre in Anspruch genommen, doch nun sollte diese für Jahrzehnte bestehen bleiben.



Grenzstein 193B. Quelle:
<http://www.grensmarkerin-gen.be>

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In : Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67.

Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16, sowie ihre Vermessung und Dokumentation

in den Jahren 1980-1984, Hrsg, Ministère des Finances, Service central des imprimés et des fournitures de bureau de l'État, Luxemburg, 1984.

Grenzänderung 20 - 1818: Westgrenze Großherzogtum Luxemburg

Die Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg

Königlicher Erlass vom 13. August 1818

In der Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 steht in den Artikeln 66 bis 69, dass die Grenzen des Großherzogtums Luxemburg gegenüber Frankreich die gleichen sein sollten wie die des ehemaligen Herzogtums Luxemburg im Jahre 1790. Des Weiteren wurde das Herzogtum Bouillon mit dem Großherzogtum Luxemburg verbunden. Doch die vorrevolutionären Grenzen sollten, was die Nord- und Westgrenze Luxemburgs angeht, nicht wieder hergestellt werden. Bereits kurze Zeit nachdem das Königreich der Niederlande Form angenommen hatte, machte König Wilhelm I. sich daran, die Grenzen seines Reiches abzuändern. Die Neuordnung der Westgrenze des Großherzogtums sollte die Grenzen der "Provinzen" des Königreiches der Niederlande vereinfachen. Hier zeigt sich einmal mehr, dass sich der König-Großherzog über die Bestimmungen des Wiener Kongresses hinwegsetzte. Betroffen waren hiervon die Grenzgebiete zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und den Gebieten der ehemaligen Grafschaft Namur und der ehemaligen Kirchenbesitztümer von Lüttich sowie der Abtei Stablo.

Das Großherzogtum, das 1815 die Westgrenze des ehemaligen Wälderdepartements gehabt hatte, wurde nun vergrößert. Im Erlass vom 13. August 1818 werden 113 Gemeinden aufgezählt, die ab dem 1. Februar 1819 nicht mehr zu den Provinzen Namur und Lüttich zählen, sondern dem Großherzogtum Luxemburg beigefügt werden sollten. Alle an das Großherzogtum angrenzenden Kantone waren von diesen Veränderungen betroffen:

So wurden von den Provinzen Namur und Lüttich im Kanton Rochefort 4 Gemeinden abgespalten, im Kanton Wellin 12 Gemeinden, Vielsalm 5, Ferrières 8, Durbuy 9, Erezée 9, La Roche 18, Marche 14, Saint-Hubert 22 und schließlich im Kanton Nassogne 12 Gemeinden. Es ist zu beachten, dass bei dieser Aufzählung die Gemeinden d'Amonines, Fays-Famenne und Glaireuse vergessen wurden. Diese wurden erst im königlichen Erlass vom 24. Februar 1820 an das Großherzogtum Luxemburg übertragen, doch waren verschiedene Gebiete immer noch nicht definitiv einer Provinz zugeschlagen worden. Die neuen Grenzänderungen hatten dem Großherzogtum einen enormen Gebietsgewinn gebracht. Es blieb bis auf eine Ausnahme ein zusammenhängendes Gebilde. Die Gebiete der drei Gemeinden Sugny, Pussemange und Bagimont bildeten die einzige luxemburgische Exklave. Allerdings waren die Diskussionen über den Grenzverlauf des Großherzogtums gegenüber den Provinzen Namur und Lüttich noch nicht beendet. Sie erstreckten sich bis in das Jahr 1839. Ob in dieser Zeit tatsächlich noch eine Grenzänderung stattgefunden, kann hier nicht belegt werden.

Quellen

Bourguignon, M. 1949: Les limites de la Province de Luxembourg en Belgique, Duculot-Roulin, Tamines

Grenzänderung 21 - 1820: Amonines, Fays-Famenne...

Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg

Königlicher Erlass vom 24. Februar 1820



Kirche St. Lambert in Amonines. Foto: J.-P. Lambert

Im Zuge der Vergrößerung und Arrondierung des Großherzogtums Luxemburg durch König Wilhelm I. mit dem Erlass vom 13. August 1818 (entgegen den Artikeln 66 bis 69 der Schlussakte des Wiener Kongresses) wurden 113 Gemeinden der Provinzen Namur und Lüttich dem

Großherzogtum Luxemburg hinzugefügt. Dabei wurden die Gemeinden d'Amonines, Fays-Famenne und Glaireuse vergessen. Sie wurden erst im königlichen Erlass vom 24. Februar 1820 an das Großherzogtum Luxemburg übertragen, doch waren verschiedene Gebiete immer noch nicht definitiv einer Provinz zugeschlagen worden.

Quellen

Bourguignon, M. 1949: Les limites de la Province de Luxembourg en Belgique, Duculot-Roulin, Tamines

Grenzänderung 22 - 1820: Königreich Niederlande / Frankreich

Vertrag von Courtrai

Nach dem zweiten Pariser Frieden hatte Frankreich bekanntlich weitere Gebiete an die Niederlande abgeben müssen. In diesem Kontext sind die Enklaven mit den Festungswerken von Philippeville und Mariembourg zu erwähnen. Nun sollte die genaue Grenze zwischen beiden Königreichen festgelegt werden. Aus diesem Grund wurde bereits 1816 eine Grenzkommision aus Mitgliedern der beiden Reiche einberufen. Ihre Arbeit war es, die neue Grenze auf der Landkarte einzutragen.



Der Grenzfluss Lys bei Halluin (F). Quelle: Historische Postkarte

Im Verlauf der Grenzfestlegung wechselten verschiedene Gebiete den Besitzer. So wurde zum Beispiel der Weiler Ferlibray, der von der Gemeinde Hon-Hergies im Kanton Bavai verwaltet wurde, an die Niederlande abgetreten. Außerdem wurden drei kleine Enklaven von Bersilles an die französischen Grenzgemeinden von Colleret, Cousolre und Bousignies angehängt. Darüber hinaus wurde ein Kompromiss den Fluss Lys betreffend gefunden. Dieser Fluss ist hier von Interesse, da ein kleines an diesen Fluss angrenzendes Gebiet Teil der heutigen Großregion ist.

Der Vertrag von Courtrai vom 28. März 1820 liefert eine genaue Grenzbeschreibung zwischen Frankreich und dem Königreich der Niederlande. Der Vertrag legt somit auch die Grenzen zwischen Frankreich und dem heutigen Großherzogtum Luxemburg fest, da dieses im Grenzvertrag mit einbegriffen wurde, obwohl es kein integraler Bestandteil des Königreiches der Niederlande war. Im luxemburgischen Memorial befindet sich ein königlich-großherzoglicher Beschluss von Wilhelm II. vom 21. September 1847. Dabei handelt es sich um die Publikation von verschiedenen Artikeln des am 28. März 1820 zu Courtrai unterzeichneten Grenzvertrags zwischen den Niederlanden und Frankreich.

Der Vertrag von Courtrai vom 28. März 1820 liefert eine genaue Grenzbeschreibung zwischen Frankreich und dem Königreich der Niederlande. Der Vertrag legt somit auch die Grenzen zwischen Frankreich und dem heutigen Großherzogtum Luxemburg fest, da dieses im Grenzvertrag mit einbegriffen wurde, obwohl es kein integraler Bestandteil des Königreiches der Niederlande war. Im luxemburgischen Memorial befindet sich ein königlich-großherzoglicher Beschluss von Wilhelm II. vom 21. September 1847. Dabei handelt es sich um die Publikation von verschiedenen Artikeln des am 28. März 1820 zu Courtrai unterzeichneten Grenzvertrags zwischen den Niederlanden und Frankreich.

Die niederländisch-französische Grenze, die sich vom Nordmeer bis zur Mosel hinzieht, wurde in 6 Sektionen unterteilt. Mit Blick auf die Großregion interessieren uns alle Sektionen. Die erste Sektion umfasst die Grenzfestlegung zwischen dem Meer und dem Fluss Lys. Dieser Abschnitt darf nicht vergessen werden, da, wie oben erwähnt, ein Grenzgebiet an der Lys noch zur Region Wallonien gehört und damit Teil der Großregion ist. Danach folgen die Sektionen von der Lys bis zur Schelde, von der Schelde bis zur Sambre und von der Sambre bis zur Maas. Die fünfte Sektion betrifft die Grenze von der Maas bis zum Großherzogtum. Schließlich umfasst die sechste Sektion den Verlauf der Grenze vom Großherzogtum bis hin zur Mosel.

Es werden viele kleine Parzellen zwischen Frankreich und den Niederlanden getauscht. Diese sind jedoch so geringfügig, dass eine Erwähnung unnötig scheint. Die Artikel 2 bis 64 des Vertrags von Courtrai halten die Grenzfestlegung im Detail fest. Die Artikel 65 bis 69 behandeln noch einige allgemeine Punkte, wobei der Artikel 69 sehr interessant ist. Es handelt sich um die Bestimmung, dass im Abstand von unter 10 Metern von der Grenze entfernt kein Gebäude errichtet werden darf. Lediglich wenn ein

Weg die Grenze zwischen beiden Staaten bildet, beträgt der Mindestabstand nur 5 Meter. Die Artikel 70 und 73 schließen den Vertrag mit seinen angehängten Grenzprotokollen ab. Um den Vertrag vor Ort umzusetzen, sollte eine Grenzkommission die Begrenzung durchführen. Alle betroffenen Grenzgemeinden sind zur Bewahrung der Grenzsteine verpflichtet. So wurde die Grenze zwischen Frankreich einerseits und dem Königreich der Niederlande sowie dem Großherzogtum Luxemburg andererseits festgehalten. Dieser Teil der französischen Grenze sollte sich bis auf wenige minimale Änderungen bis heute nicht mehr ändern.

Quellen

Lentacker, F. 1974: La frontière franco-belge. Etude géographique des effets d'une frontière internationale sur la vie de relations, Lille, S. 22

Lafontaine, P. 1989: Description des nouvelles frontières du Grand-duché de Luxembourg et de la France à l'exemple de Belvaux (1820-1823), In : D'Commemoratiounsfeierlechkeiten 1989 aus deer Siicht vun der Gemeng Suessem, Festbroschür, Sanem, S. 19-24

Mémorial A n. 61 de 1847 Publié 12.10. 1847 Publication d'art. Du traité des limites conclu à Courtrai, Arrêté royal grand-ducal du 21 septembre 1847, N° 2035, ordonnant la publication de plusieurs articles du traité des limites conclu à Courtrai, le 28 mars 1820, S. 487-495.

Grenzänderung 23 - 1820: Odeigne

Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg



Im Zuge der Festlegung der Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg gelangte nach den ersten Veränderungen von 1819 am 21. Juni 1820 auch die Gemeinde Odeigne an das Großherzogtum Luxemburg.

Odeigne. Quelle: Commune de Manhay

Quellen

Bourguignon, M. 1949: Les limites de la Province de Luxembourg en Belgique, Duculot-Roulin, Tamines

Grenzänderung 24 - 1822: Borlon, Oneux

Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg

1822: Die Weiler von Borlon und Oneux gelangen an das Großherzogtum Luxemburg



Kate in Oneux. Quelle: Historische Postkarte

Im Zuge der Neufestlegung der Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg gelangten nach den ersten Veränderungen von 1819 die Weiler von Borlon und d'Oneux erst durch den Erlass vom 24. Februar 1822 auch an das Großherzogtum Luxemburg. Interessant ist, dass der Vertrag von Courtrai erst am 28.

März 1820 mit Frankreich unterzeichnet wurde. Aus diesem Grund war das Gebiet dieser drei Ortschaften vorher noch nicht festgelegt worden. In den Artikeln 42 bis 44 des Vertrags von Courtrai wurden diese Gebiete dann behandelt. Nach der Unterzeichnung der Konvention wurden diese Gebiete dem Großherzogtum Luxemburg zugeschlagen.

Quellen

Bourguignon, M. 1949: Les limites de la Province de Luxembourg en Belgique, Duculot-Roulin, Tamines

Grenzänderung 25 - 1823: Grande-Somme

Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg: Ein Teil des Dorfes Grande-Somme geht an die Provinz Namur

In den auf die Festlegung der Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg von 1819-22 folgenden Jahren kam es immer noch zu kleinen Grenzverschiebungen, die jedoch äußerst gering und unbedeutend waren. Der Vollständigkeit halber sollen hier noch die zwei größten dieser Änderungen erwähnt werden, die beide auf Kosten des Territoriums des Großherzogtums Luxemburg gehen: Zum Einen wurde durch den Erlass vom 6. August 1823 ein Teil des Dorfes Grande-Somme, das an der Gemeinde Somme-Leuze angrenzt, der Provinz Namur zugeschlagen. Später fiel Jeonheid an die Provinz Lüttich.

Quellen

Bourguignon, M. 1949: Les limites de la Province de Luxembourg en Belgique, Duculot-Roulin, Tamines

Grenzänderung 26 - 1825: Obersteinbach, Niedersteinbach...

1825: Französisch-bayrisches Abkommen in Paris

Im französisch-bayrischen Abkommen, das am 5. Juli 1825 in Paris von beiden Verhandlungspartnern unterzeichnet wurde, trat Frankreich verschiedene Parzellen an Bayern ab. Es handelt sich hierbei um Parzellen, die den Gemarkungen Scheibenhardt und Schweigen zugefügt wurden, sowie das Gebiet, das sich zwischen der Lauter und der Alten Lauter befindet. Im Gegenzug trat Bayern das Gebiet der Gemeinden Obersteinbach und Niedersteinbach sowie des Weilers Wengelsbach und des Grundes von Frönsburg an Frankreich ab. Hinzu kommen noch jeweils ein Gebietsteil westlich und östlich von Wissembourg (Weißenburg), so zum Beispiel auch der nördliche Teil des Dorfes Altenstadt, das sich östlich



von Wissembourg befindet. Schließlich wurde am 9. Dezember 1825 zwischen beiden Vertrags-Parteien das Abkommen von Wissembourg unterzeichnet. In diesem Abkommen steht, dass eine Kommission bestehend aus Mitgliedern der beiden Königreiche, die nun definitive Grenze festlegen soll.

Obersteinbach. Foto: O. Haesen

Quellen

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main

Grenzänderung 27 - 1825: Scheibenhardt, Schweigen...

1825: Französisch-bayrisches Abkommen in Paris

Im französisch-bayrischen Abkommen, das am 5. Juli 1825 in Paris von beiden Verhandlungspartnern unterzeichnet wurde, trat Frankreich verschiedene Parzellen an Bayern ab. Es handelt sich hierbei um Parzellen, die den Gemarkungen Scheibenhardt und Schweigen zugefügt wurden, sowie das Gebiet, das sich zwischen der Lauter und der Alten Lauter befindet. Im Gegenzug trat Bayern das Gebiet der Gemeinden Obersteinbach und Niedersteinbach sowie des Weilers Wengelsbach und des Grundes von Frönsburg an Frankreich ab. Hinzu kommen noch jeweils ein Gebietsteil westlich und östlich von Wissembourg (Weißenburg), so zum Beispiel auch der nördliche Teil des Dorfes Altenstadt, das sich östlich von Wissembourg befindet.



Schließlich wurde am 9. Dezember 1825 zwischen beiden Vertrags-Parteien das Abkommen von Wissembourg unterzeichnet. In diesem Abkommen steht, dass eine Kommission bestehend aus Mitgliedern der beiden Königreiche, die nun definitive Grenze festlegen soll.

Grenze bei Scheibenhardt

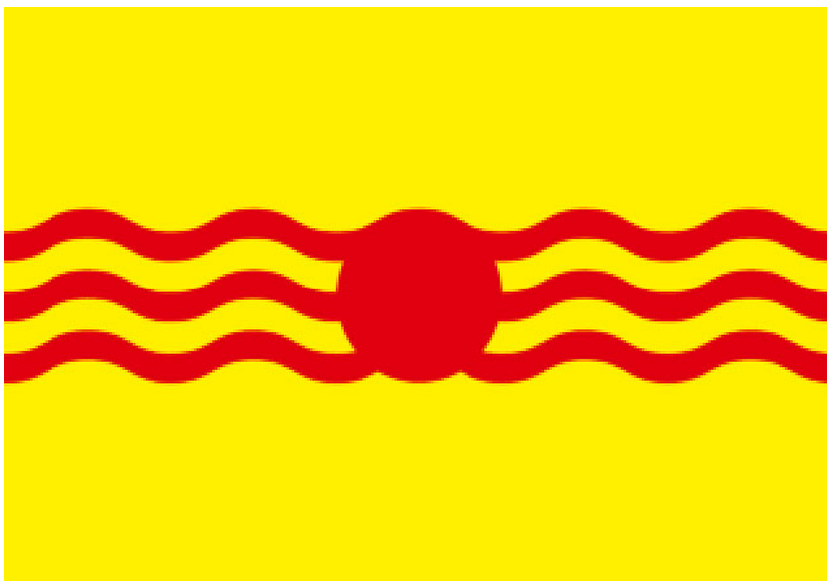
Quellen

Dünisch, H. 1989: *Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich*, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main

Grenzänderung 28 - 1826: Jeonheid

Erlass vom 20. März 1826: Der Weiler von Jeonheid geht an die Provinz Lüttich

In den auf die Neufestlegung der Westgrenze des Großherzogtums Luxemburg von 1819-22 folgenden Jahren kam es immer noch zu kleinen Grenzverschiebungen, die jedoch äußerst gering und unbedeutend waren. Der Vollständigkeit halber sollen hier noch die zwei größten dieser Änderungen erwähnt



werden, die beide auf Kosten des Territoriums des Großherzogtums Luxemburg gehen: Nachdem 1823 ein Teil des Dorfes Grande-Somme an die Provinz Namur gegangen war, gelangte der Weiler von Jeonheid durch den Erlass vom 20. März 1826 an die Gemeinde Ferrières in der Provinz Lüttich.

Flagge der Gemeinde Ferrières. Quelle: A. Leroy

Quellen

Bourguignon, M. 1949: *Les limites de la Province de Luxembourg en Belgique*, Duculot-Roulin, Tamines

Grenzänderung 29 - 1827: Flattern, Gongelfangen...

1827: Abmachung zwischen Frankreich und Preußen

Leyenscher Distrikt als preußisch anerkannt, Flattern, Gongelfangen, Merten und Biblingen als französisch

Die preußisch-französische Grenze, die seit 1816 bestand, blieb in Bewegung. Frankreich hatte im zweiten Pariser Frieden die vier Kantone Saarbrücken, Saarlouis, St. Johann und Rehlingen an Preußen abgeben müssen. Doch sollte die festgelegte Grenze noch immer nicht ihre endgültige Form erhalten haben. An dieser neuen Grenze ging es zum größten Teil um Dörfer, in denen die Bewohner zu Frankreich gehören wollten, jedoch durch den zweiten Pariser Friedensvertrag zu Preußen geschlagen worden waren. Es scheint, dass den Verwaltungen nicht immer klar war, zu wessen Verwaltungsgebiet die verschiedenen Ortschaften gehörten.



Wappen der Gemeinde Merten (Moselle)

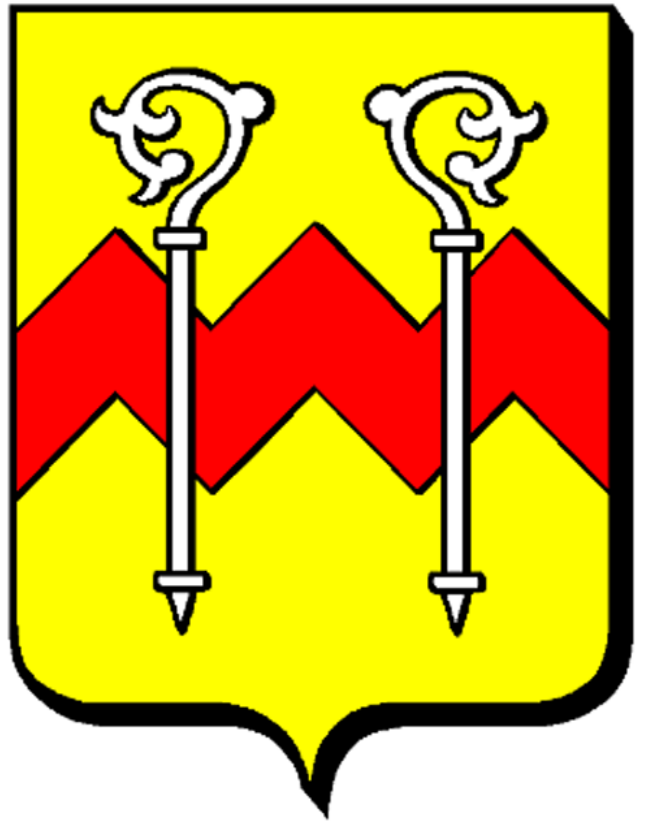
In manchen Ortschaften an der neuen Grenze kam es aus diesem Grund zu Streitereien, ob nun preußische oder französische Behörden für die Ortschaft zuständig waren; so zum Beispiel in Merten, das von Preußen verwaltet wurde. Der Unterpräfekt von Thionville protestierte daraufhin, da Merten sich auf der französischen Seite der Grenze befände. Die Situation blieb für Jahre ungelöst und sorgte auf beiden Seiten für Spannungen.

Im Jahre 1826 organisierte der französische Bürgermeister der Ortschaft Merten mit Hilfe der Einwohner eine Petition, um endlich zu erfahren, zu welcher Seite der Ort Merten nun gehören sollte. Doch die Bewohner des besagten Dorfes mussten bis zum 23. Oktober 1829 warten, bis die Abschlussvereinbarung über die Grenzen

von Preußen und Frankreich die Ortschaft endgültig Frankreich zuwies.

Viele Grenzzorte waren umstritten, wie z.B. auch die Ortschaft Willingen. Dabei wird deutlich, dass es den Menschen in der Grenzregion nicht egal war, auf welcher Seite der Grenze sie lebten, und von wem sie verwaltet und regiert wurden. Die betroffenen Menschen hier fühlten sich als Franzosen und somit zu Frankreich hingezogen. Besonders umstritten waren die Dörfer Biblingen, Schrecklingen, Ledingen, Kreutzwald-Wilhelmsbronn und Kreutzwald-Lacroix. An der preußisch-französischen Grenze sollte es aus diesem Grund noch des Öfteren zu Auseinandersetzungen kommen.

So kam es mancherorts zu kleinen Streitigkeiten zwischen den Behörden, zum Beispiel über die Frage, ob es den Bewohnern der preußischen Seite der Grenze erlaubt war, in den Grenzflüssen, die zu Frankreich gehörten, zu fischen. Dies betraf die Dörfer, die am rechten Ufer der Saar lagen, und deren Bewohner seit jeher in der Saar fischten. Die Saar selbst war im zweiten Pariser Frieden wieder französischer Grenzfluss geworden, wie sie es bereits bis 1790 gewesen war. Doch 1790 gehörte der Fluss in



seiner Gesamtheit zu Frankreich und so sollte nun die preußische Grenze auf dem östlichen Ufer der Saar verlaufen.

Am 11. Juli 1827 unterzeichneten Frankreich und Preußen eine Abmachung, in der Frankreich den preußischen Besitz des leyschen Distrikts anerkannte. Dieser umfasste die Ortschaften Hanweiler, Rilchingen, Auersmacher, Kleinblittersdorf und den Wintricherhof. Preußen erkannte dafür die französischen Ansprüche auf Flattern, Gongelfangen (westliches Merzig), das oben beschriebene Merten und Biblingen an.

Wappen der Gemeinde Villing (Moselle)

Quellen

Mieck, I. 1990: Deutschlands Westgrenze, In: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, Hrsg. v. A. Demandt, München, S. 191-234

Rothenberger, K.-H. 1974: Zur Territorialgeschichte des Regierungsbezirks Trier 1814-1970, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-71

Schlesier, S. 2007: Vereinendes und Trennendes, Grenzen und ihre Wahrnehmung in Lothringen und preußischer Rheinprovinz 1815-1914, In: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion, Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt, S. 135-162

Grenzänderung 30 - 1829: Mandern, Scheuerwald...

1829: Preußisch-französischer Vertrag: Mandern, Scheuerwald, Remelsdorf, Heiningen, Schrecklingen und Willingen gehen an Frankreich

Die 1827 begonnene Regulierung der preußisch-französischen Grenze fand durch den Vertrag vom 23. Oktober 1829 ihren Abschluss. Dabei trat Preußen auch noch die Ortschaften Mandern, Scheuerwald, Remelsdorf, Heiningen, Schrecklingen und das bereits genannte Willingen sowie Teile der Gemeinden Ihn und Leidingen an Frankreich ab. Im Gegenzug erhielt Preußen die Gersweiler Mühle und Parzellen der Gemeinden Launsdorf, Waldwiese und Heiningen.



Schloss Malbrouck, Mandern

Quellen

Mieck, I. 1990: Deutschlands Westgrenze, In: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, Hrsg. v. A. Demandt, München, S. 191-234

Rothenberger, K.-H. 1974: Zur Territorialgeschichte des Regierungsbezirks Trier 1814-1970, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-71

Schlesier, S. 2007: Vereinendes und Trennendes, Grenzen und ihre Wahrnehmung in Lothringen und preußischer Rheinprovinz 1815-1914, In: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion, Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt, S. 135-162

Grenzänderung 31 - 1829: Gersweiler Mühle, Launsdorf...

1829: Preußisch-französischer Vertrag: Gersweiler Mühle und Parzellen der Gemeinden Launsdorf, Waldwiese, Heiningen gehen an Preußen



Bahnhof Waldwiese, um 1900

Im Gegenzug zur Abtretung von Mandern, Scheuerwald, Remelsdorf, Heiningen, Schrecklingen und Willingen an Frankreich durch den Vertrag vom 23. Oktober 1829 zur Regulierung der preußisch-französischen Grenze erhielt Preußen lediglich die Gersweiler

Mühle und Parzellen der Gemeinden Launsdorf, Waldwiese, Heiningen und bekam den Besitz der Ortschaft Diesdorf und des Warndtwaldes bestätigt. Genau genommen profitierte Frankreich stärker von diesen Grenzänderungen als Preußen, da es nach Größe und Bevölkerungszahl viel bedeutendere Gebiete erhalten hatte. Im Abschlussvertrag vom 23. Oktober 1829 ist zu erkennen, dass beide Staaten eine klare Grenze wollten.

Quellen

Mieck, I. 1990: Deutschlands Westgrenze, In: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, Hrsg. v. A. Demandt, München, S. 191-234

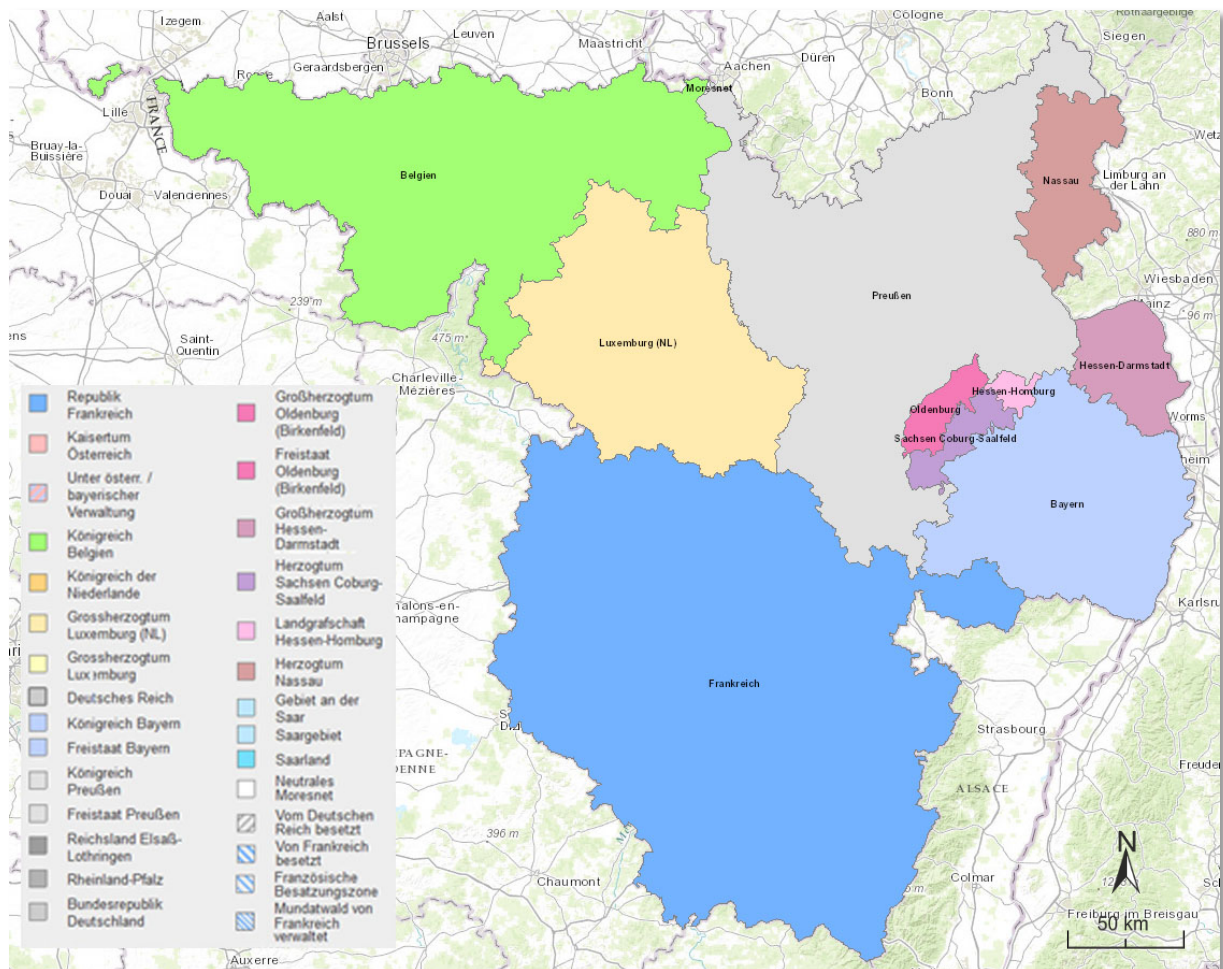
Rothenberger, K.-H. 1974: Zur Territorialgeschichte des Regierungsbezirks Trier 1814-1970, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-71

Schlesier, S. 2007: Vereinendes und Trennendes, Grenzen und ihre Wahrnehmung in Lothringen und preußischer Rheinprovinz 1815-1914, In: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion, Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt, S. 135-162

III - 1831-1870

III. Von der belgischen Revolution bis zu den Krisen der 60er Jahre (1831-1870)

In dieser Zeitspanne fanden sehr bedeutende Änderungen des heutigen Belgiens sowie Luxemburgs statt. Doch auch im deutschen Raum kam es zu beträchtlichen Änderungen, während bezüglich Frankreich keine Grenzänderung stattfand. Die belgische Revolution stellt ein bedeutendes Ereignis nicht nur für Belgien, sondern auch für das Großherzogtum Luxemburg dar. Der Ausgangspunkt hierfür liegt jedoch einmal mehr in Frankreich. Am 27. Juli 1830 war es in Frankreich zu einer Revolution gegen die Bourbonen gekommen. Wieder einmal verbreiteten sich die revolutionären Ideen von Paris aus über weite Teile Europas. Auch Belgien wurde von diesen Ideen beeinflusst, und so kam es, dass es am 25. August 1830, nicht einmal einen Monat nachdem in Paris die Revolution gegen die Bourbonen ausgebrochen war, in Brüssel zum Aufstand gegen die Niederländer kam. Der Aufstand in Brüssel dehnte sich zu einer Revolution aus und erfasste große Teile des Königreiches. Die revolutionären Belgier gründeten eine provisorische Regierung, die bereits am 4. Oktober 1830 die Unabhängigkeit Belgiens erklärte.

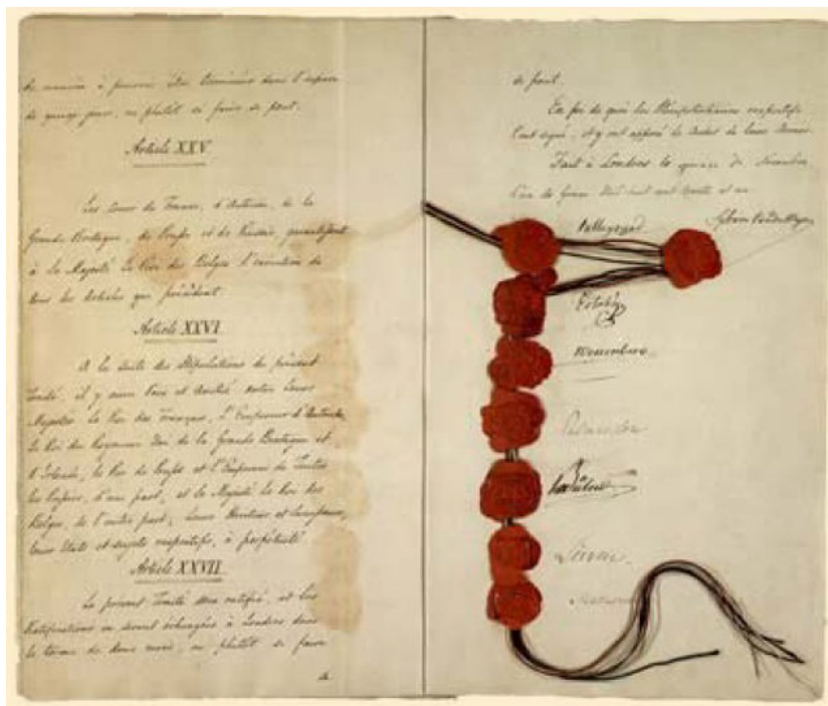


Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1831. Quelle: GR-Atlas

Am 15. Oktober 1831 wurde den beiden Seiten, also Belgien und dem Königreich der Niederlande, von den Großmächten ein Vertragsprojekt mit 24 Artikeln angeboten. Die belgische Regierung unterzeichnete den "Vertrag der XXIV Artikel" schließlich am 15. November 1831. Erst am 11. März 1838, fast 6 Jahre und 4 Monate nachdem der "Vertrag der XXIV Artikel" von Belgien und den fünf Großmächten unterzeichnet worden war, gab Wilhelm I. nach und äußerte den Willen, den Vertrag auch zu unterzeichnen.

Am 19. April 1839 wurde der "Londoner Vertrag" von den fünf Großmächten, Belgien und dem Königreich der Niederlande unterzeichnet. Neben den Vertretern aus Frankreich, Österreich, Großbritannien, Preußen und Russland waren auch ein Bevollmächtigter Belgiens und ein Bevollmächtigter des Königreiches der Niederlande anwesend.

Dieser Vertrag zwischen Belgien und dem Königreich der Niederlande besagt in Artikel 1, dass Belgien aus den Provinzen Brabant, Lüttich, Namur, Hainaut, West-Flandern, Ost-Flandern, Antwerpen und Limburg besteht. Bis auf die Provinz Limburg, die geteilt wurde, blieben somit alle Provinzen vollständig bestehen. Doch sollte dem Londoner Vertrag zufolge nun auch die westliche Hälfte des Großherzogtums Luxemburg zu Belgien gehören. In Artikel 6 erklären beide Seiten ihren Verzicht auf die Territorien ihres jeweiligen Nachbarn. In Artikel 7 wird schließlich erläutert, dass Belgien ein neutraler Staat sei.



Londoner Vertrag. Quelle: Archiv des Außenministeriums der Republik Frankreich

Es ist wichtig zu erwähnen, dass nicht nur Belgien und die Niederlande durch diesen Vertrag betroffen waren, sondern auch der Deutsche Bund, da das Großherzogtum nach wie vor dessen Mitglied war. Nun sollte mehr als die Hälfte dieses Territoriums abgetrennt werden. Als wirtschaftliche Entschädigung für den verlorenen

Teil des Großherzogtums wurde deshalb der nun holländische Teil Limburgs in den Deutschen Bund aufgenommen.

Nach der Ratifizierung des Londoner Vertrags wollte der niederländische König schnell wieder seine Macht in dem ihm verbliebenen Teil Luxemburgs aufbauen. Aus diesem Grund kamen am 16. Juni 1839 zwei königliche Kommissare in das Großherzogtum, um die Wiederinbesitznahme Luxemburgs durch den König zu demonstrieren. Doch im Londoner Vertrag vom 19. April 1839 hatte sich der König der Niederlande verpflichtet, Luxemburg als unabhängiges Land zu betrachten und somit auch zu verwalten. So konnte er Luxemburg nicht mehr wie eine Provinz seines Königreiches behandeln.

Es ist bemerkenswert, dass der Londoner Vertrag den Grenzverlauf nicht exakt darlegt. Dies war die Aufgabe von belgischen und niederländischen Grenzkommissaren, und so kam es, dass erst durch den Grenzvertrag vom 7. August 1843 die definitive Grenze zwischen der belgischen "Province de Luxembourg" und dem Großherzogtum Luxemburg festgelegt wurde. Er wurde zwischen dem König der Belgier und dem König der Niederlande in dessen Funktion als Großherzog von Luxemburg abgeschlossen. Zuerst wurden die Grenzkommissare beider Parteien vollständig aufgelistet, gefolgt von einem beschreibenden Protokoll, in dem auf Pläne und Karten des Gebietes Bezug genommen wird. Daraufhin folgt in Artikel 4 die Beschreibung der Grenze zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich Belgien.



*Der deutsche Bruderkrieg -
Schlacht bei Königgrätz.
Gemälde von C. Sell*

In diesem Zeitraum kamen zwei weitere Gebietsänderungen zustande. Erstens wurde im Jahre 1833 Lichtenberg vom Haus Sachsen-Coburg und Gotha an Preußen verkauft. Zum Zweiten fiel im Jahre 1866 durch Erbvertrag, bedingt

durch das Aussterben der männlichen Nachfolge des Hauses Hessen-Homburg, das Gebiet um Meisenheim an das Haus Hessen-Darmstadt. Nach diesen beiden friedlichen Änderungen kam es jedoch zu einem Krieg auf deutschem Gebiet. Dieser Krieg, der zwischen den Mitgliedern des deutschen Bundes ausgetragen wurde, wird als der Deutsche Bruderkrieg in die Geschichte eingehen. Es standen sich in diesem Konflikt auf der einen Seite Preußen und dessen Verbündete und auf der anderen Seite Österreich und dessen Verbündete gegenüber. Nach dem Wiener Kongress war der Deutsche Bund von den beiden deutschen Großmächten Österreich und Preußen kontrolliert worden. Doch beide wollten sich allein an der Spitze des Bundes sehen. So kam es, dass sich der Ton zwischen Preußen und Österreich verschärfte. Die Hauptfolge des Krieges war die Auflösung des Deutschen Bundes. Doch kam es auch zu territorialen Änderungen. Die Großregion betreffend müssen Nassau und Meisenheim erwähnt werden, die an Preußen fielen. In der Krise, die als die "Luxemburger Frage" in die Geschichte einging, wurde schließlich eine Einigung erzielt. Dem Großherzogtum Luxemburg wurde das Statut eines neutralen Staates gewährt. Die Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen war somit gebannt.

Quellen

Calmès, A. 1982: Le Grand-Duché de Luxembourg dans la révolution belge (1830-1839), Luxembourg

De Ridder, A. 1920: Histoire diplomatique du traité de 1839, Bruxelles

Dostert, P. 1989: Le démembrement du Grand-duché de Luxembourg par le traité des XXIV articles, In: D'Commémoratiounsfeierlechkeeten 1989 aus deer Siicht vun der Gemeng Suessem, Festbroschüre, Sanem, 1989, S. 39-44

Neu, P. 2003: Die belgische Revolution von 1830 und ihre Ausstrahlung auf den luxemburgisch-deutschen Grenzraum, In: Hémécht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Luxemburg, Heft 4, 2003

Spang, P. 1991: La représentation diplomatique du Grand-Duché de Luxembourg à l'étranger de 1815 à 1947, In: Hémécht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Luxemburg, Heft 4, 1991, S. 563-570.

Links

[Mémorial A N° 10 du 14. 02. 1844, S. 77](#)

Grenzänderung 32 - 1831: Belgien

1831: Die Unabhängigkeit Belgiens

Die belgische Revolution stellt ein bedeutendes Ereignis auch für das Großherzogtum Luxemburg dar. Der Ausgangspunkt hierfür liegt jedoch einmal mehr in Frankreich. Am 27. Juli 1830 war es in Frankreich zu einer Revolution gegen die Bourbonen gekommen. Wieder einmal verbreiteten sich die revolutionären Ideen von Paris aus über weite Teile Europas. Auch Belgien wurde von diesen Ideen beeinflusst, und so kam es, dass es am 25. August 1830, nicht einmal einen Monat nachdem in Paris die



Revolution gegen die Bourbonen ausgebrochen war, in Brüssel zum Aufstand gegen die Niederländer kam. Der Aufstand in Brüssel dehnte sich zu einer Revolution aus und erfasste große Teile des Königreiches. Die revolutionären Belgier gründeten eine provisorische Regierung, die bereits am 4. Oktober 1830 die Unabhängigkeit Belgiens erklärte. Da sich die Hälfte seines Königreiches in den Händen der Revolutionäre befand, wandte sich Wilhelm I., König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg, an die europäischen Großmächte. Großbritannien übernahm die Initiative und lud die Großmächte zu einer Konferenz nach London ein, da es verhindern wollte, dass sich die Situation im Königreich der Niederlande zu einem größeren Konflikt in Europa entwickelte. Die Situation auf dem Kontinent war bereits brisant genug, da die "Julirevolution" große Teile Europas erfasst hatte.

Léopold I. König von Belgien

Die Konferenz, in der die Belgienfrage geklärt werden sollte, begann bereits am 4. November 1830. Es hatte somit nicht einmal einen Monat gedauert, bis es dazu gekommen war, was die Brisanz verdeutlicht. Der britische Außenminister Henry Lord Palmerston leitete die Konferenz. Die Großmächte waren alle in London vertreten. Unter den Konferenzteilnehmern befanden sich der französische Botschafter in London Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, der preußische Botschafter Baron von Bülow sowie

der russische Botschafter von Lieven und der Verwalter der russischen Botschaft Graf Matuszewic. Außerdem waren für Österreich Fürst Esterhazy und Johann von Wessenberg anwesend, während das Königreich der Niederlande durch seinen Botschafter in London Antoine Falk vertreten war. Die belgische Seite war natürlich nicht auf der Konferenz vertreten. Federführend waren die fünf Großmächte, und so kam es, dass der König der Niederlande sich dem Willen der Fünf zu beugen hatte.

Am 18. Dezember 1830 schlug der britische Außenminister Lord Palmerston die Unabhängigkeit Belgiens vor, die dann auch von den anderen vier Großmächten Österreich, Preußen, Frankreich und dem russischen Zarenreich akzeptiert wurde. Am 20. Dezember 1830 erkannten die fünf Mächte Belgien an; dies war die Geburtsstunde des neuen Staates. Doch die Großmächte machten deutlich, dass die revolutionären Belgier das Großherzogtum Luxemburg verlassen müssten. Bereits im Protokoll Nummer 3 vom 17. November 1830 hatten die Großmächte den Wunsch der Belgier, dass Luxemburg an Belgien fallen solle, entschieden abgelehnt. Auf der Konferenz wurde ebenfalls festgelegt, dass das Königreich der Niederlande in seine Grenzen vom 30. Mai 1814 zurückgestutzt werden sollte. Der neue Staat Belgien beinhaltete den südlichen Rest des Königreiches. Das Großherzogtum blieb jedoch persönlicher Besitz des Hauses Oranien-Nassau und somit des Königs der Niederlande. Außerdem blieb Luxemburg Mitglied des Deutschen Bundes, was im Interesse von Preußen und Österreich lag.

Belgien wurde schließlich am 20. Januar 1831 territorial von den Niederlanden getrennt, doch erst am 18. Februar 1831 akzeptierte der König der Niederlande die Grundzüge der Londoner Konferenz. Die Belgier jedoch beharrten darauf, das Großherzogtum als Teil Belgiens zu betrachten. Die Streitfrage, die das Großherzogtum Luxemburg betrifft, wird an anderer Stelle genauer erläutert werden.



Szene aus den Septembertagen von 1830, Gemälde von G. Wappers, 1835. Musées royaux d'art et d'histoire, Brüssel

Am 4. Juni 1831 wurde Prinz Leopold von Sachsen-Coburg vom belgischen Nationalkongress zum König der Belgier gewählt, am 21. Juli legte er den Eid auf die Verfassung ab. Interessant ist, dass der belgische König bereits bei seiner ersten

Thronrede seine Absicht deutlich machte, Luxemburg seinem Königreich einzuverleiben.

Quellen

Calmès, A. 1982: Le Grand-Duché de Luxembourg dans la révolution belge (1830-1839), Luxembourg

Dollar, J. 1989: Le troisième morcellement du Grand-Duché ou la naissance d'une nation, In: Korspronk, bulletin des Amis de l'histoire Differdange, Differdange

Dostert, P. 1989: Le démembrement du Grand-duché de Luxembourg par le traité des XXIV articles, In : D'Commemoratiounsfeierlechkeeten 1989 aus deer Siicht vun der Gemeng Suessem, Festbroschür, Sanem, S. 39-44

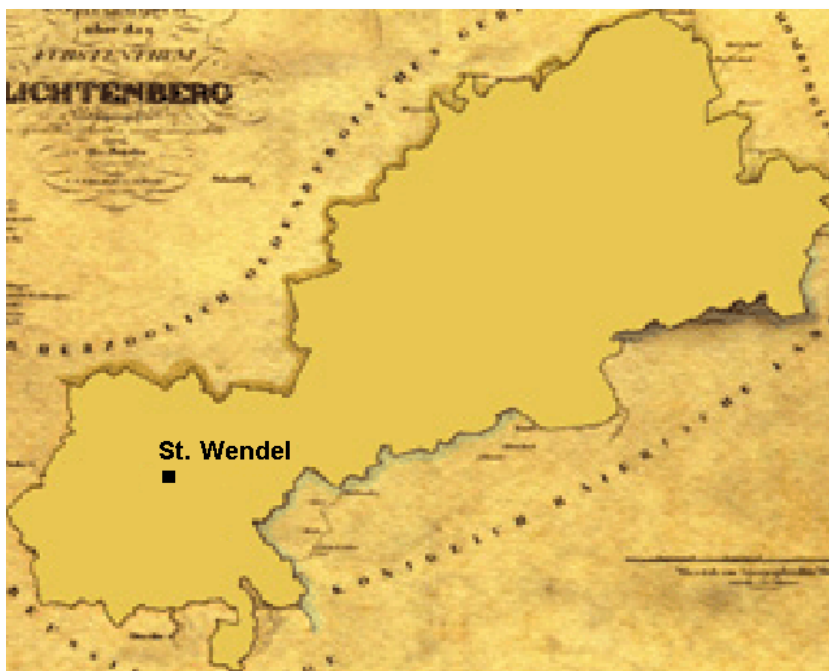
Mullenberger, H. 1985: Von der belgischen Revolution bis zur Grenzziehung von 1839, In: Fanfare Union musicale Steinfort, Esch-sur-Alzette, S. 155-160

Neu, P. 2003: Die belgische Revolution von 1830 und ihre Ausstrahlung auf den luxemburgisch-deutschen Grenzraum, In: Hémecht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Luxemburg, H. 4, 2003, S. 525-544

Grenzänderung 33 - 1833: Fürstentum Lichtenberg

Die Juli-Revolution, die 1830 Frankreich erfasst hatte, führte auch zu Unruhen in den Rheinlanden und somit auch im kleinen Fürstentum Lichtenberg. Als vom 27. bis zum 30. Mai 1832 das Hambacher Fest im benachbarten Rheinbayern gefeiert wurde, war auch im Fürstentum die Bevölkerung von der Euphorie erfasst. Aus diesem Grund feierten die Menschen am 27. Mai 1832 in St. Wendel ein Fest, das jedoch in Gewalt ausartete. Anstelle der spärlichen Verwaltungsmacht des schwachen Herzogtums

stellte Preußen die Ordnung wieder her. Bereits ein Jahr später, am 26. Juni 1833, wurde ein Vertrag zwischen dem preußischen König und dem Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha unterzeichnet, der den Tausch des Fürstentums Lichtenberg gegen Domänen bei Erfurt vorsah.



Territorium des Fürstentums Lichtenberg. Quelle: Stadt St. Wendel

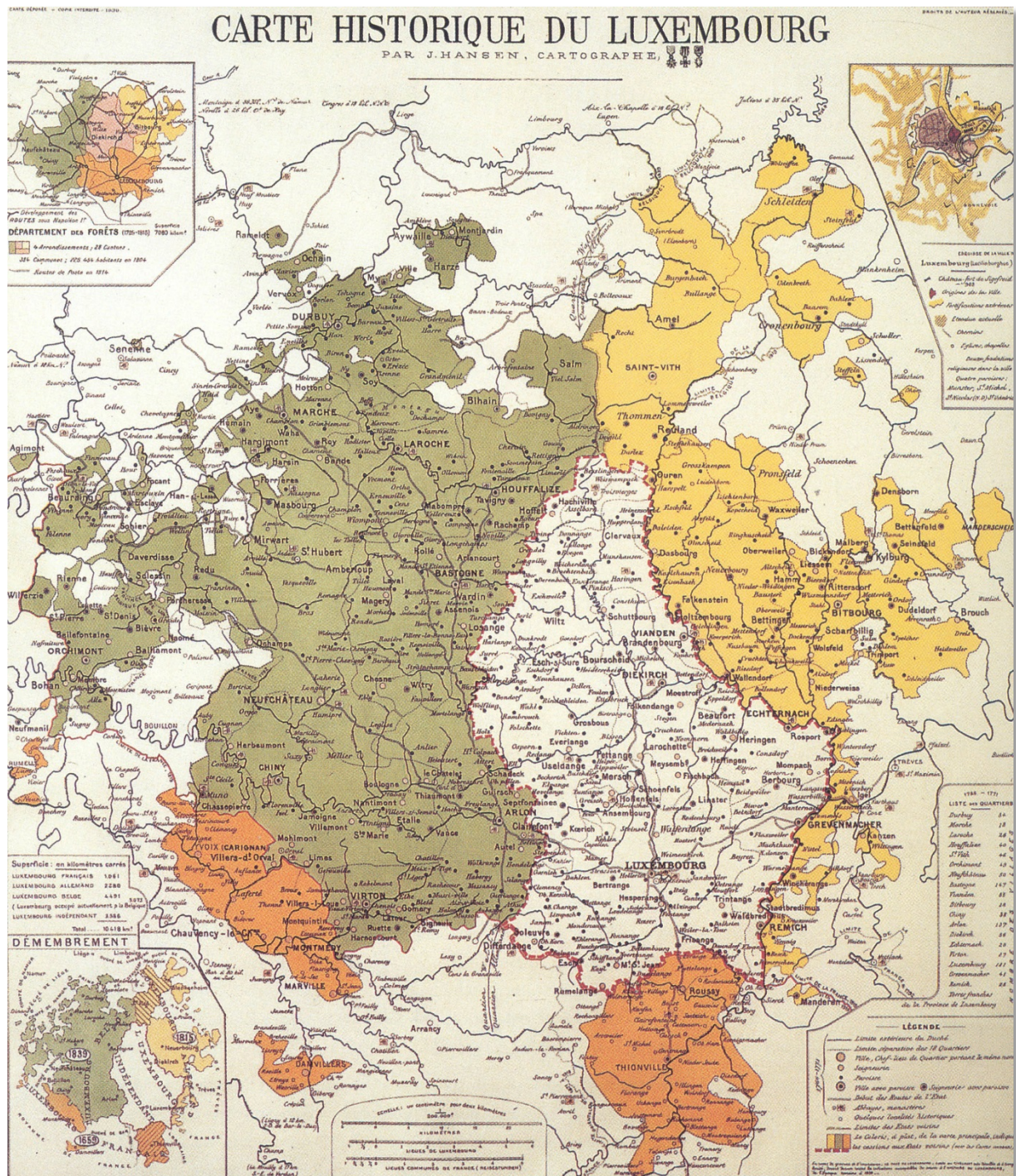
Am 31. Mai 1834 wurde dann der Staatsvertrag ratifiziert, indem Ernst I. anstatt einer territorialen lediglich eine finanzielle Entschädigung für das Fürstentum Lichtenberg bekam. Die Bevölkerung reagierte kaum auf die Abtretung an Preußen. Am 22. September 1834 fand die Inbesitznahme durch Preußen statt, am 1. April 1835 wurde es als Kreis St. Wendel in dem preußischen Regierungsbezirk Trier einbezogen.

Quellen

Dreesen, J. 2008: *Das Fürstentum Lichtenberg (1816-1834) im Vormärz. Ein Provisorium*, Druckerei Manfred Hoffmann, Neuburg

Grenzänderung 34 - 1843: Provinz Luxemburg

1843: Die Provinz Luxemburg fällt an Belgien



Historische Karte von Luxemburg. Quelle: J. Hansen 1930. Der grüne Bereich des Großherzogtums Luxemburg wurde nach dem Londoner Vertrag von 1839 an Belgien abgetreten

Am 19. April 1839 wurde der "Londoner Vertrag" von den fünf Großmächten, Belgien und dem Königreich der Niederlande unterzeichnet. Neben den Vertretern aus Frankreich, Österreich, Großbritannien, Preußen und Russland waren auch ein Bevollmächtigter Belgiens und ein Bevollmächtigter des

Königreiches der Niederlande anwesend. Dieser Vertrag zwischen Belgien und dem Königreich der Niederlande besagt in Artikel 1, dass Belgien aus den Provinzen Brabant, Lüttich, Namur, Hainaut, West-Flandern, Ost-Flandern, Antwerpen und Limburg besteht. Bis auf die Provinz Limburg, die geteilt wurde, blieben somit alle Provinzen vollständig bestehen.

Doch sollte dem Londoner Vertrag zufolge nun auch die westliche Hälfte des Großherzogtums Luxemburg zu Belgien gehören. In Artikel 6 erklären beide Seiten ihren Verzicht auf die Territorien ihres jeweiligen Nachbarn. In Artikel 7 wird schließlich erläutert, dass Belgien ein neutraler Staat sei. Im Grenzvertrag von Maastricht vom 7. August 1843 wurde die Grenze zwischen dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg festgehalten. Die Grenze zwischen Luxemburg und Belgien beginnt demnach an dem Punkt, an dem die Territorien der Gemeinden Athus und Rodingen mit der französischen Grenze zusammentreffen.

Auf die belgische Seite fallen die Ortschaften Athus, Guerlange, Selange, Autelbas und Sterpenich, während auf luxemburgischer Seite die Gebiete von Rodingen, Lamadelaine, Petingen, Linger, Künzig, Grass, Kahler, Bettingen und Steinfort liegen. Vom Eischer Bach aus folgt die Grenze dem Bachlauf weiter bis zu den Hüttenwerken von Clairfontaine (Badenburg), durchquert das Gebiet von Eischen, wobei ein Teil an Belgien fällt, und erreicht das Gebiet von Heckbous.

Von diesem Punkt aus bis hin zum Dorf Parette verläuft die Grenze weiter, wobei die Orte Heckbous, Guirsch, Tontelingen, Grendel, Nothumb und Parette auf belgischer Seite liegen, während die Ortschaften Eischen, Elvingen, Beckerich, Oberpallen, Niedercolpach, Obercolpach, Kleinelchrot, Holz und Perl auf luxemburgischem Territorium verbleiben. Von Perl aus verläuft die Grenze dann 800 Meter parallel zur Straße von Arlon nach Bastnach bis nach Martelingen. Das Gebiet von Martelingen selbst wird geteilt, wobei der Teil mit der Straße Arlon-Bastnach-Lüttich an Belgien fällt.

Dann folgt die Grenze dem Stierbach entlang, bis dieser mit der Liessig zusammenfließt. Von diesem Zusammenfluss aus folgt die Grenze der Liessig weiter, wobei die Ortschaften Honville, Liwarchamps, Villers-la-bonne-Eau, Lutremange, Marvie und Wardin auf der belgischen Seite liegen, während die Ortschaften Surré (Syr), Harlingen, Wartringen und Tarchamps auf Luxemburger Seite liegen. Schließlich verläuft die Grenze von dem Punkt aus, an dem sie das Gebiet von Doncols erreicht, längs der Ortschaften Bras, Benonchamps, Arloncourt, Longwilly, Moinet, Boeur, Buret, Steinbach, Limerle, Ourth und Deiffelt, so dass diese Gebiete auch zu der neuen belgischen Provinz gehören, während auf der luxemburgischen Seite die Ortschaften Doncols, Niederwampach, Oberwampach, Allerborn, Troine, Hoffelt, Helzingen, Biwisch, Niederbesslingen, Oberbessingen und Huldigen verbleiben.

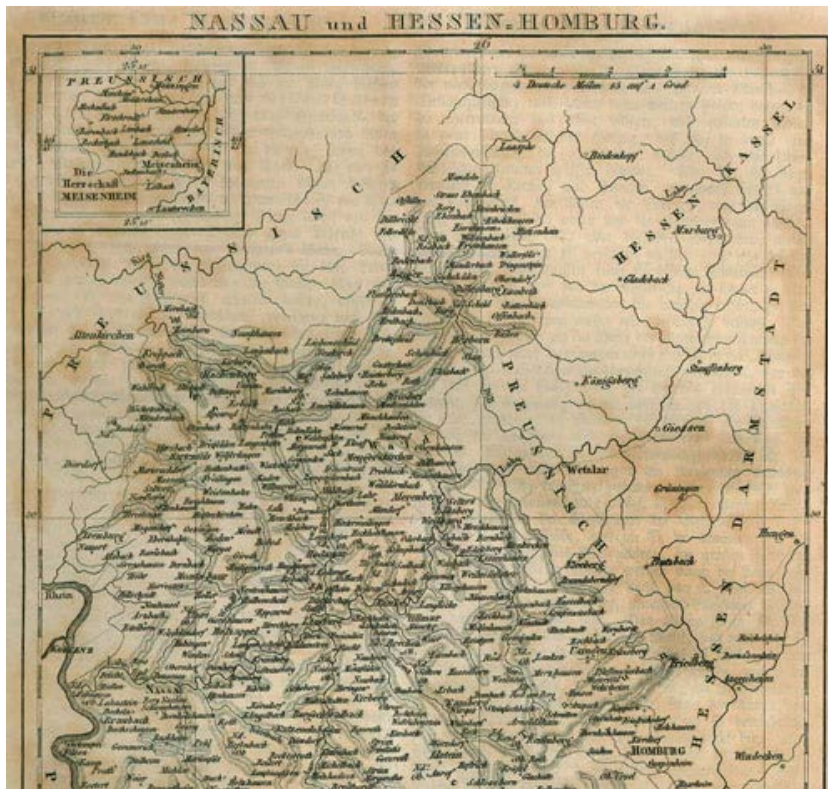
Quellen

De Ridder, A. 1920: Histoire diplomatique du traité de 1839, Bruxelles

Mémorial A N° 10 du 14. 02. 1844, S. 77.

Grenzänderung 35 - 1866: Meisenheim (1)

1866: Hessen-Homburg fällt an Hessen-Darmstadt



Hessen-Homburg mit der Herrschaft Meisenheim (oben links)(1815-1866)

Am 24.3.1866 starb der kinderlose Landgraf Ferdinand Heinrich Friedrich von Hessen-Homburg (*1783). Bis zu seinem Tode hatte das 1816 geschaffene Gebiet um Meisenheim keine territoriale Veränderung erfahren. Durch Erbvertrag fiel sein Gebiet an den Großherzog von Hessen-Darmstadt. Jedoch sollte das Gebiet nicht lange unter der Herrschaft Hessen-Darmstadts bestehen bleiben.

Quellen

Klein, T. 1979: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A, Preußen, Herausgegeben von W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg/Lahn, Bd. 11: Hessen-Nassau, S. 226

Grenzänderung 36 - 1866: Meisenheim (2)

1866: Friedensvertrag zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen. Meisenheim wird an Preußen abgetreten

Der deutsche Bruderkrieg

Der Deutsche Bund wurde seit dem Wiener Kongress von den beiden deutschen Großmächten Österreich und Preußen kontrolliert. Doch beide wollten sich allein an der Spitze des Bundes sehen. Otto von Bismarck, der seit 1862 Ministerpräsident von Preußen war, hatte auf einen Krieg zwischen den beiden Rivalen hingearbeitet. Bismarck wollte, dass Preußen die Vormachtstellung in Deutschland übernehmen sollte. Am 8. April 1866 hatte Bismarck mit Italien ein gegen Österreich gerichtetes Angriffsbündnis geschlossen. Der Dualismus war nach einem halben Jahrhundert gescheitert und ein Krieg unabwendbar geworden. So brach schließlich der Machtkampf zwischen den beiden Großen des Deutschen Bundes um die Vorherrschaft in Deutschland aus. Dieser Krieg wird als der deutsche Bruderkrieg in die Geschichte eingehen. Doch nicht nur Österreich und Preußen führten Krieg. Es befanden sich alle deutschen Bundesmitglieder im Kriegszustand mit Ausnahme von Limburg und Luxemburg, da der König der Niederlande sich nicht in den Krieg einmischte. Österreich führte die bundestreuen 13 Regierungen gegen Preußen und 17 weitere Sezessionsregierungen an. Am 18. Juni 1866 erklärte

Italien Österreich den Krieg, so dass dieses einen Zweifrontenkrieg führen musste. Der Krieg wurde schnell von Preußen und seinen Verbündeten entschieden. Ausschlaggebend hierfür war der preußische Sieg bei Königgrätz am 3. Juli 1866 über die österreichische Armee. Am darauffolgenden Tag bat Franz-Joseph I. Frankreich, die Vermittlerrolle für einen Frieden mit Italien zu übernehmen.

Um Frankreich aus dem Krieg heraus zu halten und somit möglichen Kompensationsforderungen Frankreichs aus dem Weg zu gehen, wollte Bismarck einen schnellen und milden Frieden mit Österreich. Aus diesem Grund einigten sich die Kriegsparteien bereits am 26. Juli 1866 auf der Nikolsburg auf einen Vorfrieden. Der definitive Friedensschluss erfolgte am 23. August in Prag. Eine Folge des Krieges war die Auflösung des Deutschen Bundes. Die Folgen dieses Krieges waren für die Gegner Preußens sehr unterschiedlich. Der Hauptkriegsgegner Österreich verlor keine Besitztümer an Preußen. Die nördlichen Kriegsparteien allerdings, die Partei für Österreich ergriffen hatten, wurden von Preußen vollständig annektiert. Es waren dies Hannover, Nassau, Hessen-Kassel, Kurhessen sowie Frankfurt. Hier ist lediglich das Herzogtum Nassau von Bedeutung, da ein Teil davon in der heutigen Rheinpfalz und somit in der Großregion liegt.

Meisenheim fällt an Preußen

Im Bruderkrieg war das Großherzogtum Hessen-Darmstadt auf die Seite Österreichs getreten. In Folge des Prager Friedens vom 23. August 1866 war das Gebiet um Meisenheim an Preußen gefallen. Hessen-Darmstadt blieb also bestehen, doch das kleine Gebiet um Meisenheim wurde an Preußen abgetreten. Bereits am 24. Dezember desselben Jahres wurde Meisenheim mit Preußen vereinigt. Der Fluss Glan wurde somit zur Grenze zwischen den beiden Mächten Preußen und Bayern.

Erwähnenswert ist hier ein Erlass vom 15. September 1869 über die Vereinigung des Oberamtes Meisenheim mit dem Regierungsbezirk Koblenz. So entstand der Kreis Meisenheim bestehend aus den Bürgermeistereien Meisenheim, Merxheim, Becherbach, Meddersheim und Staudernheim.

Quellen

Klein, T. 1979: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A, Preußen, Herausgegeben von W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg/Lahn, Bd. 11: Hessen-Nassau, S. 226

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg, Bd. 7: Rheinland.

Grenzänderung 37 - 1866: Herzogtum Nassau

1866: Herzogtum Nassau fällt an Preußen

Herzog Adolph von Nassau hatte im Bruderkrieg für Österreich Partei ergriffen. Das preußische Patent zur Besitznahme des Herzogtums Nassau stammt vom 3. Oktober 1866. Darin steht, dass Nassau im Bund mit Österreich Preußen angegriffen habe. Preußen stellt sich somit als angegriffen dar und weist die Kriegsschuld von sich. Es verleibt sich die Gebiete des Herzogtums Nassau vollständig ein. Die Grenzpfähle des vormaligen Herzogtums Nassau bekamen die preußischen Insignien verliehen. Der Bevölkerung des betroffenen Gebietes wurde die Inbesitznahme durch Preußen bekanntgegeben und die Menschen wurden aufgefordert, ihren neuen Herrscher, den preußischen König anzuerkennen.

Dieses Patent von König Wilhelm I. von Preußen war am 3. Oktober 1866 auf dem Schloss Babelsberg unterzeichnet worden. Es kann behauptet werden, dass die Inbesitznahme des Herzogtums Nassau durch Preußen friedlich und ohne Kundgebungen der Bevölkerung vonstatten ging. Herzog Adolph selbst behielt seine Schlösser Weilburg, Königstein, Biebrich und Platte als persönlichen Besitz.

Quellen

Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogtums Nassau. Vom 3. Oktober 1866. Gesetz-Sammlung für die königlichen preußischen Staaten, Berlin 1866. Vom 8. Oktober 1866, S. 597-599

Thill, N. (): Herzog Adolph von Weilburg-Nassau. Zäsur unserer Nationalgeschichte (24.07.1817-17.11.1905), In: Lëtzebuurger Journal, Luxemburg, Nr. 221, S. 22-23

Wehrstedt, F. W. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg/Lahn, Bd. 12: Preußische Zentralbehörden, S. 19

Grenzänderung 38 - 1867: Großherzogtum Luxemburg

Der Londoner Vertrag von 1867: Luxemburg wird unabhängig und neutral

Die heftigen Spannungen zwischen Paris und Berlin bezüglich der "Luxemburger Frage" bedeuteten eine reale Kriegsgefahr. Daher schlug der österreichische Reichskanzler Ferdinand Graf v. Beust vor, dass das Großherzogtum Luxemburg an Belgien fallen solle. Frankreich sollte währenddessen gegenüber Belgien die Grenze von 1814 wieder erhalten. So sollten die Gebiete um Condé, Maubeuge, Philippeville, Charlemont und Givet wieder an Frankreich gelangen. Der zweite Vorschlag sah vor, Luxemburg zu einem neutralen und unabhängigen Staat zu erklären.



Wilhelm III., König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg (1817-1890)

Am 7. Mai 1867 trafen sich die Bevollmächtigten der europäischen Mächte zu einer Konferenz in London, um über die Luxemburg-Frage zu beraten. Bevollmächtigte des Königs von Preußen, der Königin von Großbritannien und Irland, des russischen Zaren sowie des Kaisers der Franzosen und des Kaisers von Österreich, aber auch des Königs der Niederlande und des Königs der Belgier waren auf der Konferenz vertreten. Diese einigten sich auf das neue Statut von Luxemburg, und bereits nach vier Tagen Konferenz wurde der Vertrag unterzeichnet.

Im Gesetz vom 21. Juni 1867 ordnete der König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg Wilhelm III. an, den Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 im luxemburgischen Memorial abzu drucken. In diesem steht, dass der König der

Niederlande und Großherzog von Luxemburg die veränderte Situation Luxemburgs, die durch die Auflösung des Deutschen Bundes erfolgte, akzeptiere.

In Artikel 1 des Vertrags vom 11. Mai 1867 steht, dass das Großherzogtum Luxemburg weiterhin mit dem Hause Oranien-Nassau und dementsprechend mit Wilhelm III. und seinen männlichen Nachfolgern verbunden bleibe. Artikel 2 des Vertrags besagt, dass das Großherzogtum Luxemburg in den Grenzen des Vertrags vom 19. April 1839 und dessen Anhängen einen ewig neutralen Staat darstellen solle. Luxemburg wird also zum neutralen Staat deklariert und erhält die Garantie der Großmächte Großbritannien, Österreich, Frankreich, Preußen und Russland. Einzige Ausnahme bildet Belgien, das sowieso als neutraler Staat gilt.

Der dritte Artikel behandelt das Thema der Festung Luxemburg. Darin wird festgelegt, dass sich keine Festungsanlagen auf dem Territorium des Großherzogtums befinden dürfen. Außerdem soll der preußische König laut Artikel 4 die Garnison aus der Festungsstadt Luxemburg abziehen. Nach Artikel 5 des Vertrags soll Luxemburg eine offene Stadt werden; dies bedeutet, dass die Festungsanlagen beseitigt und nicht wieder aufgebaut werden sollen. Der Vertrag wurde am 11. Mai 1867 von den Bevollmächtigten in London unterzeichnet.

Dem Großherzogtum Luxemburg wurde also das Statut eines neutralen Staates gewährt. Dies erfolgte jedoch nicht zum Wohle dieses kleinen Landes, sondern um den Frieden in Europa zu wahren. Der Sinn dieses Vertrags war es, den preußisch-französischen Streit um die strategisch wichtige Festung zu beenden. Frankreich verzichtete auf den Kauf des Großherzogtums und Preußen zog seine Garnison aus der Festung ab. Die Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen war somit gebannt. Frankreich hatte jedoch viel mehr Schaden durch diesen Kompromiss erlitten als Preußen. Zwar musste Preußen seine Garnison abziehen, doch außenpolitisch war die Position Frankreichs deutlich geschwächt worden. Als das Scheitern des Kaufes von Luxemburg auch noch in der Öffentlichkeit bekannt wurde, war der Misserfolg der französischen Unternehmung komplett. Es war eine herbe Niederlage für den Kaiser der Franzosen und dessen Ansehen im In- und Ausland.

Quellen

Calmès, C. 1974: Essais sur l'annexionnisme au Luxembourg (1867-1870), In: Hémécht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Luxemburg, H. 4, S. 409-437

Calmès, C. 1994: La Belgique et le Luxembourg : un destin commun sous les menaces du dogme des « Frontières naturelles » (1829 à 1870), In : Luxemburger Wort, Jg. 147, Nr. 62, S. 10-11

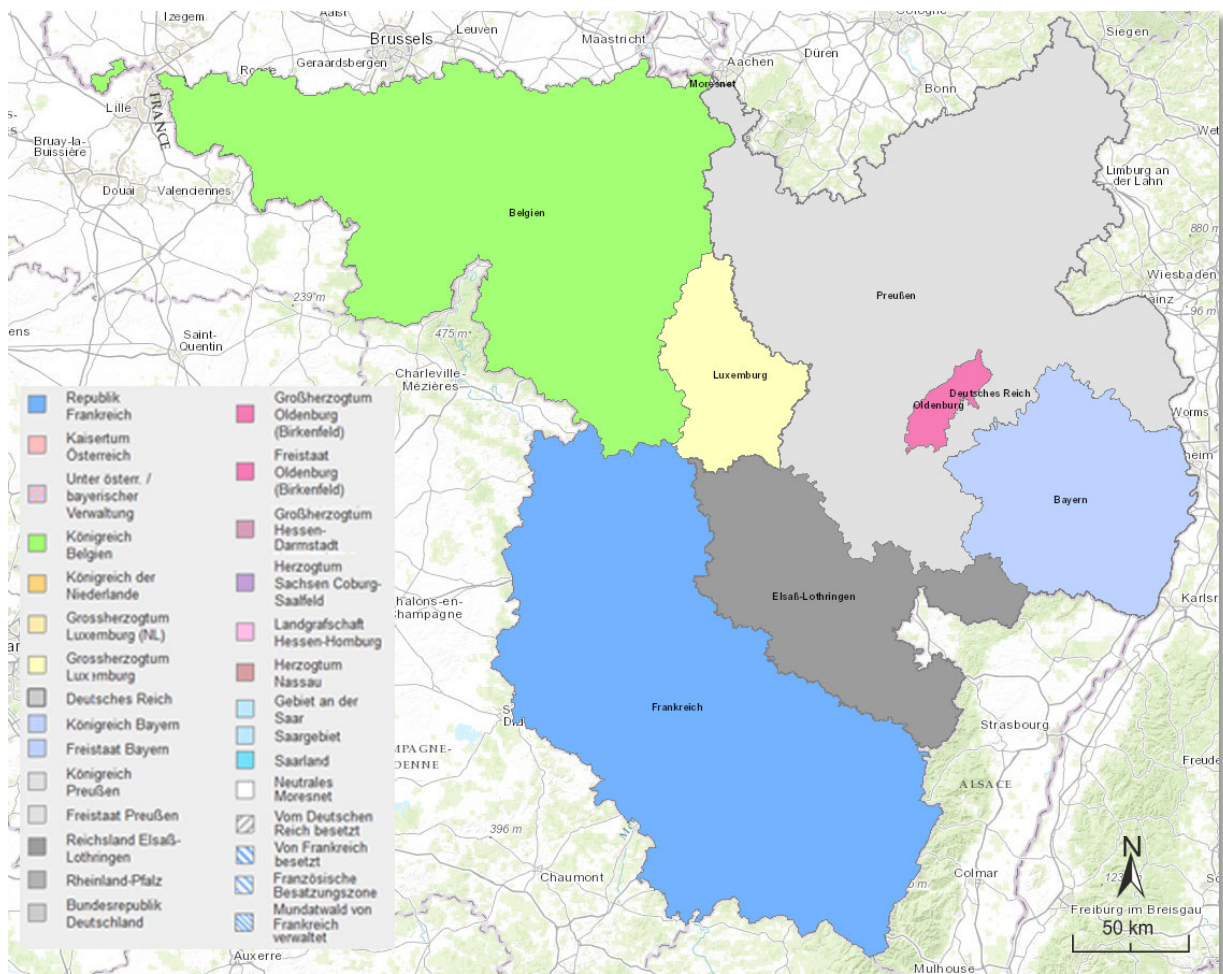
Krier, E. 1999: Die Londoner Konferenz und die Neutralität Luxemburgs, In: Luxemburger Wort, Jahrgang 145, S. 4

Mémorial A N° 19 du 25. 06. 1867, Loi du 21 juin 1867 portant approbation du traité de Londres du 11 mai 1867, S. 133-138

IV - 1870-1914

IV. Die Grenzsituation vom deutsch-französischen Krieg bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1870-1914)

In den Jahren 1870 bis 1914 kam es lediglich im deutsch-französischen Grenzgebiet zu einer großen Änderung. Jedoch wird diese, bei der es sich um eine regelrechte Annexion handelt, das Geschehen in Europa maßgeblich beeinträchtigen. Ausgangspunkt war der Ausbruch des französisch-preußischen Krieges, der sich sehr schnell zum französisch-deutschen Krieg entwickelte.

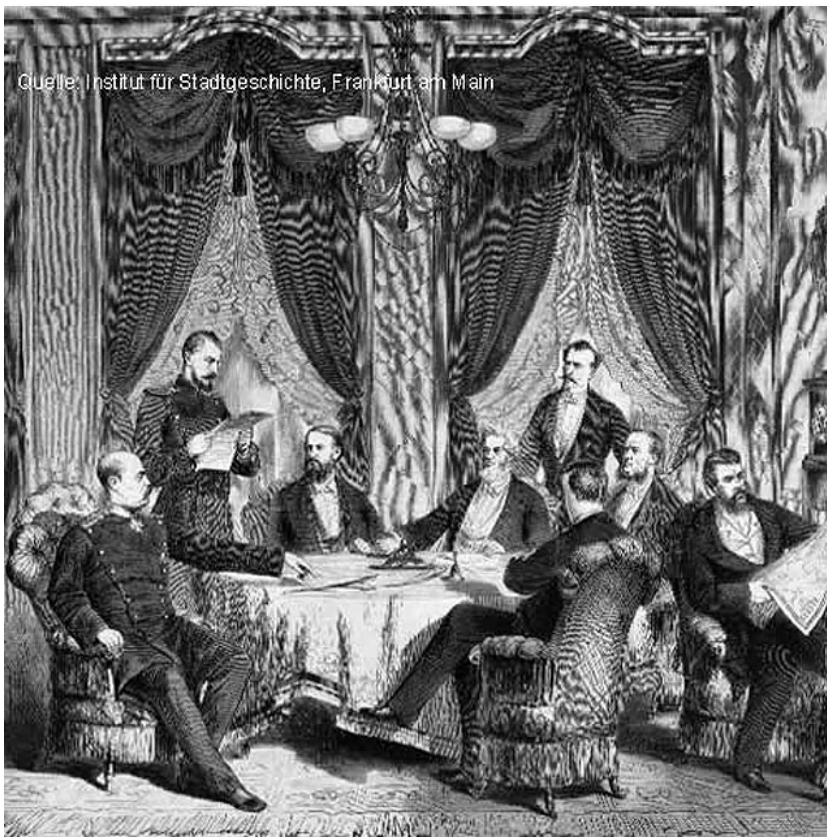


Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1871. Quelle: GR-Atlas

Nach der schnellen Unterwerfung der französischen Truppen unter Napoleon III. und dem Chaos, das darauf in Frankreich ausbrach, konnte das neu gegründete Deutsche Kaiserreich Frankreich einen harten Frieden aufzwingen. Eine Forderung war das - außerhalb der Großregion liegende - Elsass. Doch auch ein Teil Lothringens wurde annektiert. Frankreich nimmt diesen Verlust Lothringens nicht hin und so entstand die tiefe Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Feindschaft wird zu weiteren schweren Kriegen zwischen beiden Großmächten führen.

Im Kontext der Grenzänderungen ist zu erwähnen, dass eine Modifikation an der neuen deutsch-französischen Grenze vollzogen wurde. Während im Vorfriedensvertrag, der am 26. Februar 1871 schließlich in Versailles unterzeichnet wurde, die Grenze im Raum Cattenom und Thionville weiter östlich verlief, wurde im endgültigen Friedensvertrag, der am 10. Mai 1871 in Frankfurt zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich unterzeichnet wurde, festgehalten, dass im Austausch zu weiteren Gebieten im Raum Belfort, die an Frankreich zurückgegeben werden, einige Gemeinden im Raum Cattenom an das Deutsche Reich fallen.

Durch den Friedensvertrag, der am 10. Mai 1871 in Frankfurt unterzeichnet wurde, wurde die Region Lothringen offiziell geteilt. Es sollten nun für fast 50 Jahre zwei Lothringen nebeneinander existieren.



Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main

Frankfurter Friede, 10. Mai 1871. Leipziger Illustrierte Zeitung vom 3. Januar 1871. Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main

Die Grenzen zwischen den beiden Gebieten waren jedoch nicht hermetisch abgeriegelt. Bereits die französisch-preußische Grenze stellte in der Zeit ihres Bestehens von 1815 bis 1870 keine echte Barriere dar. Die Menschen, die vor Ort lebten, waren nicht eingegrenzt und die Überquerung der Grenze war eine alltägliche Realität. Nach 1871 wurden natürlich die

wichtigen Straßen von Grenzbeamten kontrolliert, doch die Grenze zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich wurde weiterhin täglich von den Bauern überquert.

Neben dieser bedeutenden Veränderung in der Großregion kam es auch zu einer Mehrzahl kleiner Grenzänderungen. In diesem Kontext seien die vielen kleinen französisch-belgischen Grenzänderungen und Grenzverträge genannt. Erwähnenswert sind die französisch-belgische Grenze betreffend das am 15. März 1893 zwischen der französischen Republik und dem Königreich Belgien beschlossene Abkommen, das die Grenze zwischen der französischen Gemeinde Gussignies und der belgischen Gemeinde Roisin behandelt.

Das am 8. November 1905 in Paris unterzeichnete Abkommen behandelt die Wiederherstellung der Grenze zwischen den französischen Gemeinden Régniowez und La Neuville-aux-Tourneurs und den belgischen Gemeinden Escaillère und Rièzes. Hier sollte der Grenzverlauf wieder hergestellt werden.

Im Abkommen betreffend die französisch-belgische Grenze zwischen der belgischen Gemeinde Les Rièzes und der französischen Gemeinde Neuville-aux-Tourneurs wurde der Grenzverlauf an der französisch-belgischen Grenze am Laufe des Baches "Le Ry de France" geändert.

Das am 12. März 1912 unterzeichnete Abkommen zwischen der französischen und der belgischen Regierung regelte den Verlauf der gemeinsamen Grenze zwischen der französischen Gemeinde Gespunsart und der belgischen Gemeinde Pussemange.

An der Grenze zwischen Luxemburg und Belgien fand ebenfalls eine Grenzänderung statt. Das Flussbett der Sauer hatte sich im Laufe der Zeit verändert. Durch das Abkommen vom 23. August 1904, das in Luxemburg zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich Belgien unterzeichnet wurde, sollte die Grenze wieder auf ihren ursprünglichen Stand gebracht werden.

Des Weiteren sollte der Grenzlauf zwischen den Grenzsteinen 190 und 197 zwischen der belgischen Gemeinde Villers-la-bonne-Eau und der luxemburgischen Gemeinde Harlange überprüft werden. Kleine Parzellen wurden in diesem Zusammenhang zwischen beiden Staaten getauscht.

Quellen

Schlesier, S. 2007: Vereinendes und Trennendes. Grenzen und ihre Wahrnehmung in Lothringen und preußischer Rheinprovinz 1815-1914, In: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion, Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt, 2007, S. 135-162.

Grenzänderung 39 - 1871: Elsass-Lothringen (1)

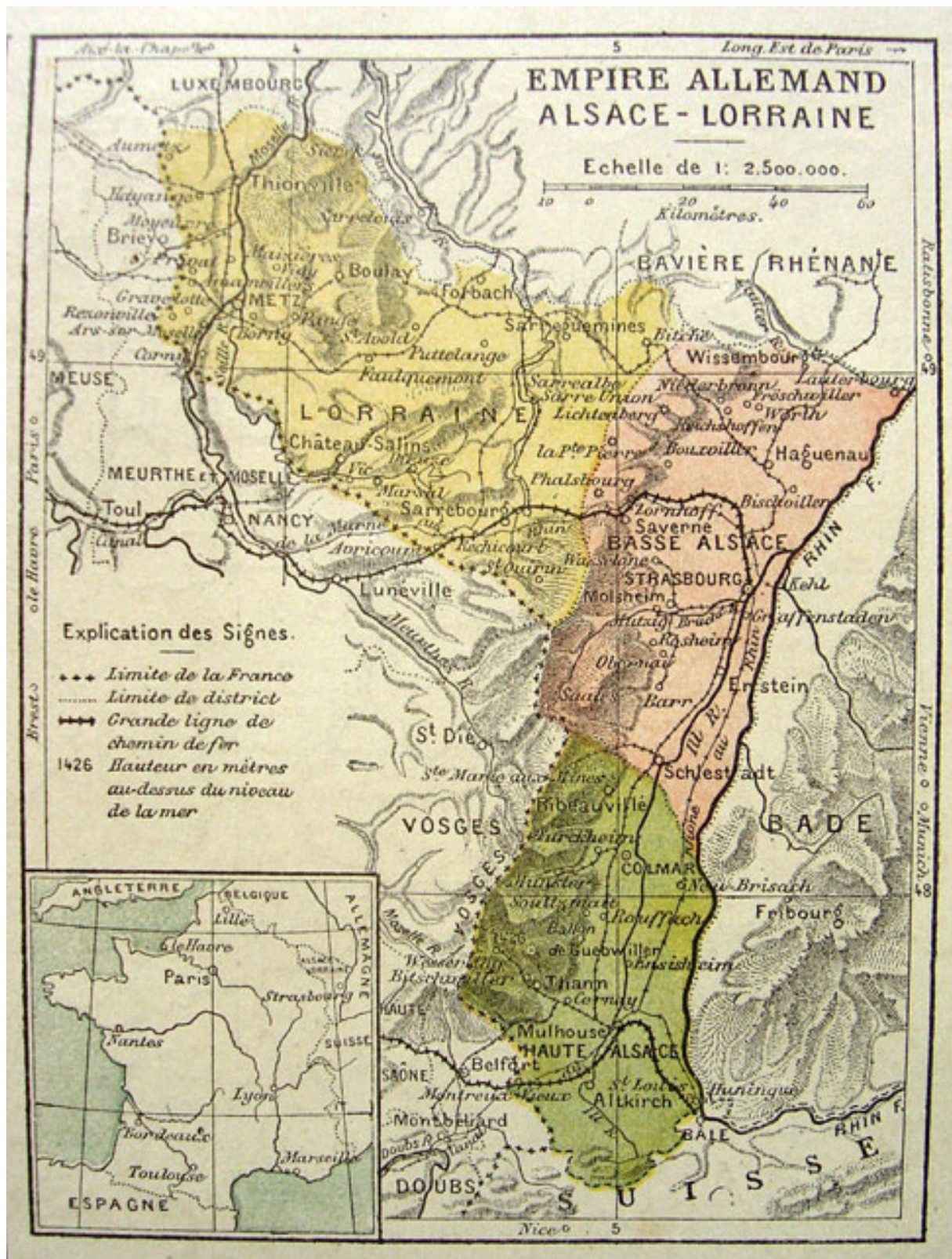
1871: Vorfrieden von Versailles. Elsass-Lothringen soll an Preußen gehen

Der deutsch-französische Krieg

Am 19. Juli 1870 war die französische Kriegserklärung an Preußen überreicht worden. Preußen stand mit dem Norddeutschen Bund aber nicht alleine da. Der Krieg wurde schnell zu Gunsten Preußens entschieden. Angesichts des Sieges wurden die Annexionspläne der preußischen Führung sichtbar. Drei Arrondissements des Departements Moselle sollten von Frankreich abgetrennt werden. Hierbei handelt es sich um die Arrondissements Metz, Thionville (Diedenhofen) und Sarreguemines (Saargemünd). Hinzu kamen noch die Arrondissements Château-Salins und Sarrebourg (Saarburg) aus dem Departement Meurthe.

Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal von Versailles das Deutsche Kaiserreich proklamiert. König Wilhelm I. von Preußen wurde Kaiser des Zweiten Deutschen Reiches. Am 28. Januar kapitulierte schließlich Paris und der Krieg war zu Ende.

Im Vorfrieden vom 11. Februar 1871 wurde bereits über das Schicksal der Stadt Metz entschieden. Bismarck verlangte das Elsass, "Deutsch-Lothringen", die Stadt Metz sowie die Festung Belfort. Daneben forderte er auch den Einzug der siegreichen deutschen Truppen in Paris. Im zweiten Vorfriedensvertrag von Versailles, der am 26. Februar 1871 unterzeichnet wurde, wurden dann die Friedensbedingungen etwas gelockert.



Elsass-Lothringen. Hist. Landkarte. Quelle: P. Foncin

Vorfrieden von Versailles

Bereits in Artikel 1 des Vorfriedensvertrags werden die territorialen Verluste Frankreichs aufgelistet, das danach auf die Gebiete östlich der folgenden Linie verzichten sollte: Die Demarkationslinie nimmt ihren Anfang an der nordwestlichen Grenze des Kantons Cattenom an der Grenze zum Großherzogtum Luxemburg und verläuft dann nach Süden westlich an den Grenzen der Kantone Cattenom und Thionville entlang. Dann durchschneidet sie den Kanton Briey, wobei sie der westlichen Grenze der Gemeinden Montois-la-Montagne und Roncourt sowie der östlichen Grenze der Gemeinden St. Marie-aux-Chênes, St. Aie und Habonville folgt. Weiter erreicht sie die Grenze des Kantons Gorze. Die Demarkationslinie zieht sich durch diesen Kanton, indem sie den Gemeindegrenzen Vionville, Buxières und Onville folgt.

Sie führt an der Südwest- und Südgrenze des Arrondissements Metz und der westlichen Grenze des Arrondissements Château-Salins entlang bis hin zur Gemeinde Pettoncourt. Dann folgt sie dem Kamm der zwischen Saille und Moncel gelegenen Berge bis zur Grenze des Arrondissements Saarburg südlich von Garde. Die Demarkationslinie verläuft entlang der Grenze dieses Arrondissements bis zur Gemeinde Tanconville, deren Nordgrenze sie erreicht. Von hier aus folgt die Grenze den Bergzügen zwischen der weißen Saar und der Vezouze bis zur Grenze des Kantons Schirmeck. Anschließend zieht sich die Demarkationslinie westlich der Grenze des Kantons Schirmeck entlang, wobei sie die Gemeinden Saales, Bourg-Bruche, Colron-la-Roche, Plaine, Ranrupt, Saulrures und St. Blaise-la-Roche mit einschließt. Dann folgt die Demarkationslinie der westlichen Grenze der Departements Niederrhein und Oberrhein bis hin zum Kanton Belfort, bis sie sich schließlich von der Bourgogne bis zur Schweizer Grenze zieht. Am Ende des ersten Kapitels steht noch, dass die Demarkationslinie in Übereinstimmung der beiden Verhandlungsseiten verändert wurde.

Doch noch wurde um die Festung Belfort verhandelt. Dieses Gebiet befindet sich nicht in der Großregion, ist aber hier trotzdem von Bedeutung, da Belfort im Austausch zu verschiedenen Gemeinden in Lothringen schlussendlich auf französischer Seite verbleiben konnte. So wurden im ehemaligen Mosel-Departement die Dörfer St. Marie-aux-Chênes und Vionville an das Deutsche Reich abgetreten. Im Gegenzug verblieben die Stadt und die Festungswerke von Belfort bei Frankreich. Der Vorfriedens-Vertrag wurde am 26. Februar 1871 von Bismarck, Thiers und Jules Favres in Versailles unterzeichnet.

Quellen

Friedens-Präliminarien zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 26. Februar 1871, In: Reichs-Gesetzblatt, Berlin, 1871, S. 215-222

Friedens-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 10. Mai 1871, In: Reichs-Gesetzblatt, Berlin, 1871, S. 223-233

Herre, F. 1979: Anno 70/71, Der Deutsch-Französische Krieg, München

Roth, F. 1984: Das geteilte Lothringen (1871-1914), In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parrisé, S. 413-446

Grenzänderung 40 - 1871: Elsass-Lothringen (2)

1871: Frieden von Frankfurt. Elsass-Lothringen geht an Preussen

Nach dem auf den deutsch-französischen Krieg folgenden Vorfrieden von Versailles wurde der endgültige Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich erst am 10. Mai 1871 in Frankfurt unterzeichnet. Hier trafen Otto von Bismarck, Kanzler des Deutschen Reiches, und der französische Außenminister Jules Favre aufeinander. Beide Delegationen kamen überein, dass der Präliminar-Friedensvertrag vom 26. Februar 1871 durch Abänderungen in einen endgültigen Friedensvertrag zu verwandeln sei. In Artikel 1 des Friedensvertrags steht, dass die Grenze bei Belfort zu nahe an der Stadt liege. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, diesen Umkreis zu erweitern, verlangte allerdings als Ausgleich eine Grenzänderung längs der westlichen Grenzen der Kantone Cattenom und Thionville.

Diese neue Linie verläuft von der luxemburgischen Grenze aus, lässt die Dörfer Thil und Villerupt bei Frankreich, erstreckt sich dann zwischen Erronville und Aumetz, Beuvillers und Boulange, Trieux und Lommeringen und erreicht dann die ehemalige Grenzlinie zwischen Avril und Moyeuivre. Außerdem steht im Vertrag, dass sich eine internationale Kommission auf dem Terrain bewegen solle, um die neue Grenze festzulegen.

Bezüglich Lothringen muss festgehalten werden, dass mit dem Frieden von Frankfurt nur der schriftliche Akt erfolgt war. Denn bereits seit September 1870 waren diese Gebiete von deutschen Verbänden besetzt und unter preußische Verwaltung gestellt worden.

Am 18. Mai 1871 hatte Thiers, der Chef der französischen Exekutive, die Ratifikationsurkunde unterzeichnet, nachdem der Deutsche Kaiser dies bereits am 16. Mai 1871 vollzogen hatte.

Quellen

Foncin, P. 1901: La deuxième année de géographie, 37. Aufl., Paris

Friedens-Präliminarien zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 26. Februar 1871, In: Reichs-Gesetzblatt, Berlin, 1871, S. 215-222

Friedens-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 10. Mai 1871, In: Reichs-Gesetzblatt, Berlin, 1871, S. 223-233

Herre, F. 1979: Anno 70/71, Der Deutsch-Französische Krieg, München

Roth, F. 1984: Das geteilte Lothringen (1871-1914), In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parrisé, S. 413-446

Grenzänderung 41 - 1893: Gussignies – Roisin

1893: Abkommen zwischen Frankreich und Belgien. Grenzverlauf zwischen der französischen Gemeinde Gussignies und der belgischen Gemeinde Roisin

Das Abkommen, das am 15. März 1893 zwischen der französischen Republik und dem Königreich Belgien beschlossen wurde, behandelt die Änderung der Grenze zwischen der französischen Gemeinde Gussignies und der belgischen Gemeinde Roisin. In diesem Abkommen erklären der Präsident der französischen Republik und der König der Belgier, dass die Grenze, die zwischen dem Königreich der Niederlande und Frankreich in den Paragraphen 3 bis 7 des Artikels 29 des Grenzprotokolls aufgelistet ist,

überprüft werden soll. Hierbei handelt es sich um die dritte Sektion der Grenzfestlegung; den Grenzabschnitt, der zwischen der Schelde und der Sambre liegt. Das Protokoll befindet sich im Anhang des Grenzvertrags von Courtrai vom 28. März 1820.

Von beiden Seiten wurden für diese Arbeit Bevollmächtigte beauftragt. Im ersten Artikel des Abkommens steht, dass das Protokoll zur Begrenzung der französisch-belgischen Grenze zwischen den Gemeinden Gussignies und Rosin, das am 1. September 1890 erstellt wurde, angenommen wurde. Darüber hinaus wurde der Plan im Maßstab 1 zu 1 000, der dem Protokoll vom 1. September 1890 angehängt wurde, auch gutgeheißen. Schließlich hält Artikel 3 fest, dass das Abkommen ratifiziert und die Ratifizierungsunterlagen in Paris ausgetauscht werden sollen.



Schloss von Roisin. Quelle: cc Jean-Pol Grandmont

Im Anhang dieses Abkommens befindet sich das Grenzprotokoll. Es handelt sich um die Grenze am Bahnhof von Roisin, an der Modifikationen am Grenzverlauf aufgetreten sind. Dann folgen in drei nebeneinander liegenden Tabellen der Text des Grenzprotokolls von 1820, die aktuelle Situation des Grenzverlaufs sowie ein neu vorgeschlagener Text bezüglich des Grenzverlaufs.

Diese Texte betreffen die Paragraphen 3 bis 7 des Artikels 29 des Grenzprotokolls. Im Text zur aktuellen Situation steht den dritten Paragraphen betreffend, dass ein Grenzstein verschwunden ist. Dieser soll neu errichtet werden, doch nicht mehr exakt an der gleichen Stelle. Was die Eisenbahnlinie angeht, so soll diese nun ganz über belgisches Gebiet verlaufen. Aus diesem Grund werden die Paragraphen 5, 6 und 7 abgeändert. Dieses Abkommen wurde von beiden Seiten am 15. März 1893 in Paris unterzeichnet.

Links

[Konvention zur Richtigstellung der französisch-belgischen Grenze zwischen den Gemeinden Gussignies und Roisin](#)

Grenzänderung 42 - 1904: Tintingen – Bigonville

1904: Grenzberichtigung zwischen der belgischen Gemeinde Tintingen und der luxemburgischen Gemeinde Bigonville

Im am 23. August 1904 in Luxemburg zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich Belgien unterzeichneten Abkommen steht, dass sich das Flussbett der Sauer verändert hatte. Aus diesem Grund sollte die belgisch-luxemburgische Grenze überprüft werden, wie es Artikel 36 des Protokolls im Anhang des Maastrichter Vertrags vom 7. August 1843 vorsieht. Es geht um die Änderung des Grenzverlaufs an zwei Stellen der Grenze, konkret um den Grenzbereich zwischen den Grenzsteinen



Nr. 174 und 175, die sich bei den Gemeinden Tintingen auf der belgischen Seite und Bigonville auf der luxemburgischen Seite befinden. Es wurde bereits am 24. September 1901 in Martelingen diesbezüglich ein Grenzprotokoll erstellt.

*Tintange (Fauvillers)(B).
Quelle: Historische Postkarte*

Des Weiteren geht es um den Grenzverlauf zwischen den Grenzsteinen 190 und 197 zwischen der belgischen Gemeinde Villers-la-bonne-Eau und der luxemburgischen Gemeinde Harlange. Diesbezüglich war am 8. Juli 1903 in Wiltz ein Protokoll beschlossen worden. In Artikel 36 des Grenzprotokolls befindet sich die Beschreibung der Grenze zwischen der belgischen Gemeinde Tintingen und der luxemburgischen Gemeinde Bigonville. Mit dem Stand vom 24. September 1901 wurde festgestellt, dass die Sauer in diesem Abschnitt ihr Bett verlassen habe und nun ganz auf luxemburgischem Territorium fließe. Um die Grenze wieder herzustellen, sollten die Grenzsteine in das alte Flussbett gestellt werden.

Quellen

Mémorial A N° 38 du 08. 07. 1905. Loi du 18 mars 1905 portant approbation de la convention signée à Luxembourg, le 23 août 1904, entre le Grand-Duché et la Belgique, au sujet de redressements de la frontière entre les deux pays, S. 569-577

Compte rendu des séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg. Session ordinaire du 8 novembre 1904 au 4 mai 1905, Volume I. Luxembourg, 1905, S. 1024.

Grenzänderung 43 - 1904: Villers-la-bonne-Eau - Harlange (1)

1905: Wiederherstellung der belgisch-luxemburgischen Grenze zwischen der belgischen Gemeinde Villers-la-bonne-Eau und der luxemburgischen Gemeinde Harlange

Das Protokoll zur Abgrenzung zwischen Villers-la-bonne-Eau und Harlange findet sich an die Artikel 42 bis 45 der Grenzfestlegung des Vertrags von Maastricht (1843) angehängt. Dabei ist der Stand des Jahres 1903 für den Grenzverlauf zwischen den Grenzsteinen 190 bis 197 angegeben. Der Lauf des Bettlerbachs verlief nicht mehr an der Stelle, an welcher die Grenze im Jahre 1843 festgehalten worden war.

Am 23. Februar 1905 wurde in der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung über die Wiederherstellung der belgisch-luxemburgischen Grenze beraten. Hier wurde auch ein Bericht zum Gesetzesprojekt vorgelegt. Darin stand, dass die Grenze an zwei Orten korrigiert werden müsse, um die alte Grenze von 1843 wieder herzustellen: Erstens dort, wo die Sauer ihr Bett verlassen hat und zweitens an der Stelle, die in den Artikeln 42 bis 45 des Vertrags von Maastricht beschrieben wird. Dieser zu behandelnde Grenzabschnitt zwischen den Grenzsteinen 190 und 197 war völlig unübersichtlich geworden, und ein



Weg, der die Grenze markierte, war bereits verschwunden. Außerdem hatte sich der Verlauf des Bettlerbachs verändert. Kleine Parzellen sollten nun zwischen Belgien und Luxemburg getauscht werden. Diese Revisionen wurden von den Kommissaren zusammengestellt.

Villers-la-bonne-Eau (B).

Foto: Les Meloures

Der Staatsrat hatte am 15. Februar 1905 sein Einverständnis zum Gesetzesprojekt gegeben. Großherzog Adolph von Luxemburg ordnete am 8. Juli 1905 an, dass die Konvention, die am 23. August 1904 in Luxemburg zwischen dem Großherzogtum und Belgien unterzeichnet wurde, gutgeheißen und im Memorial veröffentlicht werden solle. Es bleibt festzuhalten, dass durch diese Grenzberichtigung lediglich ein Gebiet von 6,7 Ar zwischen beiden Staaten getauscht wurde.

Quellen

Mémorial A N° 38 du 08. 07. 1905. Loi du 18 mars 1905 portant approbation de la convention signée à Luxembourg, le 23 août 1904, entre le Grand-Duché et la Belgique, au sujet de redressements de la frontière entre les deux pays, S. 569-577

Compte rendu des séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg. Session ordinaire du 8 novembre 1904 au 4 mai 1905, Volume I. Luxembourg, 1905, S. 1024.

Grenzänderung 44 - 1904: Villers-la-bonne-Eau - Harlange (2)

1905: Wiederherstellung der belgisch-luxemburgischen Grenze zwischen der belgischen Gemeinde Villers-la-bonne-Eau und der luxemburgischen Gemeinde Harlange

Das Protokoll zur Abgrenzung zwischen Villers-la-bonne-Eau und Harlange findet sich an die Artikel 42 bis 45 der Grenzfestlegung des Vertrags von Maastricht (1843) angehängt. Dabei ist der Stand des Jahres 1903 für den Grenzverlauf zwischen den Grenzsteinen 190 bis 197 angegeben. Der Lauf des Bettlerbachs verlief nicht mehr an der Stelle, an welcher die Grenze im Jahre 1843 festgehalten worden war.

Am 23. Februar 1905 wurde in der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung über die Wiederherstellung der belgisch-luxemburgischen Grenze beraten. Hier wurde auch ein Bericht zum Gesetzesprojekt vorgelegt. Darin stand, dass die Grenze an zwei Orten korrigiert werden müsse, um die alte Grenze von 1843 wieder herzustellen: Erstens dort, wo die Sauer ihr Bett verlassen hat und zweitens an der Stelle, die in den Artikeln 42 bis 45 des Vertrags von Maastricht beschrieben wird. Dieser zu behandelnde Grenzabschnitt zwischen den Grenzsteinen 190 und 197 war völlig unübersichtlich geworden, und ein Weg, der die Grenze markierte, war bereits verschwunden. Außerdem hatte sich der Verlauf des Bettlerbachs verändert. Kleine Parzellen sollten nun zwischen Belgien und Luxemburg getauscht werden. Diese Revisionen wurden von den Kommissaren zusammengestellt.

Der Staatsrat hatte am 15. Februar 1905 sein Einverständnis zum Gesetzesprojekt gegeben. Großherzog Adolph von Luxemburg ordnete am 8. Juli 1905 an, dass die Konvention, die am 23. August 1904



in Luxemburg zwischen dem Großherzogtum und Belgien unterzeichnet wurde, gutgeheißen und im Memorial veröffentlicht werden solle. Es bleibt festzuhalten, dass durch diese Grenzberichtigung lediglich ein Gebiet von 6,7 Ar zwischen beiden Staaten getauscht wurde.

Harlange (L). Quelle: luxal-bum.com

Quellen

Mémorial A N° 38 du 08. 07. 1905. Loi du 18 mars 1905 portant approbation de la convention signée à Luxembourg, le 23 août 1904, entre le Grand-Duché et la Belgique, au sujet de redressements de la frontière entre les deux pays, S. 569-577

Compte rendu des séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg. Session ordinaire du 8 novembre 1904 au 4 mai 1905, Volume I. Luxembourg, 1905, S. 1024.

Grenzänderung 45 - 1905: Les Rièzes - La Neuville-aux-Tourneurs

1906: Richtigstellung des Grenzverlaufs zwischen der belgischen Gemeinde Les Rièzes und der französischen Gemeinde Neuville-aux-Tourneurs

In diesem Abkommen wird die französisch-belgische Grenze zwischen der belgischen Gemeinde Les Rièzes und der französischen Gemeinde Neuville-aux-Tourneurs geändert. Der französische Präsident und der König der Belgier hatten beschlossen, dass die Grenze, die in Artikel 40 des Grenzprotokolls zwischen dem Königreich der Niederlande und Frankreich, welches dem Vertrag von Courtrai vom 28. März 1820 angehängt ist, überprüft werden soll. Betroffen ist die vierte Sektion der Grenzeinteilung die das Gebiet zwischen der Sambre und der Maas behandelt.



Neuville-aux-Tourneurs (F).

Foto: Ilwi

In Artikel 1 steht, dass der Bericht der internationalen Kommission, die mit der Grenzänderung an der französisch-belgischen Grenze am Laufe des Baches "Le Ry de France", der die Gemeinden von Rièzes und Neuville-aux-Tourneurs betrifft, beauftragt war, angenommen wird. Der Bericht selbst und der

Plan im Maßstab 1 zu 1 000 stammen vom 9. Dezember 1904. Im zweiten Artikel steht, dass das Abkommen, nachdem es von den beiden Staaten gutgeheißen wurde, ratifiziert und die Ratifikationsurkunden in Paris ausgetauscht werden sollen.

Der Präsident der Französischen Republik ordnete schließlich, nachdem der Senat und die Abgeordnetenkammer das Abkommen gutgeheißen hatten, am 17. Januar 1906 an, dass das Abkommen zur Richtigstellung der Grenze am Verlauf des "Le Ry de France", das am 12. April 1905 zwischen Frankreich und Belgien geschlossen wurde, mit den am 10. Januar 1906 in Paris ausgetauschten Urkunden in Kraft treten soll.

Quellen

Journal Officiel de la République Française, 23 janvier 1906, S. 441-442

Grenzänderung 46 - 1905: Régniowez - La Neuville-aux-Tourneurs

1905: Wiederherstellung der Grenze zwischen den französischen Gemeinden Régniowez und La Neuville-aux-Tourneurs und den belgischen Gemeinden Escaillère und Rièzes

Das Abkommen, das am 8. November 1905 zwischen der Französischen Republik und dem Königreich Belgien in Paris unterzeichnet wurde, behandelt die Wiederherstellung der Grenze zwischen den französischen Gemeinden Régniowez und La Neuville-aux-Tourneurs und den belgischen Gemeinden Escaillère und Rièzes. In diesem Abkommen erklären der Präsident Frankreichs und der König der Belgier, dass die Grenzbeschreibung, wie sie in Paragraph 2 des Artikels 41 und in Artikel 42 des Protokolls, das an den Vertrag von Courtrai angehängt ist, so nicht mehr stimmt. Dies ist auf Änderungen des Flusses "l'Eau-Noire" zurückzuführen, an dem im Laufe der Zeit bereits mehrere Begradigungen durchgeführt worden waren. Aus diesem Grund sollte der Grenzverlauf wieder hergestellt werden.



Régniowez (F). Quelle: Historische Postkarte

In Artikel 1 des Abkommens steht, dass der Bericht der internationalen Kommission für die Wiederherstellung der Grenzlinie zwischen den besagten Gemeinden angenommen wurde. Außerdem wurde die Karte, die im Maßstab von 1 zu 2 500 angefertigt wurde, akzeptiert. Der

zweite Artikel des Abkommens hält fest, dass die Ratifikationsurkunden nach ihrer Ratifizierung in Paris ausgetauscht werden sollen.

Der Präsident der Französischen Republik ordnete am 13. Dezember 1905 an, dass das Abkommen, das am 8. November 1905 zwischen Frankreich und Belgien geschlossen wurde, und die durch dieses Abkommen am 6. Dezember 1905 in Paris ausgetauschten Urkunden in Kraft treten sollen. Abschließend ist festzuhalten, dass hier keine Grenzänderung, sondern lediglich eine Wiederherstellung der Grenze stattfand.

Quellen

Journal Officiel de la République Française, 19 décembre 1905, S. 7395

Grenzänderung 47 - 1912: Gerspunsart - Pussemange

1912: Grenzkorrektur zwischen der französischen Gemeinde Gerspunsart und der belgischen Gemeinde Pussemange



Gerspunsart

Am 12. März 1912 wurde ein Abkommen zwischen der französischen und der belgischen Regierung unterzeichnet über die Abgrenzung der gemeinsamen Grenze zwischen der französischen Gemeinde Gerspunsart und der belgischen Gemeinde Pussemange. Beide Regierungen kamen im ersten Artikel des Abkommens überein,

das Protokoll vom 20. Juli 1910 über die Arbeiten der gemischten Kommission an der Grenze zwischen Gerspunsart und Pussemange anzunehmen.

Im zweiten Artikel des Abkommens steht, dass die Paragraphen 2, 3 und 4 des zweiten Artikels des an den Vertrag von Courtrai angehängten Protokolls durch neue ersetzt werden sollen. Da es sich hier nur um minimale Änderungen handelt, wird hierauf nicht näher darauf eingegangen. Das Abkommen soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden in Paris ausgetauscht werden.

Links

[Convention relative à la délimitation de la frontière entre Gerspunsart et Pussemange](#)

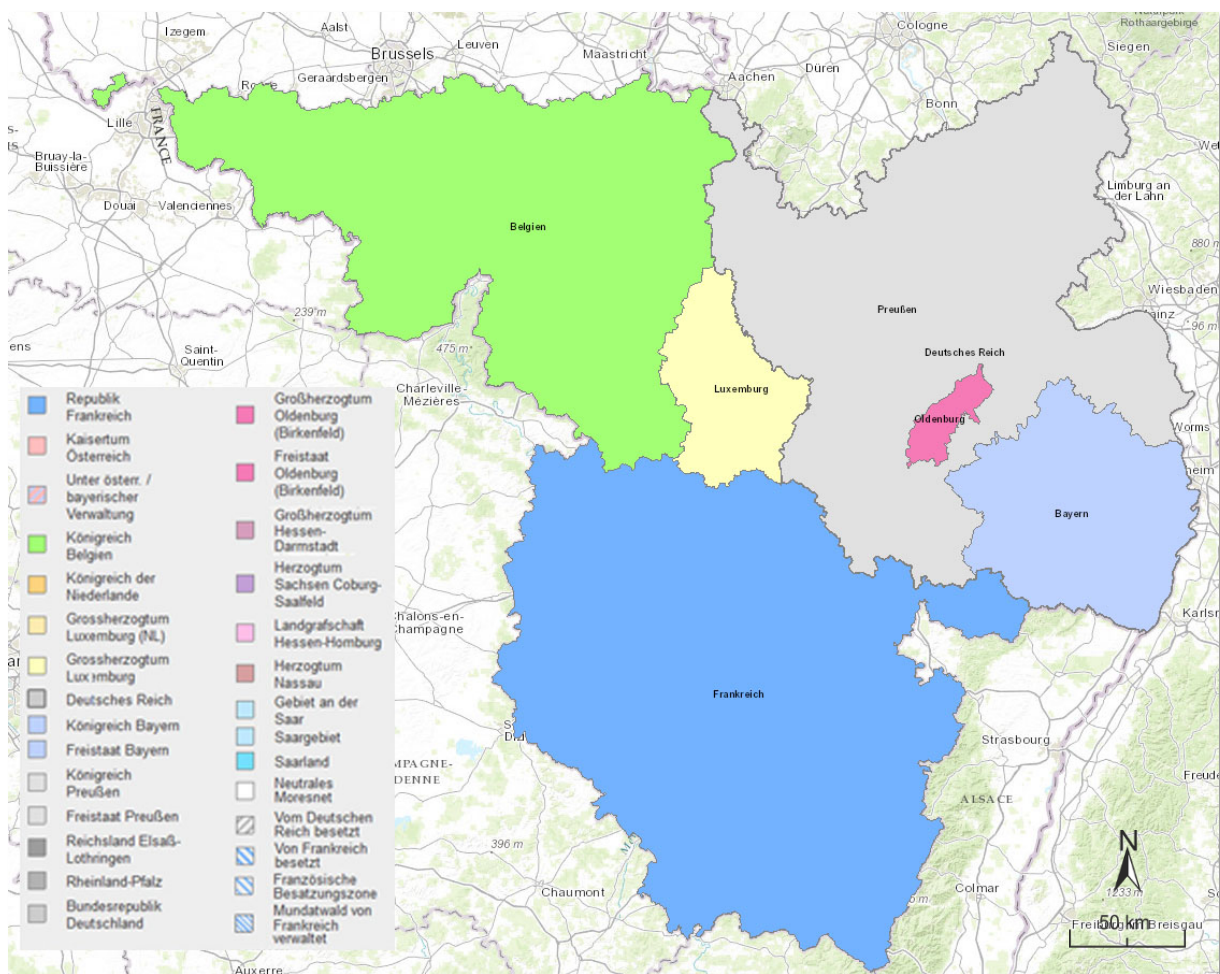
V - 1915-1939

V. Die Grenzänderungen vom Ersten Weltkrieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1915-1939)

Der Erste Weltkrieg und dessen Folgen brachten große Veränderungen für Europa und auch konkret für die Großregion. Anfang November 1918 brachen immer mehr Meutereien im Deutschen Reich aus, die bei den Matrosen in Kiel ihren Ursprung gefunden hatten.

Das Deutsche Reich brach schließlich in sich zusammen. Gegen Mittag des 9. November 1918 ließ Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers verlauten, dann gab er sein Amt an Friedrich Ebert, den Führer der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands ab.

Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die Siegermächte und das besiegte Deutschland im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles den Friedensvertrag. Es handelte sich um denselben Ort, an dem am 18. Januar 1871 der preußische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden war. Nachdem die deutschen Bevollmächtigten unterzeichnet hatten, unterzeichneten die Delegierten der Siegermächte den Vertrag.



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1918. Quelle: GR-Atlas



Die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, 28. Juni 1919. Gemälde von W. Orpen, 1919, Imperial War Museum London

Der Friedensvertrag von Versailles hat das Gebiet der heutigen Großregion deutlich verändert. Deutschland musste das Elsass und Lothringen wieder an Frankreich abtreten, die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland wurde wieder auf den Stand von 1870 gebracht. Außerdem verlor Deutschland Gebiete an Belgien. Diese beiden Gebietsverluste werden im Folgenden behandelt. Ein weiterer Punkt behandelt das Saarbecken, das von Deutschland abgetrennt und für einen Zeitraum von 15 Jahren dem Völkerbund unterstellt wurde.

Deutschland verlor durch den Friedensvertrag alles in allem ein Achtel seines Territoriums sowie ein Zehntel der Bevölkerung. In Deutschland wurde der Versailler Vertrag am 16. Juli 1919 von der Nationalversammlung ratifiziert. Der Versailler Vertrag trat am 20. Januar 1920, nachdem er unter anderem von den Parlamenten in Frankreich und Großbritannien ratifiziert worden war, in Kraft. Es ist bemerkenswert, dass nach dem Vertrag von Versailles noch viele kleine Grenzänderungen an den neuen Grenzen Deutschlands vollzogen wurden. Diese Grenzänderungen fanden auch an den Grenzen des Saargebiets statt. Die Grenze zwischen Deutschland und Belgien wird ebenfalls noch über Jahre hinweg behandelt werden. Hier werden weitere interessante Grenzveränderungen vorgenommen.

Die Zeitspanne von 1919 bis 1939 wird als Zwischenkriegszeit bezeichnet. Auch in dieser Zeit blieben die Grenzen, die zum Großteil durch den Versailler Vertrag von 1919 verändert worden waren, nicht starr bestehen:

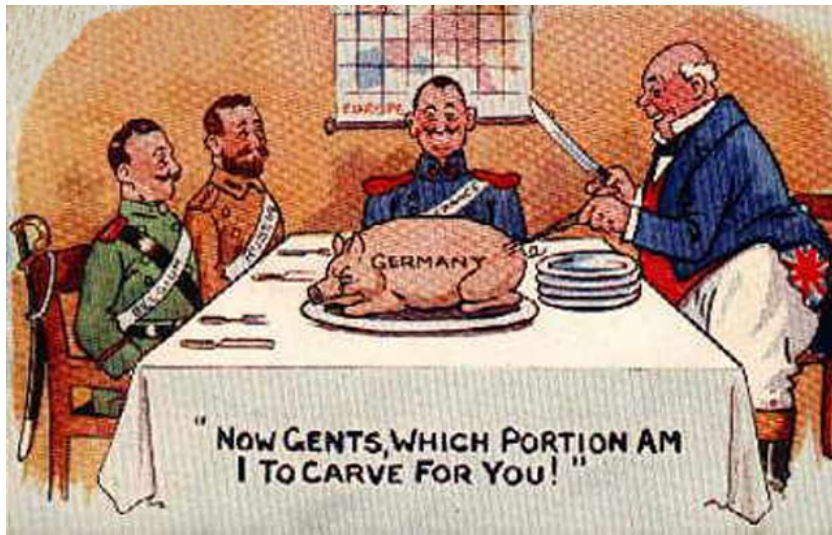
Die Zeitspanne von 1919 bis 1939 wird als Zwischenkriegszeit bezeichnet. Auch in dieser Zeit blieben die Grenzen, die zum Großteil durch den Versailler Vertrag von 1919 verändert worden waren, nicht starr bestehen:



Deutsches Anti-Versailles-Plakat von 1919. Quelle: W. Ziegler 1933

So wurden Verhandlungen über Grenzfestlegungen und auch Grenzverschiebungen zwischen den einzelnen Staaten geführt. Ein wichtiges Ereignis im Kontext der Akzeptierung der neuen Grenzen bilden die Verträge von Locarno.

Bemerkenswert ist auch, dass das Saargebiet, das 1920 unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt wurde, 1935 nach Volksabstimmung wieder an Deutschland kam. Doch werden nicht nur nationale Grenzen geändert, im nationalsozialistischen Deutschland wird auch eine territoriale Umstrukturierung im Inneren vollzogen. Diese Zeitspanne ist sehr interessant, da sie große, durch einen Krieg bewirkte Veränderungen aufweist, ebenso wie eine Fülle von vielen kleinen Grenzänderungen, die im Einvernehmen der jeweiligen Nachbarn getroffen wurden.



Britische Propagandakarte von 1919 zum Versailler Vertrag: Belgien, Russland, Frankreich und Britannien teilen Deutschland auf

Quellen

Gesetz über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687.

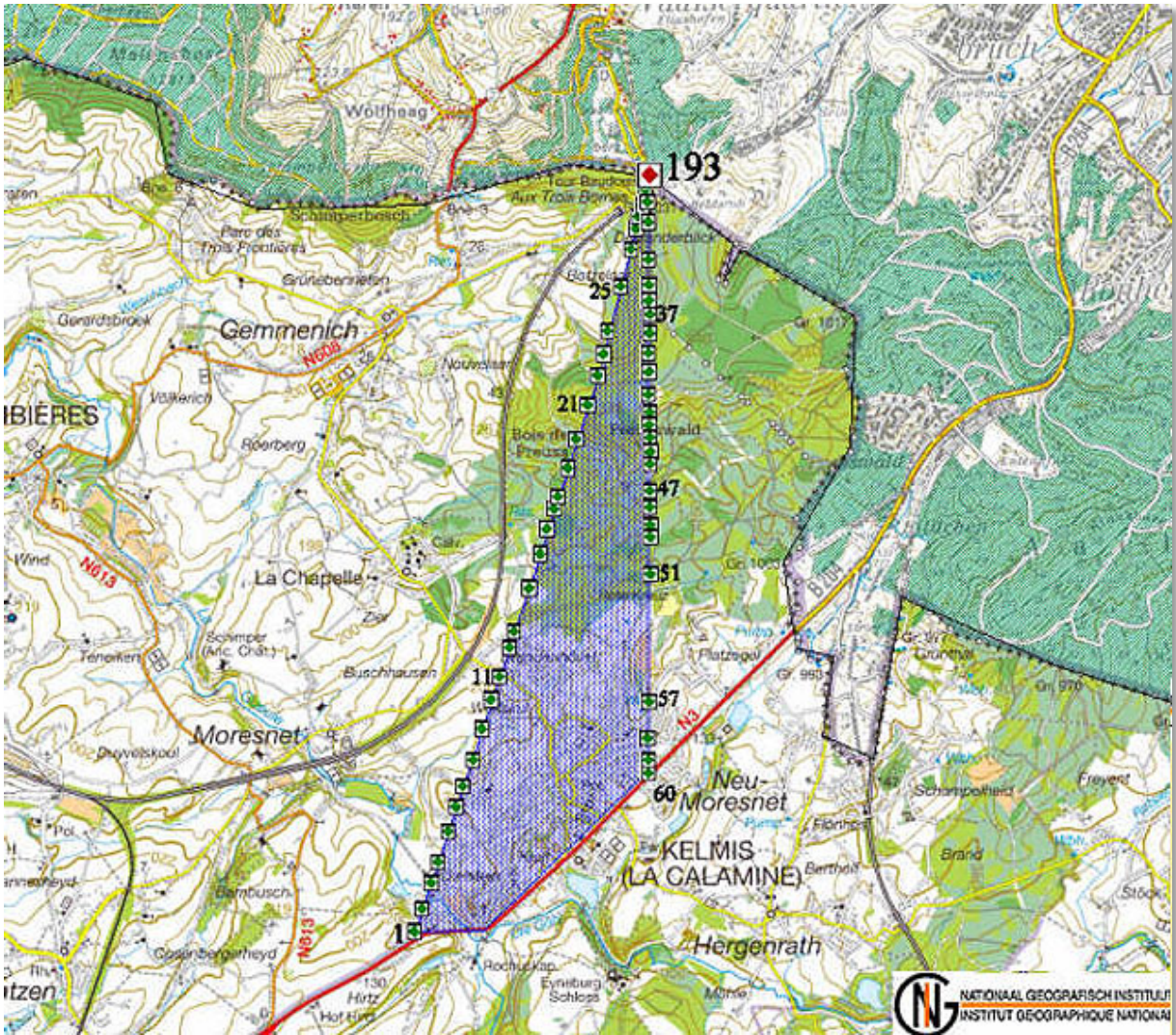
Kolb, E. 2005: Der Frieden von Versailles, Verlag C.H. Beck, München

Grenzänderung 48 - 1915: Moresnet

1915: Moresnet wird vom Deutschen Reich übernommen

Gegen Ende des Jahres 1914 hatten die deutschen Truppen ein Drittel des französischen Lothringens besetzt. Zwar war der deutsche Vorstoß an der Marne gestoppt worden, doch die militärische Lage sah relativ gut aus. Hinzu kommt, dass die deutsche 8. Armee zwei russische Armeen in Ostpreußen geschlagen hatte. Was Belgien betrifft, so wurden auf deutscher Seite bereits jetzt verschiedene Annexionswünsche geäußert. So bestand die Marineführung auf die Inbesitznahme von Antwerpen und der belgischen Nordseeküste, während das Heer Gebiete im Raum Lüttich und an der Maas forderte. Außerdem kam die Idee auf, dass nach einem Sieg der Mittelmächte das Deutsche Reich das Gebiet von Briey-Longwy annektieren sollte.

Insgesamt können die deutschen Kriegsziele im Westen in drei Punkten zusammengefasst werden: Die Annexion von Luxemburg, die Annexion von Ostbelgien bis hin zur Maas und schließlich noch die Annexion des Erzbeckens Briey-Longwy. Das Großherzogtum Luxemburg selbst sollte in diesem Kontext dem Deutschen Reich als "Bundesstaat" einverleibt werden.



Neutrales Moresnet mit eingezeichneten Grenzsteinen. Quellen: IGN Belgique, <http://www.grensmarkeringen.be>

Was die deutschen Annexionsgedanken gegenüber Frankreich angeht, so wurde neben dem Gebiet um Longwy auch über Rest-Lothringen nachgedacht. Verdeutlicht werden die Absichten des Deutschen Reiches durch die Einfügung des Gebietes des neutralen Moresnet in den Landkreis Eupen, was bereits am 27. Juni 1915 vollzogen wurde.

Quellen

- De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67
- Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210
- Roth, F. 1984a: Das geteilte Lothringen (1871-1914). In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parisse, S. 413-446

Roth, F. 1996: La région transfrontalière Sarre-Lorraine-Luxembourg: Approche historique géopolitique. In: Héritages culturels dans la Grande Région, Saar-Lor-Lux-Rhénanie-Palatinat, Luxembourg, S. 135-154

Trausch, G. 1983: Deutschland und Luxemburg vom Wiener Kongreß bis zum heutigen Tage. Die Geschichte einer Entfremdung. In: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, Verlag Ernst Vögel, München, S. 185-221

Wehrstedt, F. W. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg/Lahn, Bd. 12: Preußische Zentralbehörden.

Links

[Grenzrouten: Neutrales Moresnet](#)

[Neutral-Moresnet 1816-1919](#)

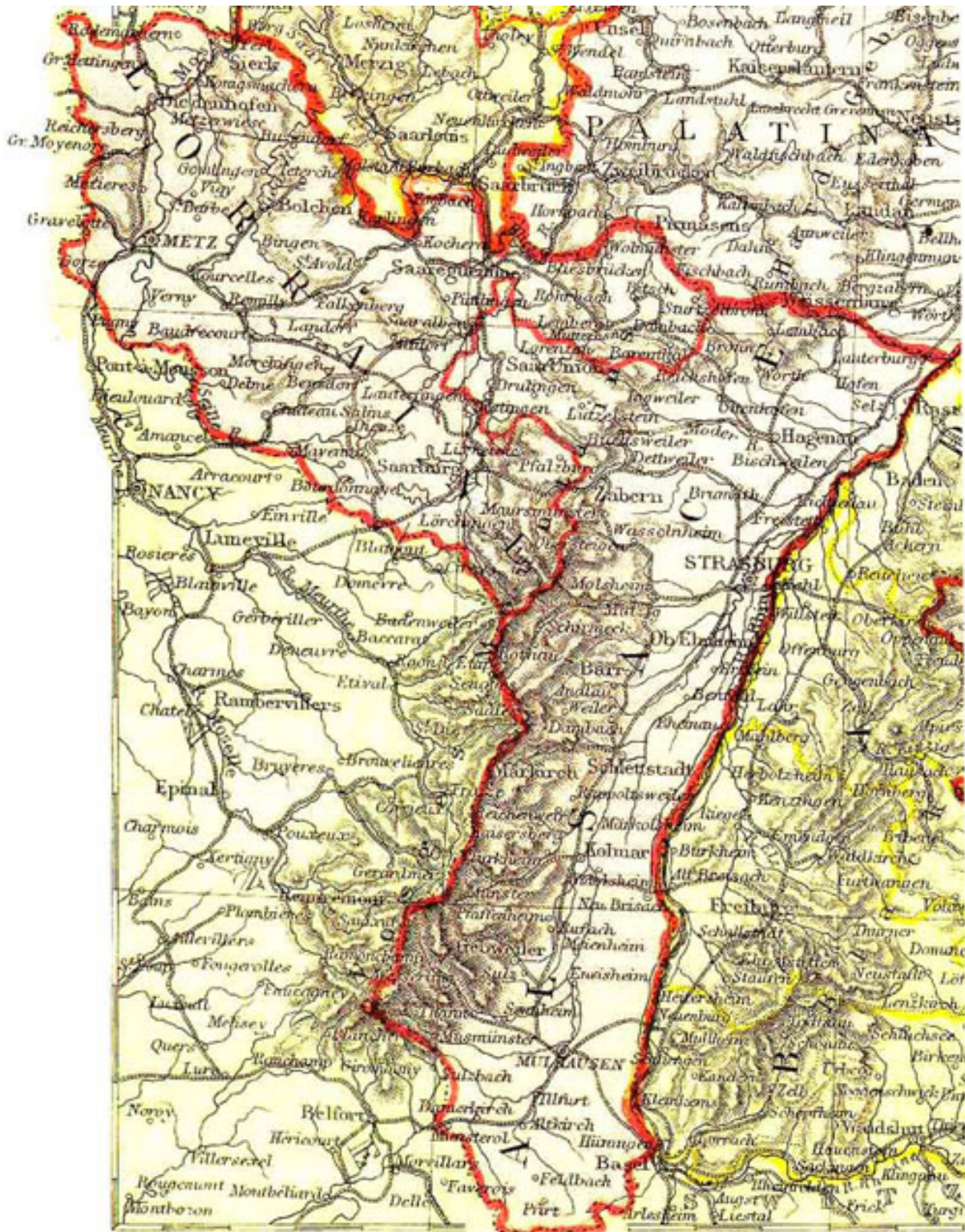
Grenzänderung 49 - 1918: Elsass-Lothringen

1918: Wiederangliederung Elsass-Lothringens an Frankreich

Anfang Oktober 1918 überschlugen sich im Deutschen Reich die Ereignisse. Am 1. Oktober wollte die Oberste Heeresleitung ein Waffenstillstandsgesuch erbitten. Prinz Max von Baden wurde am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler ernannt. Die Militärführung wusste, dass das Heer nicht mehr lange durchhalten konnte. So wurde in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober ein Waffenstillstandsgesuch über die Schweiz nach Washington entsandt. In diesem Telegramm stand, dass das Deutsche Reich die Friedensverhandlungen auf der Grundlage von Präsident Wilsons Rede vom 27. September führen wolle. Somit hatte die militärische Führung Deutschlands Wilsons 14 Punkte akzeptiert, ohne deren genauen Inhalt zu kennen. Anfang November brachen immer mehr Meutereien im Deutschen Reich aus, die bei den Matrosen in Kiel ihren Ursprung gefunden hatten. Schließlich brach das Deutsche Reich in sich zusammen. Gegen Mittag des 9. November 1918 ließ Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers verlauten, dann gab er sein Amt an Friedrich Ebert, den Führer der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands ab.

Am 6. November 1918 war Matthias Erzberger zum Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission ernannt worden. Bereits am 8. November trafen Erzberger und seine Kommission im Wald von Compiègne Marshall Foch im Salonwagen seines Sonderzuges. Dort wurden ihnen die Waffenstillstandsbedingungen vorgelesen. Der Waffenstillstand war demütigend für Deutschland und versetzte es in eine Lage, in der eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen unmöglich war.

Unter anderem hatte das Waffenstillstandsabkommen die sofortige Rückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich vorgesehen, sowie die Besetzung von großen westrheinischen Gebieten durch alliierte Truppen. Schließlich wurde am Morgen des 11. November 1918 das Waffenstillstandsabkommen von beiden Seiten unterzeichnet. Das französische Hauptkriegsziel im Ersten Weltkrieg war die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens. Dieses Ziel stand während des gesamten Kriegsverlaufs fest und wurde bereits in den Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 gefordert.



Elsass-Lothringen. Hist. Landkarte. Quelle: <http://alsacegenweb.online.fr>

Der 5. Abschnitt des Versailler Vertrags behandelt Elsass-Lothringen. Darin steht, dass das Unrecht von 1871 durch den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 wieder gutgemacht wurde. Die Grenzen waren wieder auf den Stand von vor 1871 gebracht worden.

Quellen

Beaupré, N. 2007: (Wieder-) Herstellen, löschen, verschieben: Grenzen in den Köpfen, Das Saarland zwischen Krieg und Volksabstimmung in den ersten Jahren der "Besatzungszeit". In: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion, Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt, S. 163-182

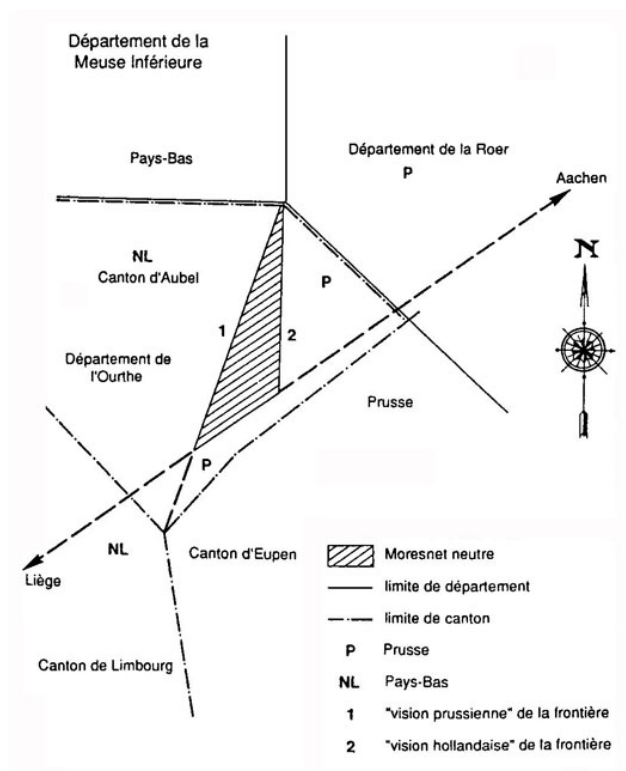
Kolb, E. 2005: Der Frieden von Versailles, München

Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687-1336

Grenzänderung 50 - 1920: Moresnet

1920: Vertrag von Versailles: Moresnet geht an Belgien

Der Friedensvertrag von Versailles hat das Gebiet der heutigen Großregion deutlich verändert. Deutschland verlor u.a. Gebiete an Belgien. In Deutschland wurde der Versailler Vertrag am 16. Juli 1919 von der Nationalversammlung ratifiziert. Der Versailler Vertrag trat am 20. Januar 1920, nachdem er unter anderem von den Parlamenten in Frankreich und Großbritannien ratifiziert worden war, in Kraft. In Artikel 27 des Versailler Friedensvertrags wird bereits der Verlauf der neu festzulegenden belgisch-deutschen Grenze beschrieben:



Neutrales Moresnet (1816-1915). Quelle: De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, S. 61

"Von dem Treffpunkt der belgischen, niederländischen und deutschen Grenze nach Süden: die Nordostgrenze des ehemaligen Gebietes von Neutral-Moresnet, dann die Ostgrenze des Kreises Eupen, dann die Grenze zwischen Belgien und dem Kreise Monschau, dann die Nordost- und Ostgrenze des Kreises Malmedy bis zu dem Treffpunkt mit der Grenze von Luxemburg."

Im Versailler Friedensvertrag wird das Gebiet des "neutralen Moresnet" endgültig Belgien zugeschlagen. So steht in Artikel 32 des Vertrags, dass Deutschland die Souveränität Belgiens über das vormals sogenannte "Neutral-Moresnet" anerkennt. In Artikel 33 erklärt

Deutschland auch seinen Verzicht auf das westlich der Straße Lüttich-Aachen liegende Gebiet von "Preußisch-Moresnet", außerdem fällt die am Rande dieses Gebiets verlaufende Straße an Belgien. Artikel 34 des Vertrags von Versailles schlägt die Kreise Eupen und Malmedy Belgien zu.

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67

Gesetz über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687

Kolb, E. 2005: Der Frieden von Versailles, München

Links

[Der Versailler Vertrag, Vertragstext](#)

[Grenzrouten: Neutrales Moresnet](#)

[Neutral-Moresnet 1816-1919](#)

Grenzänderung 51 - 1920: Eupen, Malmedy

1920: Vertrag von Versailles: Eupen und Malmedy gehen an Belgien

Der Friedensvertrag von Versailles hat das Gebiet der heutigen Großregion deutlich verändert. Deutschland verlor u.a. Gebiete an Belgien. In Deutschland wurde der Vertrag am 16. Juli 1919 von der Nationalversammlung ratifiziert. Am 20. Januar 1920, nachdem er unter anderem von den Parlamenten in Frankreich und Großbritannien ratifiziert worden war, trat der Vertrag in Kraft.



Deutsche Briefmarken für Eupen und Malmedy 1920. Quelle: Briefmarken Haller

In Artikel 27 des Versailler Friedensvertrags wird bereits der Verlauf der neu festzulegenden belgisch-deutschen Grenze beschrieben. "Von dem Treffpunkt der belgischen, niederländischen und deutschen Grenze nach Süden: die Nordostgrenze des ehemaligen Gebietes von

Neutral-Moresnet, dann die Ostgrenze des Kreises Eupen, dann die Grenze zwischen Belgien und dem Kreise Monschau, dann die Nordost- und Ostgrenze des Kreises Malmedy bis zu dem Treffpunkt mit der Grenze von Luxemburg."

Die Kreise Eupen und Malmedy

Während in Malmedy wegen der fast 10 000 Wallonen eine pro-belgische Haltung herrschte, war die Situation in Eupen und Umgebung eine ganz andere. Der Weg zur Annexion dieser Kreise sollte über

drei Stationen vonstatten gehen. Erstens durch Okkupation, zweitens durch eine Zeitspanne der zwischenzeitlichen Administration und drittens durch eine Periode der Eingliederung. Als die belgischen Truppen seit August 1919 Eupen und Malmedy besetzten, wurde ihnen befohlen, die Bevölkerung so gut wie möglich zu behandeln. Außerdem wurde an den Schulen weiterhin deutsch unterrichtet. Die überwiegend deutsche Bevölkerung sollte ein positives Bild von Belgien vermittelt bekommen, damit sie nicht zu intensiv gegen eine Annexion von Seiten Belgiens protestierte. Dies macht bereits den Unterschied zwischen Malmedy und Eupen deutlich.

Während die Siegermächte Malmedy ohne große Bedenken Belgien zugestanden, war dies mit Eupen nicht der Fall. Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika stimmten erst nach langem Zögern der Abtretung Eupens unter der Bedingung zu, dass eine Geheimabstimmung unter der Leitung des Völkerbundes über die Zugehörigkeit des besagten Gebietes unternommen werden solle.



Wappen von Malmedy. Quelle: Heraldry of the world

Am 10. Januar 1920 wurde für Eupen-Malmedy eine Regierung unter dem General Baltia eingerichtet. Am 26. Januar 1920 begann die Volksbefragung, in der sich alle Wahlberechtigten in Eupen und Malmedy für einen Verbleib an Deutschland aussprechen konnten. Der Zugang zur Einschreibung wurde jedoch von Unregelmäßigkeiten deutlich beeinträchtigt, und so hatten sich bis zum 23. Juli 1920 von den 33 726 Stimmberechtigten nur 271 in das Register eingetragen.

Diese geringe Einschreibungszahl kann auf den psychologischen Druck sowie auf die desolate Situation in Deutschland zurückgeführt werden.

Daraufhin entschied der Rat des Völkerbundes am 20. September 1920 die Annexion der Kreise Eupen und Malmedy durch Belgien.

Nach einer Übergangsperiode wurden diese Gebiete erst am 6. März 1925 offiziell an Belgien angeschlossen. Die neue Grenze sollte Belgien vor einem Angriff Deutschlands schützen. Insgesamt wurde die Grenze, mit Ausnahme eines kleinen an den Kreis Monschau grenzenden Teils, um 20 bis 30 Kilometer nach Osten verschoben. Doch wegen der Unübersichtlichkeit der neuen Grenze musste sie in den darauffolgenden Jahren noch einige Male abgeändert werden. Artikel 32 des Vertrags sieht vor, dass Deutschland die Souveränität Belgiens über das vormalige sogenannte "Neutral-Moresnet" anerkennt.

Quellen

Collinet, R. 1986: L'Annexion des cercles d'Eupen et Malmedy à la Belgique en 1920, Verviers

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes. In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67

Gesetz über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen

Kleu, G. 2007: Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen

Kolb, E. 2005: Der Frieden von Versailles, München

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In: Revue belge de Géographie, Bruxelles

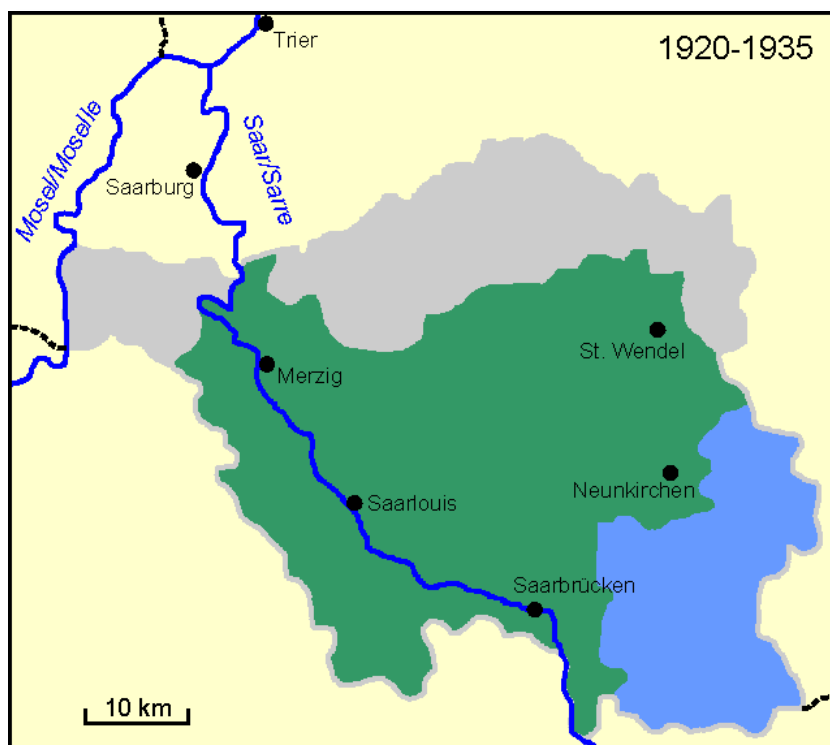
Links

[Der Versailler Vertrag, Vertragstext](#)

Grenzänderung 52 - 1920: Saargebiet

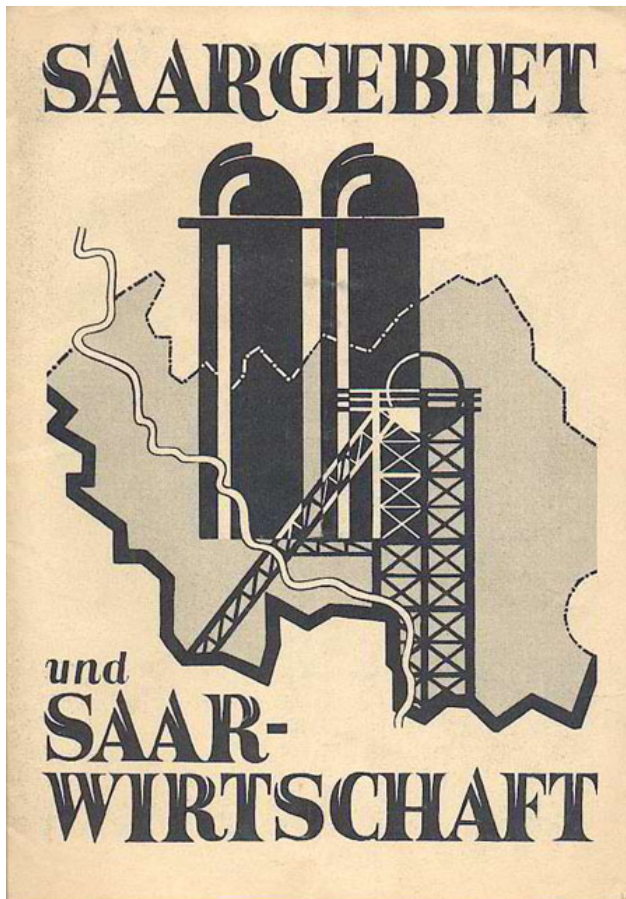
1920: Versailler Vertrag - Das Saargebiet gelangt unter die Verwaltung des Völkerbundes

Im Versailler Vertrag behandeln die Artikel 45 bis 50 das nun erstmals so genannte Saargebiet. Artikel 45 hält fest, dass das Deutsche Reich die Saargruben als Entschädigung für die Zerstörung der französischen Kohlegruben in Nordfrankreich an Frankreich abtreten solle. Das Saargebiet wurde aus den preußischen Kreisen Saarbrücken, Ottweiler und Saarlouis sowie aus Teilen der Kreise St. Wendel und



Merzig sowie Teilen der bayrischen Pfalz zusammengechustert, ein insgesamt 1 900 km² großes Gebilde. Es handelt sich vor allem um das Kohlen- und Stahlrevier sowie die Wohngemeinden der Berg- und Stahlarbeiter.

Das Saargebiet in den Grenzen von 1920-1935; grün eingefärbt der ehemalige Teil der preußischen Rheinprovinz, blau der Teil der ehem. bayrischen Pfalz

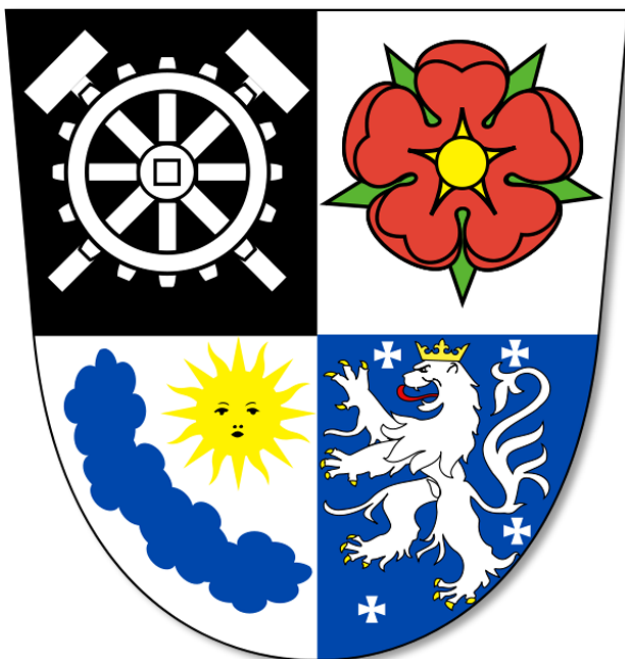


Saargebiet und Saarwirtschaft - Historischer Prospekt

Artikel 48 enthält die Grenzbeschreibung des Saargebiets. Demnach besitzt das Saargebiet im Süden und Südwesten eine gemeinsame Grenze mit Frankreich. Im Nordwesten und Norden folgt diese Grenze der nördlichen Grenze des Kreises Merzig von der französischen Grenze an bis zu dem Punkt, an dem die Gemeinden Saarhölzbach und Britten sich treffen. Der Kreis Merzig wurde halbiert, während die Bürgermeisterei Mettlach bis auf die Gemeinde Britten zum Saargebiet gehören sollte. Die Begrenzung folgt dann der nördlichen Grenze der Bürgermeistereien Mettlach und Hausstadt, die ins Saargebiet einbezogen werden.

Die Grenze verläuft dann nach Osten den Verwaltungsgrenzen der Kreise Saarlouis, Ottweiler, St. Wendel und Birkenfeld entlang bis zum Gipfel des Metzelberges, 500 Meter nördlich des Dorfes Furschweiler. Von hier

aus verläuft die Grenze dann nach Süden, östlich von Furschweiler, westlich von Roschberg und Leitersweiler bis sie die Grenze des Kreises Kusel erreicht. Ab hier folgt die Grenze nach Süden entlang der Kreisgrenze von Kusel und Homburg. Anschließend verläuft sie in südöstlicher Richtung bis zu einem Kilometer westlich von Dunzweiler. Von hier aus verläuft die Grenze südwestlich von Waldmohr, dann östlich von Jägersburg, Erbach und umkreist schließlich Homburg.



Wappen des Saargebiets 1920-1935

Von dort aus verläuft sie nach Schwarzenbach, dann bis östlich von Einöd, Webenheim und Mimbach und schließt die Straße von Mimbach nach Böckweiler ins Saargebiet ein. Der Ringweilerhof wird nicht mit eingeschlossen. Schließlich erreicht die Grenze einen Kilometer südlich von der Ortschaft Hornbach Frankreich.

Eine Kommission aus fünf Mitgliedern, darunter einem Deutschen und einem Franzosen, sollte die Grenze vor Ort festlegen. In Artikel 49 erklärt Deutschland dann noch seinen Verzicht auf das Saargebiet zugunsten des Völkerbundes. Dieser Vertrag trat am 10.



Januar 1920 in Kraft. Ab dem 27. Februar 1920 unterstand das Saargebiet dem Völkerbund, davor hatte es unter französischer Militärverwaltung gestanden.

*Flagge des Saargebiets
1920-1935*

Quellen

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droege, Düsseldorf, S. 367-474

Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687-1336

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Rothenberger, K.-H. 1974: Zur Territorialgeschichte des Regierungsbezirks Trier 1814-1970, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, H. 2, S. 62-71.

Links

[Der Versailler Vertrag, Vertragstext](#)

Grenzänderung 53 - 1922: Vennbahn, Monschau...

1922: Protokoll von Aachen - Vennbahn und das westliche Drittel des Kreises Monschau gehen an Belgien

Nach der Einrichtung einer Regierung von Eupen-Malmedy unter dem General Baltia am 10. Januar 1920 sollte eine Grenzfestlegungskommission aus sieben Mitgliedern, darunter einem Belgier und einem Deutschen, wie in Artikel 35 des Friedensvertrags gefordert, die neue Grenze zwischen Deutschland und Belgien festlegen. Die Grenzfestlegungskommission entschied am 27. März, dass die Vennbahn, die die deutsch-belgische Grenze durchschneidet, vollständig an Belgien abgetreten werden sollte. Darüber hinaus wurde das westliche Drittel des Kreises Monschau an Belgien abgetreten. Die von Deutschen bewohnten Gebiete westlich dieser Bahnlinie verblieben bei Deutschland, wodurch Exklaven entstanden, wie die Gemeinde Mützenich sowie ein Teil von den Gemeinden Roetgen und Lammersdorf. Neben bewohnten Gebieten zählten auch unbewohnte Gebiete westlich der Vennbahn noch zu Deutschland.

Die deutsch-belgische Grenze war aus diesem Grund äußerst kompliziert und unübersichtlich geworden, besonders zwischen Raeren und Kalterherberg. Die unbewohnten Gebiete des Hohen Venn und ein Militärlager mitsamt dessen Umland südlich von Kalterherberg waren in diesem Zeitraum ebenfalls an Belgien gefallen. Belgien hatte aus militärischen Gründen auf den Besitz der Vennbahn bestanden und nahm daher diese komplizierte Grenze in Kauf. Schließlich wurde im Protokoll von Aachen vom 6. November 1922 der neue Grenzverlauf festgelegt.

Quellen

Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687-1336

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In : Revue belge de Géographie, Bruxelles

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210

Grenzänderung 54 - 1921: Dreisbach, Keuchingen...

1921: Saargebiet - Enklave von Dreisbach, Quelle von Keuchingen, Domäne Geisweilerhof



Dreisbach/Saar. Foto: R. Steinkampf

Im Jahre 1920 begann das fünfzehnjährige Experiment einer internationalen Verwaltung über das Saargebiet. Bereits am 29. Juni 1921 wurde ein Gesetz vom Reichstag beschlossen, welches das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten vom 16./17. Dezember 1920 über die Festlegung einiger

Grenzabschnitte des Saargebietes umsetzt. Dabei geht es um die Enklave von Dreisbach, die Quelle von Keuchingen, die Domäne Geisweilerhof und schließlich noch um die Nordostgrenze der Gemeinde

Roschberg. Die Grenzkommission sieht lediglich kleine Grenzpräzisierungen vor. So sollen bei Dreisbach einige Parzellen an das Saargebiet fallen, ebenso soll eine Quelle sowie eine Wasserleitung zur Wasserversorgung auf die Seite des Dorfes Keuchingen und somit ins Saargebiet gelegt werden.

Was den Grenzverlauf bei der Domäne Geisweilerhof angeht, so folgt er 200 Meter der Nordgrenze der Gemeinde Oppen bis zum Lücknerwald. Von hier aus verläuft die Grenze an der Straße von Oppen bis Nunkirchen entlang, die bis zum Austritt aus dem Wald bei Deutschland verbleibt. Die Grenze folgt des Weiteren dem Waldrand, dann der Nordostgrenze des Gutes Geisweilerhof bis zur Grenze der Gemeinde Michelbach. Schließlich wird nach einer Überprüfung noch festgehalten, dass die Grenze des Saargebietes an der Nordostgrenze der Gemeinde Roschberg verläuft.

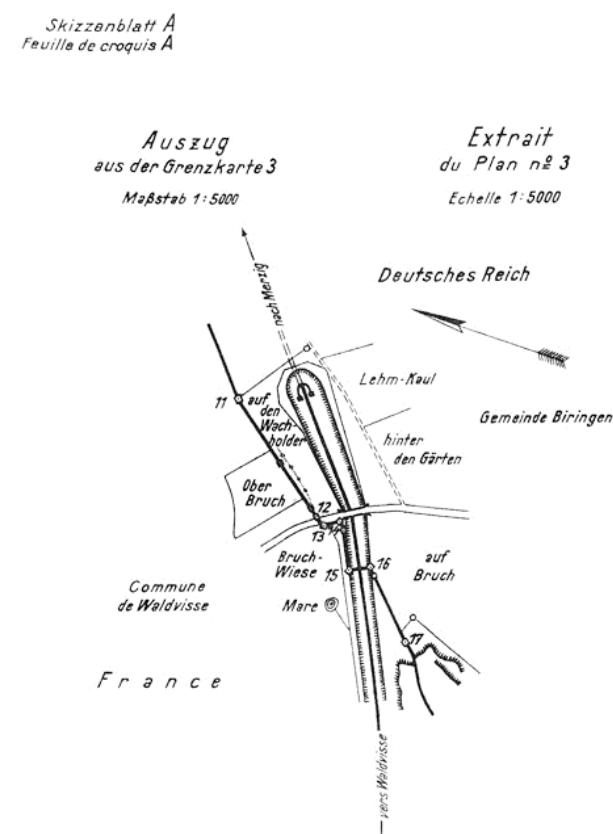
Quellen

Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main, S. 26

Gesetz, betreffend das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebiets. In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 07. 1921, S. 809.

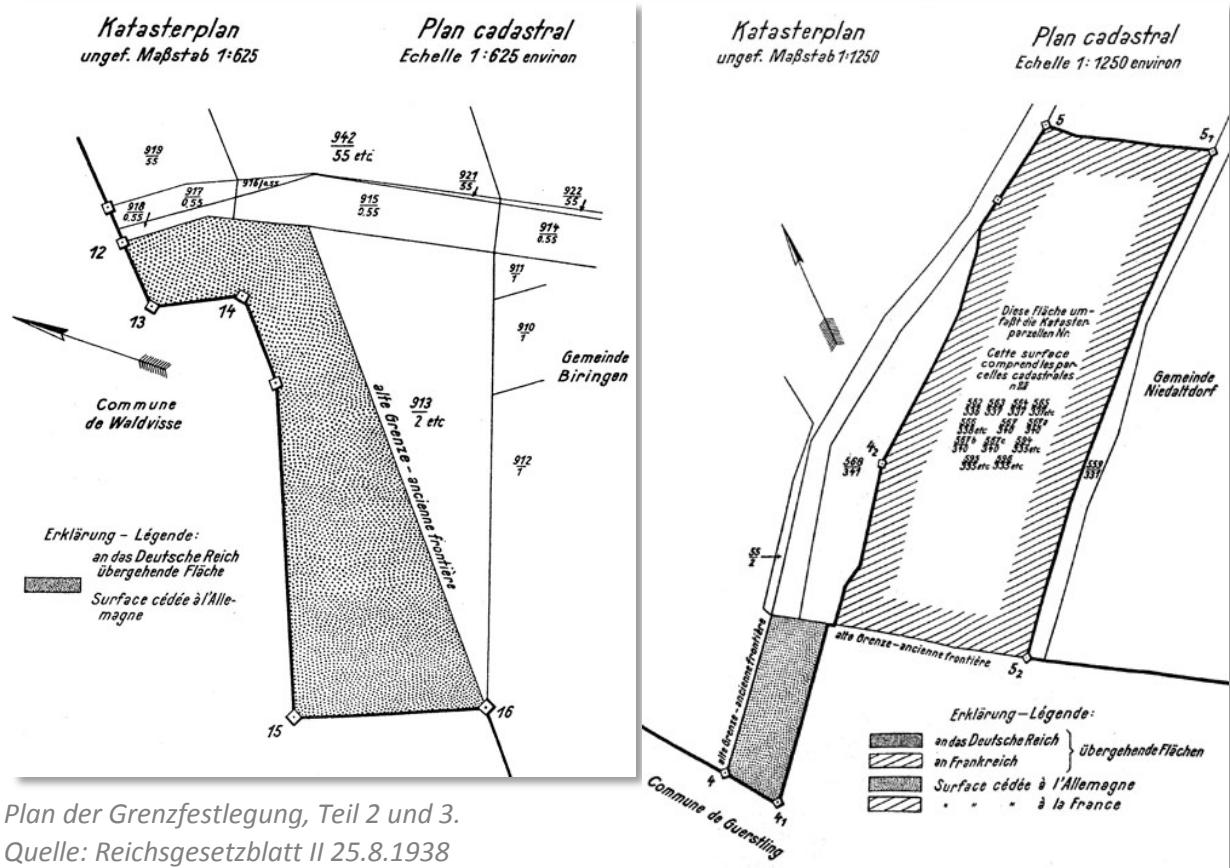
Grenzänderung 55 - 1926: Waldwiese, Gerstlingen...

1926: Grenzfestlegung um die Eisenbahn bei Waldwiese, den Bahnhof von Gerstlingen, bei Schönecken sowie Verlegung des Flussbettes der Rossel bei der Einmündung des Schafbachs



Am 22. Dezember 1926 wurde ein Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland über die Grenzfestlegung zwischen Frankreich und dem Saargebiet zwischen den beiden Staaten in Berlin unterzeichnet. Es handelt sich dabei um die Bestätigung der Bestimmungen, die im Protokoll vom 21. Dezember 1921 festgelegt worden waren. Bei dieser Grenzfestlegung ging es um die Eisenbahn bei Waldwiese nord-westlich von Biringen-Kolles Kreuz und den Bahnhof von Gerstlingen. Des Weiteren wird die Verlegung des Flussbettes der Rossel bei der Einmündung des Schafbachs berücksichtigt. Schließlich wird noch der Grenzverlauf bei dem Dorf Schönecken erläutert, das von der Grenze des Saargebiets umlaufen wird und zu Frankreich gehört.

Plan der Grenzfestlegung, Teil 1. Quelle: Reichsgesetzblatt II 25.8.1938



Plan der Grenzfestlegung, Teil 2 und 3.
Quelle: Reichsgesetzblatt II 25.8.1938

Quellen

Reichsgesetzblatt II 25.8.1938

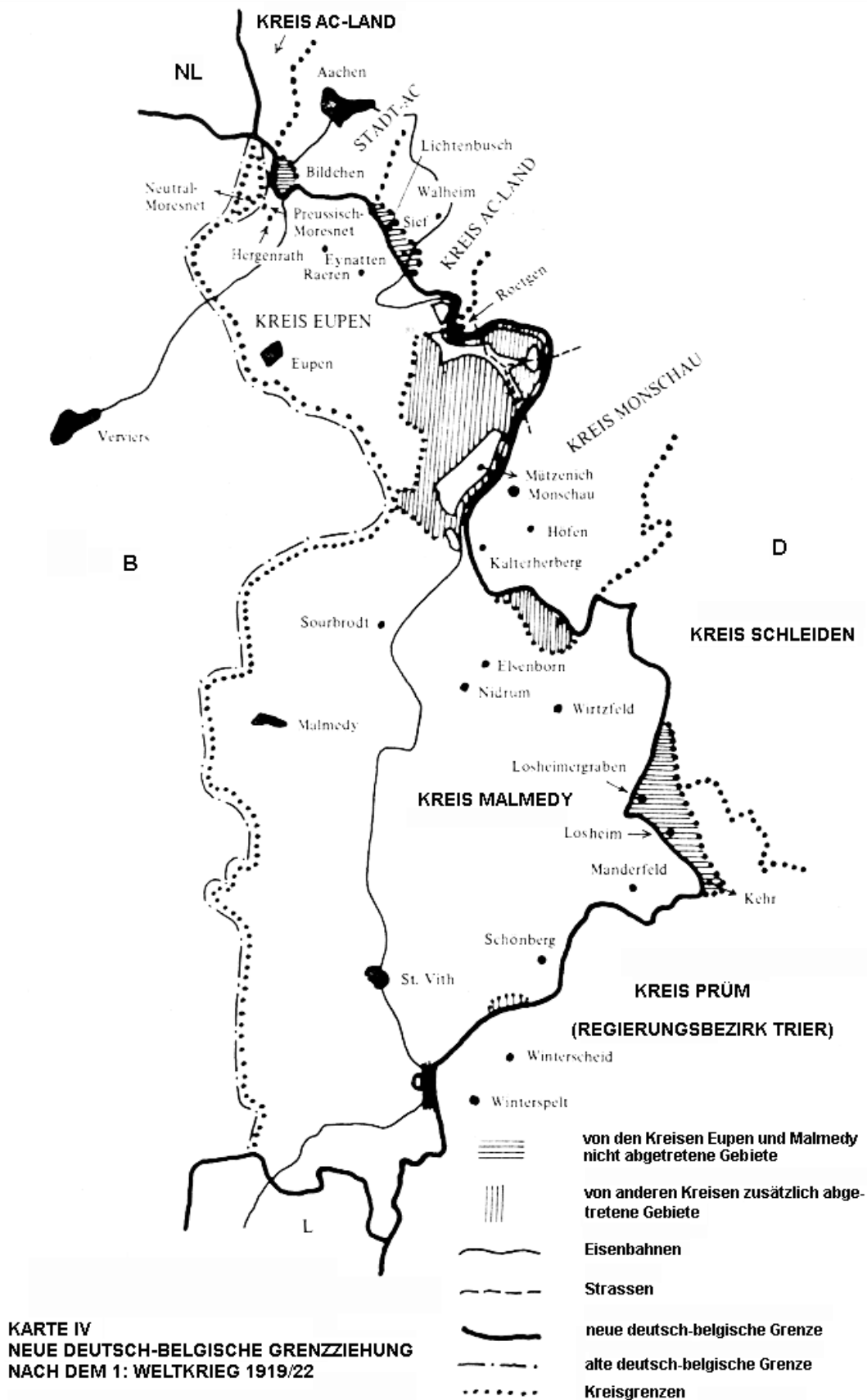
Links

[Accord sous forme d'échange de lettres entre la France et l'Allemagne sur la délimitation de la frontière franco-sarraise](#)

Grenzänderung 56 - 1921: Losheim, Bildchen...

1921: Losheim, Bildchen, Lichtenbusch und Sief werden an Deutschland zurück gegeben

Nach der Einrichtung einer Regierung von Eupen-Malmedy unter dem General Baltia am 10. Januar 1920 sollte eine Grenzfestlegungskommission aus sieben Mitgliedern, darunter einem Belgier und einem Deutschen, wie in Artikel 35 des Friedensvertrags gefordert, die neue Grenze zwischen Deutschland und Belgien festlegen. Die Grenzfestlegungskommission entschied am 27. März 1920, dass die Vennbahn, die die deutsch-belgische Grenze durchschnitt, vollständig an Belgien abgetreten werden sollte. Darüber hinaus wurde das westliche Drittel des Kreises Monschau an Belgien abgetreten. Belgien verzichtete auf die Straßen Roetgen-Fringshaus-Lammersdorf sowie Roetgen-Konzen, die bei Deutschland blieben. Belgien gab darüber hinaus gegen Ende des Jahres 1921 das Dorf Losheim, in dem die Bevölkerung sich energisch für den Verbleib an Deutschland gezeigt hatte, sowie die Ortsteile Bildchen, Lichtenbusch und Sief an Deutschland zurück.



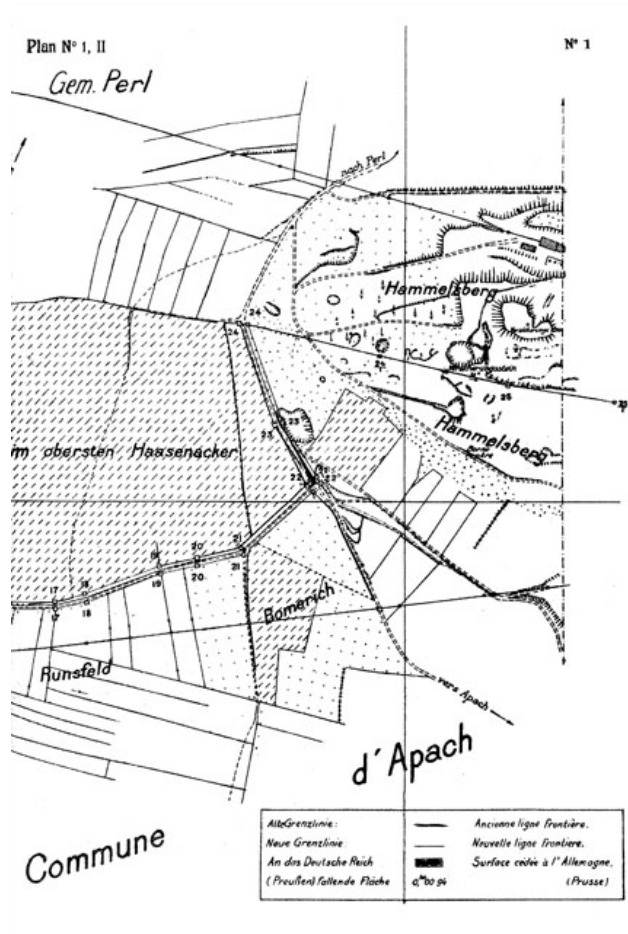
Neue deutsch-belgische Grenzziehung nach dem 1. Weltkrieg. Quelle: Pabst 1966

Quellen

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210.

Grenzänderung 57 - 1925: Apach, Rolbing...

1925: Vertrag zur Festlegung der deutsch-französischen Grenze - Kleinstflächen aus Apach, Rolbing, Walschbronn und Wissembourg gehen im Tausch an Deutschland



Plan der Grenzänderungen, Nr. 1. Quelle: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11. 1927

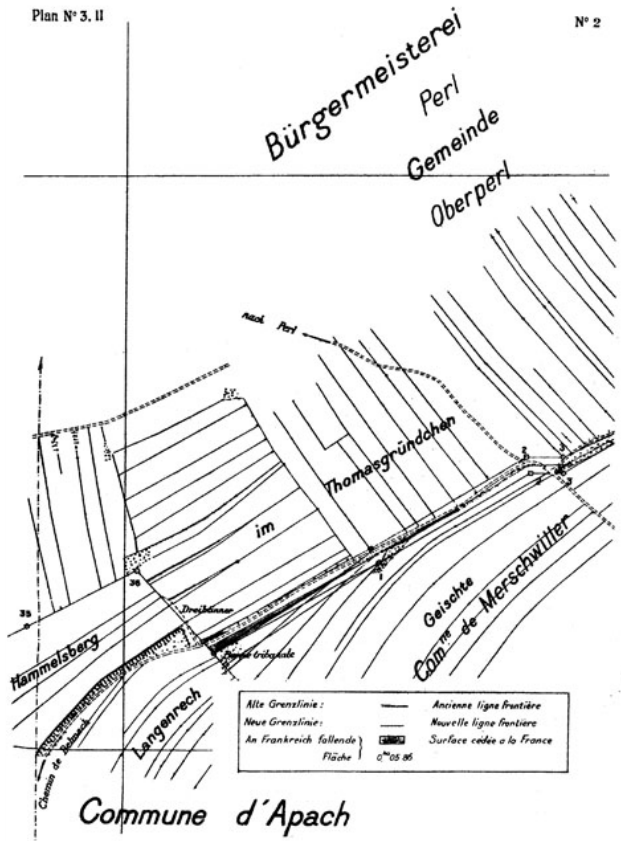
Auch nach dem Versailler Friedensvertrag wurden noch Verträge bezüglich der deutsch-französischen Grenze geschlossen. So wurde am 14. August 1925 in Paris ein diesbezüglicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich unterzeichnet.

Das Gesetz über diesen Vertrag wurde am 4. November 1927 vom Reichstag angenommen. Das Ziel dieser Festlegung war es, neue Streitereien und Konflikte zu vermeiden. Der Vertrag war von beiden Regierungen im Einvernehmen beschlossen worden. Das erste Kapitel des Vertrags erklärt den Verlauf der deutsch-französischen Grenze. Dieser Grenzverlauf war durch den Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 festgelegt worden, doch sollte diese Grenze bei Bedarf auch abgeändert werden können.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird in drei Abschnitte unterteilt. Der erste

umfasst die Grenze zwischen Preußen und Frankreich von Luxemburg bis hin zum Saargebiet. Der zweite Abschnitt behandelt den Grenzverlauf zwischen Bayern und Frankreich vom Saargebiet bis zum Land Baden. Der dritte Abschnitt betrifft die Großregion nicht.

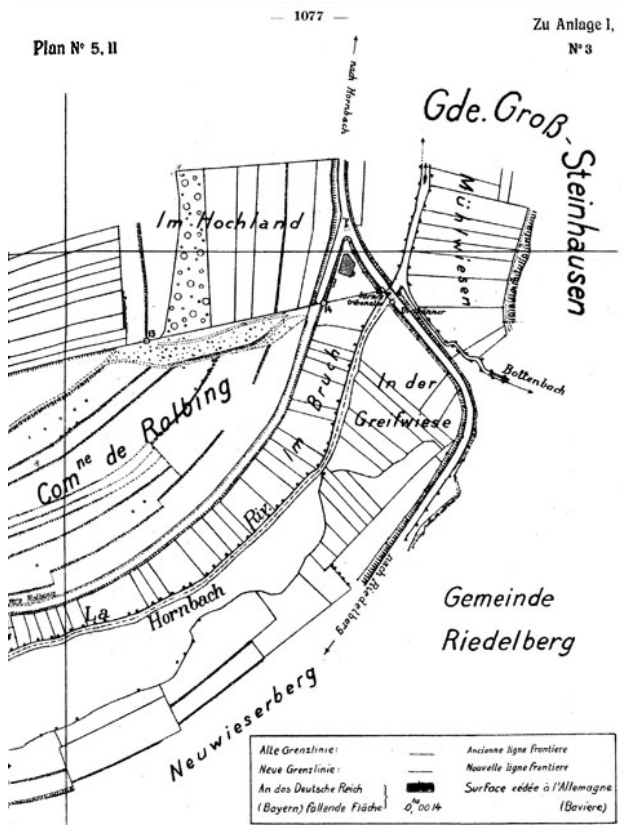
Wegen verschiedener Grenzänderungen im Vergleich zur Grenze von 1870 wurden nun auch einige winzige Gebietsteile ausgetauscht. So gibt Frankreich im ersten Grenzabschnitt aus dem Gebiet der Gemeinde Apach eine Fläche von 0,0094 Hektar (94m²) an Deutschland ab. Im zweiten Grenzabschnitt gibt Frankreich eine Fläche von 0,0014 Hektar (14m²) aus der Gemeinde Rolbing ab. Aus der Gemeinde Walschbronn tritt Frankreich kleine Gebiete, die zusammen eine Gesamtfläche von 0,0079 ha messen, an Deutschland ab. Schließlich werden noch 0,0058 ha aus der Gemeinde Wissembourg und 0,6509 ha aus der Gemeinde Lauterbourg an Deutschland abgegeben.



Plan der Grenzänderungen, Nr. 2 und 3.
Quelle: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11.
1927

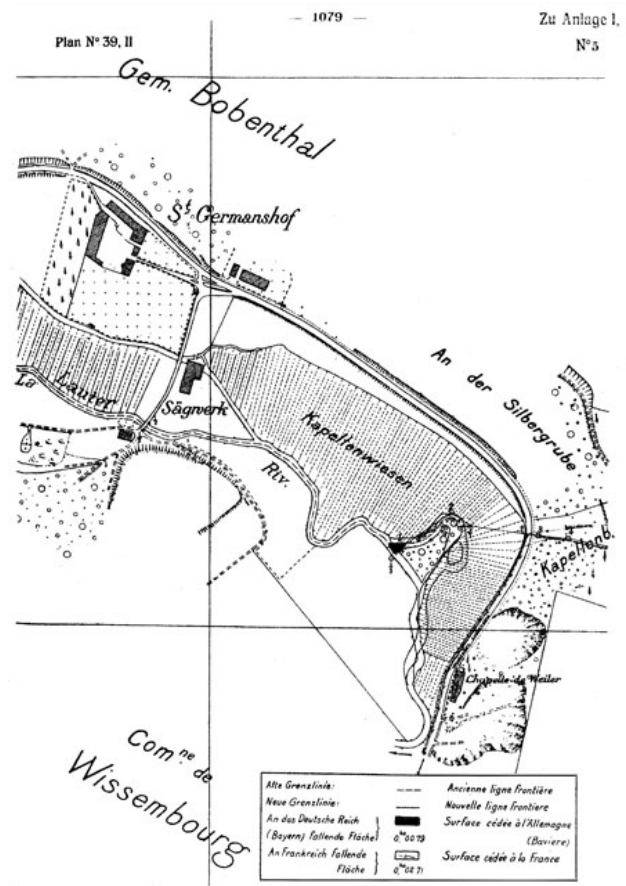
Das Deutsche Reich tritt im Gegenzug ein Gebiet von 0,0586 ha aus der Gemeinde Perl an Frankreich ab. Außerdem werden aus dem zweiten Abschnitt aus der Gemeinde Riedelberg 0,0921 ha sowie 0,0271 ha aus der Gemeinde Bodenthal an Frankreich abgegeben. Dann werden noch 0,006 ha aus der Gemeinde Schweighofen und schließlich noch 0,5237 ha aus der Gemeinde Berg an Frankreich abgetreten.

Es handelt sich bei diesen Gebietsaustauschen um sehr kleine Gebiete, welche die Grenze nur minimal verändern. Zählt man die Gebiete zusammen, die in den beiden Grenzsektionen getauscht wurden, gelangt eine Gesamtfläche von 0,6754 ha an Deutschland, während eine Fläche von 0,7075 ha an Frankreich fällt.



Des Weiteren befindet sich im Anhang des Vertrags die Grenzbeschreibung der deutsch-französischen Grenze. Der erste Abschnitt des Grenzverlaufs behandelt die französisch-preußische Grenze. Die Grenze verläuft von dem Punkt, an dem die Gemeinden Appach (F), Perl (D) und Schengen (L) an der Mosel zusammentreffen, bis an den Punkt, an dem der preußische Kreis Saarburg und Merzig (Saargebiet) mit der französischen Gemeinde Launsdorf zusammentreffen. Hier wird deutlich gemacht, dass das Saargebiet außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches liegt.

Der zweite Grenzabschnitt verläuft zwischen der bayrischen Pfalz und Frankreich. Der Grenzverlauf dieses Abschnitts beginnt an der bayrischen Gemeinde Neuhornbach und der französischen Gemeinde Schweyen. Der Grenzverlauf endet an der bayrischen Gemeinde Neuburg, an dem er auf die französische Gemeinde Lauterbourg und die badische Gemeinde Au trifft.



Quellen

Gesetz über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Festlegung der Grenze, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11. 1927

Plan der Grenzänderungen, Nr. 5. Quelle: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11. 1927

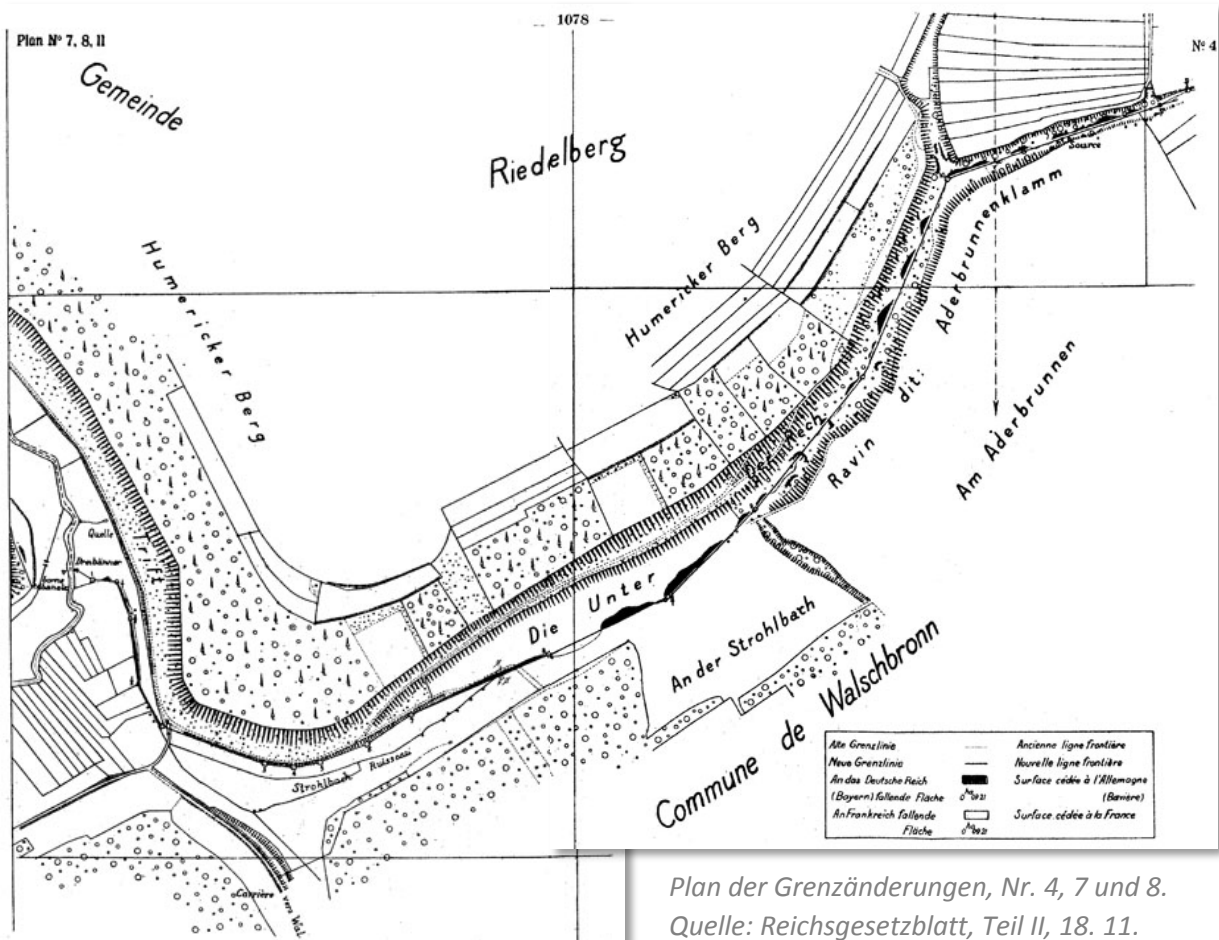
Grenzänderung 58 - 1925: Perl, Riedelberg...

1925: Vertrag zur Festlegung der deutsch-französischen Grenze - Kleinstflächen aus Perl, Riedelberg, Bodenthal, Schweighofen und Berg gehen im Tausch an Frankreich

Auch nach dem Versailler Friedensvertrag wurden noch Verträge bezüglich der deutsch-französischen Grenze geschlossen. So wurde am 14. August 1925 in Paris ein diesbezüglicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich unterzeichnet. Das Gesetz über diesen Vertrag wurde am 4. November 1927 vom Reichstag angenommen. Das Ziel dieser Festlegung war es, neue Streitereien und Konflikte zu vermeiden. Der Vertrag war von beiden Regierungen im Einvernehmen beschlossen worden. Das erste Kapitel des Vertrags erklärt den Verlauf der deutsch-französischen Grenze. Dieser Grenzverlauf war durch den Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 festgelegt worden, doch sollte diese Grenze bei Bedarf auch abgeändert werden können.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird in drei Abschnitte unterteilt. Der erste umfasst die Grenze zwischen Preußen und Frankreich von Luxemburg bis hin zum Saargebiet. Der zweite Abschnitt behandelt den Grenzverlauf zwischen Bayern und Frankreich vom Saargebiet bis zum Land Baden. Der dritte Abschnitt betrifft die Großregion nicht. Wegen verschiedener Grenzänderungen im Vergleich zur Grenze von 1870 wurden nun auch einige winzige Gebietsteile ausgetauscht. So gibt Frankreich im ersten Grenzabschnitt aus dem Gebiet der Gemeinde Apach eine Fläche von 0,0094 Hektar (94m²) an Deutschland ab. Im zweiten Grenzabschnitt gibt Frankreich eine Fläche von 0,0014 Hektar (14m²) aus der Gemeinde Rolbing ab. Aus der Gemeinde Walschbronn tritt Frankreich kleine Gebiete, die zusammen eine Gesamtfläche von 0,0079 ha messen, an Deutschland ab. Schließlich werden noch 0,0058 ha

aus der Gemeinde Wissembourg und 0,6509 ha aus der Gemeinde Lauterbourg an Deutschland abgegeben. Das Deutsche Reich tritt im Gegenzug ein Gebiet von 0,0586 ha aus der Gemeinde Perl an Frankreich ab. Außerdem werden aus dem zweiten Abschnitt aus der Gemeinde Riedelberg 0,0921 ha sowie 0,0271 ha aus der Gemeinde Bodenthal an Frankreich abgegeben. Dann werden noch 0,006 ha aus der Gemeinde Schweighofen und schließlich noch 0,5237 ha aus der Gemeinde Berg an Frankreich abgetreten.



Plan der Grenzänderungen, Nr. 4, 7 und 8.
Quelle: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11.
1927

Es handelt sich bei diesen Gebietsaustauschen um sehr kleine Gebiete, welche die Grenze nur minimal verändern. Zählt man die Gebiete zusammen, die in den beiden Grenzsektionen getauscht wurden, gelangt eine Gesamtfläche von 0,6754 ha an Deutschland, während eine Fläche von 0,7075 ha an Frankreich fällt. Des Weiteren befindet sich im Anhang des Vertrags die Grenzbeschreibung der deutsch-französischen Grenze. Der erste Abschnitt des Grenzverlaufs behandelt die französisch-preußische Grenze. Die Grenze verläuft von dem Punkt, an dem die Gemeinden Appach (F), Perl (D) und Schengen (L) an der Mosel zusammentreffen, bis an den Punkt, an dem der preußische Kreis Saarburg und Merzig (Saargebiet) mit der französischen Gemeinde Launsdorf zusammentreffen. Hier wird deutlich gemacht, dass das Saargebiet außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches liegt. Der zweite Grenzabschnitt verläuft zwischen der bayrischen Pfalz und Frankreich. Der Grenzverlauf dieses Abschnitts beginnt an der bayrischen Gemeinde Neuhornbach und der französischen Gemeinde Schweyen. Der Grenzverlauf endet an der bayrischen Gemeinde Neuburg, an dem er auf die französische Gemeinde Lauterbourg und die badische Gemeinde Au trifft.

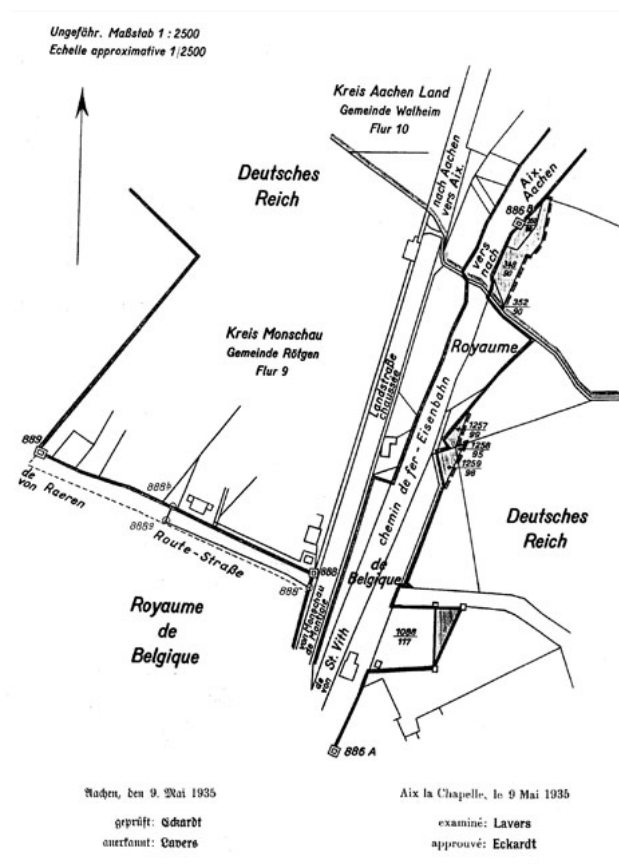
Quellen

Gesetz über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Festlegung der Grenze, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11. 1927

Grenzänderung 59 - 1929: Raeren - Kalterherberg

1929: Grenzfestlegung betreffend die Eisenbahnstrecke von Raeren nach Kalterherberg

Nachdem die Grenzfestlegung durch die Grenzkommissare in den ersten Jahren der 20er Jahre vollzogen und das Gebiet um Eupen endgültig von Belgien einverleibt worden war, war das Thema der deutsch-belgischen Grenze dennoch nicht abgeschlossen. Bereits am 7. November 1929 schloss Deutschland mit Belgien einen neuen Grenzvertrag.



Plan der Grenzänderungen. Quelle: Reichsgesetzblatt, Teil II, 14. 9. 1935

Am 28. März 1931 hatte der Reichstag das Gesetz über das Abkommen hinsichtlich der deutsch-belgischen Grenze vom 19. März 1931 beschlossen. Darin steht, dass dem am 7. November 1929 in Aachen unterzeichneten Abkommen zwischen Deutschland und Belgien bezüglich der deutsch-belgischen Grenze zugestimmt werde. Sinn dieses Abkommens war es, die Bestimmungen vom 6. November 1922 zu ergänzen und wenn nötig auch abzuändern.

Im ersten Abschnitt des Abkommens werden dann die Bestimmungen betreffend die Eisenbahnstrecke von Raeren nach Kalterherberg angegeben. Der Grenzvertrag vom 7. November 1929 enthält in seinen 77 Artikeln nur eine Bestätigung des Grenzverlaufs, der im Protokoll vom 6. November 1922 festgelegt worden war. Unter Abschnitt 7 des

Schlussprotokolls des Vertrags vom 7. November 1929 steht, dass kleine Parzellen, die jedoch für den Eisenbahnverkehr wichtig sind, an Belgien abgegeben werden sollten. 1935 wurde in einem weiteren Abkommen ein entsprechender Gebietsausgleich für Deutschland vereinbart.

Quellen

Gesetz über das Abkommen über die deutsch-belgische Grenze vom 19. März 1931, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 15. 04. 1931, S. 125f

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen, S. 463

Ministère des Finances, Service central des imprimés et des fournitures de bureau de l'Etat (Hrsg.) 1984: Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16, sowie ihre Vermessung und Dokumentation in den Jahren 1980-1984, Luxemburg, S. 55.

Grenzänderung 60 - 1935: Raeren - Kalterherberg

1935: Grenzfestlegung betreffend die Eisenbahnstrecke von Raeren nach Kalterherberg

Im Ausgleich zu den an Belgien abgetretenen Gebieten an der Eisenbahnstrecke von Raeren nach Kalterherberg 1929 wurde mit dem Abkommen vom 10. Mai 1935 gleichwertiger Geländegewinn für Deutschland vorgesehen. Im Gesetz zur Durchführung des Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Belgien über einen Gebietsaustausch an der deutsch-belgischen Grenze vom 27. Februar 1936 verkündet die Reichsregierung, dass der am 10. Mai 1935 in Kraft getretene Vertrag als Gesetz beschlossen wurde. In diesem Vertrag steht als Begründung, dass es der Wunsch beider Staaten sei, den Grenzverkehr zu vereinfachen. Grund war der Ausbau einer Bahnspur bei Roetgen.



Grenzsteine an der Vennbahn. Quellen: IGN Belgique, <http://www.grensmarkeringen.be>

In Artikel 1 steht, dass die Grenze zwischen den Grenzsteinen 886 A und 886 B sowie zwischen den Grenzsteinen 888 und 889 abgeändert werden solle. Somit wird der Grenzverlauf vom 7. November 1929 geändert.



Die Vennbahn bei Küchelscheid: oben Richtung Belgien, unten Richtung Deutschland.

Quelle: <http://www.grensmarkeringen.be>

Artikel 2 des Vertrags besagt, dass das Deutsche Reich Gebiete von einer Fläche von 1 693 km² an Belgien abtritt, während das Königreich Belgien Gebiete von einer Gesamtfläche von 1 693 km² an Deutschland abtritt. Somit wurde die gleiche Fläche zwischen beiden Staaten getauscht.

Die Bekanntmachung vom 29. August 1935 besagt außerdem, dass in den Gebieten, die aus dem Reich ausscheiden, das Reichsrecht außer Kraft tritt, während die neuen Gebiete sodann dem Reichsrecht unterstellt werden. Dieser Vertrag wurde am 14. Juni 1937 durch ein dementsprechendes belgisches Gesetz ratifiziert.

Quellen

Bekanntmachung über den deutsch-belgischen Vertrag über einen Gebietsaustausch an der deutsch-belgischen Grenze, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 14. 09. 1935, S. 643

Gesetz zur Durchführung des Vertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Belgien über einen Gebietsaustausch an der deutsch-belgischen Grenze, S. 99f

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen, S. 464

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In : Revue belge de Géographie, Bruxelles, S. 41.

Grenzänderung 61 - 1935: Saarland

1935: Wiederangliederung des Saargebietes an Deutschland

Im Jahre 1935, nach fünfzehnjährigem Bestehen unter dem Völkerbund, sollte die Bevölkerung des Saargebiets in einem Referendum über ihre Zukunft entscheiden. Frankreich wollte sich im Falle eines erfolgreichen Ausgangs das Saargebiet einverleiben.



Winterbergdenkmal Saarbrücken. Quelle: Historische Postkarte, 30er Jahre

Dies scheiterte jedoch kläglich, da beim Referendum am 13. Januar 1935 sich 91% der Wahlberechtigten für die Wiedereingliederung an Deutschland aussprachen, während sich 8,9% für einen Fortbestand des Saargebiets unter dem Völkerbund erklärten. Lediglich 0,1% aller Wahlberechtigten wollten an Frankreich angeschlossen werden. Somit war die Entscheidung klar für Deutschland ausgefallen.

Am 17. Januar 1935 beschloss der Völkerbundsrat die Vereinigung des Saargebietes mit Deutschland und legte den Zeitpunkt der Wiedereingliederung auf den 1. März desselben Jahres fest. Frankreich akzeptierte das Referendum und verhandelte mit Deutschland über die Rückgabe der Kohlengruben an Deutschland.

Schließlich unterzeichneten am

18. Februar 1935 in Neapel die Bevollmächtigten der deutschen und der französischen Regierung das Abkommen. Es wurde ebenfalls vereinbart, dass das Deutsche Reich die Kohlengruben im Saargebiet für 900 Millionen Franken von Frankreich abkaufen würde.

Im Gesetz über die vorläufige Verwaltung des nun erstmals so genannten Saarlandes vom 30. Januar 1935 beschloss die Reichsregierung dann folgendes: Im ersten Paragraphen steht, dass an die Spitze der Verwaltung des Saarlandes bis zur Eingliederung in einen Reichsgau ein Reichskommissar gestellt werden solle.



Briefmarken zur Saarabstimmung 1935

Dieses Gesetz wurde vom Führer und Reichskanzler Adolf Hitler und vom Reichsminister des Inneren Wilhelm Frick in Berlin unterzeichnet. Das Gesetz trat am 1. März 1935 in Kraft, und bereits am gleichen Tag übergab Baron Aloisi als Vertreter des Völkerbundes das Saargebiet an den Reichsminister des Inneren.

Quellen

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern, S. 25

Bekanntmachung über Vereinbarungen und Erklärungen aus Anlaß der Rückgliederung des Saarlandes, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 27. Februar 1935

Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes, In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 30. 1. 1935, S. 66-68

Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main, S. 35.

Grenzänderung 62 - 1937: Birkenfeld

1937: Birkenfeld geht an Preußen

In der Großregion wurden nicht nur Grenzänderungen zwischen den verschiedenen Staaten beschlossen, im nationalsozialistischen Deutschland wurden auch innerdeutsche Grenzen verändert. Eine Neuerung in der nationalsozialistischen Zeit stellt das "Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen" dar, welches am 26. Januar 1937 beschlossen wurde.

Der zweite Artikel dieses Gesetzes beschreibt die "anderen Gebietsbereinigungen", wobei das Gebiet des ehemaligen Fürstentums Birkenfeld direkt betroffen war. In Paragraph 8 des Gesetzes steht, dass der oldenburgische Landesteil Birkenfeld an das Land Preußen übergehen und einen Landkreis der Rheinprovinz bilden solle.



Fürstenthum Birkenfeld, 1817-1918. Quelle: R. Andree 1881

Am 1. April 1937 gelangte der oldenburgische Landesteil Birkenfeld, das ehemalige Fürstenthum, an den Regierungsbezirk Koblenz. Am selben Tag wurde der Restkreis St. Wendel-Baumholder an den Regierungsbezirk Koblenz angeschlossen. Der Restkreis St. Wendel-Baumholder und Birkenfeld bildeten dann zusammen einen neuen Kreis mit dem Namen Birkenfeld.

Quellen

Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen, In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 26. 1. 1937, S. 92

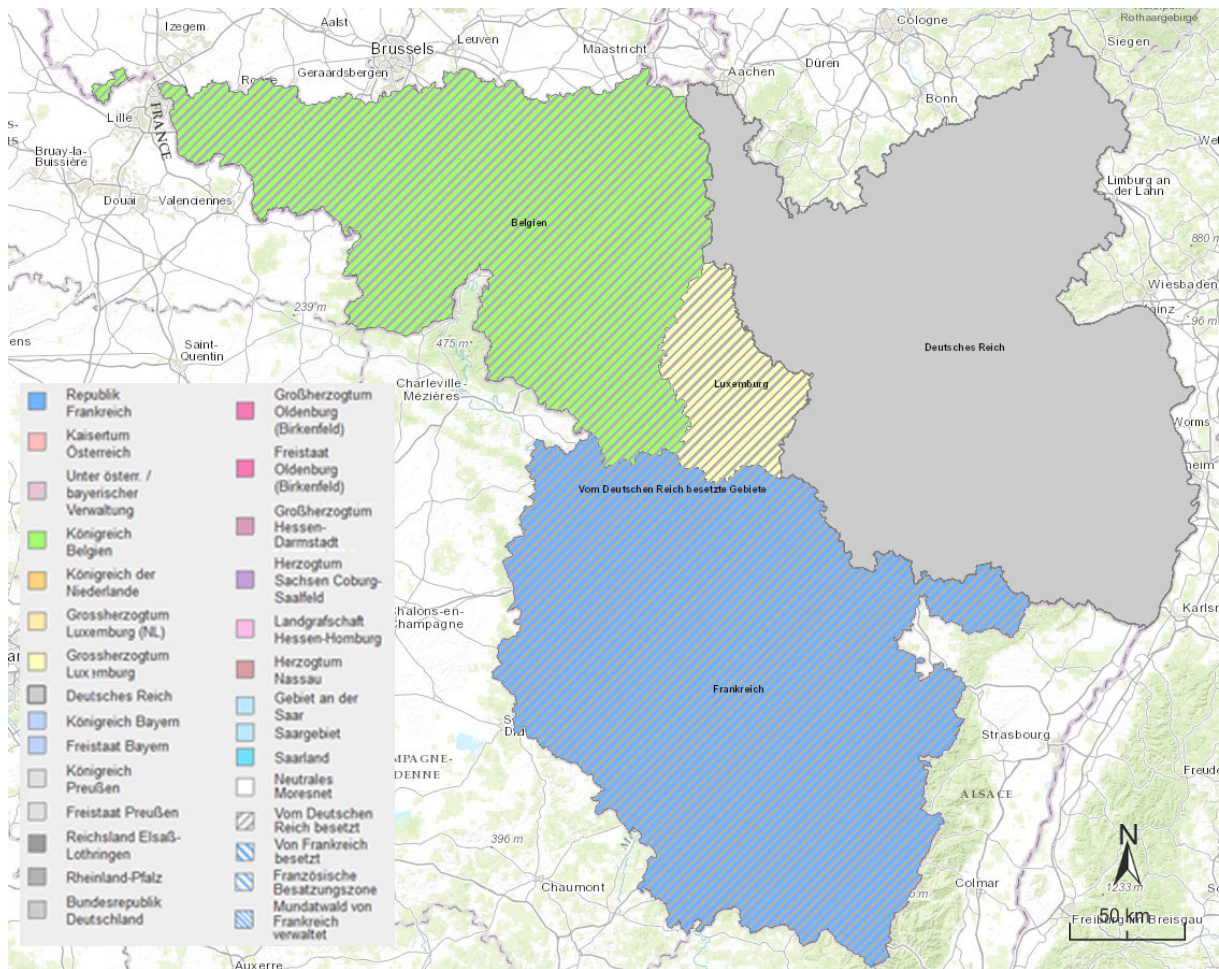
Hartmann, S. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe B, Hrsg. v. T. Klein, Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg/Lahn, Bd. 17: Hansestädte und Oldenburg, S. 136-249, S. 232

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg, Bd. 7: Rheinland, S. 13.

VI - 1940-1944

VI. Die Großregion während des Zweiten Weltkrieges (1940-1944)

Am 1. September 1939 brach der vom nationalsozialistischen Deutschland provozierte Krieg aus, der als der Zweite Weltkrieg in die Geschichte einging. Dieser Krieg wird Millionen von Menschenleben fordern und große Flächen Europas in Ruinen legen. Große Teile Europas, darunter die gesamte Großregion, wurden vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt. Der Weg Hitlerdeutschlands nach Frankreich hatte einmal mehr über die neutralen Staaten Belgien und Luxemburg geführt. Bereits im Juni 1940 hatten die Achsenmächte die westlichen Alliierten bis auf Großbritannien niedergeworfen. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, der am 7. Dezember 1941 erfolgte japanische Überfall auf Pearl Harbor und die daraufhin am 11. Dezember erfolgte deutsche Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika machten den Krieg endgültig zum Weltkrieg.



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1940. Quelle: GR-Atlas

Hier werden zunächst die Gebietsansprüche und Besetzungen des nationalsozialistischen Deutschlands angeführt. Anschließend sollen die Folgen für die Großregion nach dem Ende des Krieges dargestellt werden. Obwohl das Deutsche Reich der belgischen Regierung im August 1939 noch zugesichert hatte, dass es zu seinem Notenwechsel vom 13. Oktober 1937 stehen würde, wurde Belgien ohne



Kriegserklärung am 10. Mai 1940 von der Wehrmacht überfallen. Der deutsche Blitzkrieg im Westen wurde am 10. Mai 1940 gegen Frankreich und die neutralen Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg eröffnet. Ebenso wie Luxemburg und die Niederlande wurde auch Belgien schnell überrannt und besetzt.

Die Region Eupen-Malmedy, aber auch weitere Gebiete wurden dem Deutschen Reich einverleibt. Am 1. November 1940 wurde das Amt Moresnet gebildet, bestehend aus den Gemeinden Kelmis, Neu-Moresnet, Alt-Moresnet und Hergenrath.

Deutsche Briefmarke im besetzten Belgien 1940. Quelle: Wikimedia Commons



Nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 gliederten die Deutschen die Gebiete des ehemaligen Reichslandes Elsass-Lothringen wieder ins Reich ein. Am 25. September 1940 legte Hitler in einem Erlass fest, dass für das Elsass und für Lothringen nur noch die Chefs der Zivilverwaltung, also die Reichsstatthalter Wagner und Bürckel, verantwortlich seien. Wie bereits erwähnt, wurde auch das Großherzogtum Luxemburg am 10. Mai 1940 von der Wehrmacht überfallen. Im Führererlass des 2. August 1940 wird die vorläufige Verwaltung Luxemburgs behandelt. Ihm ist zu entnehmen, dass der Gauleiter Gustav Simon als Chef der Zivilverwaltung die gesamte Verwaltung Luxemburgs übernehmen werde. Gustav Simon, der Gauleiter des Gaues Koblenz-Trier, kam am 6. August in Luxemburg an. Das Großherzogtum wurde Teil dieses Gebietes, das im Januar 1941 den Namen Moselland verliehen bekam.

Gustav Simon, Gauleiter des Gaues Koblenz-Trier. Quelle: Centre national de l'audiovisuel, Luxembourg (CNA)

Quellen

Craig, G. 1989: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, Verlag C. H. Beck, München

Dorfev, B. 1993: Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956) Das Rheinland zwischen Tradition und Neuordnung, Rheinland-Verlag GmbH, Köln, S. 59

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen, S. 46

Moll, M. 1997: "Führer-Erlasse" 1939-1945, Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, S. 132.

Wehrstedt, F. W. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Herausgegeben von Walther Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg/Lahn, 1978, Band 12: Preußische Zentralbehörden, S. 270.

Grenzänderung 63 - 1940: Elsass-Lothringen

1940: Lothringen unter deutscher Zivilverwaltung

Der deutsche Blitzkrieg im Westen war am 10. Mai 1940 gegen Frankreich und die neutralen Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg begonnen worden. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 gliederten die Deutschen die Gebiete des ehemaligen Reichslandes Elsass-Lothringen wieder ins Reich ein, obwohl der Waffenstillstandsvertrag diese Frage nicht behandelte. Das Reichsland Elsass-Lothringen wurde jedoch nicht mehr hergestellt. Vielmehr wurde Lothringen mit der Pfalz und dem Saarland, dem sogenannten Gau Saarpfalz, zum Gau Westmark zusammengeschlossen und mit äußerster Brutalität germanisiert.

Viele Franzosen wurden in diesem Kontext umgesiedelt und durch "Volksdeutsche" ersetzt. Jedoch wurden weder das Elsass noch Lothringen offiziell vom Deutschen Reich annektiert. Der Grund hierfür war, dass das neu erschaffene Vichy-Frankreich nach Hitlers Wunschdenken für die deutsche Seite in den Krieg gegen England ziehen sollte. Eine Annexion hätte dies unmöglich gemacht. Jedoch ist zu erwähnen, dass bereits am 24. Juli 1940 die Grenzsteine zwischen Deutschland und Frankreich auf den Verlauf von 1871 verlegt wurden, was die "de facto Annexion" deutlich zeigt.

Am 25. September 1940 legte Hitler in einem Erlass fest, dass für das Elsass und Lothringen nur noch die Chefs der Zivilverwaltung, also die Reichsstatthalter Wagner und Bürckel, verantwortlich seien. Das bedeutet, dass die besagten Gebiete nun diesen Statthaltern und nicht mehr dem Militär unterstanden. Deutsch wurde zur offiziellen Sprache aufgewertet und die Ortsnamen wurden auch ins Deutsche übersetzt. Dies ging so weit, dass sogar der Begriff Elsass durch Oberrhein ersetzt wurde, während Lothringen in Niederrhein umgetauft wurde. Im Führererlass vom 18. Oktober 1940 steht: *"Die elsässischen und lothringischen Gebiete sollen in kürzester Zeit dem deutschen Volkstum wieder zurück gewonnen werden"*. Die Chefs der Zivilverwaltung sollten den Wiederaufbau dieser Gebiete organisieren.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass der Chef der Zivilverwaltung keine Administration im Reich, sondern nur der angegliederten Gebiete war. Somit zählten Lothringen und das Elsass, also die neubezeichne-

ten Gebiete Oberrhein und Niederrhein, rechtlich gesehen nicht zum Deutschen Reich. Die lothringischen Kreise waren im Verwaltungsbereich des Reichsgaues Westmark seit dem 15. Mai 1941 inbegriffen. Es waren dies die Kreise Diedenhofen, Metz-Stadt, Metz-Land, Saarburg-Westmark, Saargemünd, Salzbungen (Château-Salins), sowie der später gebildete Kreis St. Avold. Letzterer wurde am 1. Dezember 1940 aus den Kreisen Forbach und Bolchen des ehemaligen Kaiserreiches gebildet. Genau wie in Luxemburg, wurde auch im Elsass und in Lothringen am 30. August 1942 die Wehrpflicht eingeführt.

Quellen

Dostert, P. 1985: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940-1945, Luxemburg

Durand, Y. 1989: La France dans la 2^e guerre mondiale, 1939-1945, Paris

Moll, M. 1997: "Führer-Erlasse" 1939-1945, Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart

Nonnenmacher, G.-G. 1965: La grande honte, de l'incorporation de force des Alsaciens-Lorrains, Eupeinois-Malmédiens et Luxembourgeois dans l'armée allemande au cours de la deuxième guerre mondiale, Association des Évadés et Incorporés de Force, Colmar

Roth, F. 1984a: Das geteilte Lothringen (1871-1914). In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parrisé, S. 413-446

Roth, F. 1984b: Die Zeit der Weltkriege (1914-1945). In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parrisé, S. 447-472

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg, Bd. 7: Rheinland.

Grenzänderung 64 - 1940: Rest-Lothringen

1940: Besetztes Frankreich

Der deutsche Blitzkrieg im Westen wurde am 10. Mai 1940 gegen Frankreich und die neutralen Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg begonnen. Nach der auf den Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 folgenden Wiedereingliederung der Gebiete des ehemaligen Reichslandes Elsass-Lothringen ins Reich wurden einige französische Gebiete, wie zum Beispiel Teile der Ardennen sowie die Départements Meuse und Meurthe-et-Moselle, zur verbotenen Zone erklärt. Diese sollten vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt ins Reich eingegliedert werden.

Die Grenzlinie sollte der des Westfälischen Friedens von 1648 entsprechen. Die Angst vor einer möglichen Annexion durch das Deutsche Reich herrschte auch in dieser sogenannten "Verbotenen Zone".



Die Lothringer Départements. Mit "Restlothringen" sind die drei gelb eingefärbten Départements gemeint.

Quellen

Dostert, P. 1985: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940-1945, Luxemburg

Durand, Y. 1989: La France dans la 2^e guerre mondiale, 1939-1945, Paris

Moll, M. 1997: "Führer-Erlasse" 1939-1945, Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart

Nonnenmacher, G.-G. 1965: La grande honte, de l'incorporation de force des Alsaciens-Lorrains, Eupeinois-Malmédiens et Luxembourgeois dans l'armée allemande au cours de la deuxième guerre mondiale, Association des Évadés et Incorporés de Force, Colmar

Roth, F. 1984a: Das geteilte Lothringen (1871-1914). In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parris, S. 413-446

Roth, F. 1984b: Die Zeit der Weltkriege (1914-1945). In: Lothringen – Geschichte eines Grenzlandes, Hrsg. v. M. Parris, S. 447-472

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg, Bd. 7: Rheinland.

Grenzänderung 65 - 1940: Belgien

1940: Besetztes Belgien



Obwohl das Deutsche Reich der belgischen Regierung im August 1939 noch zugesichert hatte, dass es zu seinem Notenwechsel vom 13. Oktober 1937 stehen würde, wurde Belgien ohne Kriegserklärung am 10. Mai 1940 von der Wehrmacht überfallen. Ebenso wie Luxemburg und die Niederlande wurde auch Belgien schnell überrannt und besetzt.

Deutsche Briefmarke im besetzten Belgien 1940

Quellen

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen

Grenzänderung 66 - 1940: Großherzogtum Luxemburg

1940: Luxemburg unter deutscher Zivilverwaltung



Das Großherzogtum Luxemburg wurde am 10. Mai 1940 von der deutschen Wehrmacht überfallen. Am 11. Mai 1940, einen Tag nach dem Überfall, erklärte Generalmajor Gullmann die Grundsätze, nach denen die Militärbesatzung ablaufen sollte. Am selben Tag fand in der luxemburgischen Abgeordnetenkammer eine Sitzung statt, in der der Kammerpräsident gegen die Verletzung des luxemburgischen Territoriums und für dessen Neutralität protestierte. Zudem bekannte er sich für ein "freies und unabhängiges" Luxemburg.

Deutsche Briefmarke (1941) für Luxemburg während der Zeit der Besatzung



Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich General Alexander von Falkenhausen. Quelle: Dt. Bundesarchiv

Das Großherzogtum wurde eine Zeit lang dem Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich General Alexander von Falkenhausen unterstellt. Am 10. Mai 1940 wurde in Berlin dem luxemburgischen Geschäftsträger Jean Sturm ein Memorandum übergeben. In diesem Memorandum war die deutsche Begründung für die Besetzung Luxemburgs auf einen von den Alliierten geplanten Angriff gegen die Ruhr begründet, der auch Luxemburg betroffen hätte.

Zunächst hatte die Reichsregierung noch die Versicherung gegeben, "dass Deutschland nicht die Absicht hege, durch seine Maßnahmen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Großherzogtums jetzt oder in Zukunft anzutasten."

Doch die Deutschen änderten das Statut Luxemburgs nach Belieben, und bereits am 15. Mai wurde durch Ribbentrop das Memorandum, das Sturm am 10. Mai übergeben worden war, nutzlos. Ab dem 16. Mai wurde Luxemburg dann auch als "feindliches Land" betrachtet. Da der Frankreich-Feldzug im Juli bereits entschieden war, wurde die Militärverwaltung gegen Ende des Monats Juli durch eine Zivilverwaltung ersetzt.

Im Führererlass des 2. August 1940 wird die vorläufige Verwaltung Luxemburgs behandelt. Darin steht, dass der Gauleiter Gustav Simon als Chef der Zivilverwaltung die gesamte Verwaltung Luxemburgs übernehmen werde. Gustav Simon, der Leiter des Gau Koblenz-Trier, kam am 6. August in Luxemburg an. Das Großherzogtum wurde Teil dieses Gebietes, das im Januar 1941 den Namen Moselland verliehen bekam.

Im Führererlass vom 18. Oktober 1940 geht es ebenfalls um die vorläufige Verwaltung in Luxemburg. Es handelt sich hierbei um einen zweiten Erlass, der den vom 2. August 1940 ersetzen soll. Hier steht auch, dass Luxemburg in kürzester Zeit dem "deutschen Volkstum" wieder zurück gewonnen werden soll. Somit sollten auch die Luxemburger selbst schnellstens dem deutschen Volkstum zurück gewonnen werden. Die Volksdeutsche Bewegung um Damian Kratzenberg sollte mit dem Schlachtruf "Heim ins Reich" die Luxemburger an das Deutsche Reich heranzuführen. Doch die Nationalsozialisten hatten nicht verstanden, dass die Luxemburger niemals die Absicht verspürten, Teil des Deutschen Reiches zu werden oder sogar in das "deutsche Volkstum" zurückgebracht zu werden.

Luxemburg sollte vollständig ins Deutsche Reich einverleibt werden und somit von der Karte verschwinden, während das Elsass, Lothringen sowie Eupen-Malmedy Gebiete von zwei fortbestehenden Staaten waren. Es wurde versucht, die Eingliederung mit Gewalt und Drohungen voranzubringen, da

die Luxemburger sich gegen jede Art der deutschen Eingliederung verweigerten. In diesem Kontext war die Einführung der Wehrpflicht in Luxemburg am 30. August 1942 äußerst dramatisch. Die Antwort der Luxemburger auf die Einführung der Wehrpflicht war der Streik.



Gauleiter Simon. Quelle: Centre national de l'audiovisuel, Luxembourg (CNA)

Für Gauleiter Simon stellte sich nicht die Frage, dass Luxemburger im Grunde Deutsche waren. Doch die Luxemburger behielten weiterhin ihre Nationalität und wurden somit als Ausländer betrachtet. Wichtig ist, dass Luxemburg nie offiziell von Deutschland annektiert wurde, obwohl in der Literatur häufig die Rede von der Annexion Luxemburgs ist, beispielsweise in Verbindung mit der Einführung der Wehrpflicht am 30. August 1942.

Die Situation wurde dadurch noch unübersichtlicher, dass Gauleiter Simon bereits gegen Ende 1941 der Meinung war, dass es zu diesem Zeitpunkt keine luxemburgische Staatsnationalität mehr gäbe.

Quellen

Dorfey, B. 1993: Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuordnung, Köln

Dostert, P. 1985: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940-1945, Luxemburg

Fletcher, W. A. 1970: The German administration in Luxemburg 1940-42, In: Historical Journal, XIII, 3, London, S. 533-544

Moll, M. 1997: "Führer-Erlasse" 1939-1945, Edition sämtlicher, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart

Grenzänderung 67 - 1940: Eupen, Malmedy...

1940: Raum um Eupen-Malmedy vom Deutschen Reich annektiert



Obwohl das Deutsche Reich der belgischen Regierung im August 1939 noch zugesichert hatte, dass es zu seinem Notenwechsel vom 13. Oktober 1937 stehen würde, wurde Belgien ohne Kriegserklärung am 10. Mai 1940 von der Wehrmacht überfallen und wie Luxemburg und die Niederlande schnell überannt und besetzt.

Deutsche Briefmarke für Eupen und Malmedy (1940)

Bereits am 18. Mai 1940 erging der Führererlass, der die nach dem Ersten Weltkrieg an Belgien verlorenen Gebiete wieder ins Reich einverleibte. Es handelte sich hierbei um den "Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich".



In diesem Erlass erklärt Hitler, dass die Gebiete, die durch das "Versailler Diktat" vom Reich abgetrennt worden waren, nun wieder Teil des Reiches sein sollen. Somit sollten diese Gebiete nicht als besetztes Feindesland betrachtet werden, sondern sofort wieder an das Deutsche Reich angegliedert werden. Eupen-Malmedy wurde in den Gau Köln-Aachen in der Rheinprovinz eingegliedert. Dieser Erlass aus dem Führerhauptquartier stammt vom 18. Mai 1940.

Deutsche Briefmarke für Eupen und Malmedy (1940)

Doch gelangten am 18. Mai 1940 nicht nur die Kreise Eupen und Malmedy an das Deutsche Reich, es wurden auch weitere Gebiete Belgiens annektiert. Alles in allem verleibte sich das nationalsozialistische Deutschland neben den Kreisen Eupen und Malmedy die Ortschaften Gemmenich, Sippenaeken, Moresnet, La Calamine, Hombourg, Montzen, Henri-Chapelle, Welkenraedt, Baelen, Membach, Beho sowie Teile der Gemeinden von Remersdaal, Aubel, Clermont, Bilstain, Limbourg, Goé, Jalhay und Sart ein. Darüber hinaus fielen mit der Gemeinde Beho auch die Ortschaften Deiffelt, Wathermal und Ourthe an Deutschland.

Um die besagten Gebiete wieder ins Deutsche Reich einzubetten, erklärte Adolf Hitler im "Erlass zur Durchführung der Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Neutral-Moresnet mit dem Deutschen Reich", dass die "Bewohner Deutschen Blutes" die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Des Weiteren sollten die in diesen Gebieten lebenden Volksdeutschen zu Reichsdeutschen werden. Am 1. November 1940 wurde das Amt Moresnet gebildet, bestehend aus den Gemeinden Kelmis, Neu-Moresnet, Alt-Moresnet und Hergenrath.

Quellen

De Bruyne, A. & de Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In : Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich, In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 18. 05. 1940

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen

Kleu, G. 2007: Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen

Scheuch, M. 1997: Historischer Atlas Deutschland. Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten, Verlag Christian Brandstätter, Wien, S. 109

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In: Revue belge de Géographie, Bruxelles

Wehrstedt, F. W. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Johann-Gottfried-Herder-Institut Marburg/Lahn, Bd. 12: Preußische Zentralbehörden, S. 270

Grenzänderung 68 - 1944: Luxemburg

1944: Luxemburg befreit

Luxemburg wurde Ende des Jahres 1944 von den alliierten Truppen endgültig befreit. Im Großherzogtum Luxemburg, das nun in drei Jahrzehnten bereits zum zweiten Mal von Deutschland überfallen worden war, waren Stimmen über eine territoriale Kriegsentschädigung laut geworden. Am 11. und 13. November 1945 rückten zwei luxemburgische Bataillone in Bitburg und Saarburg ein, was in der luxemburgischen Presse als ein symbolischer Sieg über Deutschland gefeiert wurde.



Freiheitsplatz in Frisange mit Gedenkstein zur Erinnerung an die Befreiung Luxemburgs durch die US-Armee 1944. Foto: Helfer 2009

Die Nationale Union wollte, dass die Gebiete, die durch den Wiener Kongress vom ehemaligen Herzogtum Luxemburg abgespalten worden waren, wieder an Luxemburg angeschlossen werden sollten. Somit gab es in Teilen der Bevölkerung den Wunsch nach einem "Großluxemburg". Nach der Nationalen Union sollte Luxemburg bis an die Saar erweitert werden. Diese Forderungen wurden mehrmals betont.

Der Großteil der Bevölkerung war jedoch gegen diese weitreichenden Annexionspläne. Viele Menschen hatten Angst vor einer Überfremdung Luxemburgs, wenn mehrere Zehntausend Deutsche dem Land einverleibt würden. Die Annexionspläne Luxemburgs ließen sich sowieso ohne die Absegnung durch die Alliierten nicht durchführen. Der Großteil der Bevölkerung war lediglich für eine schlichte Grenzänderung zu Gunsten Luxemburgs.

Quellen

Grosbusch, A.: La question des réparations dans l'opinion luxembourgeoise 1945-1949, Hémecht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Heft 4, Luxemburg, S. 569-591.

Grenzänderung 69 - 1944: Belgien mit Eupen-Malmedy

1944: Belgien befreit

Belgien wurde Ende des Jahres 1944 von den alliierten Truppen endgültig befreit und wiederhergestellt. Die Grenzen wurden auf den Stand von 1939 zurückgebracht. Die deutsch-belgische Grenze wurde nach dem Zweiten Weltkrieg sofort wieder auf den Stand von 1939 gelegt, und die Gebiete um Eupen-Malmedy und Moresnet wurden somit wieder belgisch. Am 17. Juni 1947 nahm der belgische Kassationshof die Lage der Ostkantone von vor dem Krieg wieder an.

Die belgische Regierung forderte nach dem Krieg die Annexion deutscher Gebiete. Eine neue, für Belgien vorteilhaftere Grenze sollte hergestellt werden. Außerdem sollten auch keine deutschen Exklaven mehr bestehen bleiben. Die Vennbahn sollte nun ganz über belgisches Territorium verlaufen, ohne dass westlich dieser Eisenbahn noch deutsche Siedlungen seien. Darüber hinaus wollte Belgien auch größere Gebiete der Rheinprovinz annectieren.



Wappen von Malmedy. Quelle: Heraldry of the world

Belgiens Forderungen waren wie nach dem Ersten Weltkrieg sehr weitgehend. Dies wird im Memorandum vom 3. November 1946 deutlich, das an den Rat der Außenminister der vier Großmächte in New York übergeben wurde.

Darin forderte Belgien Gebiete bei Aachen und in den Kreisen Monschau, Schleiden und Prüm, die in erster Linie auf die Tilgung der deutschen Exklaven zielten. Doch die Großen Drei waren gegen eine große Grenzänderung gegenüber Deutschland.

Quellen

Kleu, G. 2007: Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen

Nonnenmacher, G.-G. 1965: La grande honte, de l'incorporation de force des Alsaciens-Lorrains, Eupénois-Malmédiens et Luxembourgeois dans l'armée allemande au cours de la deuxième guerre mondiale, Association des Évadés et Incorporés de Force, Colmar

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210.

Grenzänderung 70 - 1944: Elsass-Lothringen

1944: Frankreich befreit

Frankreich wurde ab der Invasion in der Normandie am 6. Juni 1944 bis gegen Ende des Jahres 1944 von den alliierten Truppen endgültig befreit und wiederhergestellt. Die Grenzen wurden auf den Stand von 1939 zurückgebracht.

Charles de Gaulle sprach 1944 vom Rhein als natürlicher Grenze Frankreichs. Er wollte, dass Deutschland nach dem Krieg große Gebietsverluste erleiden sollte. Unter dem Vorwand des Schutzes vor Deutschland forderte er den Anschluss des Saargebietes an Frankreich. Darüber hinaus verlangte er, dass das restliche westrheinische Gebiet aus Deutschland herausgelöst und durch eine Wirtschaftsunion an Frankreich gebunden werden sollte. Die wirtschaftlich wichtige Ruhr sollte unter internationale Verwaltung gestellt werden.



De Gaulle konnte sich jedoch nicht gegen die anderen Siegermächte durchsetzen. Frankreich war mit seiner provisorischen Regierung erst im Herbst 1944 von den Alliierten und später dann auch von der Sowjetunion als vierte Siegermacht anerkannt worden. So wurde Frankreich auch erst später an der Kontrolle Deutschlands beteiligt.

General De Gaulle (1942)

Quellen

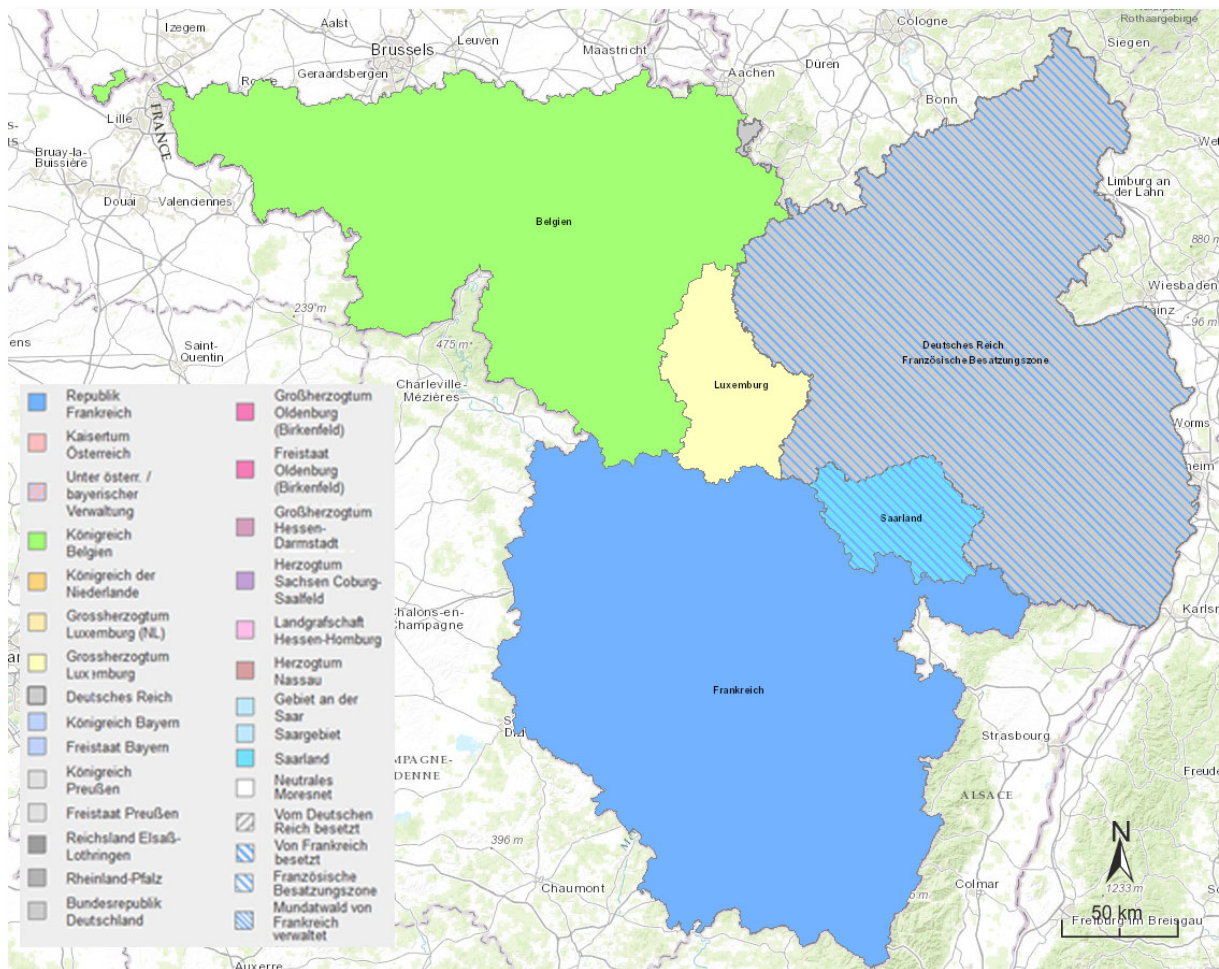
Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main, S. 44

Mieck, I. 1990: Deutschlands Westgrenze, In: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, Hrsg. v. A. Demandt, München, S. 191-234, S. 220

VII - 1944-1946

VII. Ende des Zweiten Weltkrieges und Besetzung Deutschlands (1944-1946)

Das nationalsozialistische Deutschland wurde seit Anfang 1943 immer weiter zurückgedrängt. Von Westen her drangen Anfang des Jahres 1945 die Westalliierten Streitkräfte ins Herz des Deutschen Reiches vor, während im Osten die Rote Armee die deutschen Stellungen überrannte. Das Deutsche Reich führte den Krieg jedoch unbeirrt weiter, auch als die Reichshauptstadt Berlin bereits von der Roten Armee eingekesselt war. Am 30. April 1945 nahm Adolf Hitler sich das Leben und die Wehrmacht kapitulierte schließlich am 8. Mai. Der Krieg in Europa, der Millionen von Menschenleben gekostet hatte, war zu Ende. Belgien, Luxemburg und Frankreich waren befreit worden.



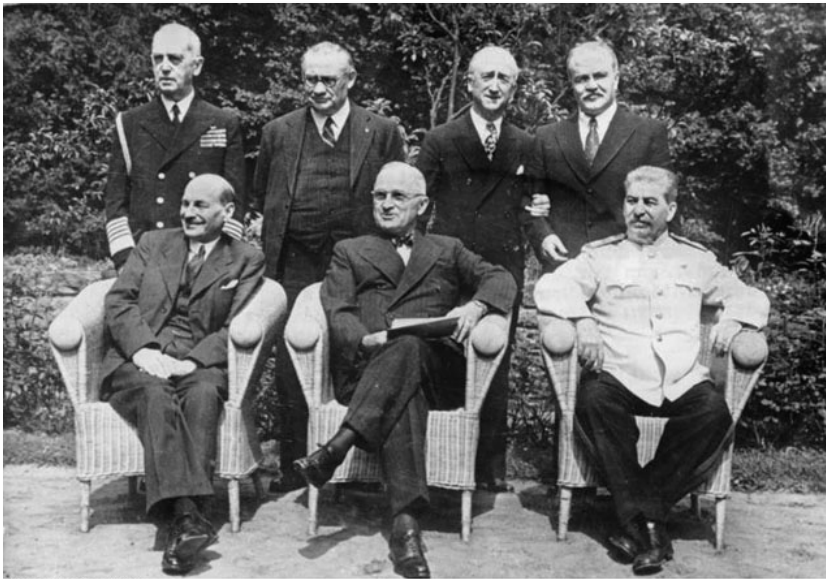
Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux nach Kriegsende im April 1945.

Quelle: GR-Atlas

Nachdem der Krieg in Europa beendet war, kamen bei den an Deutschland angrenzenden Staaten Annexionswünsche auf. Frankreich, Belgien, aber auch Luxemburg wollten ihre Grenzen zu Deutschland nach Osten hin verschieben. In London trafen vom 14. Januar bis zum 25. Februar 1947 die Stellvertreter der Außenminister von Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und der

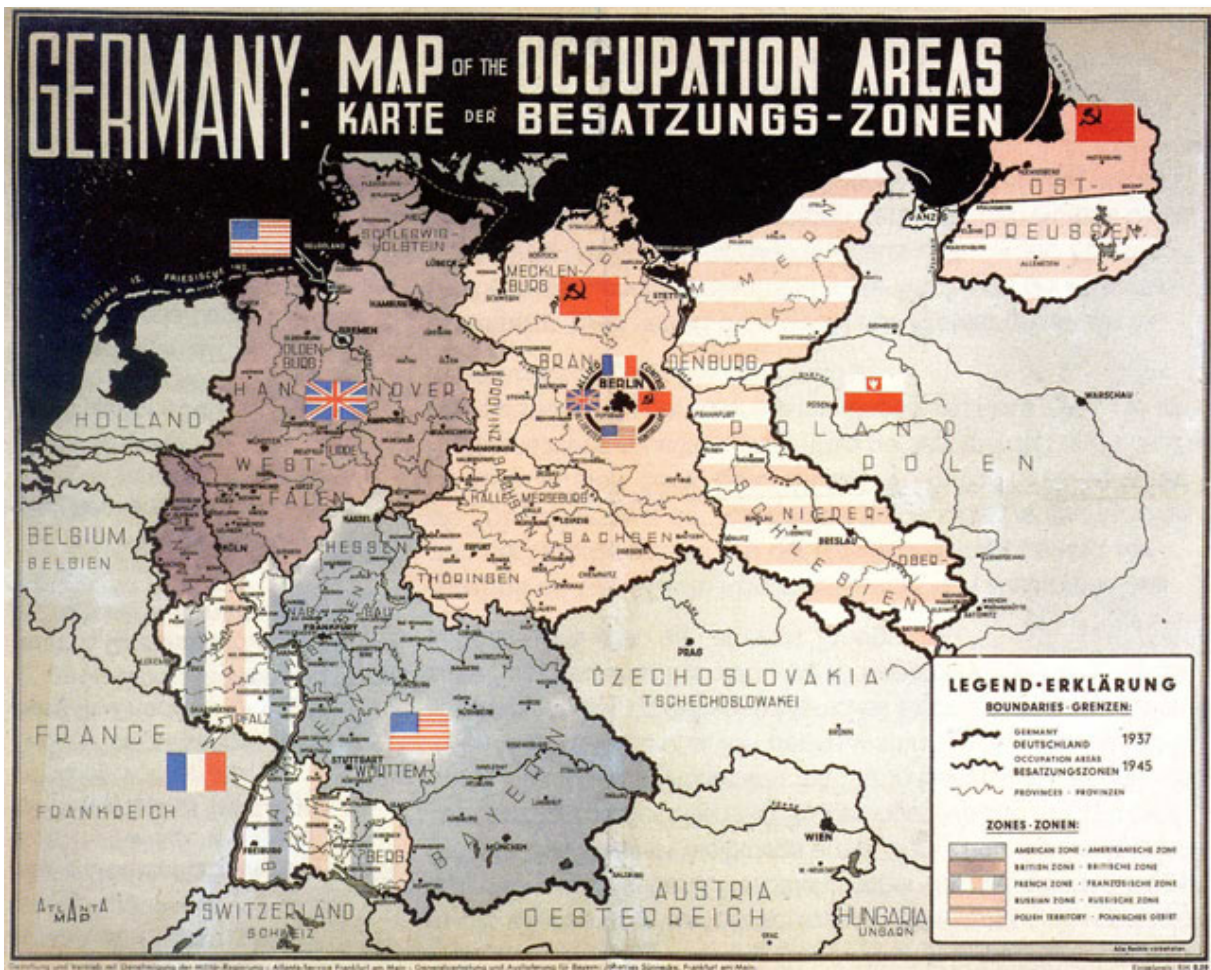
Sowjetunion zusammen, um über die Vorbereitungen des Friedensvertrags mit Deutschland zu beraten. Die an Deutschland angrenzenden Staaten forderten Kriegsentschädigungen in Form von Gebietsabtretungen von Seiten Deutschlands. Das Gewicht der luxemburgischen und belgischen Forderungen

war allerdings sehr schwach. Doch auch die Stimme Frankreichs war nicht sonderlich einflussreich. Die Forderungen nach Annexionen der kleinen Alliierten sowie die Forderung Frankreichs nach Annektierung des Saarlandes erfüllten sich dementsprechend nicht.



Bundesarchiv, Bild 183-R00905
Foto: o. Ang. 11-46 Juli - August

Potsdamer Konferenz
1945. Quelle: Dt. Bundesarchiv



Karte der Besatzungszonen in Deutschland 1945. Quelle: Dt. Bundesarchiv

Die Großmächte teilten Deutschland in Besatzungszonen ein. Dies wird zur Auflösung der Rheinprovinz und zur Gründung des Landes Rheinland-Pfalz führen. Besonders interessant ist auch die Entwicklung des Saargebietes, das in den auf den Zweiten Weltkrieg folgenden Jahren große Veränderungen erleben wird.

Quellen

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, S. 7

Durand, Y. 1989: La France dans la 2^e guerre mondiale, 1939-1945, Armand Colin, Paris, S. 172

Grenzänderung 71 - 1945: Rheinprovinz

1945: Auflösung der Rheinprovinz

Erst auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 wurde die Errichtung einer französischen Zone in Deutschland durch die "Großen Drei" Churchill, Roosevelt und Stalin beschlossen. Am 20. Februar 1945 wurde festgehalten, dass die Regierungsbezirke von Koblenz und Trier, das Saarland und die Pfalz zu der französischen Zone zählen würden. Die Gebiete der heutigen Rheinland-Pfalz und des Saarlandes waren Anfang 1945 von amerikanischen Truppen besetzt. Diese wurden jedoch im Laufe des Jahres 1945 von französischen Truppen ersetzt.

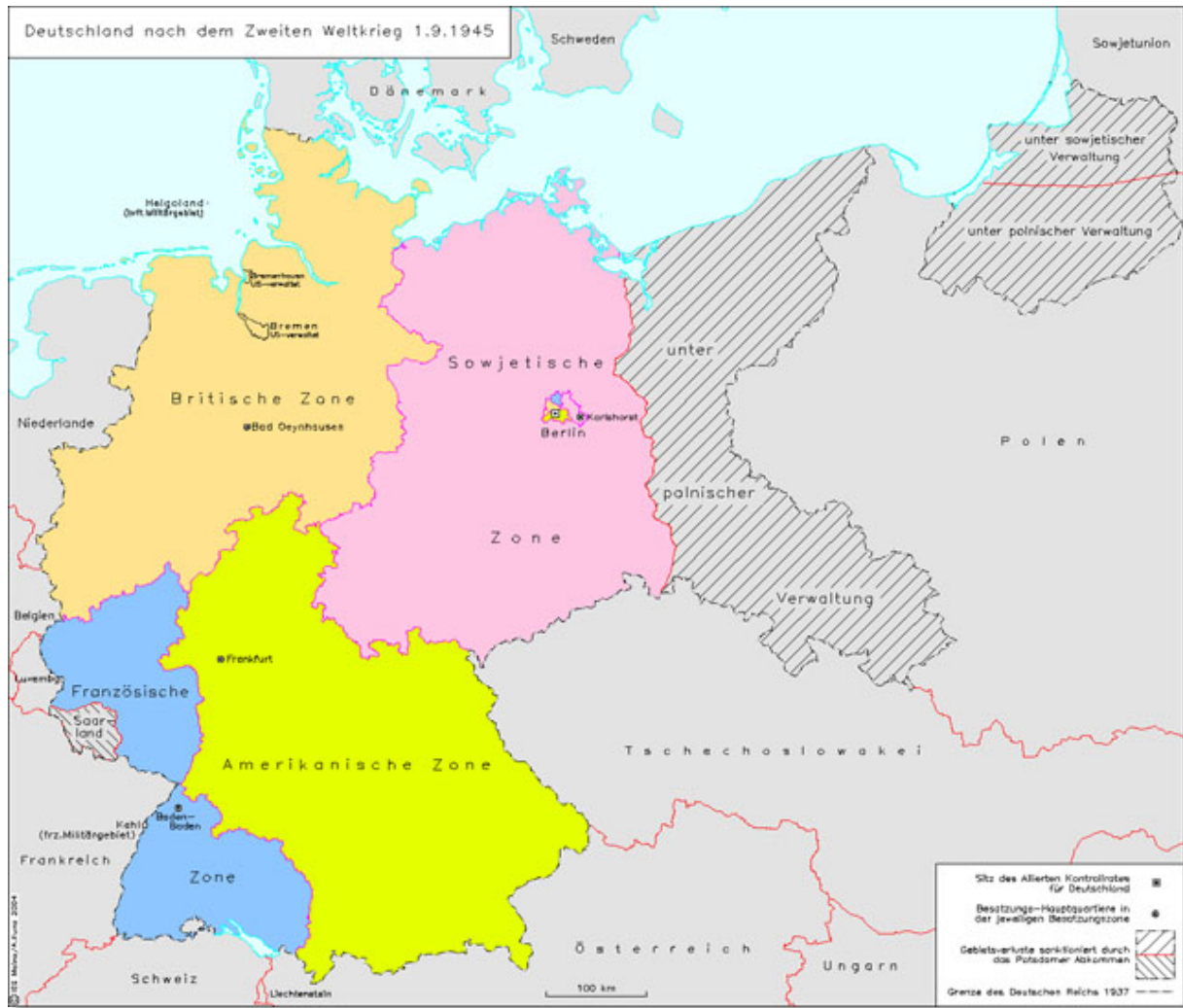
Es kam des Öfteren zu Streitereien zwischen den Franzosen und den Briten, wenn es um die Zonen Grenzen ging, denn jeder wollte eine möglichst große Zone kontrollieren. Aus diesem Grund entwickelten sich die Grenzen zwischen den jeweiligen Besatzungszonen zu einer Art Barriere. Dies wird bei der Einteilung der Rheinprovinz in eine britische und eine französische Zone deutlich, was schließlich zur Teilung der Rheinprovinz führte. Somit war die Teilung der Rheinprovinz durch die Alliierten erfolgt und am 26. Juli 1945 schriftlich festgehalten worden.

Die deutsche Bevölkerung stand der Teilung der Rheinprovinz negativ gegenüber. Dies ist aber auch darauf zurückzuführen, dass die Handelswege sowie die Verkehrsachsen dieses einst homogenen Gebietes nun zerschnitten waren. Doch nicht nur die Grenze zwischen der französischen und der britischen Zone trennte einst homogenes Gebiet: Der Rhein wurde zur Demarkationslinie zwischen der amerikanischen und der französischen Zone. Aus diesem Grund verlor die Stadt Mainz ihre rechtsrheinisch gelegenen Vororte. Ein anderes Beispiel ist der Kreis Worms, der seine rechtsrheinischen Gemeinden verlor.

Quellen

Dorfey, B. 1993: Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuordnung, Köln

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droege, Düsseldorf, S. 367-474



Deutschland nach dem 2. Weltkrieg (1.9.1945). Quelle: © A. Kunz, IEG-MAPS

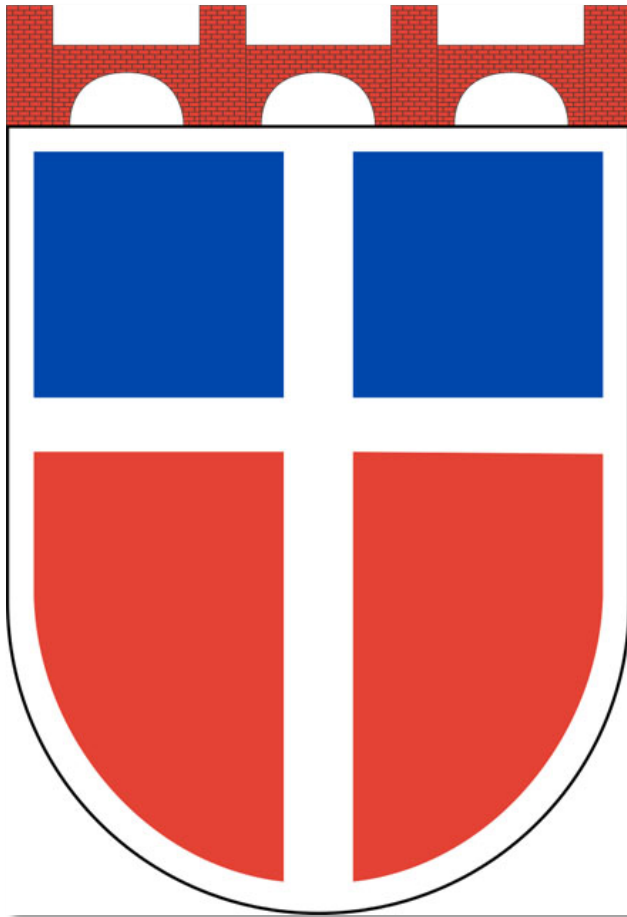
Grenzänderung 72 - 1945: Saarland

1945: Saarland französische Besatzungszone

Die letzte große Gebietsfrage die Großregion betreffend war die Saarfrage. Frankreich wollte sich dieses Gebiet ein für allemal einverleiben. Aus diesem Grund wurde es anders als die restlichen von Frankreich besetzten Gebiete behandelt.

Das Saarland war zusammen mit anderen westrheinischen Gebieten sowie weiteren Gebieten am Rhein am 26. Juli 1945 zur französischen Besatzungszone erklärt worden. Französische Truppen sowie ein französischer "Délégué Supérieur" waren nun für das Saarland zuständig.

Die französische Linie hinsichtlich der Saar kann in drei Punkten zusammengefasst werden: Erstens die Abtrennung von Deutschland, zweitens Bindung durch Wirtschaftsanschluss an Frankreich und drittens die Vereinigung mit Frankreich als eventuelles Fernziel.

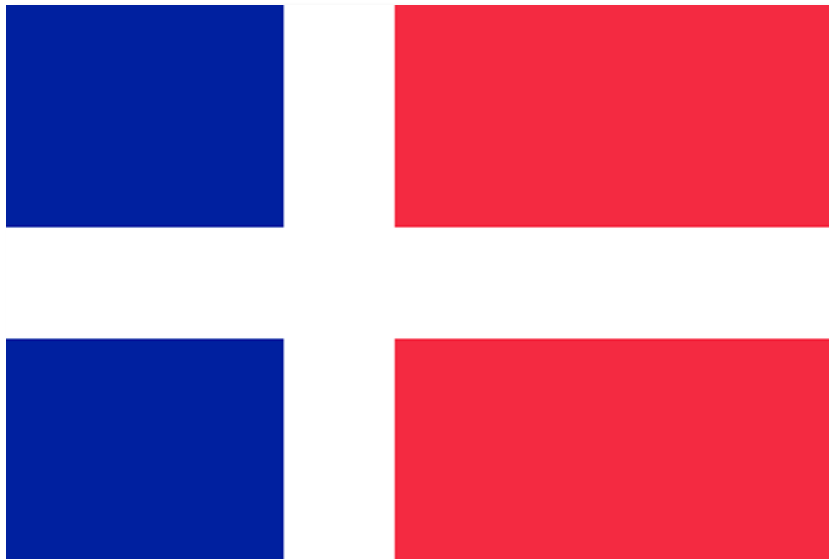


Wappen des Saarlandes 1947-1956

Dafür benötigte Frankreich allerdings die Unterstützung der restlichen Alliierten. Die Amerikaner machten jedoch einen Unterschied zwischen der wirtschaftlichen Verbindung des Saarlandes mit Frankreich und der politischen Einverleibung. Somit fiel diese Option für Frankreich weg und es wurde amtlich nicht mehr von einer Annexion des Saarlandes gesprochen. Die Franzosen wussten, dass dies nicht möglich war, denn eine Annexion hätte weder die Zustimmung der Alliierten, noch die der im Saarland lebenden Bevölkerung gefunden. Das Saarland sollte also zumindest von Deutschland losgelöst werden.

Ein Verfechter dieser Idee war Abel Verdier, der eine sofortige Annexion der Saar durch Frankreich zwar ablehnte, sich jedoch für ein Sonderstatut des Saarlandes einsetzte. In der Zeit, in der das Saarland unter dem Sonderstatut stünde, sollte den Bewohnern die fran-

zösische Kultur und Wirtschaft näher gebracht werden, um zu einem späteren Zeitpunkt mit Frankreich verbunden zu werden.



*Flagge des Saarlandes
1947-1956*

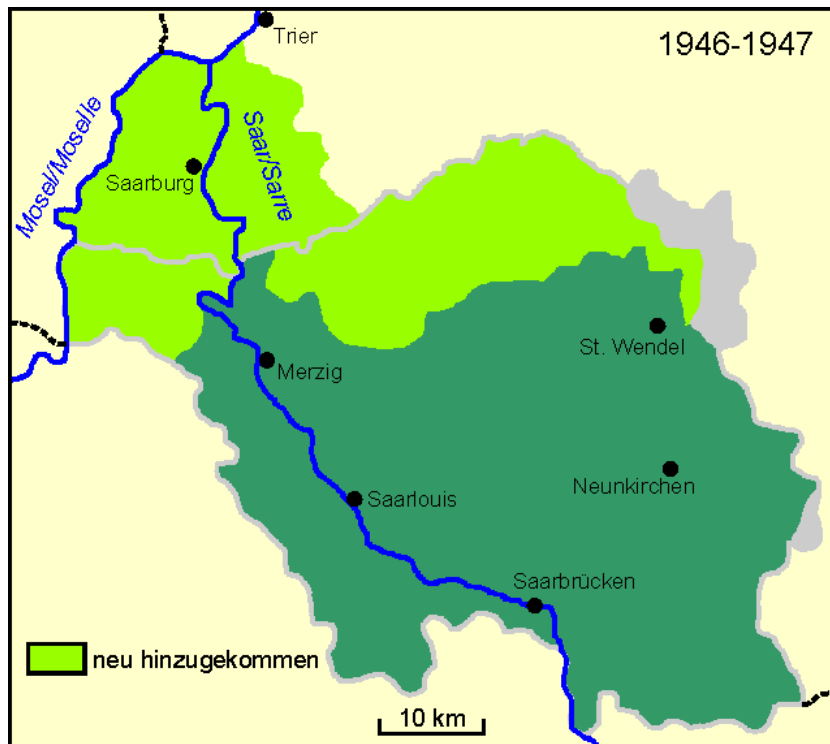
Quellen

Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main

Grenzänderung 73 - 1946: Saarburg, Wadern...

1946: Saarburg, Wadern und einige Gemeinden des Landkreises Trier ans Saarland angeschlossen

Im Juli 1946 änderte die französische Militärverwaltung einseitig die Grenzen des Saarlandes. Dabei kamen die Kreise Saarburg und Wadern sowie einige Gemeinden des Landkreises Trier an das Saargebiet und rundeten es ab.



Offiziell bestand die französische Erklärung, die ländlichen Gegenden ins Saarland mit einzubeziehen, darin, die Lebensmittelknappheit in dieser vorwiegend industriellen Region zu bekämpfen. Doch die wahre Begründung war, dass mit dieser Grenzziehung das Saarland eine direkte Grenze mit Luxemburg erhielt.

Das Saarland nach der Erweiterung durch die französische Militärverwaltung im Juli 1946

So fiel der Korridor weg, der den Deutschen den Zugang zur französischen Grenze erlaubte. Diese eigenmächtige Grenzziehung der Franzosen die 142 Gemeinden umfasste, führte zum Streit mit den Amerikanern und den Engländern. Schließlich musste Frankreich im Juni 1947 einlenken. Die Erscheinung des Saarlandes hatte sich deutlich gegenüber 1939 geändert: Hatte es 1939 noch eine Ausdehnung von 1 925 km², so verfügte es im Juli 1946 über eine Fläche von 2 866 km².

Quellen

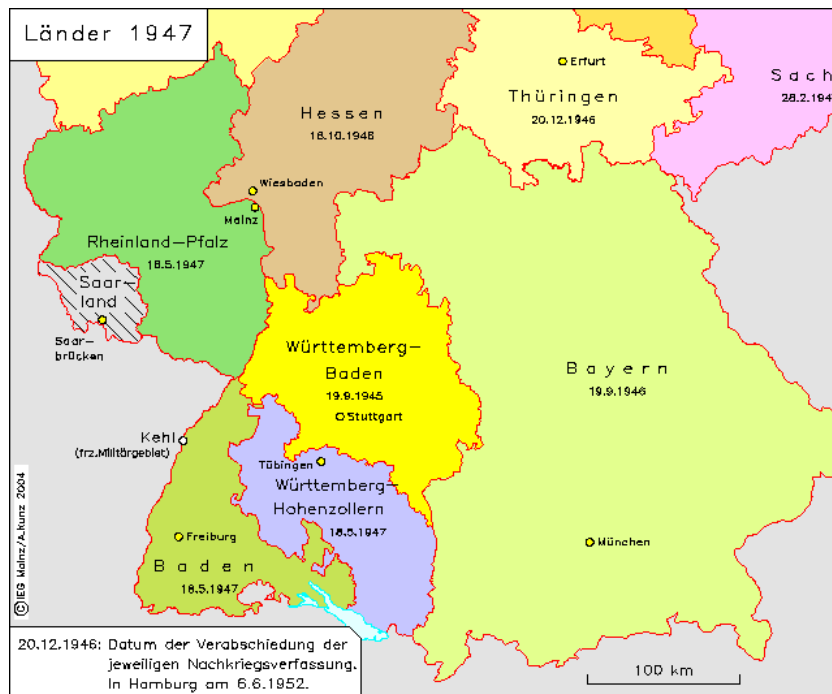
Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main

Petry, L. 1966: Der Saar- und Moselraum im geschichtlichen Wechsel der Grenz- und Binnenlage, In : Heimatbuch des Kreises Saarburg, Hrsg. von der Kreisverwaltung Saarburg, Saarburg, S. 5-14, S. 12

Grenzänderung 74 - 1946: Pfalz, Mainz, Trier...

1946: Gründung des Landes Rheinland-Pfalz

Ebenso interessant wie die Teilung der Rheinprovinz ist die Tatsache, dass die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz auch nicht auf die Deutschen zurückzuführen ist. Im Gegenteil, die Bevölkerung blieb der ehemaligen Rheinprovinz verbunden.



Die deutschen Länder 1947 (Auszug). Quelle: © A. Kunz, IEG-MAPS

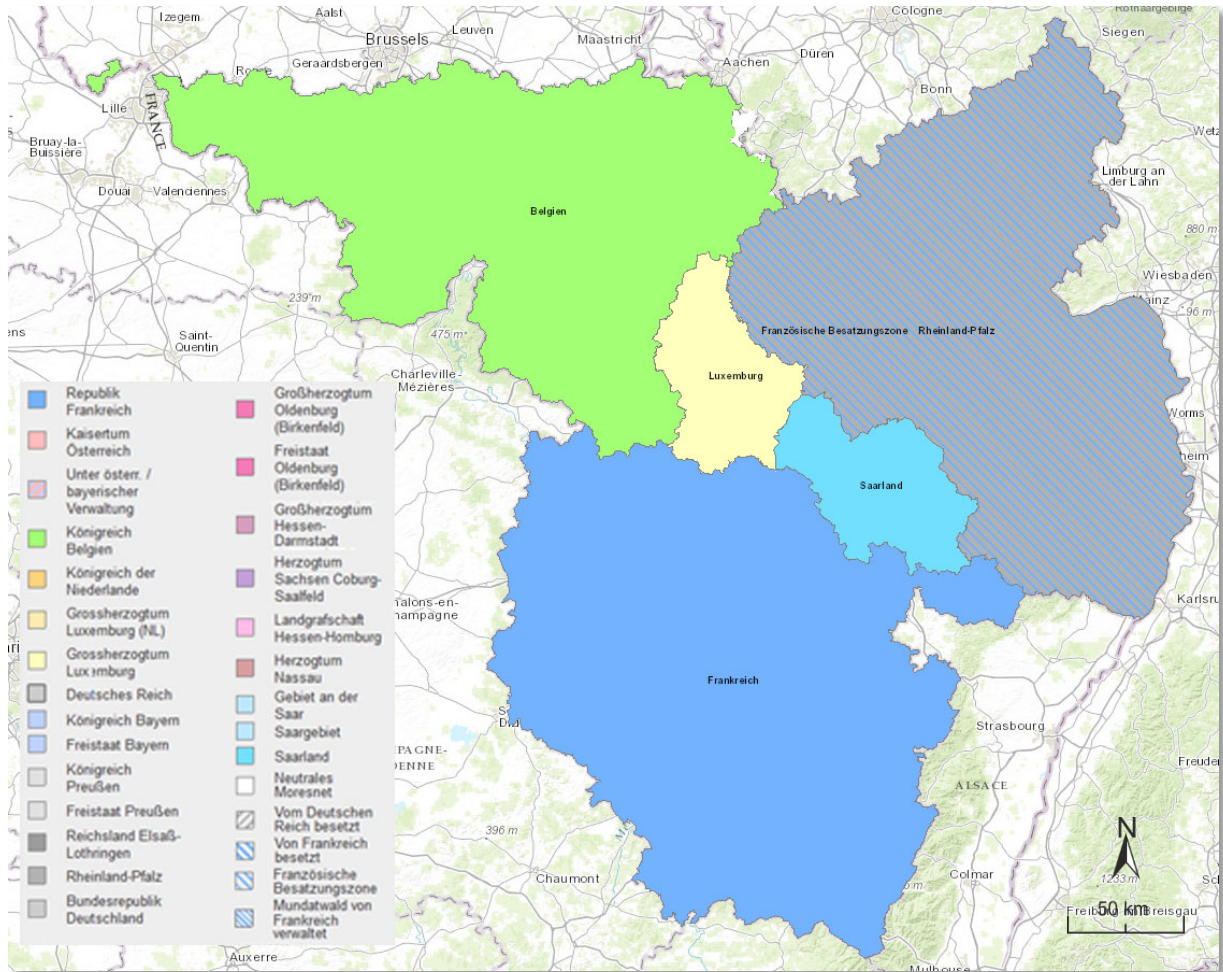
Bei der Neuorganisation des südlichen Rheinlandes ist die Rolle Frankreichs einmal mehr von Bedeutung. Am 15. Juni 1946 kündigte Paris an, einen rheinischen Staat zu gründen, der im Inneren der Deutschen Föderation existieren solle. Der französische General Koenig, der auch Militärgouverneur der französischen Besatzungszone in Deutschland war, erklärte,

dass ein Land aus den Regierungsbezirken Koblenz, Trier, Rheinhessen und der Pfalz gegründet werden solle. Die Hauptstadt dieses neuen Gebildes sollte Mainz sein. Somit war die Zonengrenze endgültig zu einer Landesgrenze geworden. Die deutschen Politiker dieser Region forderten ihrerseits immer noch die Wiedervereinigung der geteilten Rheinprovinz. Am 30. August 1946 stand dann die Bildung eines "rheinpfälzischen Landes" fest, bestehend aus der Pfalz und den Regierungsbezirken Mainz, Trier, Koblenz und Montabaur.

Quellen

Dorfe, B. 1993: Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuordnung, Köln

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droege, Düsseldorf, S. 367-474, S. 458.

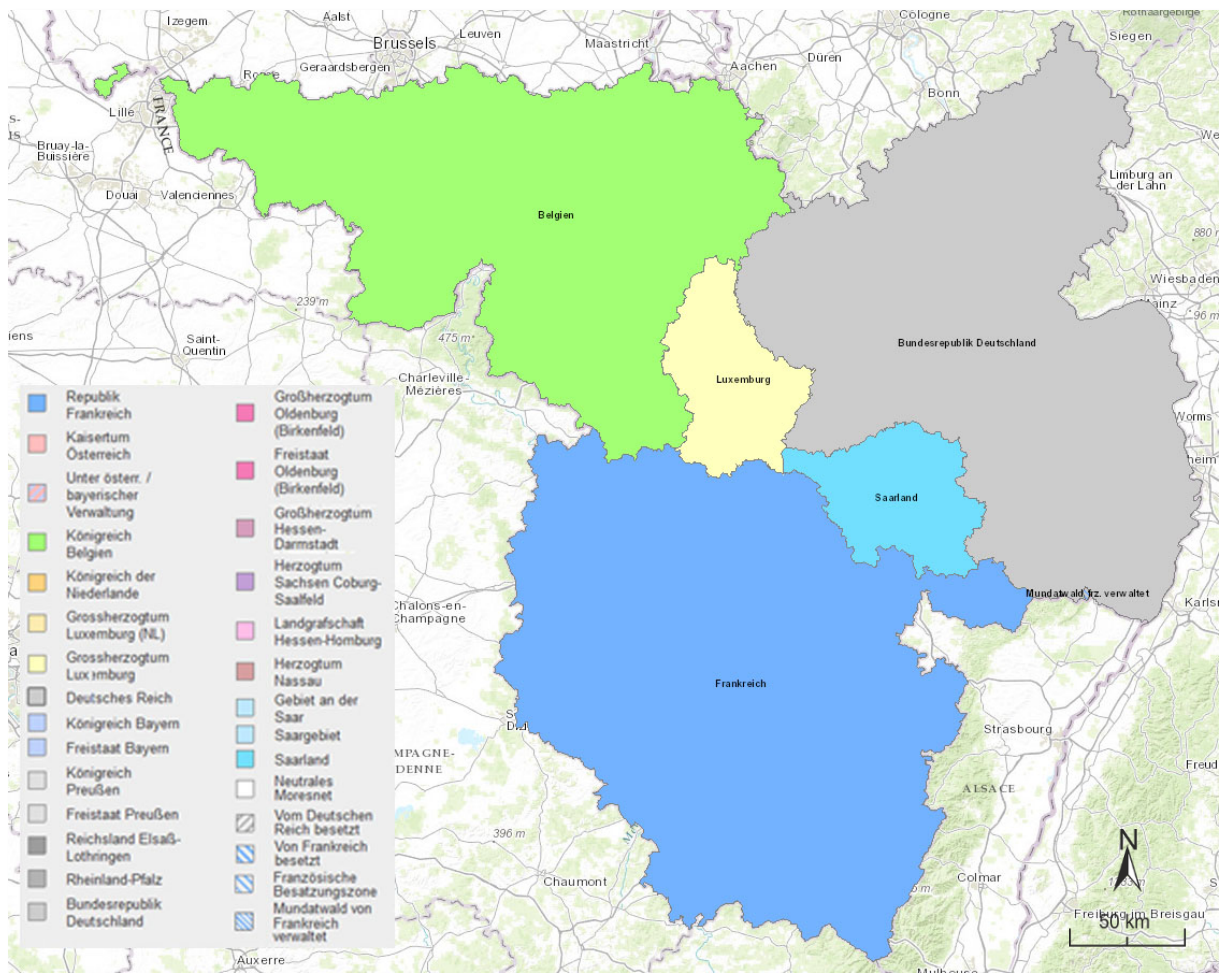


Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1946. Quelle: GR-Atlas

VIII - 1947-1959

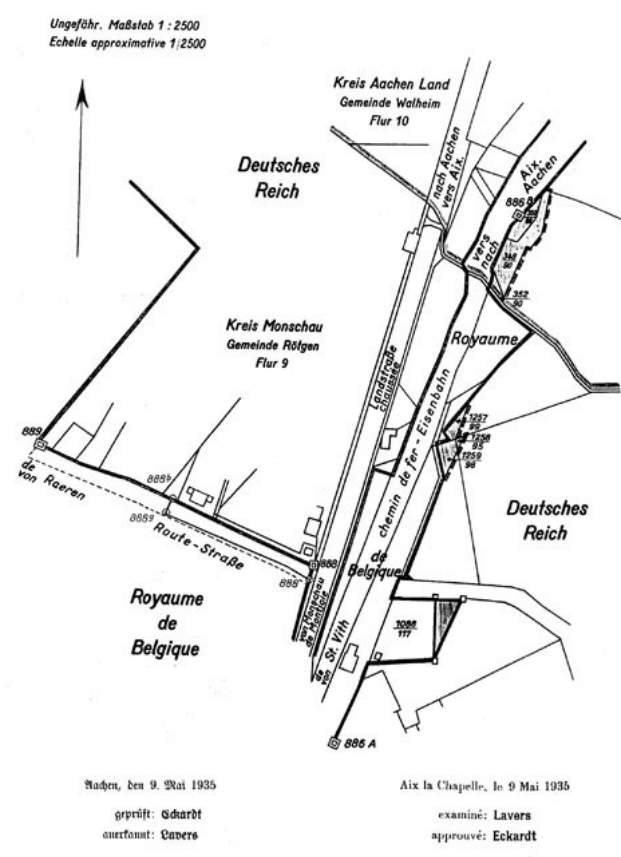
VIII. Die friedliche Festlegung der Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg (1947-1959)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der Großregion viele Grenzänderungen vollzogen, die in direktem Kontext zum Krieg stehen. Verschiedene kleinere Territorien gehen in die Verwaltung der westlichen Nachbarn Deutschlands über. In den Sechs-Mächte-Empfehlungen der Londoner Konferenz vom 7. Juni 1948 wurde unter Punkt 4 "Vorläufige territoriale Vereinbarungen" dann folgendes festgehalten: *"Die Delegationen sind übereingekommen, ihren Regierungen zur Überprüfung Vorschläge bezüglich gewisser geringfügiger vorläufiger territorialer Begradigungen in Verbindung mit den Westgrenzen Deutschlands zu unterbreiten."* Daraufhin wurden kleinere Revisionen an der deutschen Westgrenze diskutiert. Am 26. März 1949 wurden die Grenzänderungen in Paris im "Sechs-Mächte-Kommuniqué" veröffentlicht. Die Grenzberichtigungen wurden durch die Verordnungen der Militärbefehlshaber der jeweiligen Zonen in Kraft gesetzt:



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1956. Quelle: GR-Atlas

Durch die französische Militärverordnung Nr. 212 vom 23. April 1949 wurde eine Änderung des Grenzverlaufes bei Weißenburg (Wissembourg) vollzogen. Es handelt sich jedoch nur um die Übertragung der Gebietshoheit des Mundatwaldes. Am 23. April 1949 verlegte Belgien seine Grenze nach Osten. An



diesem Tag kamen lediglich die Ortschaften Aachen-Bildchen, Losheim, Losheimergraben und Hemmeres sowie einige Wiesen und Waldgebiete unter vorläufige belgische Verwaltung.

Deutschland musste auch die Kontrolle der Straßen Roetgen-Konzen sowie Roetgen-Lammeresdorf an Belgien abtreten. In Zahlen gefasst entsprach dies alles in allem einer Fläche von insgesamt 20 km² und einer Bevölkerung von ungefähr 1 000 Einwohnern. Luxemburg bekam 1949 die Verwaltung des Kammerwaldes zugeteilt.

Plan der Grenzänderungen an der deutsch-belgischen Grenze 1949. Quelle: Fagnoul, K. 2003, S. 72



Auch die Saarfrage wurde weiter behandelt. So änderte sich das Territorium des Saarlandes auch noch während der späten vierziger Jahre. Im Kontext des Schumanplans kamen Deutschland und Frankreich auf das Statut der Saar zu sprechen. Bundeskanzler Adenauer schrieb in einem Brief an den französischen Außenminister Robert Schuman, dass die Bundesrepublik Deutschland das gegenwärtige Statut der Saar nicht anerkenne. Somit blieb die Saarfrage vorerst noch offen.

Ein wichtiger Punkt in diesem Zeitraum ist die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die am 23. Mai 1949 aus den drei westlichen Besatzungszonen hervorging. Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war auf dem Gebiet des Deutschen Reiches ein neues politisches Gebilde entstanden.

Werbeplakat der CVP für das Saarstatut 1954/55. Quelle: saar-nostalgie.de



Postkarte zum Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland. Quelle: bdph.de

Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland Teil der Bundesrepublik Deutschland. Die Saarfrage war somit endgültig gelöst. Im selben Zeitraum wurden auch die deutsch-belgischen Grenzfragen friedlich und im Einvernehmen beider Staaten geregelt. Im deutsch-belgischen Abkommen vom 24. September 1956 war die Grenzsituation zwischen Belgien und Deutschland ausgehandelt worden. Sinn dieses Vertrags war es, eine Grenzerleichterung, welche die lokale Bevölkerung nicht oder so wenig wie möglich beeinträchtigen sollte, zu erreichen. In diesem Abkommen fielen fast alle seit 1949 von Belgien verwalteten Gebiete an Deutschland zurück. Ähnlich wie mit Belgien wurde auch eine Einigung zwischen Deutschland und Luxemburg gefunden.

Im deutsch-luxemburgischen Ausgleichsvertrag vom 11. Juli 1959 verzichtete Luxemburg offiziell auf den ihm am 23. April 1949 übertragenen Kammerwald.

Quellen

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main

Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main, S. 239

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen, S. 470

Lengereau, M. 1990 : Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Peter Lang, Bern, S. 69f

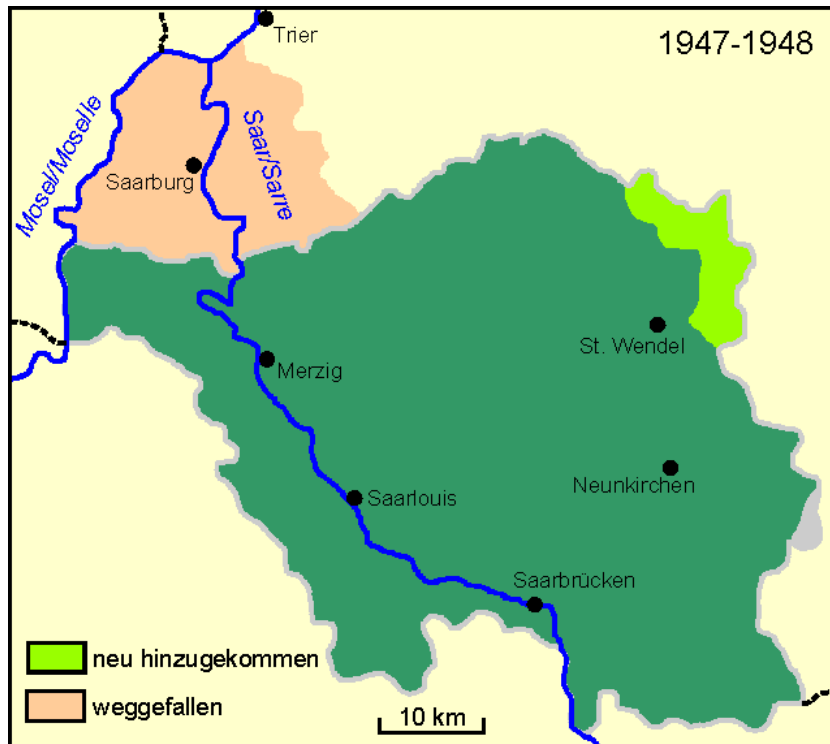
Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg von Bernhard Poll, Verlag des Aachener Geschichtsvereins, Aachen, S. 184-210.

Grenzänderung 75 - 1947: Saarburg, Birkenfeld...

1947: Saarburg vom Saarland getrennt, Teile der Kreise Birkenfeld und Kusel ins Saarland eingegliedert

Die eigenmächtige Grenzziehung der französischen Besatzungsmacht im Jahre 1946, welche 142 Gemeinden umfasste, führte zum Streit mit den Amerikanern und den Engländern. Schließlich musste

Frankreich im Juni 1947 einlenken. So wurden unter anderem Saarburg sowie der größte Teil dieses Kreises wieder vom Saarland getrennt. Gleichzeitig wurden aber auch 13 Gemeinden der Landkreise Birkenfeld und Kusel ins Saarland eingegliedert.



Das Saarland in den Grenzen von Juni 1947-1948

Quellen

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droege, Düsseldorf, S. 367-474

Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main

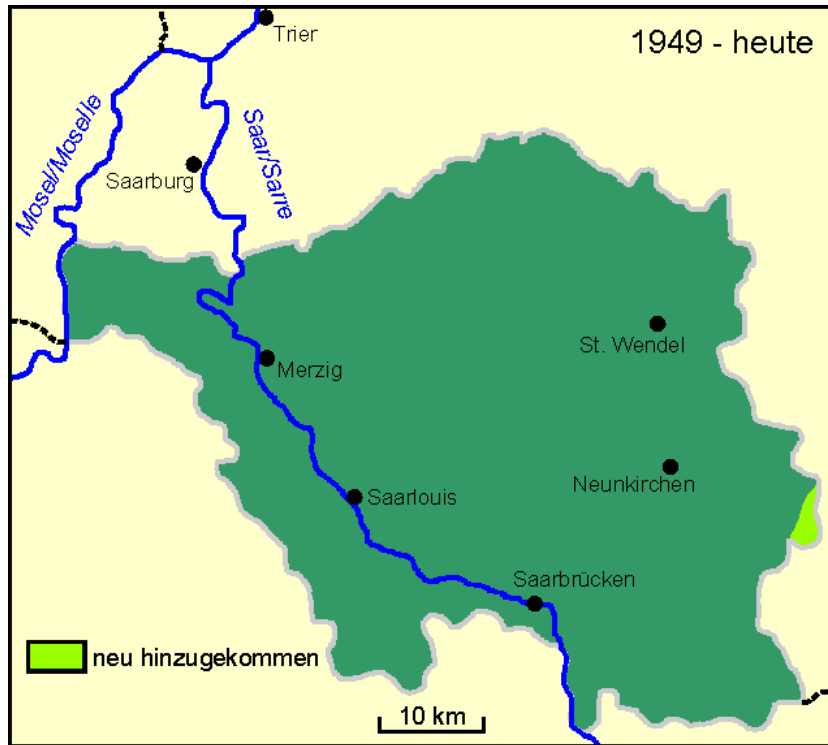
Grenzänderung 76 - 1949: Kirrberg

1949: Kirrberg geht an das Saarland

Die Erscheinung des Saarlandes hatte sich 1946 deutlich im Vergleich zu 1939 geändert. Hatte es 1939 noch eine Ausdehnung von 1 925 km², so verfügte es im Juli 1946 über eine Fläche von 2 866 km². Dabei waren 142 Gemeinden der Landkreise Saarburg, Trier und Birkenfeld von "Rheinland-Hessen-Nassau" abgetrennt und dem Saarland zugeschlagen worden. Im Juni 1947 war es dann auf eine Fläche von 2 559 km² zurückgestutzt worden, dabei erhielt das am 30. August 1946 geschaffene Land Rheinland-Pfalz 62 Gemeinden aus den Landkreisen Trier und Saarburg zurück.

Am 1. März 1949, nachdem die Londoner Sechs-Mächtekonferenz vom 1. Juni 1948 dieser Grenzregulierung zugestimmt hatte, wurde die Gemeinde Kirrberg bei Homburg noch zum Saarland geschlagen.

Im April 1949 erhielt das Saarland seine endgültige Größe von 2 567 km². Es war nun um ein Drittel größer als das im Versailler Vertrag festgelegte Gebiet. Am 5. Oktober 1947 wurde der Landtag im Saarland gewählt. Dieser ernannte die Regierung, die am 15. Oktober ihre Tätigkeit aufnahm. Anschließend entstand durch die Inkraftsetzung der Verfassung durch die französischen Oberkommandierenden das Saarland als politisches Gebilde.

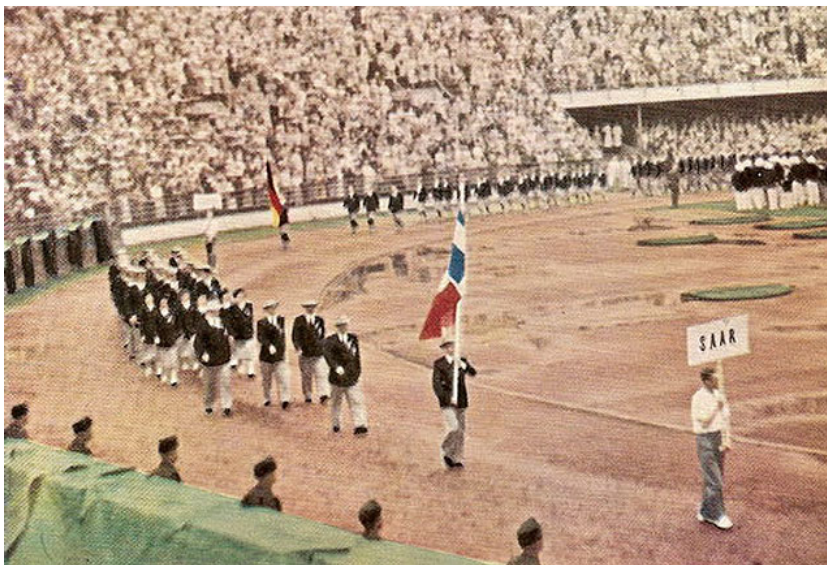


Das Saarland in den Grenzen seit 1949

Am 1. April 1948 begann die Zollunion des Saarlandes mit Frankreich. Die Saarregierung versuchte auch die Autonomie gegenüber Deutschland zu demonstrieren:

So wurde zum Beispiel am 15. Juli 1948 ein Staatsangehörigkeitsgesetz vom saarländischen Landtag verabschiedet, wobei die Saarländer als "Saarländer" und alle anderen einschließlich der Deutschen, als Ausländer betrachtet wurden.

Im Kontext des Schumanplans kamen Deutschland und Frankreich auf das Statut der Saar zu sprechen. Bundeskanzler Adenauer schrieb in einem Brief an den französischen Außenminister Robert Schuman,



dass die Bundesrepublik Deutschland das gegenwärtige Statut der Saar nicht anerkenne. Somit blieb die Saarfrage vorerst noch offen.

Einmarsch der eigenen Mannschaft des Saarlandes bei den Olympischen Sommerspielen in Helsinki 1952. Quelle: Informator-Verlag



*Saarbriefmarke aus den
50er Jahren*

Quellen

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droege, Düsseldorf, S. 367-474

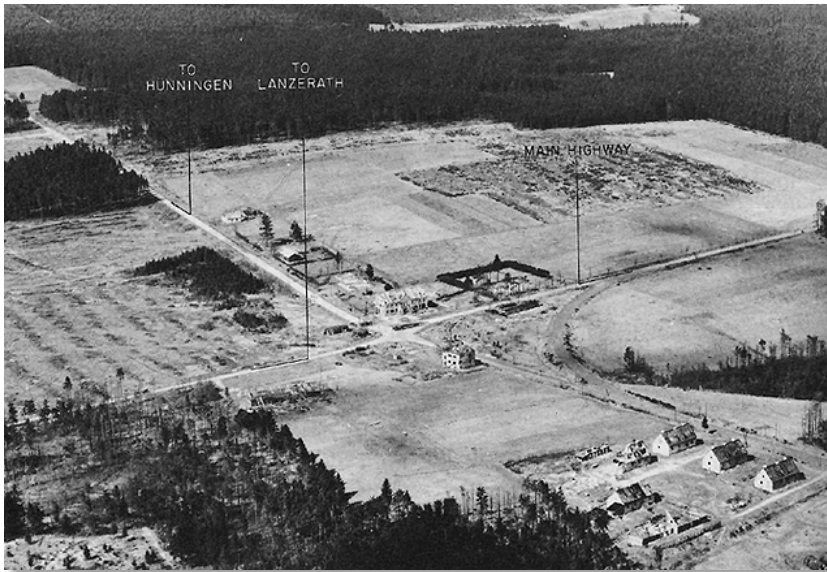
Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main

Grenzänderung 77 - 1949: Aachen-Bildchen, Losheim...

1949: Aachen-Bildchen, Losheim, Losheimergraben und Hemmeres unter vorläufige belgische Verwaltung gestellt

Die belgische Regierung forderte nach dem Krieg die Annexion deutscher Gebiete. Eine neue, für Belgien vorteilhaftere Grenze sollte hergestellt werden. Außerdem sollten auch keine deutschen Exklaven mehr bestehen bleiben. Die Vennbahn sollte nun ganz über belgisches Territorium verlaufen, ohne dass westlich dieser Eisenbahn noch deutsche Siedlungen seien. Darüber hinaus wollte Belgien auch größere Gebiete der Rheinprovinz annektieren. Belgiens Forderungen waren wie nach dem Ersten Weltkrieg sehr weitgehend.

Dies wird im Memorandum vom 3. November 1946 deutlich, das an den Rat der Außenminister der vier Großmächte in New York übergeben wurde. Darin forderte Belgien Gebiete bei Aachen und in den Kreisen Monschau, Schleiden und Prüm, die in erster Linie auf die Tilgung der deutschen Exklaven zielten. Die alliierten Besatzungsmächte gestanden Belgien im Zusammenhang der Sechs-Mächte-Empfehlungen der Londoner Konferenz vom 7. Juni 1948 die Verwaltung von deutschen Gebieten zu. Doch der belgische Außenminister Spaak war im Kontext eines zu formenden gemeinsamen Europas gegen Gebietszugewinne Belgiens gegenüber Deutschland. Hinzu kommt, dass in der belgischen Öffentlichkeit eine nicht zu ignorierende annexionsfeindliche Stimmung herrschte. Belgien verzichtete aus diesen Gründen am 16. April 1949 offiziell auf den Großteil der angestrebten Grenzänderungen.



*Gefechtsfeld am Grenz-
übergang Losheimergra-
ben, 1944. Quelle: U.S.
Army Center for Military
History*

Am 23. April 1949 verlegte Belgien seine Grenze nach Osten. Es kamen jetzt lediglich die Ortschaften Aachen-Bildchen, Losheim, Losheimergraben und Hemmeres sowie einige Wiesen und Waldgebiete unter vorläufige belgische

Verwaltung. Deutschland musste auch die Kontrolle der Straßen Roetgen-Konzen sowie Roetgen-Lammeresdorf an Belgien abtreten. Insgesamt entsprach dies einer Fläche von 20 km² und einer Bevölkerung von ungefähr 1 000 Einwohnern. Was die deutsche Bevölkerung in den nun unter belgischer Verwaltung stehenden Gebieten angeht, so war der Großteil nach dem Krieg nicht sonderlich negativ dagegen eingestellt, denn in Belgien waren die Lebensbedingungen besser als im völlig zerstörten und unorganisierten Deutschland. Belgien verwaltete die deutschen Gebiete bis zum Jahr 1956. Im Abkommen vom 24. September 1956 sollte die Situation zwischen Belgien und Deutschland schließlich friedlich und im Einvernehmen ausgehandelt werden.

Quellen

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen

Kleu, G. 2007: Die Neuordnung der Ostkantone Belgiens 1945-1956. Politik, Kultur und Wirtschaft in Eupen, Malmedy und St. Vith, Essen

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210.

Grenzänderung 78 - 1949: Mundatwald

1949: Mundatwald unter französische Verwaltung gestellt

Durch die französische Militärverordnung Nr. 212 vom 23. April 1949 wurde eine Änderung des Grenzverlaufes bei Weißenburg (Wissembourg) vollzogen. Es handelt sich jedoch nur um die Übertragung der Gebietshoheit des Mundatwaldes. Die Begründung dafür war der angestrebte Besitz der Quellen für die Trinkwasserversorgung für die Ortschaft Weißenburg.

Frankreich war in diesem Kontext im "Sechs-Mächte-Kommuniqué" vom 26. März 1949 ein 6,9 km² großes Gebiet des Mundatwaldes zugesagt worden. Durch die französische Besatzungsverordnung



Nummer 212 vom 23. April 1949 wurde diese Grenzberichtigung in Kraft gesetzt. In der Verordnung 212 steht den Mundatwald betreffend, dass im Wald von Mundat das Tal des Buchbach und die Quellen, welche die Stadt Wissembourg mit Trinkwasser versorgen, unter französische Verwaltung gestellt werden, wobei das Gebiet deutsch blieb.

Mundatwald. Foto: Wanderportal Pfalz

Als die französischen Vermarker am 23. April 1949 den künftigen Grenzverlauf markierten, schnitten sie eine tiefe Schneise ins deutsche Gebiet und somit fiel auch die Ortschaft St. Germanshof in das von Frankreich zu verwaltende Gebiet. Aufgrund von Protesten der deutschen Seite wurde St. Germanshof dann aus dem Gebiet herausgenommen, jedoch wurden weitere unbewohnte Gebiete in das von Frankreich zu verwaltende Gebiet miteinbezogen. Es handelt sich dabei durchweg um unbewohntes Gebiet, das Frankreich unter seine Kontrolle nahm, in der Hoffnung, dieses eines Tages annektieren zu können.

Quellen

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Frankfurt am Main

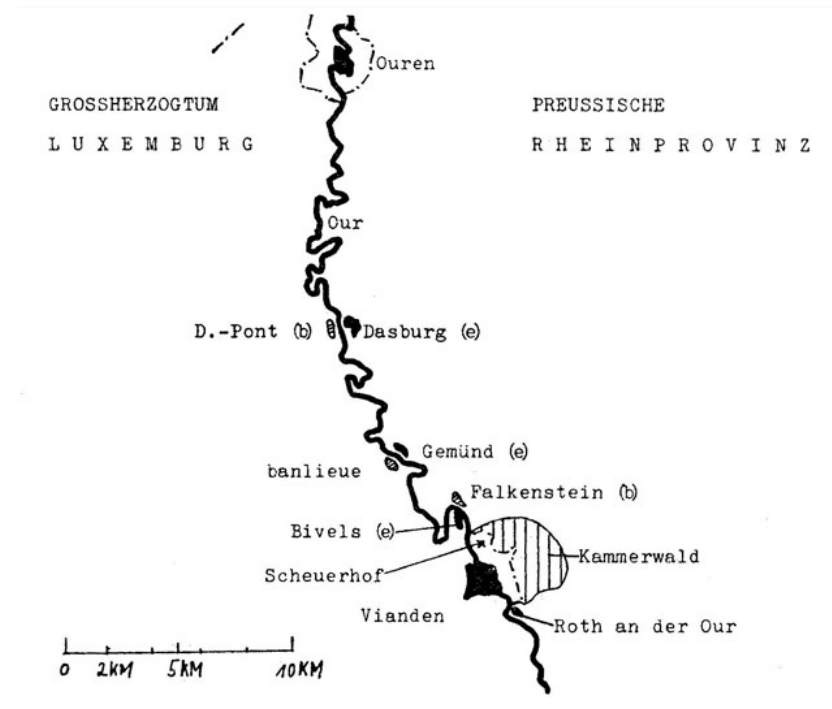
Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen, S. 577

Grenzänderung 79 - 1949: Kammerwald

1949: Kammerwald unter luxemburgische Verwaltung gestellt

Die luxemburgische Nationale Union wollte, dass die Gebiete, die durch den Wiener Kongress vom ehemaligen Herzogtum Luxemburg abgespalten worden waren, wieder an Luxemburg angeschlossen würden. Somit gab es in Teilen der Bevölkerung den Wunsch eines "Großluxemburg". Nach der Nationalen Union sollte Luxemburg bis an die Saar erweitert werden. Diese Forderungen wurden mehrmals betont. Der Großteil der Bevölkerung war jedoch gegen diese weitreichenden Annexionspläne. Viele Menschen hatten Angst vor einer Überfremdung Luxemburgs, wenn mehrere Zehntausend Deutsche

dem Land einverleibt würden. Die Annexionspläne Luxemburgs ließen sich sowieso ohne die Abseignung durch die Alliierten nicht durchführen. Der Großteil der Bevölkerung war lediglich für eine schlichte Grenzänderung zu Gunsten Luxemburgs. Die Luxemburger Regierung verlangte im Memorandum vom 27. November 1946 eine Grenzverschiebung von 5 bis 10 km ins deutsche Gebiet hinein. Diese Forderung wurde jedoch, genau wie die belgische und die französische, nicht von den "Großen Drei" USA, Großbritannien und Sowjetunion mitgetragen.



Grenzverlauf der deutsch-luxemburgischen Grenze im Bereich Sauer und Our.

Quelle: Summa, Christoph 1980, S. 73

Lediglich kleine Grenzänderungen Deutschland gegenüber wurden den westlichen Alliierten 1949 gestattet. Luxemburg betreffend sei in diesem Kontext der Erlass vom 23. April 1949 erwähnt, indem die französische Militärregierung die Eingliederung des Kammerwaldes mit der Ortschaft Roth ins luxemburgische

Staatsgebiet festlegte. Hierbei handelt es sich um die französische Militärregierungs-Verordnung Nr. 212. Dem Großherzogtum Luxemburg war so die Verwaltung eines 547 ha großen Gebietes nahe der Ortschaft Vianden zugestanden worden. Doch Luxemburg verzichtete auf die Verwaltung des Dorfes Roth, so dass nur der Kammerwald temporär verwaltungstechnisch von Deutschland getrennt wurde. Die luxemburgische Bevölkerung und die politisch Verantwortlichen waren nicht außerordentlich auf den Besitz dieses unbedeutenden Waldes erpicht und strebten eine anderwärtige Kriegsentschädigung an. Im Vertrag vom 11. Juli 1959 zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland verzichtete Luxemburg schließlich auf dieses Gebiet.

Quellen

Bartz, G. 2001: Probleme und Aspekte der deutsch-luxemburgischen Grenzvermessung 1984, Trier

Grosbusch, A.: La question des réparations dans l'opinion luxembourgeoise 1945-1949, Hémecht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Heft 4, Luxemburg, S. 569-591

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern, S. 70

Summa, C. 1980: Wie die heutige deutsch-luxemburgische Grenze im Bereich der Sauer und Our entstand, In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, Trier, 1980, Heft 2, S. 62-81.

Grenzänderung 80 - 1949: Bundesrepublik Deutschland

1949: Gründung der Bundesrepublik Deutschland



Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland aus den drei westlichen Besatzungszonen gegründet. Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war auf dem Gebiet des Deutschen Reiches ein neues politisches Gebilde entstanden. Dies war ein wichtiger Schritt für die folgenden Ereignisse. So wurden durch bilaterale Verträge die Grenzkorrekturen von 1949 teilweise wieder rückgängig gemacht. Hier muss erwähnt werden, dass das Saarland zu diesem Zeitpunkt noch nicht Teil der Bundesrepublik Deutschland war. Doch auch die Saarlandfrage sollte in den darauffolgenden Jahren gelöst werden. Deutschlands Grenzen zu seinen westlich gelegenen Nachbarn wurden somit friedlich festgelegt und anerkannt.

Die Bundesrepublik Deutschland 1949. Quelle: © A. Kunz, IEG-MAPS

Quellen

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Grenzänderung 81 - 1956: Aachen-Bildchen...

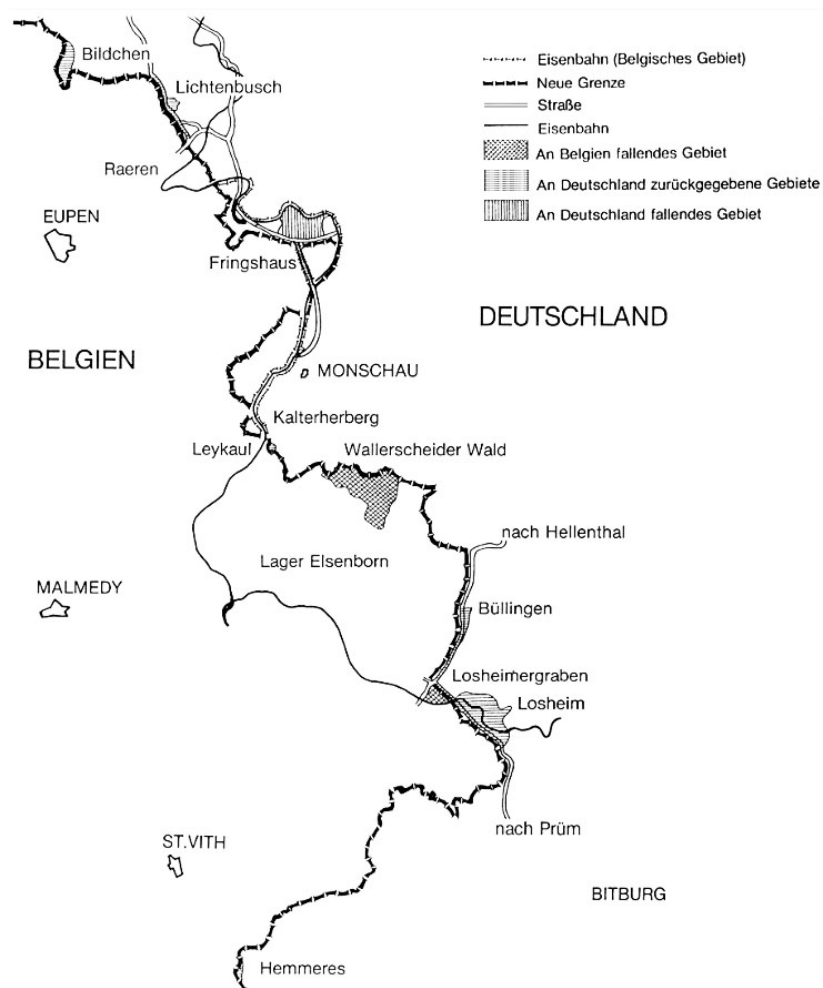
1956: Aachen-Bildchen, Losheim u.a. werden an Deutschland zurückgegeben

Die belgisch-deutsche Aussöhnung

Im deutsch-belgischen Abkommen vom 24. September 1956 wurde die Grenzsituation zwischen Belgien und Deutschland ausgehandelt. Sinn dieses Vertrags war es, eine Grenzvereinfachung zu erreichen, welche die lokale Bevölkerung nicht bzw. so wenig wie möglich beeinträchtigen sollte. In diesem Abkommen fielen fast alle seit 1949 von Belgien verwalteten Gebiete an Deutschland zurück. Der Grenzverlauf sollte im Einvernehmen beider Staaten festgelegt werden. Darüber hinaus sollten die Streitpunkte beigelegt werden, wobei sich in diesem Kontext auf die Pariser Verträge von 1954 berufen wurde. Die Außenminister Deutschlands und Belgiens, Heinrich von Brentano und Paul-Henri Spaak, wurden bevollmächtigt, diese Frage zu regeln. Der erste Teil des Vertrags behandelt dann auch unverzüglich die Grenzberichtigungen. In Artikel 1 wird deutlich, dass die bestehende Grenze Unregelmäßigkeiten aufweist, was auf die unübersichtlichen Verkehrswege zurückzuführen ist.

An Deutschland zurückgegebenes Gebiet

Belgien verzichtet auf die Ausübung der Verwaltung in der Ortschaft Aachen-Bildchen im Osten der Gemeinde d'Eynatten, den Abschnitt der Raerener Straße sowie den Wald von Freyen, der sich südlich von Lichtenbusch befindet. Außerdem wird neben der Straße von Roetgen nach Fringshaus auch die Straße von Fringshaus nach Lammersdorf zwischen den Grenzsteinen 812, 813 bis 776, 775, wieder an Deutschland zurückgegeben.



Plan der Grenzänderung.

Quelle: Fagnoul, K. 2003, S. 72

Belgien verzichtet ferner auf einen Teil des Weilers Leykauf, der sich südlich von Kalterherberg zwischen den Grenzsteinen 652 und 648 befindet. Dieses Gebiet liegt längs des Breitenbachs. Des Weiteren werden ein Teil der Straße Schleiden-Prüm zwischen Udenbreth und Losheim und das zum Büllinger Wald gehörende Walddreieck westlich von Udenbreth, die Ortschaft Losheim sowie der Ostteil von Hemmeres an Deutschland zurückgegeben. Alles in allem handelt es sich hierbei um Gebiete, die zusammen eine Fläche von 950 ha be-

sitzen und eine Bevölkerung von 693 Einwohnern betreffen. Gleichzeitig wurden weitere Gebiete von Belgien an Deutschland abgetreten sowie andere Gebiete von Deutschland an Belgien abgetreten.

Artikel 2 besagt, dass eine Grenzkommision, bestehend aus Vertretern beider Staaten, vor Ort den neuen Grenzverlauf festlegen solle. Es fällt auf, dass in diesem Vertrag auf die im betreffenden Gebiet wohnenden Menschen Rücksicht genommen wird, denn in Artikel 3 steht, dass die Bewohner der Gebiete, die durch diesen Vertrag an den benachbarten Staat gelangen, ihren Wohnsitz in das von ihnen gewünschte Heimatland verlegen können. Im vierten Artikel steht dann noch, dass Deutschland einen Betrag von 1,3 Millionen D-Mark für die Investitionen, die Belgien in den nun wieder an Deutschland zurückgegebenen Gebieten vorgenommen hat, an Belgien zahlen wird.

Der zweite Teil des Vertrags behandelt die Aufhebung der Beschlagnahme des grenznahen Grundbesitzes. Hierbei handelt es sich um den Grundbesitz deutscher Bauern, der nach dem Krieg von Belgien beschlagnahmt wurde. Dies ist ein weiterer positiver Impuls, welcher die friedliche und gleichberechtigte Nachbarschaft der beiden Grenzpartner verdeutlichen soll.

Im Folgenden werden das Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen erläutert: Der Bundestag beschloss am 6. August 1958 mit der Zustimmung des Bundesrates ein Gesetz bestehend aus drei Artikeln. In Artikel 1 wird dem oben genannten Vertrag, der am 24. September 1956 in Brüssel unterzeichnet wurde, zugestimmt. Es ging um die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze sowie um Fragen hinsichtlich der Beziehungen beider Länder. In der Begründung zur Abänderung der Grenze steht, dass beide Staaten in Form des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und des Königs der Belgier der Auffassung seien, dass die deutsch-belgische Grenze den derzeitigen Verhältnissen angepasst werden müsse. Hier wird sich auf die Abkommen vom 6. November 1922, vom 7. November 1929 und vom 10. Mai 1935 bezogen.

Der Grenzvertrag wurde am 13. August 1958 in Bonn von beiden Seiten ratifiziert und trat am 28. August 1958 in Kraft. Des Weiteren wurde in Sachen Kooperation über die Grenzen hinweg verhandelt, was die einvernehmliche Grenzfestlegung verdeutlicht. Durch diesen Gebietsaustausch an der Bahnlinie wurde auch die anormale Situation mit den deutschen Exklaven und der unübersichtlichen Grenze ein für allemal gelöst. Der Vertrag von 1956 zwischen Belgien und Deutschland war ein bilaterales Abkommen, das im Einvernehmen getroffen wurde. Dieser Grenzvertrag ist wichtig für den Umgang beider Staaten miteinander nach den turbulenten Ereignissen, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgespielt hatten. Den Beteiligten ging es nicht um reine Gebietsgewinne, sondern um eine Verbesserung der Beziehungen. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags wurde die Demarkation der neuen Grenzlinie durch eine aus beiden Ländern zusammengesetzte Grenzkommision vollzogen.

Quellen

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 25. September 1958, Nr. 24. S. 353

Fagnoul, K. 2003: Eine Annexion, die annulliert wurde: als die Eisenbahn noch eine wichtige Rolle spielte. In: Heimatkalender Landkreis Bitburg-Prüm 2003, S. 71-78

Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 12. August 1958, Nr. 19, S. 262-290. S. 263

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen, S. 471

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In: Revue belge de Géographie, Bruxelles

Grenzänderung 82 - 1956: Rötgen-Fringshaus...

1956: Belgische Abtretungen an Deutschland

Die belgisch-deutsche Aussöhnung

Im deutsch-belgischen Abkommen vom 24. September 1956 wurde die Grenzsituation zwischen Belgien und Deutschland ausgehandelt. Sinn dieses Vertrags war es, eine Grenzvereinfachung zu erreichen, welche die lokale Bevölkerung nicht bzw. so wenig In diesem Abkommen fielen fast alle seit 1949 von Belgien verwalteten Gebiete an Deutschland zurück.

Der Grenzverlauf sollte im Einvernehmen beider Staaten festgelegt werden. Darüber hinaus sollten die Streitpunkte beigelegt werden, wobei sich in diesem Kontext auf die Pariser Verträge von 1954 berufen wurde. Die Außenminister Deutschlands und Belgiens Heinrich von Brentano und Paul-Henri Spaak wurden bevollmächtigt, diese Frage zu regeln. Der erste Teil des Vertrags behandelt dann auch unverzüglich die Grenzberichtigungen. In Artikel 1 wird deutlich, dass die bestehende Grenze Unregelmäßigkeiten aufweist, was auf die unübersichtlichen Verkehrswege zurückzuführen ist.

An Deutschland abgetreten

Belgien tritt den nördlich der Straßen Rötgen-Fringshaus sowie Fringshaus-Lammersdorf gelegenen Gebietsteil zwischen den Grenzsteinen 812 und 776 bis hin zum Bahnkörper der Eisenbahnstrecke Raeren-Kalterherberg zwischen den Grenzsteinen 800 und 787 an Deutschland ab. Dieses Waldgebiet, das sich nördlich der Straße Roetgen-Lammersdorf befindet und im Jahre 1920 im Zusammenhang mit der Vennbahn an Belgien gefallen war, wurde nun wieder an Deutschland zurückgegeben. Gleichzeitig wurden weitere Gebiete von Belgien an Deutschland zurückgegeben sowie andere Gebiete von Deutschland an Belgien abgetreten.

Artikel 2 besagt, dass eine Grenzkommission, bestehend aus Vertretern beider Staaten, vor Ort den neuen Grenzverlauf festlegen solle. Es fällt auf, dass in diesem Vertrag auf die im betreffenden Gebiet wohnenden Menschen Rücksicht genommen wird, denn in Artikel 3 steht, dass die Bewohner der Gebiete, die durch diesen Vertrag an den benachbarten Staat gelangen, ihren Wohnsitz in das von ihnen gewünschte Heimatland verlagern können. Im vierten Artikel steht dann noch, dass Deutschland einen Betrag von 1,3 Millionen D-Mark für die Investitionen, die Belgien in den nun wieder an Deutschland zurückgegebenen Gebieten vorgenommen hat, an Belgien zahlen wird.

Der zweite Teil des Vertrags behandelt die Aufhebung der Beschlagnahme des grenznahen Grundbesitzes. Hierbei handelt es sich um den Grundbesitz deutscher Bauern, der nach dem Krieg von Belgien

beschlagnahmte wurde. Dies ist ein weiterer positiver Impuls, welcher die friedliche und gleichberechtigte Nachbarschaft der beiden Grenzpartner verdeutlichen soll.

Im Folgenden werden das Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen erläutert. Der Bundestag beschloss am 6. August 1958 mit der Zustimmung des Bundesrates ein Gesetz bestehend aus drei Artikeln. In Artikel 1 wird dem oben genannten Vertrag, der am 24. September 1956 in Brüssel unterzeichnet wurde, zugestimmt. Es ging um eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze sowie um Fragen hinsichtlich der Beziehungen beider Länder. In der Begründung zur Abänderung der Grenze steht, dass beide Staaten in Form des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und des Königs der Belgier der Auffassung seien, dass die deutsch-belgische Grenze den derzeitigen Verhältnissen angepasst werden müsse. Hier wird sich auf die Abkommen vom 6. November 1922, vom 7. November 1929 und vom 10. Mai 1935 bezogen.

Der Grenzvertrag wurde am 13. August 1958 in Bonn von beiden Seiten ratifiziert und trat am 28. August 1958 in Kraft. Des Weiteren wurde in Sachen Kooperation über die Grenzen hinweg verhandelt, was die einvernehmliche Grenzfestlegung verdeutlicht. Durch diesen Gebietsaustausch an der Bahnlinie wurde auch die anormale Situation mit den deutschen Exklaven und der unübersichtlichen Grenze ein für allemal gelöst. Der Vertrag von 1956 zwischen Belgien und Deutschland war ein bilaterales Abkommen, das im Einvernehmen getroffen wurde. Dieser Grenzvertrag ist wichtig für den Umgang beider Staaten miteinander nach den turbulenten Ereignissen, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgespielt hatten. Den Beteiligten ging es nicht um reine Gebietsgewinne, sondern um eine Verbesserung der Beziehungen. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags wurde die Demarkation der neuen Grenzlinie durch eine aus beiden Ländern zusammengesetzte Grenzkommision, vollzogen.

Quellen

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 25. September 1958, Nr. 24. S. 353

Fagnoul, K. 2003: Eine Annexion, die annulliert wurde: als die Eisenbahn noch eine wichtige Rolle spielte. In: Heimatkalender Landkreis Bitburg-Prüm 2003, S. 71-78

Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 12. August 1958, Nr. 19, S. 262-290. S. 263

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen, S. 471

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In : Revue belge de Géographie, Bruxelles

Grenzänderung 83 - 1956: Fringshaus-Konzen...

1956: Deutsche Abtretungen an Belgien

Die belgisch-deutsche Aussöhnung

Im deutsch-belgischen Abkommen vom 24. September 1956 wurde die Grenzsituation zwischen Belgien und Deutschland ausgehandelt. Sinn dieses Vertrags war es, eine Grenzvereinfachung zu erreichen, welche die lokale Bevölkerung nicht bzw. so wenig wie möglich beeinträchtigen sollte. In diesem Abkommen fielen fast alle seit 1949 von Belgien verwalteten Gebiete an Deutschland zurück.

Der Grenzverlauf sollte im Einvernehmen beider Staaten festgelegt werden. Darüber hinaus sollten die Streitpunkte beigelegt werden, wobei sich in diesem Kontext auf die Pariser Verträge von 1954 berufen wurde. Die Außenminister Deutschlands und Belgiens Heinrich von Brentano und Paul-Henri Spaak wurden bevollmächtigt, diese Frage zu regeln. Der erste Teil des Vertrags behandelt dann auch unverzüglich die Grenzberichtigungen. In Artikel 1 wird deutlich, dass die bestehende Grenze Unregelmäßigkeiten aufweist, was auf die unübersichtlichen Verkehrswege zurückzuführen ist.

An Belgien abgetretene Gebiete

Deutschland tritt verschiedene Gebiete an Belgien ab, die von Belgien bereits verwaltet wurden. Es handelt sich hierbei um einen Teil der Straße von Fringshaus nach Konzen zwischen den Grenzsteinen 813C und 775D sowie 761A und 762, ein nördlich von Elsenborn gelegenes Waldstück und ein Waldgebiet in Form eines Dreiecks, das sich bei dem Ortsteil Losheimer Graben befindet. Somit wurde ein Gebiet von 1 000 ha mit einer Bevölkerung von 51 Einwohnern unter die belgische Souveränität gestellt. Gleichzeitig wurden weitere Gebiete von Belgien an Deutschland zurückgegeben sowie andere Gebiete von Belgien an Deutschland abgetreten.

Artikel 2 besagt, dass eine Grenzkommission, bestehend aus Vertretern beider Staaten, vor Ort den neuen Grenzverlauf festlegen solle. Es fällt auf, dass in diesem Vertrag auf die im betreffenden Gebiet wohnenden Menschen Rücksicht genommen wird, denn in Artikel 3 steht, dass die Bewohner der Gebiete, die durch diesen Vertrag an den benachbarten Staat gelangen, ihren Wohnsitz in das von ihnen gewünschte Heimatland verlagern können. Im vierten Artikel steht dann noch, dass Deutschland einen Betrag von 1,3 Millionen D-Mark für die Investitionen, die Belgien in den nun wieder an Deutschland zurückgegebenen Gebieten vorgenommen hat, an Belgien zahlen wird.

Der zweite Teil des Vertrags behandelt die Aufhebung der Beschlagnahme des grenznahen Grundbesitzes. Hierbei handelt es sich um den Grundbesitz deutscher Bauern, der nach dem Krieg von Belgien beschlagnahmt wurde. Dies ist ein weiterer positiver Impuls, welcher die friedliche und gleichberechtigte Nachbarschaft der beiden Grenzpartner verdeutlichen soll.

Im Folgenden werden das Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen erläutert. Der Bundestag beschloss am 6. August 1958 mit der Zustimmung des Bundesrates ein Gesetz bestehend aus drei Artikeln. In Artikel 1 wird dem oben genannten Vertrag, der am 24. September 1956 in Brüssel unterzeichnet wurde, zugestimmt. Es ging um eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze sowie um Fragen hinsichtlich der Beziehungen beider Länder.

In der Begründung zur Abänderung der Grenze steht, dass beide Staaten in Form des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und des Königs der Belgier der Auffassung seien, dass die deutsch-belgische Grenze den derzeitigen Verhältnissen angepasst werden müsse. Hier wird sich auf die Abkommen vom 6. November 1922, vom 7. November 1929 und vom 10. Mai 1935 bezogen.

Der Grenzvertrag wurde am 13. August 1958 in Bonn von beiden Seiten ratifiziert und trat am 28. August 1958 in Kraft. Des Weiteren wurde in Sachen Kooperation über die Grenzen hinweg verhandelt, was die einvernehmliche Grenzfestlegung verdeutlicht. Durch diesen Gebietsaustausch an der Bahnlinie wurde auch die anormale Situation mit den deutschen Exklaven und der unübersichtlichen Grenze ein für allemal gelöst. Der Vertrag von 1956 zwischen Belgien und Deutschland war ein bilaterales Abkommen, das im Einvernehmen getroffen wurde. Dieser Grenzvertrag ist wichtig für den Umgang beider Staaten miteinander nach den turbulenten Ereignissen, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgespielt hatten. Den Beteiligten ging es nicht um reine Gebietsgewinne, sondern um eine Verbesserung der Beziehungen. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags wurde die Demarkation der neuen Grenzlinie durch eine aus beiden Ländern zusammengesetzte Grenzkommision, vollzogen.

Quellen

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 25. September 1958, Nr. 24. S. 353

Fagnoul, K. 2003: Eine Annexion, die annulliert wurde: als die Eisenbahn noch eine wichtige Rolle spielte. In: Heimatkalender Landkreis Bitburg-Prüm 2003, S. 71-78

Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 12. August 1958, Nr. 19, S. 262-290. S. 263

Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Tübingen, S. 471

Lengerau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Bern

Van Wettere-Verhasselt, Y. 1965: Les frontières du nord et de l'est de la Belgique, Etude de géographie humaine, In : Revue belge de Géographie, Bruxelles

Grenzänderung 84 - 1957: Saarland

1957: Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Grenzen der westeuropäischen Länder gegenseitig anerkannt. Es blieb jedoch noch die Saarfrage zu lösen. In der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 entschied die Bevölkerung des Saarlandes sich eindeutig, jedoch nicht mehr so geschlossen wie bei der Volksabstimmung im Jahre 1935, für den Wiederanschluss an Deutschland. Im Februar 1956 begann eine Konferenz, die erst am 27. Oktober desselben Jahres durch die Unterzeichnung des Vertragswerkes beendet wurde. Während dieser Konferenz wurde sehr viel über Wirtschaftsfragen gestritten. Aufgrund des Vetos Luxemburgs hinsichtlich der Moselkanalisierung mussten weitere Verhandlungen geführt werden. So kam es, dass am 29. Oktober 1956 in Luxemburg vier Verträge unterzeichnet wurden, wobei hier lediglich der Vertrag über die Saar und der Vertrag über die Moselkanalisierung interessie-

ren. Gleichzeitig wurde auch noch der französisch-saarländische Kulturvertrag unterzeichnet. Der Saarvertrag legte fest, dass das Saarland am 1. Januar 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert werden solle. Am 22. Dezember 1956 stimmte der Bundestag dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage zu.



Am gleichen Tag beschloss der Bundestag auch das Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel. In dessen ersten Abschnitt ist festgehalten, dass die Mosel für den Betrieb von 1 500-t-Schiffen ausgebaut werden solle. Am 31. Dezember 1956 schließlich wurden in Luxemburg die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.

Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland Teil der Bundesrepublik Deutschland. Die Saarfrage war somit endgültig gelöst. Im selben Zeitraum wurden auch die deutsch-belgischen Grenzfragen friedlich und im Einvernehmen beider Staaten geregelt.

Werbeplakat der Kommunistischen Partei KP gegen das Saarstatut. Quelle: saar-nostalgie.de

Quellen

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage, S. 1

Gesetz über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 24. 12. 1956, S. 1587-1836. S. 1587

Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 24. 12. 1956, S. 1837-1862

Faber, K.-G. 1976: Die südlichen Rheinlande von 1816 bis 1956, In: Rheinische Geschichte in drei Bänden, Band 2: Neuzeit Hrsg. v. F. Petri & G. Droge, Düsseldorf, S. 367-474; S. 462

Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt am Main, S. 232

Petry, L. 1966: Der Saar- und Moselraum im geschichtlichen Wechsel der Grenz- und Binnenlage, In : Heimatbuch des Kreises Saarburg, Hrsg. von der Kreisverwaltung Saarburg, Saarburg, S. 5-14; S. 12

Grenzänderung 85 - 1959: Kammerwald

1959: Luxemburg verzichtet zugunsten Deutschlands auf den Kammerwald

Die deutsch-luxemburgische Aussöhnung

Ähnlich wie mit Belgien wurde auch eine Einigung zwischen Deutschland und Luxemburg gefunden. Im deutsch-luxemburgischen Ausgleichsvertrag vom 11. Juli 1959 verzichtete Luxemburg offiziell auf den ihm am 23. April 1949 übertragenen Kammerwald.



*Kammerwald bei
Roth/Our. Foto: Peng*

Am 1. Oktober 1959 wurde die Grenze schließlich wieder auf den Stand von 1816 gebracht. Als Gegenleistung zahlte die Bundesrepublik Deutschland 58,3 Millionen D-Mark an das Großherzogtum. Es ist wichtig, dass die Grenze gut dokumentiert und im Einklang beider Vertragsparteien angelegt ist. Dazu zählt auch eine exakte

Vermessung des Grenzverlaufs, die jedoch nie erfolgt ist. In diesem Kontext muss erwähnt werden, dass die einzigen Quellen über den Grenzverlauf die Vertragstexte von Aachen und Kleve sind. Diese legen den Grenzverlauf jedoch nur nominal fest. Dadurch existieren keine Angaben über den exakten Grenzverlauf zwischen den beiden Ufern.

Quellen

Bartz, G. 2001: Probleme und Aspekte der deutsch-luxemburgischen Grenzvermessung 1984, Tr., S. 3f.

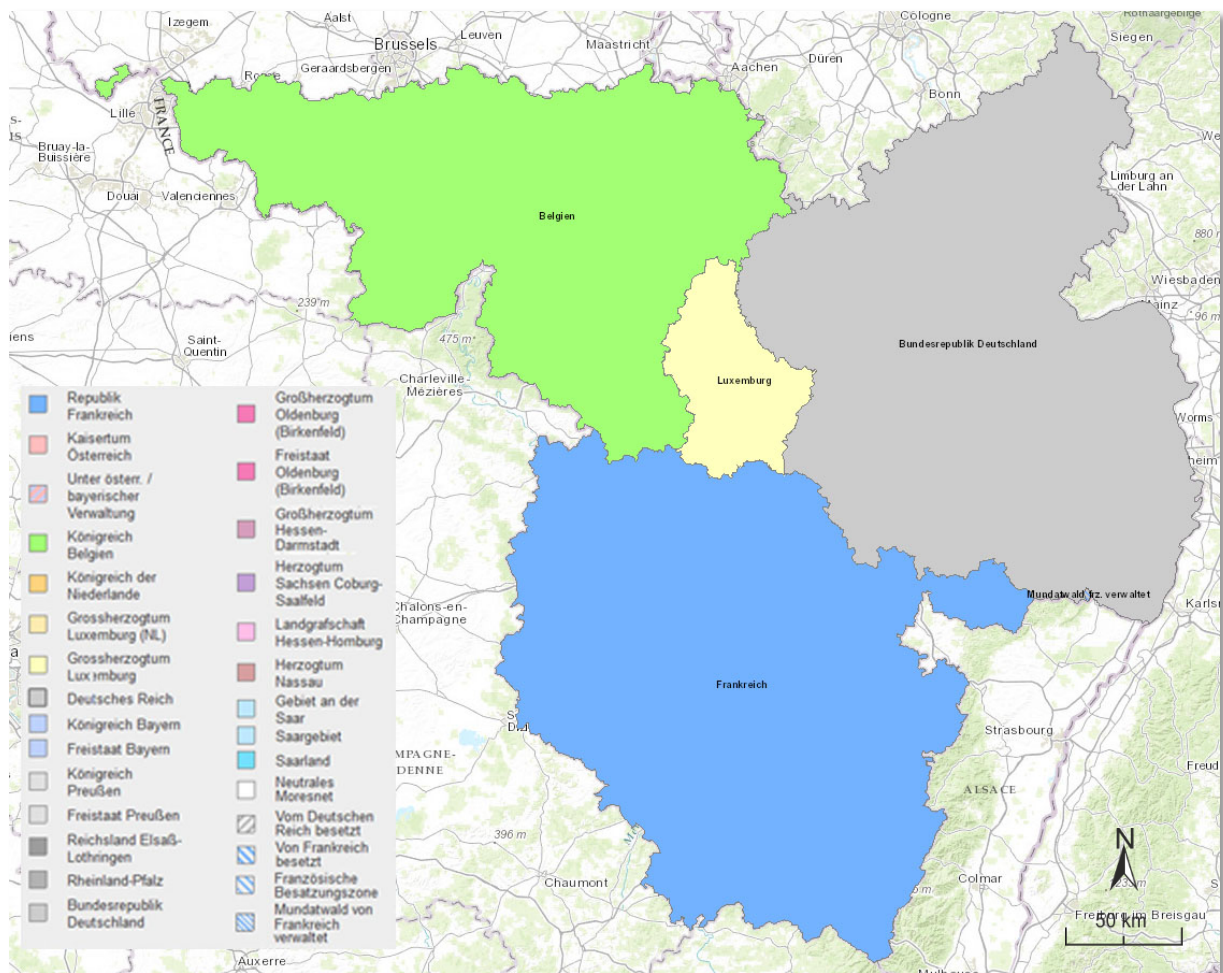
Grosbusch, A.: La question des réparations dans l'opinion luxembourgeoise 1945-1949, Hémecht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Heft 4, Luxemburg, S. 569-591; S. 591

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. B. Poll, Aachen, S. 184-210; S. 208.

IX - 1960-2009

IX. Die Grenzänderungen in der Großregion seit 1960

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts finden im Bereich der Großregion keine großen Grenzänderungen mehr statt. Die Zeit der Kriege in diesem Gebiet ist endgültig vorbei. Kleine Grenzänderungen, die im Einverständnis beider Grenzpartner getroffen werden, dominieren diese Phase. Hier entsteht die regelrechte Zusammenarbeit der verschiedenen Regionen, welche dann auch später die Großregion bilden. Ein solches Beispiel stellt die Revision an der deutsch-luxemburgischen Grenze dar, welche schlussendlich am 1. September 1988 in Kraft trat. Die deutsch-luxemburgische Grenze wurde hier im Einvernehmen beider Staaten eindeutig festgelegt. Auch bezüglich des Mundatwaldes wurde schließlich eine Einigung erzielt. Im deutsch-französischen Grenzvertrag vom 31. Juli 1962 sollte das Mundatwaldproblem, das letzte Kriegsfolgenproblem an der deutschen Westgrenze, gelöst werden.



Die territorialen Verhältnisse der heutigen Großregion SaarLorLux im Jahr 1985, vor der Rückgabe des Mundatwaldes von Frankreich an Deutschland. Quelle: GR-Atlas

Schließlich sollen hier die letzten Grenzänderungen behandelt werden, die in der Großregion stattgefunden haben. Die Gebietsaustausche werden chronologisch aufgelistet und behandelt. Diese Grenzverträge behandeln nur sehr kleine Gebiete und geschehen im Einvernehmen beider Vertragspartner.

Außerdem werden nur noch Gebiete gleicher Größe zwischen zwei Nachbarn getauscht. Bei den französisch-luxemburgischen Gebietstauschen wird deutlich, dass es hier nicht bloß um Gebiete geht, die getauscht werden, sondern um eine regelrechte Zusammenarbeit beider Nachbarn.

Die erste Grenzänderung in diesem Kontext wurde zwischen Frankreich und Luxemburg am 16. Juli 1963 in Paris unterzeichnet. Sie betrifft das Gebiet der luxemburgischen Gemeinde Esch-sur-Alzette und der französischen Gemeinden Audun-le-Tiche und Russange.

Am 26. März 1982 wurde der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze im Bereich der regulierten Grenzgewässer Breitenbach und Schwarzbach unterzeichnet. Dieser Vertrag hatte den Zweck, die Grenzlinie an den berichtigten Lauf des Breitenbachs und des Schwarzbachs anzupassen.

In dem Abkommen, das zwischen der luxemburgischen und der französischen Regierung am 24. Mai 1989 in Luxemburg unterzeichnet wurde, ging es um eine Grenzänderung zwischen der französischen Gemeinde Volmerange und der luxemburgischen Gemeinde Düdelingen.

Im Abkommen vom 15. März 2000 geht es um eine Grenzänderung zwischen der luxemburgischen Gemeinde Petingen und den beiden französischen Gemeinden Longlaville und Mont-Saint-Martin. Im ersten Artikel des Abkommens steht, dass jeweils ein Gebiet mit einer Fläche von 38 647 m² zwischen beiden Staaten getauscht werden solle.

Im Jahre 2006 kam es zu der vorerst letzten Grenzänderung in der Großregion. Hierbei handelt es sich um ein Gebiet bei Esch-Belval.

Quellen

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main

Gesetz zu dem Vertrag vom 26. März 1982 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze im Bereich der regulierten Grenzgewässer Breitenbach und Schwarzbach, Kreise Aachen und Malmedy, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 14. Mai. 1988, S. 447.

Mémorial A N° 63 de 1990, publié le 10. 12. 1990. Loi du 3 décembre 1990 portant approbation de l'Accord portant rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signé à Luxembourg, le 24 mai 1989, S. 911.

Grenzänderung 86 - 1965: Esch-sur-Alzette - Audun-le-Tiche

1965: Grenzkorrekturen im Gebiet zwischen der luxemburgischen Gemeinde Esch-sur-Alzette und den französischen Gemeinden Audun-le-Tiche und Russange

Die Änderung der französisch-luxemburgischen Grenze von 1965

Artikel 1 des zwischen Frankreich und Luxemburg am 16. Juli 1963 in Paris unterzeichneten Abkommens besagt, dass die Grenze zwischen den beiden Staaten, die das Gebiet der luxemburgischen Gemeinde Esch-sur-Alzette von den französischen Gemeinden Audun-le-Tiche und Russange trennt, geändert werden solle.

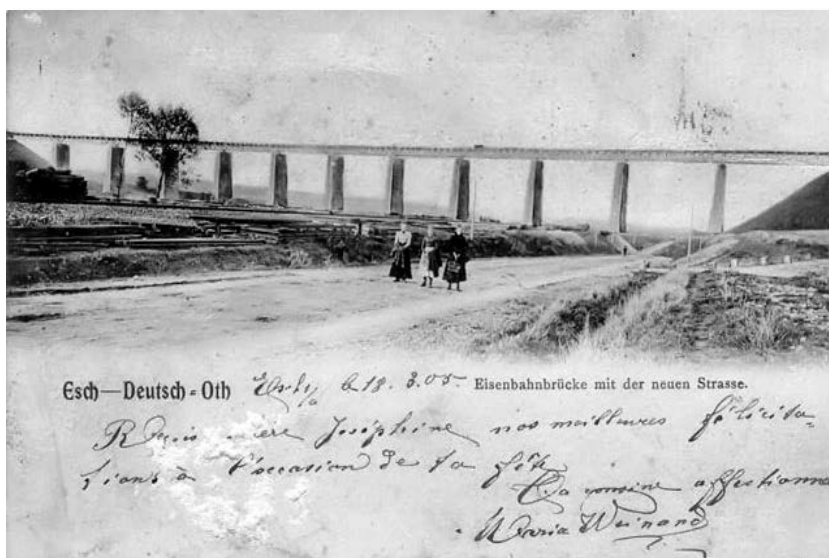


ARBED-Hüttenwerk Belval, Esch-sur-Alzette (L). Quelle: *gaston.lu*

Der luxemburgische Staat tritt Gebietsteile von einer Gesamtgröße von 2 233 m² an Frankreich ab. Dieses Gebiet befindet sich zwischen den Grenzsteinen 27 bis 36 und ist Eigentum der ARBED. Frankreich tritt seinerseits Gebietsteile von einer Gesamtgröße von 2 233 m² an Luxemburg ab. Dieses Gebiet befindet sich eben-

falls zwischen den Grenzsteinen 27 bis 36 und ist gleichfalls Eigentum der ARBED.

Der zweite Artikel des Abkommens besagt, dass eine Kommission aus Luxemburgern und Franzosen die Grenzsteine zwischen Luxemburg und Frankreich nach dem Abkommen vom 15. bis 18. Oktober 1853 begutachten und gegebenenfalls in Stand setzen sollte. Der dritte Artikel hält fest, dass die neue Grenzeinteilung in Kraft treten wird, sobald die konstitutionellen Hürden in beiden Ländern genommen wurden. Am 16. Juni 1965 wurde in der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung über das diesbezügliche Gesetzesprojekt debattiert. Darin wurde auch der Bericht der Spezialkommission vorgelegt. Der Berichterstatter betonte, dass es sich nur um eine Grenzberichtigung handele, welche die Grenze leichter gestalten sollte, und es niemandem um eine "Annexion" ginge. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Grenzüberwachung des besagten Gebietes bei weitem nicht optimal war. Darüber hinaus wurden die Industriegebiete durch die gegenwärtige ungünstige Grenzsituation beeinträchtigt. Am 29. Juni 1965 nahm die Abgeordnetenversammlung den Gesetzentwurf 1113 über das Abkommen hinsichtlich der Grenzänderung an der französisch-luxemburgischen Grenze einstimmig an.



Im "Journal Officiel de la République Française" vom 11. Januar 1968 steht im Dekret N° 68-21 vom 2. Januar 1968 im ersten Artikel, der von der Veröffentlichung des Abkommens zwischen Frankreich und Luxemburg bezüglich der Grenzänderung vom 16. Juli 1963 handelt, dass die Zustimmungsurkunden am 16. September 1965 ausgetauscht wurden.

Brücke zwischen Esch-sur-Alzette (L) und Audun-le-Tiche (F) 1905. Quelle: *Historische Postkarte*

Quellen

Compte rendu des travaux de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg, Session ordinaire 1964-1965, Volume I. Luxembourg, 1966

Journal Officiel de la République Française, 11 janvier 1968, S. 436

Mémorial A N° 53 du 27. 08. 1965. Loi du 29 juillet 1965 portant approbation de l'Accord portant rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signés à Paris, le 16 juillet 1963, S. 995-997. S. 996

Grenzänderung 87 - 1984: Deutschland, Luxemburg

1988: Revision der deutsch-luxemburgischen Grenze

Die deutsch-luxemburgische Grenze misst eine Länge von 134,195 km, wobei 127,929 km der Grenze durch Flüsse gebildet werden. In den Jahren 1980 bis 1984 untersuchten luxemburgische und deutsche Grenzspezialisten die gemeinsame Grenze. Bereits am 1. Dezember 1984 wurde ein Vertrag zwischen beiden Staaten unterzeichnet, der die Grenze definitiv festhalten sollte.



*Die deutsch-luxemburgische Grenze heute:
Autobahnbrücke (E44) über das Sauertal.
Foto: Helfer 2009*

Dieser Vertrag beruft sich auf den Aachener Vertrag vom 26. Juni 1816 und besonders auf den Artikel 27 dieses Grenzvertrags: "Partout ou des ruisseaux, rivières ou fleuves feront limites, ils seront commun aux deux Etats." Die Grenzflüsse unterstehen beiden Ländern, es handelt es sich somit um ein Kondominium. Ein Flusslauf kann sich jedoch im Laufe der Zeit ändern, was im Aachener Grenzvertrag von 1816 nicht berücksichtigt wurde. Wegen des ungewissen Verlaufs des Gewässers war bereits in Artikel 27 des Aachener Vertrags die Gemeinsamkeit der Grenzläufe einer Linie vorgezogen worden.

Während sich von 1818 bis hin zum Zweiten Weltkrieg die Flussläufe auf natürliche Weise verändert hatten, waren es nach dem Zwei-

ten Weltkrieg künstliche Eingriffe, die die Flussläufe manipulierten. Ein Beispiel ist die Errichtung der Wasserkraftanlage bei Rosport, die im Jahre 1950 den Flusslauf veränderte.

Da nun alle Grenzflüsse, die Mosel, die Sauer und die Our, durch menschliche und künstliche Ereignisse Verlagerungen aufwiesen, kam die Frage über den Grenzverlauf auf. Aus diesem Grund wurde Anfang 1978 die deutsche Botschaft beim luxemburgischen Außenministerium vorstellig. Es wurde daraufhin eine Verhandlungskommission für die deutsch-luxemburgische Grenze gebildet, die am 6. November 1979 in Bonn zu einer ersten Sitzung zusammenkam. In dieser Sitzung wurde über die Staatsgrenze,

die im Grenzprotokoll des 23. September 1818 in Emmerich festgehalten worden war, beraten. Diese Grenze war nicht präzise genug angelegt worden; die damals hergestellten Karten waren für die Raumplanung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ungeeignet.

Die Schnittlinie zwischen Wasser und Land bei Mittelwasserstand wurde als Grenze des gemeinschaftlichen Hoheitsgebietes der Grenzwasserläufe definiert. Um eine exakte Linie zu finden, wurden viele Wasserpegel gemessen und schlussendlich wurde die grenzbildende Schnittlinie zwischen Wasser und Land durch 17 500 erfasste Grenzpunkte beurkundet.

Nun waren die nationalen Grenzen sowie die Begrenzung des gemeinschaftlich souveränen Gebietes ermittelt. Dies löste endgültig die Fragen des Grenzverlaufes zwischen beiden Ländern sowie die des Kondominiums. Die Grenzen wurden durch Pfähle, Steine und Platten angegeben, die das jeweilige Hoheitsgebiet, aber auch das Gebiet der gemeinsamen Souveränität anzeigen.

Der Vertrag zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland soll die offenen Fragen über den Verlauf der gemeinsamen Grenze zwischen beiden Staaten lösen. Es wird der Grenzverlauf, der auf der Basis des Wiener Kongresses sowie durch den Vertrag von Aachen vom 26. Juni 1816 und den Vertrag von Kleve vom 7. Oktober 1816 festgelegt wurde, behandelt. Die Staatsoberhäupter Großherzog Jean und Bundespräsident Richard v. Weizsäcker erklären, dass die gemeinsame Grenze sowie das gemeinsam verwaltete Territorium auch in Zukunft für die gute Nachbarschaft beider Staaten stehen soll.

Artikel 1 besagt, dass überall dort, wo die Mosel, die Sauer und die Our nach dem Vertrag vom 26. Juni 1816 die Grenze bilden, diese ein gemeinsames Territorium darstellen, das unter der Souveränität der beiden Staaten stehe. Dies gilt auch für den Luftraum sowie für den Untergrund und die in den Flüssen vorhandenen Inseln. Falls ein Flusslauf, entweder durch natürlichen Grund oder durch künstliche Umgestaltung eines Flusses geändert wird, müssen die beiden Staaten nach Artikel 7 eine neue Regelung durch eine Grenzkommision ausarbeiten.

Artikel 2 hält fest, dass ein deutsches Gebiet von einer Größe von 3,9632 ha auf der westlichen Flussseite der Sauer liegt. Im Gegensatz dazu befinden sich luxemburgische Gebiete von einer Gesamtfläche von 4,6878 ha auf der östlichen Seite der Our.

Am 15. März 1988 wurde das Gesetzesprojekt Nummer 3157 von der luxemburgischen Abgeordneten-kammer einstimmig angenommen. Der deutsche Bundestag beschloss seinerseits das Gesetz am 14. April 1988.

Der deutsch-luxemburgische Vertrag trat schlussendlich am 1. September 1988 in Kraft. Die Grenze war kartographisch exakt erfasst worden, und die Grenzdokumente sorgen dafür, dass die Staatsgrenze überprüfbar bleibt.

Das gemeinschaftliche deutsch-luxemburgische Hoheitsgebiet besitzt eine Flächengröße von 700,92 ha, wovon 698,34 ha aus Wasserfläche bestehen, während die kleinen Inseln zusammen eine Fläche von 2,58 ha ergeben. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass es sich bei diesem Gebiet nicht um einen rechtsfreien Raum handelt. Abschließend kann gesagt werden, dass die deutsch-luxemburgische Grenze im Einvernehmen beider Staaten festgelegt wurde.

Quellen

Bartz, G. 2001: Probleme und Aspekte der deutsch-luxemburgischen Grenzvermessung 1984, Trier

Gesetz zu dem Vertrag vom 19. Dezember 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 14. 4. 1988

Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16

Mémorial A N° 26 du 07. 06. 1988. Loi du 27 mai 1988 portant approbation du Traité entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne sur le tracé de la frontière commune entre les deux Etats et de l'échange de lettres, signés à Luxembourg, le 19 décembre 1984, S. 535-544.

Traité de limites entre leurs majestés le roi des Pays-Bas et le roi de Prusse, ainsi que l'arrangement provisoire conclus et signés à Aix la Chapelle le 26 juin 1816.

Grenzänderung 88 - 1986: Mundatwald

1986: Der Mundatwald geht wieder an Deutschland

Im deutsch-französischen Grenzvertrag vom 31. Juli 1962 sollte das Mundatwaldproblem, das letzte Kriegsfolgenproblem an der deutschen Westgrenze, gelöst werden. In diesem Abkommen sollte die Grenzfestlegung bei Wissembourg als endgültig angesehen werden, wobei der Mundatwald bei diesem Grenzverlauf zu Frankreich gehören sollte. Bereits 1964 hatte die französische Nationalversammlung das Abkommen ratifiziert. Das Inkrafttreten dieses Vertrags scheiterte jedoch, weil es im deutschen Bundestag keine Mehrheit fand und deshalb nicht ratifiziert wurde.



Mundatwald. Foto: Wanderportal Pfalz

Am 20. März 1974 lehnte Frankreich seinerseits Neuverhandlungen über den Mundatwald ab. Der nächste Versuch einer Einigung in dieser Frage war der Notenwechsel zwischen Deutschland und Frankreich vom 10. Mai 1984:

Frankreich sollte Eigentümer von großen Teilen des Mundatwaldes werden,

wobei die Ruine der Burg Guttenberg sowie private Besitzungen nicht an den französischen Staat übergehen sollten. Im Gegenzug erhielt Deutschland von Frankreich die Gebietshoheit über den Mundatwald wieder zurück. In der Note vom 27. August 1984 gaben die britische und die amerikanische Regierung diesem Plan ihre Zustimmung.

Am 14. Januar 1985 wurde der Notenwechsel vom 10. Mai 1984 im "Journal Officiel de la République Française" veröffentlicht. Das Gesetz trat am 1. Mai 1986 in Kraft. Seitdem ist der Mundatwald deutsches Hoheitsgebiet, während der französische Staat Eigentümer ist. Nun blieb nur noch die Übertragung des Eigentums an den Grundstücken zu vollziehen.

Im Dekret vom 21. Juni 1994 zur Veröffentlichung des Abkommens zwischen der französischen und der deutschen Regierung hinsichtlich des Besitzes des Mundatwaldes vom 10. Mai 1984 steht, dass das von beiden Regierungen am 28. August 1990 in Nancy unterzeichnete Abkommen im "Journal Officiel" veröffentlicht werden solle. Dieses Abkommen legte fest, wem welche Grundstücke gehören sollten. Somit ist auch die letzte Gebietsfrage seit dem Zweiten Weltkrieg an der deutschen Westgrenze gelöst worden.

Quellen

Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Frankfurt am Main, S. 3

Journal Officiel de la République Française, 16 janvier 1985, S. 569

Journal Officiel de la République Française, 28 juin 1994, S. 9324.

Grenzänderung 89 - 1989: Elsenborn und Kalterherberg

1989: Berichtigung der belgisch-deutschen Grenze im Bereich der regulierten Grenzgewässer in den Gemeinden Elsenborn und Kalterherberg

Am 26. März 1982 wurde der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze im Bereich der regulierten Grenzgewässer Breitenbach und Schwarzbach unterzeichnet. Dieser Vertrag hatte den Zweck, die Grenzlinie an die begradigten Läufe des Breitenbachs und des Schwarzbachs in den Gemeinden Elsenborn und Kalterherberg anzupassen.



In Artikel 1 des Vertrags wird erläutert, dass die deutsch-belgische Grenze am Breitenbach sowie am Schwarzbach berichtigt werde, so wie es durch die Vereinbarung vom 24. Dezember 1969 zwischen beiden Regierungen über die Regulierung der Grenzgewässer festgehalten worden war.

Schwarzbach bei Elsenborn. Foto: Jacques jgb

Der zweite Artikel besagt, dass im Bereich des Breitenbachs deutsche Gebiete an Belgien abgetreten werden sollen. Hierbei handelt es sich jedoch bloß um sehr kleine Gebiete von nur wenigen Ar, wobei es sich ausschließlich um Flurstücke handelt.

Die in diesem Kontext an Belgien fallenden Gebiete liegen in der Gemarkung Kalterherberg. Von Belgien fällt im Gegenzug eine Vielzahl von kleinen Flurstücken aus der Grenzgemeinde Elsenborn an Deutschland. Im Bereich des Schwarzbachs fallen von Deutschland Grundstücke aus der Gemarkung Kalterherberg an Belgien, während von der belgischen Gemeinde Elsenborn Grundstücke an Deutschland übergehen. Dabei handelt es sich auch hier wieder um kleinste Flurstücke, die ihren Besitzer wechseln. Im dritten Artikel verzichten beide Staaten dann auf ihre Rechte auf die von ihnen abgegebenen Flurstücke.

Am 14. Mai 1988 beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz, das den Vertrag vom 26. März 1982 zwischen Deutschland und Belgien behandelt. Am 1. Januar 1989 trat der Vertrag zwischen Belgien und Deutschland über die Grenzänderung der belgisch-deutschen Grenze in der Zone der Grenzläche Breitenbach und Schwarzbach in Kraft.

Quellen

Gesetz zu dem Vertrag vom 26. März 1982 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze im Bereich der regulierten Grenzgewässer Breitenbach und Schwarzbach, Kreise Aachen und Malmédy, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 14. Mai. 1988

Grenzänderung 90 - 1989: Volmerange, Düdelingen

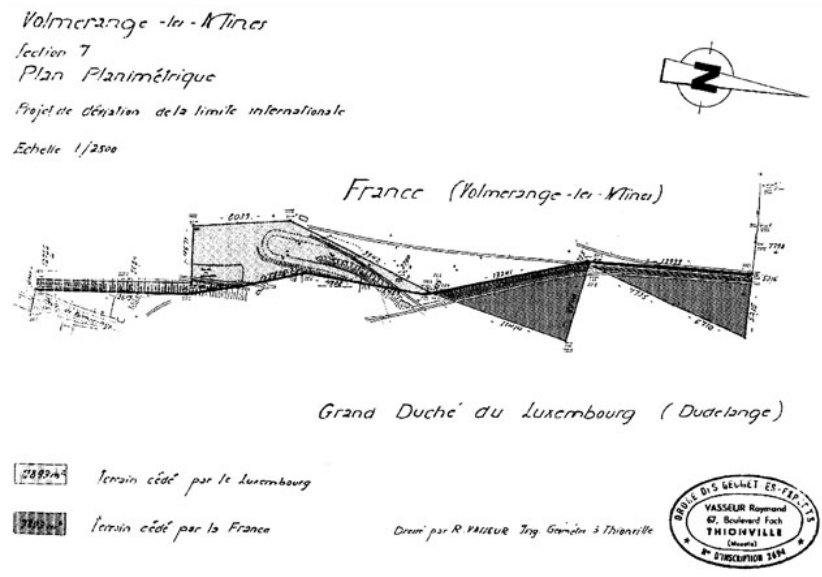
1989: Grenzänderung zwischen der französischen Gemeinde Volmerange und der luxemburgischen Gemeinde Düdelingen

Die Änderung der französisch-luxemburgischen Grenze von 1989

In diesem Abkommen zwischen der luxemburgischen und der französischen Regierung geht es um eine Grenzänderung zwischen der französischen Gemeinde Volmerange und der luxemburgischen Gemeinde Düdelingen.

Im ersten Artikel des Abkommens steht, dass eine Grenzänderung stattfinden solle, um eine Umgehungsstraße bei Düdelingen, die an der Grenze zu der französischen Gemeinde Volmerange verläuft, zu realisieren. Aus diesem Grund solle ein Gebietsaustausch stattfinden. Der französische Staat tritt ein Gebiet von 7 893 m² an den luxemburgischen Staat ab. Das Großherzogtum tritt im Gegenzug ebenfalls ein Gebiet von der exakt gleichen Größe an Frankreich ab.

Der zweite Artikel dieses Abkommens besagt, dass eine luxemburgisch-französische Kommission gemäß der Konvention vom 15. bis 18. Oktober 1853 die Grenzsteine zwischen Luxemburg und Frankreich begutachten solle.



Mémorial A n. 63 de 1990 Publié le 10. 12. 1990. Loi du 3 décembre 1990 portant approbation de l'Accord portant rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signé à Luxembourg, le 24 mai 1989, S. 911.

Grenzänderung 91 - 2000: Petingen, Longlaville, Mont-St. Martin

2000: Grenzänderung zwischen der luxemburgischen Gemeinde Petingen und den beiden französischen Gemeinden Longlaville und Mont-Saint-Martin

Die Änderung der französisch-luxemburgischen Grenze von 2000

Im Abkommen vom 15. März 2000 geht es um eine Grenzänderung zwischen der luxemburgischen Gemeinde Petingen und den beiden französischen Gemeinden Longlaville und Mont-Saint-Martin. Im ersten Artikel des Abkommens steht, dass Luxemburg ein Gebiet von 38 647 m² an Frankreich abtritt, während Frankreich im Gegenzug ein Gebiet von exakt der gleichen Größe an Luxemburg abtritt.

Der zweite Artikel besagt, dass eine aus Luxemburgern und Franzosen zusammengesetzte Kommission die neue Grenze anlegen soll und auch die Grenzsteine nach dem Abkommen vom 15 bis 18. Oktober 1853 zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und Frankreich erhalten und pflegen soll. In Artikel 3 wird erklärt, dass beide Seiten die konstitutionellen Hürden nehmen sollen, damit das Abkommen in Kraft treten könne. Am 3. Oktober 2000 gab der luxemburgische Staatsrat sein Einverständnis zum Gesetzesentwurf 4699.



Pôle Européen de Développement (PED) - grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Dreiländereck Frankreich / Belgien / Luxemburg. Quelle: M. Humbert/C. Schulz

Die Motive für diese Grenzänderung sind folgende: Als der Verlauf des Baches Chiers in den 60er Jahren begradigt wurde, wurden Gebietsteile des französischen und des luxemburgischen Staatsgebiets abgetrennt und isoliert. Sie waren auf die Seite

des jeweiligen Nachbarn gefallen. Die unklare Grenzsituation brachte juristische und steuertechnische Unklarheiten in diesem Gebiet mit sich. Dieser Zustand sollte geändert werden, da ein "Pôle Européen de Développement" zwischen den drei Nachbarn Belgien, Frankreich und Luxemburg angesiedelt worden war.

Seit dem Jahre 1996 unternahmen die französische und die luxemburgische Regierung Schritte, um eine Grenzänderung zwischen beiden Ländern auf einer Grenzlänge von 900 Metern zu erreichen. Dies ist wichtig wegen der industriellen Anlagen, die sich in unmittelbarer Grenznähe befinden.

Nachdem die luxemburger Abgeordnetenversammlung am 6. Februar 2001 den Gesetzesentwurf einstimmig angenommen hatte, wurde ein zweites Votum vom Staatsrat nicht für nötig erachtet. Am 18. April 2001 ordnete Großherzog Henri an, dass das Gesetz, das am 15. März 2000 in Luxemburg zwischen Frankreich und Luxemburg unterzeichnet wurde, im Memorial veröffentlicht werden solle.

In Frankreich trat das Gesetz am 21. September 2002 in Kraft. Im Dekret Nummer 2002-1188 vom 12. September 2002 über die Veröffentlichung des Abkommens zwischen Luxemburg und Frankreich die Grenzänderung an der luxemburgisch-französischen Grenze betreffend steht, dass das Abkommen im "Journal Officiel" veröffentlicht werden solle.

Quellen

Journal Officiel de la République Française, 21 septembre 2002, S. 15572

Mémorial A n. 48 de 2001 publié 27. 04. 2001. Loi du 18 avril 2001 portant approbation entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République française portant rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signé à Luxembourg, le 15 mars 2000, S. 1029-1030.

Grenzänderung 92 - 2006: Sanem, Russange

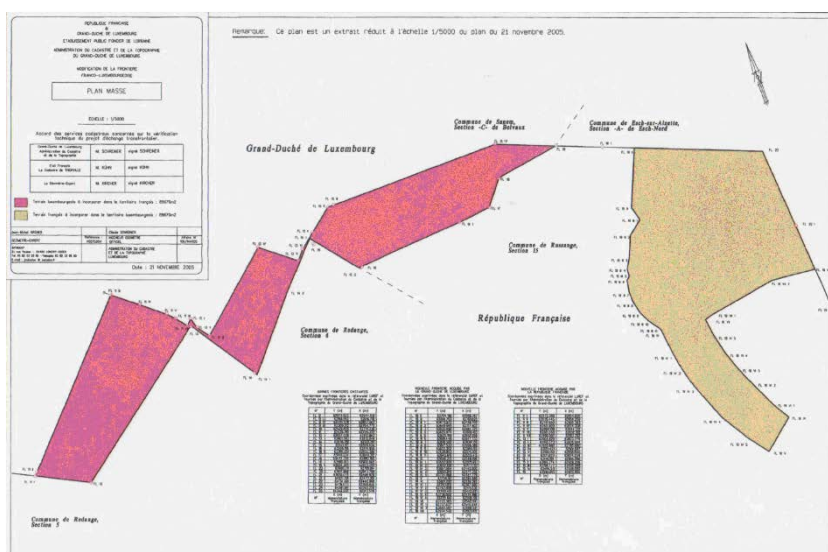
2006: Grenzänderung zwischen der luxemburgischen Gemeinde Sanem und der französischen Gemeinde Russange

Der Gebietsaustausch an der luxemburgisch-französischen Grenze von 2006

Am 24. April 1996 hatten sich die luxemburgische Regierung, die ARBED und die Entwicklungsgesellschaften getroffen, um die Neunutzung der aufgegebenen Industriestandorte zu beraten. Die Entwicklungs-Gesellschaft Agora erhielt am 2. Oktober 2000 den Auftrag, einen Plan für die Wiederverwendung des Standortes Esch-Belval zu entwickeln. Das Projekt Esch-Belval wurde grenzüberschreitend in

Zusammenarbeit mit Frankreich konzipiert. Am 6. Mai 2004 wurden zwei Abkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Luxemburg und Frankreich unterzeichnet. In diesem Kontext ist das Abkommen über die zu errichtenden Infrastrukturen interessant.

*Plan der Grenzänderung.
Quelle: Mémorial A n. 137,
11.8.2006, S. 2294*



Artikel 1 und 2, auf die sich dieses Abkommen bezieht, beinhalten auch eine Grenzänderung. In Artikel 1 ist der Gegenstand beschrieben, die Finanzierung des Projektes und ein vorgesehener Gebietstausch.

Artikel 2 erläutert, was alles in diesem Gebiet realisiert werden soll. Dabei soll die luxemburgische Straße CR168 wegen des Baus des neuen Bahnhofs auf Belval zum Teil über französisches Gebiet verlegt werden. Ein Park & Ride-Platz soll auf dem



Bann der französischen Gemeinde Russange entstehen, außerdem soll eine Straße gebaut werden, die Belval mit der französischen Autobahn A30 und der luxemburgischen A4 verbinden soll.

Der Standort Belval mit der Hauptverwaltung der DEXIA-Bank. Foto: © GR-Atlas 2009

Grenzänderungsabkommen

Das Abkommen über die Grenzänderung wurde am 20. Januar 2006 in Senningen unterzeichnet. In Artikel 1 dieses Abkommens steht, dass die französische Seite ein Gebiet von 96,79 Ar an Luxemburg abtritt. Luxemburg tritt seinerseits als Ausgleich ein Gebiet der exakt selben Größe an Frankreich ab. Der Artikel beschreibt den neuen Grenzverlauf. Durch die Grenzänderung sind die Gebiete der luxemburgischen Gemeinde Sanem und der französischen Gemeinde Russange betroffen. Die Grenzänderung findet zwischen den Grenzsteinen FL 11 und FL 21 statt.

Artikel 2 besagt, dass für die neue Begrenzung eine luxemburgisch-französische Kommission zuständig sei. Nach Inkrafttreten dieses Abkommens sind die Grenzkommissare gebeten, die notwendigen Pläne sowie die neue Begrenzung durchzuführen. Nach Abschluss dieser Arbeiten soll ein Protokoll erstellt werden, das nach Zustimmung beider Regierungen in Kraft treten soll. Die Kosten der Grenzänderung sollen von den beiden Staaten gleichmäßig geteilt werden. Der Plan der zu ändernden Grenze befindet sich im Anhang des Abkommens und ist auf den 21. November 2005 datiert.

Am 16. Mai 2006 gab der luxemburgische Staatsrat sein Einverständnis zum besagten Gesetzesprojekt, am 12. Juni 2006 wurde der Bericht von der Kommission der außenpolitischen Angelegenheiten angenommen. Der Bericht der Kommission enthält eine Anmerkung, dass eine Grenzänderung immer eine delikate Angelegenheit sei, doch dass sie in diesem Fall wichtig für die Entwicklung der gesamten Region sei. Die Grenzänderung zieht also Vorteile für beide Seiten mit sich.

In der französischen Verordnung Nummer 2007-1023 vom 14. Juni 2007 steht, dass das Abkommen zwischen Luxemburg und Frankreich die Grenzänderung betreffend im "Journal Officiel de la République Française" veröffentlicht wird.

Quellen

Journal Officiel de la République Française, 17 juin 2002, S. 10472

Mémorial A n. 137 de 2006. Publié 11.08. 2006 Convention Luxembourg-France : Rectification de la frontière, S. 2291-2294.

Literatur

- Back, C. (unveröff.): Die Grenzänderungen in der Großregion vom Wiener Kongress bis heute (1815-2006)
- Becker, B. & E. Schaaf 1980: Geschichte des Fürstentums Birkenfeld von 1817 bis 1848/49, Koblenz
- Burg, P. 1984: Der Wiener Kongreß. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem, München
- Calmès, A. 1982: Le Grand-Duché de Luxembourg dans la révolution belge (1830-1839), Luxembourg
- Craig, G. 1989: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, Verlag C. H. Beck, München
- De Bruyne, A. & De Bruyne, J. 1995: A propos de frontières et de bornes, In: Bulletin du Crédit communal, Bruxelles, N° 191, S. 39-67
- De Ridder, A. 1920: Histoire diplomatique du traité de 1839, Bruxelles
- Dorfev, B. 1993: Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956) Das Rheinland zwischen Tradition und Neuordnung, Rheinland-Verlag GmbH, Köln
- Dostert, P. 1989: Le démembrement du Grand-duché de Luxembourg par le traité des XXIV articles, In: D'Commemoratiounsfeierlechkeeten 1989 aus deer Siicht vun der Gemeng Suessem, Festbroschüre, Sanem, S. 39-44
- Dreesen, J. 2008: Das Fürstentum Lichtenberg (1816-1834) im Vormärz. Ein Provisorium, Neuerburg
- Durand, Y. 1989: La France dans la 2^e guerre mondiale, 1939-1945, Armand Colin, Paris
- Dünisch, H. 1989: Der Mundatwald. Zur Bereinigung letzter Kriegsfolgenprobleme zwischen Deutschland und Frankreich, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main
- Fischer, P. 1959: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main
- v. Ilseemann, A. 1996: Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongreß. Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen Erster und Zweiter Restauration, Hamburg
- Khan, D.-E. 2004: Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, Mohr Siebeck, Tübingen
- Kolb, E. 2005: Der Frieden von Versailles, Verlag C.H. Beck, München
- Lafontaine, La création du Grand-Duché de Luxembourg par le congrès de Vienne, in: D'Commemoratiounsfeierlechkeeten 1989 aus der Siicht vun der Gemeng Suessem, Editpress, Luxembourg, 1989, S. 11-17
- Lengereau, M. 1990: Les frontières allemandes (1919-1989), Frontières d'Allemagne et en Allemagne : Aspects territoriaux de la question allemande, Peter Lang, Bern
- Lentacker, F. 1974: La frontière franco-belge, Etude géographique des effets d'une frontière internationale sur la vie de relations, Lille

Neu, P. 2003: Die belgische Revolution von 1830 und ihre Ausstrahlung auf den luxemburgisch-deutschen Grenzraum, In: Hémécht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Luxemburg, H.4, S. 525-544

Pabst, K. 1966: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Hrsg. v. Bernhard Poll, Verlag des Aachener Geschichtsvereins, Aachen, S. 184-210

Schlesier, S. 2007: Vereinendes und Trennendes. Grenzen und ihre Wahrnehmung in Lothringen und preußischer Rheinprovinz 1815-1914, In: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion, Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt, 2007, S. 135-162

Schütz, R. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Marburg, Bd. 7: Rheinland

Spang, P. 1991: La représentation diplomatique du Grand-Duché de Luxembourg à l'étranger de 1815 à 1947, In: Hémécht, Zeitschrift für Luxemburger Geschichte, Luxemburg, Heft 4, 1991, S. 563-570

Wehrstedt, F. W. 1978: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Hrsg. v. W. Hubatsch, Marburg, Bd. 12: Preußische Zentralbehörden

Wey, P. 1966: 150 Jahre Kreis Saarburg, In: Heimatbuch des Kreises Saarburg, Hrsg. von der Kreisverwaltung Saarburg, Saarburg, S. 15-22

Quellen

Mémorial du Grand-Duché de Luxembourg

Mémorial A N° 25 du 20. 07. 1840. Circulaire N°4576 concernant la séparation du Grand-Duché de l'évêché de Namur, et son placement comme vicariat apostolique sous la direction spirituelle du vicaire apostolique, S. 205-209.

Mémorial A N° 10 du 14. 02. 1844

Mémorial A N° 26 du 17. 05. 1844

Mémorial A N° 6 du 22. 01. 1845. Arrêté du 17 janvier 1845, N° 624-188, relatif à la conservation des pièces concernant la délimitation entre le Grand-Duché et la Belgique, S. 49-51.

Mémorial A n. 61 de 1847 Publié 12.10. 1847 Publication d'art. Du traité des limites conclu à Courtrai, Arrêté royal grand-ducal du 21 septembre 1847, N° 2035, ordonnant la publication de plusieurs articles du traité des limites conclu à Courtrai, le 28 mars 1820, S. 487-495.

Mémorial A n° 112 du 21. 12. 1850

Mémorial A N° 19 du 25. 06. 1867, Loi du 21 juin 1867 portant approbation du traité de Londres du 11 mai 1867, S. 133-138.

Mémorial A N° 35 du 01. 07. 1886. Loi du 21 avril 1886 concernant l'art. 28 du traité de limites entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Belgique, du 7 août 1843, S. 421-422.

Mémorial A N° 23 du 14. 04. 1887. Loi du 5 janvier 1887 concernant l'art. 69 du traité de limites entre la Grand-Duché et la France du 28 mars 1820, S. 289-292.

Mémorial A N° 38 du 08. 07. 1905. Loi du 18 mars 1905 portant approbation de la convention signée à Luxembourg, le 23 août 1904, entre le Grand-Duché et la Belgique, au sujet de redressements de la frontière entre les deux pays, S. 569-577.

Mémorial A N° 53 du 27. 08. 1965. Loi du 29 juillet 1965 portant approbation de l'Accord portant rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signé à Paris, le 16 juillet 1963, S. 995-997.

Mémorial A n. 26 du 18. 04. 1974 Loi du 4 avril 1974 portant approbation de l'Avenant entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République Française au Traité des Limites, signé entre les Pays-Bas et la France, le 28 mars 1820, passé à Paris le 11 mai 1973, S. 482.

Mémorial A n. 45 du 10. 06. 1975 Publié le 28. 07. 1975. Loi du 10 juillet 1975 portant approbation de l'Avenant à la Convention des Limites entre le Luxembourg et la Belgique du 7 août 1843, fait à Bruxelles, le 21 novembre 1974, S. 873.

Mémorial A N° 26 du 07. 06. 1988. Loi du 27 mai 1988 portant approbation du Traité entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne sur le tracé de la frontière commune entre les deux Etats et de l'échange de lettres, signés à Luxembourg, le 19 décembre 1984, S. 535-544.

Mémorial A n. 63 de 1990 Publié le 10. 12. 1990. Loi du 3 décembre 1990 portant approbation de l'Accord portant rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signé à Luxembourg, le 24 mai 1989, S. 910-911.

Mémorial A n. 48 de 2001 Publié 27. 04. 2001. Loi du 18 avril 2001 portant approbation entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République française portant

rectification de la frontière franco-luxembourgeoise, signé à Luxembourg, le 15 mars 2000, S. 1029-1030.

Mémorial A n. 137 de 2006 Publié 11.08. 2006 Convention Luxembourg-France : Rectification de la frontière, S. 2292-2294.

[Archives de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg](#)

Compte rendu des séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg, Session ordinaire du 8 novembre 1904 au 4 mai 1905, Volume I. Luxembourg, Imprimerie de la Cour V. Bück, 1905.

Compte rendu des travaux de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg, Session ordinaire 1964-1965, Volume I. Luxembourg, 1966.

Compte rendu des travaux de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg, Session ordinaire 1973-1974, Volume I. Luxembourg, 1978.

Document V-1987-O-04-08

Document J-1987-O-0059

Document C-1987-O-030-0004

Document J-1989-O-0047

Document J-1989-O-0169

Document J-1990-O-0016

Document A-1990-063-0003

Compte rendu des travaux de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg, Session ordinaire 1990-1991, Volume I. Luxembourg, 19. 10. 1990.

Document J-1999-O-0643

Document J-1999-O-0676

Document V-2000-O-08-06

Document J-2000-O-0965

Document C-2005-O-043-0006

Document J-2005-O-0512

Document J-2005-O-0574

[Reichsgesetzblatt Teil II und Bundesgesetzblatt Teil II](#)

Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogtums Nassau. Vom 3. Oktober 1866. Gesetz-Sammlung für die königlichen preußischen Staaten, Berlin 1866. Vom 8. Oktober 1866, S. 597-599.

Friedens-Präliminarien zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 26. Februar 1871, In: Reichs-Gesetzblatt, Berlin, 1871, S. 215-222.

Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 08. 1919, S. 687-1336.

Gesetz, betreffend das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebiets. In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 12. 07. 1921, S. 107-134.

Gesetz über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 30. 11. 1925, S. 975-1009.

Bekanntmachung über die Ratifikation der Verträge von Locarno, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 19. 10. 1926, S. 583-617.

Gesetz über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Festlegung der Grenze, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 18. 11. 1927, S. 959-1086.

Gesetz über das Abkommen über die deutsch-belgische Grenze vom 19. März 1931, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 15. 04. 1931, S. 125-196.

Friedens-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Vom 10. Mai 1871, In: Reichs-Gesetzblatt, Berlin, 1871, S. 223-233.

Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes, In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 30. 1. 1935, S. 66-68.

Bekanntmachung über Vereinbarungen und Erklärungen aus Anlaß der Rückgliederung des Saarlandes, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 27. Februar 1935, S. 121-158.

Bekanntmachung über den deutsch-belgischen Vertrag über einen Gebietsaustausch an der deutsch-belgischen Grenze, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 14. 09. 1935, S. 643-645.

Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen, In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 26. 1. 1937, S. 91-94.

Bekanntmachung zu dem deutsch-französischen Grenzvertragswerk vom 16. Dezember 1937, Reichsgesetzblatt, Teil II, 25.08.1938, S. 311-424.

Bekanntmachung zu der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938, In: Reichsgesetzblatt, Teil II, 25.01.1939, S. 14-15.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich, In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 18. 05. 1940, S. 777-778.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Durchführung der Wiedervereinigung der Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet mit dem Deutschen Reich. In: Reichsgesetzblatt, Teil I, 27. 05. 1940, S. 803-804.

Gesetz über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 24. 12. 1956, S. 1587-1836.

Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 24. 12. 1956, S. 1837-1862.

Gesetz zu dem Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen

zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 12. August 1958, Nr. 19, S. 262-290.

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen, In: Bundesgesetzblatt II des 25. September 1958, Nr. 24, S. 353.

Gesetz zu dem Vertrag vom 26. März 1982 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze im Bereich der regulierten Grenzgewässer Breitenbach und Schwarzbach, Kreise Aachen und Malmedy, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 14. Mai. 1988, S. 445-452.

Gesetz zu dem Vertrag vom 19. Dezember 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze, In: Bundesgesetzblatt, Teil II, 14. 4. 1988, S. 414-420.

[Journal Officiel de la République Française](#)

Déclaration du gouvernement de la République française et du gouvernement du royaume de Belgique modifiant l'article 69 du traité de limites signé à Courtrai le 28 mars 1820 entre la France et les Pays-Bas, signé à Paris, 15 janvier 1886

Convention ayant pour objet de rectifier la frontière franco-belge entre les communes de Guissignies et de Roisin, signé à Paris, 15 mars 1893

Déclaration relative à la limite entre la commune française de Consolre et à la commune belge de Grandieu, signé à Paris, 30 juin 1896

Convention pour délimiter la frontière des deux pays sur la partie mitoyenne de la route de Dottignies à Roubaix, signé à Paris, 4 avril 1900

Journal Officiel de la République Française, 10 décembre 1905, S. 7005.

Journal Officiel de la République Française, 19 décembre 1905, S. 7395.

Journal Officiel de la République Française, 23 janvier 1906, S. 441-442.

Journal Officiel de la République Française, 02 juin 1906, S. 3778.

Convention relative à la délimitation de la frontière entre Gespunsart et Pusemange, signé à Paris, 12 mars 1912

Accord sous forme d'échange de lettres entre la France et l'Allemagne sur la délimitation de la frontière franco-sarroise, 22 décembre 1928

Journal Officiel de la République Française, 19 mai 1928, S. 5554.

Journal Officiel de la République Française, 6 septembre 1938, S. 10501.

Journal Officiel de la République Française, 11 janvier 1968, S. 436.

Journal Officiel de la République Française, 16 janvier 1985, S. 569-572.

Journal Officiel de la République Française, 01 août 1991, S. 10207.

Journal Officiel de la République Française, 28 juin 1994, S. 9324.

Journal Officiel de la République Française, 17 juin 2002, S. 10472.

Verträge

Hauptvertrag des zu Wien versammelten Kongresses der europäischen Mächte, Fürsten und freien Städte. Herausgegeben von Dr. Schmid, Hildburghausen, 1815.

Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg, die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16, sowie ihre Vermessung und Dokumentation in den Jahren 1980-1984, Hrsg, Ministère des Finances, Service central des imprimés et des fournitures de bureau de l'État, Luxemburg, 1984.

Traité de limites entre leurs majestés le roi des Pays-Bas et le roi de Prusse, ainsi que l'arrangement provisoire conclus et signés à Aix la Chapelle le 26 juin 1816.

Accord comportant une adjonction à l'article premier de la Déclaration de Paris du 15 janvier 1886, modifiant l'article 69 du Traité de limites signé à Courtrai, le 28 mars 1820, entre la France et les Pays-Bas. Signé à Paris, le 15 avril 1931

Convention sur la démarcation des Frontières entre la France et la Bavière, signée le 9 décembre 1825, entre la France et la Bavière-Rhénane

In dieser Reihe bisher erschienen:

- N° 1 (2007): **Christian SCHULZ, Peter DÖRRENBÄCHER, Holger PANSCH**: Autoindustrie in der Großregion SaarLorLux 2007 - Produktion, Forschung, Ausbildung
- N° 2 (2007): **Michel PAULY**: Mittelalterliche Hospitäler in der Großregion SaarLorLux (von 600 bis 1500)
- N° 3 (2007): **Thomas SCHNEIDER**: Naturräumliche Gliederung der Großregion SaarLorLux
- N° 4 (2008): **Malte HELFER**: Aufschwung und Niedergang des Steinkohlenbergbaus in der Großregion SaarLorLux
- N° 5 (2008): **Eva MENDGEN**: Die Glas- und Kristallerzeugung in der Großregion SaarLorLux
- N° 6 (2008): **Cristian KOLLMANN**: Familiennamen aus der Berufsbezeichnung für den Glaser
- N° 7 (2008): **Sonja KMEC**: Die Verehrung Unserer Lieben Frau von Luxemburg
- N° 8 (2008): **Giovanni ANDRIANI**: Wunderheilungen Unserer Lieben Frau von Luxemburg im 17. Jahrhundert
- N° 9 (2009): **Malte HELFER**: Grenzüberschreitender öffentlicher Personennahverkehr in der Großregion SaarLorLux
- N° 10 (2009): **Malte HELFER**: Die Bodennutzungskarte der Großregion SaarLorLux von CORINE Landcover
- N° 11 (2009): **Malte HELFER**: Die Cassini-Karte (1750-1815)
- N° 12 (2009): **Malte HELFER**: Die Tranchot-Müffling-Karte (1801-1828)
- N° 13 (2009): **Malte HELFER**: Die Ferraris-Karte (1771-1777)
- N° 14 (2009): **Daniel ULLRICH**: Der Tanktourismus in der Großregion SaarLorLux
- N° 15 (2009): **Laurent PFISTER**: Das Klima der Großregion SaarLorLux
- N° 16 (2010): **Paul THOMES, Marc ENGELS**: Die Eisen- und Stahlindustrie in der Großregion SaarLorLux
- N° 17 (2010): **Pierre GINET**: Die Großsporteinrichtungen in der Großregion SaarLorLux
- N° 18 (2010): **Wolfgang BETHSCHEIDER**: Das Hochschulwesen der Großregion SaarLorLux
- N° 19 (2010): **Malte HELFER**: Die Natura-2000-Schutzgebiete in der Großregion SaarLorLux
- N° 20 (2010): **Martin UHRMACHER**: Leprosorien in der Großregion SaarLorLux
- N° 21 (2010): **Ines FUNK (KRUMM)**: Das Öffentliche Gesundheitswesen in der Großregion SaarLorLux
- N° 22 (2010): **Alain PENNY**: Spätmittelalterliche Städte in der Großregion SaarLorLux
- N° 23 (2010): **Patrick WIERMER**: Die Wahrnehmung der Großregion SaarLorLux in den Medien
- N° 24 (2010): **Christian WILLE**: Grenzgänger in der Großregion SaarLorLux (1998 - 2008)
- N° 25 (2010): **Florian WÖLTERING**: Der Tourismus in der Großregion SaarLorLux
- N° 26 (2010): **Claude BACK**: Grenzänderungen in der Großregion SaarLorLux vom Wiener Kongress bis heute
- N° 27 (2011): **Christoph HAHN**: Die Autoindustrie in der Großregion SaarLorLux 2011 - aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze
- N° 28 (2011): **Barbara NEUMANN, Jochen KUBINIOK**: Die Böden der Großregion SaarLorLux
- N° 29 (2011): **Christian WILLE**: Entwicklungen und Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux
- N° 30 (2011): **Christian WILLE**: Atypische Grenzgänger in der Großregion SaarLorLux

www.gr-atlas.uni.lu



N° 31 (2011): Michel DESHAIES: Naturparke in der Großregion SaarLorLux

N° 32 (2011): Brigitte KASTEN, Jens SCHÄFER: Der frühmittelalterliche Leihe- und Schenkungsbesitz der Klöster Gorze und Weißenburg in der Großregion SaarLorLux (661 - ca. 860)

N° 33 (2011): Eva MENDGEN: Das UNESCO Weltkulturerbe der Großregion SaarLorLux

N° 34 (2011): Malte HELFER: Die Verwaltungsgliederung der Großregion SaarLorLux

N° 35 (2012): Malte HELFER: Die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs in der Großregion SaarLorLux